G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Friedhelm Baukloh
Wallfahrt nach rechts

Reinhard Opitz
Grundfragen oppositioneller Alternative und Strategie

Conrad Taler
Menetekel „Harzburger Front"

Wolfgang Abendroth
Zur Diskussion über die Mitbestimmung

Wolf-Dieter Narr
Modell einer demokratischen Gesellschaft

Martin Hall, Los Angeles
Zur Diskussion über das Anti-Raketen-System in den USA

Einzelheft 3,50 DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

Juli 7 1969

XIV. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Juni 1969 673

Kommentare und Berichte

Repression in den USA (M. H.) 676
Wallfahrt nach rechts (Friedhelm Baukloh) 679
Welttreffen für den Frieden (Wilhelm M. Breuer) 681

Reinhard Opitz
Grundfragen oppositioneller Alternative und Strategie 687

Conrad Taler
Menetekel „Harzburger Front". Beispiele der Übereinstimmung zwischen CDU/CSU und NPD. Der Nationalismus in europäischem Gewand 695

Wolfgang Abendroth
Zur sozialgeschichtlichen Bedeutung der gegenwärtigen Diskussion über die Mitbestimmung 703

Wolf-Dieter Narr
Modell einer demokratischen Gesellschaft 712

Wilko Wolfram Frhr. v. Wintzingerode
Kriegsdienstverweigerung zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung 727

Martin Hall, Los Angeles
Zur Diskussion über das Anti-Raketen-System in den USA 742

Hans Branscheidt
Aspekte der Emanzipationsbewegung in Nordirland 748

Ulrich Sander
Internationale Jugendarbeit als „Außenpolitik" 753

Kurt Schacht
Die SPD und ihre Studentenverbände. Genesis eines Konflikts 758

Fernseh-Spalte

Das Medium ist Massage (E. H. Wahl) 765

Bücher

Fünf von der „Aktionsgemeinschaft Sicherheit durch Fortschritt" gratis versandte Bücher gegen die Mitbestimmung. Sammelrezension (Hans-Dieter Bamberg) 766
Friedrich J. Bröder, Deutsche Nachrichten (Heinz Brüdigam) 771
Juan Bosch, Der Pentagonismus oder Die Ablösung des Imperialismus? (Arne Arnemann) 773
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 777

Dokumente zum Zeitgeschehen

Auszug aus der Rede von Wladislaw Gomulka vom 17. Mai 1969, betreffend die Bereitschaft Polens, mit der BRD einen zwischenstaatlichen Vertrag über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abzuschließen 778
54 Jahre Gefängnis für fünf spanische Priester wegen Hungerstreiks 784
Erklärung der Paulus-Gesellschaft zur Verurteilung von spanischen Priestern 786

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Fritz Strassmann
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XIV. Jahrgang | Juli 1969 | Heft 7

Chronik des Monats Juni 1969

1. 6. — Frankreich. Im ersten Wahlgang zur Präsidentschaft kann keiner der sieben Kandidaten die in der Verfassung vorgeschriebene absolute Mehrheit erreichen. Für Georges Pompidou werden 44,46 %, für Alain Poher 23,31 %, für den Kommunisten Jacques Duclos 21,08 % und für den Sozialisten Gaston Deffere 5,01 % der Stimmen abgegeben. Die drei übrigen Bewerber bleiben weit unter fünf Prozent. — Am 15. 6. stehen sich im zweiten Wahlgang Georges Pompidou und Alain Poher gegenüber; das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hatte zur Stimmenthaltung aufgerufen. Das amtliche Endergebnis des Innenministeriums lautet: Wahlberechtigte 29 488 640; abgegebene Stimmen 20 307 013 (68,86 %); Stimmenthaltungen + ungültige Stimmen 9 181 627 + 1 303 917 (31,14 + 4,42 %). Von den 19 003 096 (64,44 %) gültigen Stimmen entfallen auf Georges Pompidou 11 060 181 (58,20 %) und auf Alain Poher 7 942 915 (41,80 %). — Am 20. 6. übernimmt Georges Pompidou, der von General de Gaulle telegraphisch zu seiner Wahl beglückwünscht wird, die Amtsgeschäfte und beauftragt den bisherigen Kammerpräsidenten, Jacques Chaban-Delmas, mit der Regierungsbildung; Chaban-Delmas löst den bisherigen Regierungschef Couve de Murville ab. In das neue Kabinett treten Maurice Schumann als Außenminister, René Pleven als Justizminister, Valéry Giscard d'Estaing als Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Zentrumsvorsitzende Jacques Duhamel als Landwirtschaftsminister ein. Der bisherige Außenminister Michel Debré übernimmt als Staatsminister das Verteidigungsressort.

3.—6. 6. — Syrien/DDR. Außenminister Otto Winzer stattet Damaskus einen Besuch ab. Das über die Gespräche mit dem syrischen Außenminister Dr. Mustafa as-Sayed herausgegebene Kommunique stellt offiziell die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Austausch von Botschaftern fest. Gleichzeitig werden engere Kontakte zwischen der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei und der SED vereinbart. — Vom 6. bis 9. 6. hält sich Winzer in Kairo auf, wo er u. a. von Staatspräsident Nasser und Außenminister Mahmud Riad empfangen wird.

4. 6. — Hallstein-Doktrin. Das Bundeskabinett erörtert noch einmal die Anerkennung der DDR durch den Sudan, Kambodscha und den Irak und trifft fol-

gende Entscheidung: „Gestützt auf die Erklärung der Bundesregierung vom 30. Mai 1969 hat die Bundesregierung beschlossen, den deutschen Botschafter in Pnom Penh abzuberufen und die Tätigkeit der deutschen Botschaft einzustellen. Die wirtschaftliche und technische Hilfe soll auf die Abwicklung der bereits abgeschlossenen Verträge beschränkt, neue Vereinbarungen sollen nicht getroffen werden." Hinsichtlich des Sudan und des Irak heißt es in dem einstimmig angenommenen Kabinettsbeschluß, das Verhalten der beiden Regierungen habe „die Aussichten auf eine Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und diesen Ländern, für die positive Ansätze vorhanden waren, vorerst zunichte gemacht". In Khartum und Bagdad ist die Bundesrepublik schon seit einigen Jahren nicht mehr durch Botschafter vertreten. — Am 10. 6. gibt der kambodschanische Staatspräsident Prinz Norodom Sihanouk den vollständigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik bekannt. Kambodscha werde auf jede Kapital- und Wirtschaftshilfe aus Bonn verzichten und alle erhaltenen Anleihen zurückzahlen. — Am 17. 6. wendet sich Bundeskanzler Kiesinger in einem „Bericht über die Lage der Nation" vor dem Bundestag mit Nachdruck gegen eine Anerkennung der DDR. Kiesinger verweist auf die bisherigen Erklärungen der Regierung zu dieser Frage und bedauert die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und drei arabischen Staaten sowie Kambodscha. Die Bemühungen der Bundesregierung um „Kontakte zum anderen Teil Deutschlands" zielten „weder auf eine rechtliche noch auf eine faktische Anerkennung".

5.—17. 6. — *Weltkommunismus.* In Moskau findet die „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien" statt, auf der 75 Parteien vertreten sind; abwesend bleiben u. a. die kommunistischen Parteien aus China, Korea, Vietnam, Japan, Jugoslawien, Albanien und den Niederlanden. In einem Kommunique wird mitgeteilt: „Die Beratung hat das Hauptdokument ‚Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte' angenommen. Die Delegationen der kommunistischen Parteien Australiens, Italiens, San Marinos und Réunions, die sich ebenfalls für die Stärkung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien aussprachen, erklärten ihre volle Zustimmung nur zu dem Abschnitt des Dokuments, in dem ein gemeinsames Programm des Kampfes gegen den Imperialismus dargelegt wird, während der Delegierte der Dominikanischen Kommunistischen Partei das Hauptdokument nicht unterstützte." Zu den Dokumenten der Konferenz gehören ein Aufruf zum 100. Geburtstag Lenins, ein Grußtelegramm an die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams, eine Solidaritätsadresse an die Kommunisten Griechenlands und Indonesiens, eine „Erklärung zur Unterstützung des gerechten Kampfes der arabischen Völker" sowie ein „Appell zum Schutze des Friedens". Mehrere Redner, darunter der sowjetische Parteisekretär Leonid Breschnew, üben in ihren Beiträgen heftige Kritik an der Politik der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China.

8. 6. — *Vietnam.* Im Anschluß an eine Konferenz mit dem südvietnamesischen Staatspräsidenten Van Thieu auf der Pazifik-Insel Midway teilt der amerikanische Präsident Nixon mit, die Vereinigten Staaten würden in der Zeit von Anfang Juli bis Ende August dieses Jahres Truppen in Divisionsstärke (rund 25 000 Mann) vom Kriegsschauplatz in andere Garnisonen außerhalb Vietnams verlegen; zur Zeit sind über 500 000 US-Soldaten in Südvietnam stationiert. — Am 9. 6. erklärt Präsident Van Thieu bei seiner Rückkehr aus Midway, man dürfe die Entscheidung Nixons nicht als „Rückzug" interpretieren. Es handele sich vielmehr um eine „Auswechslung von Truppen", da die amerikanischen Kontingente durch südvietnamesische Einheiten ersetzt werden sollten. Ein nordvietnamesischer Kommentar nennt die „Farce von Midway" einen Beweis für die unveränderte Vietnam-Politik der Administration Nixon. — Am 11. 6. wird die Ausrufung einer „Republik Südvietnam" und die Bildung einer „Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams" gemeldet. Ein entsprechender Beschluß sei von einer gemeinsamen Konferenz der Nationalen Befreiungsfront (FLN) und anderer Organisationen gefaßt worden, die vom 6. bis 8. 6. auf südvietnamesischem Territorium stattgefunden habe. Die neue Regierung unter Präsident Huyn Tan Phat,

deren Außenminister, Frau Nguyen Thi Binh, die Leitung der bisherigen FLN-Vertretung bei den Pariser Vietnam-Gesprächen übernimmt, wird u. a. von der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern Osteuropas sowie von Kuba, Syrien, Algerien, der Mongolischen Volksrepublik und der Volksrepublik China diplomatisch anerkannt.

10. 6. — E K D. Die acht Gliedkirchen in der DDR schließen sich zu einem „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR" zusammen. Die erste Synode des neuen Bundes wird zum 10. September einberufen.

13. 6. — S o w j e t u n i o n / C h i n a. Das sowjetische Außenministerium richtet eine Note an die Volksrepublik China, die eine umfangreiche historische und juristische Darstellung des Grenzkonflikts enthält. Das Exposé wird auch anderen Regierungen auf diplomatischem Wege zur Kenntnis gebracht. Es heißt darin: „Die sowjetische Seite ist einverstanden mit dem Standpunkt der Regierung der Volksrepublik China, daß unter der Voraussetzung, daß die Verträge über die gegenwärtige sowjetisch-chinesische Grenze als Grundlage angenommen werden, die notwendige Regelung an einzelnen Stellen der Grenze möglich ist, wobei man von den Prinzipien der Konsultationen auf Grundlage der Gleichberechtigung, der Verständigung und der gegenseitigen Zugeständnisse ausgehen soll." — Am 18. 6. beginnen in der ostsowjetischen Stadt Chabarowsk sowjetisch-chinesische Gespräche im Rahmen einer gemischten Kommission für die Schiffahrt auf den Grenzflüssen Amur, Ussuri, Argun, Sungatschä und auf dem Chankasee.

14.—16. 6. — B e r l i n. Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz weilt auf Einladung des Präsidenten der Polnischen Außenhandelskammer in Polen. Schütz besucht zunächst die Posener Messe und später das ehemalige deutsche Konzentrationslager Auschwitz und führt in Warschau ein Gespräch mit Außenminister Stefan Jendrychowski.

18. 6. — K e r n w a f f e n. Staatssekretär Diehl unterrichtet die Presse über eine weitere Sitzung des Bundeskabinetts zum Thema Kernwaffensperrvertrag. Mit einer möglichen Unterzeichnung des Vertrages durch die Bundesrepublik sei vor den Wahlen im September nicht mehr zu rechnen.

20. 6. — R h o d e s i e n. Das Referendum über den Text einer neuen Verfassung endet mit dem von Beobachtern erwarteten Ergebnis: von 90 000 Wahlberechtigten befürworten 61 130 (gegen 14 327) die Proklamation einer Republik Rhodesien; 54 724 (gegen 20 776) Stimmen werden für den Verfassungsentwurf abgegeben. Zur Abstimmung sind nur 80 000 der 237 000 Weißen und 10 000 der 4,4 Mill. Farbigen des Landes zugelassen.

23. 6. — K a n a d a. Verteidigungsminister Cadieux kündigt im Unterhaus eine Reduzierung des Mannschaftsbestandes der Armee von 98 000 auf rund 80 000 bis 85 000 Mann in den nächsten drei Jahren an.

26. 6. — N S - V e r b r e c h e n. Der Bundestag billigt mit 280 gegen 127 Stimmen bei 4 Enthaltungen ein Gesetz, das die Verjährungsfrist für Völkermord abschafft. Die Frist für die Verfolgung bestimmter Gewaltverbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus wird um zehn Jahre (bis zum 31. Dezember 1979) verlängert. Unbeeinflußt bleiben jedoch alle Straftaten, die nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes durch die vor einiger Zeit erfolgte Neuformulierung eines Paragraphen des Strafgesetzbuches bereits verjährt sind.

28. 6. — G r i e c h e n l a n d. Mit einer Regierungsumbildung versucht Ministerpräsident Papadopoulos einer Krise seines Militärregimes zu begegnen. Zunächst hatte am 24. 6. der Staatsrat 21 von der Regierung entlassene Justizbeamte „rehabilitiert". Die daraufhin erzwungene Ablösung des Staatsratsvorsitzenden Stasinopoulos führte zum demonstrativen Rücktritt von mehreren Mitgliedern dieses Gremiums, das die Funktionen des höchsten Gerichtshofes wahrnimmt. Nacheinander hatten im Laufe des Monats außerdem der Erziehungsminister und der Minister für wirtschaftliche Koordination ihre Demission eingereicht.

30. 6. — S ü d j e m e n / D D R. Als fünftes Land innerhalb von zwei Monaten anerkennt die Republik Südjemen die DDR. Erst am 22. 6. war der Präsident der Republik, Kahtan as-Shaabi, unter dem Druck der regierenden Nationalen Befreiungsfront zurückgetreten und hatte die Regierungsgeschäfte einem aus fünf Mitgliedern bestehenden Präsidentschaftsrat übergeben.

Kommentare und Berichte

Repression in den USA

Die Widersprüche auf der amerikanischen Szene vervielfachen sich. Auf der einen Seite steht die wachsende, oft mit Mitteln der Gewalt auftretende Opposition gegen die Innen- und Außenpolitik der Regierung Nixon. Auf der anderen Seite ist ein deutliches und gefährliches Element der Regression, des Rückschritts zu verzeichnen, eine ganze Reihe repressiver Maßnahmen und mehr als ein Anzeichen für reaktionäre Tendenzen — verursacht und verstärkt durch die von der Regierung ergriffenen repressiven Maßnahmen, einer Regierung, die versucht, ihre Hilflosigkeit und das Fehlen eines zusammenhängenden Programms durch Schritte zu verbergen, mit denen um jeden Preis „Gesetz und Ordnung" aufrecht erhalten werden sollen; und das in einer zerrissenen Gesellschaft, die immer mehr Anzeichen des Verfalls erkennen läßt.

Am wichtigsten war das, was man die „Frühjahrsoffensive" an den Hochschulen und Universitäten des Landes nennen könnte. Die Vorgänge im Bereich der Universität von Kalifornien in Berkeley lassen vielleicht am besten die Anatomie der Studentenrevolten erkennen, die die Hochschulstruktur des gesamten Landes quer durch den nordamerikanischen Kontinent erschüttern. Es war in Berkeley, wo vor Jahren die Bewegung für Meinungsfreiheit ihren Anfang nahm. Sie markierte das Ende einer langen Periode, in der die studentische Generation der Vereinigten Staaten als „ruhige Generation" beschrieben werden konnte, als eine Generation von Studenten, die wenig oder kein Interesse an sozialen und politischen Problemen zeigten und deren einziges Interesse darin zu bestehen schien, so schnell wie möglich ihren akademischen Grad zu erwerben, um sich in den Berufen in den Wettbewerb einzuschalten, zu denen der akademische Grad den Zugang eröffnet. Was als eine Bewegung für studentischen Einfluß auf die Gestaltung des Lehrplans begann, griff bald die Fragen rassischer Diskriminierung an den Universitäten auf, dann das immer drängender werdende Problem der Wehrpflicht, die mit der ständigen Weiterführung des Vietnamkrieges wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Studenten hängt und jede normale Planung der persönlichen und beruflichen Existenz schwierig, wenn nicht unmöglich macht. Als mehr und mehr Studenten sich in der Anti-Kriegs-Bewegung engagierten, bot die Rolle der Universitäten und ihre Beteiligung an der sich ausweitenden militärischen Forschung, etwa im Rahmen des „Ausbildungsprogramms von Reserveoffizieren an den Universitäten" (Reserve Officer Training program on campus — ROTC), der studentischen Opposition neue Angriffspunkte. Die führenden Universitäten waren eine nach der anderen gezwungen, die militärische Forschung und das ROTC-Programm zu beschränken oder ganz einzustellen. Aber während des Kampfes wurden sich die rebellischen Studenten immer mehr der Tatsache bewußt, daß das, was immer als gesondertes Problem angesehen worden war, nur einer von vielen Teilaspekten des „Systems", des „Establishments" war. Als wirkliches Ziel der studentischen Rebellion wurden immer deutlicher nicht Teilreformen, sondern eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft begriffen. An der Columbia University wurde diese Verbindung von Hochschul- und Sozialproblemen offensichtlich, als die Verwendung von Universitätseigentum in der Nähe des Gettos von Harlem von den Studenten in einer Kampagne in Frage ge-

stellt wurde, die sich zu einer Massenaktion ausweitete, die Besetzung von Universitätsgebäuden einschloß und zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei führte.

Was sich im April und Mai in Berkeley ereignete, ist daher eine durchaus typische Entwicklung, wenn auch die Geschehnisse dort einen Höhepunkt darstellen, zu dem es an anderen Orten bislang noch nicht gekommen ist.

Am 18. April schrieb der „Berkeley Barb" (eine Underground-Zeitschrift, eine der vielen Zeitschriften, die im ganzen Lande aus dem Boden geschossen sind, aus Protest gegen das, was die rebellierende Jugend als kontrollierte Presse des „Establishments" bezeichnet), am folgenden Sonntag würden junge Leute, Studenten wie auch Nicht-Studenten, ein der Universität gehörendes freies Stück Land in einen „Volkspark" verwandeln. Seit über zwei Jahren war das Land unbenutzt geblieben, jetzt entschlossen sich die jungen Leute, es zu benutzen und einen Park daraus zu machen. Wie angekündigt, erschienen am 20. April einige hundert Jugendliche mit einem gemieteten Bulldozer, einigen Bäumen und viel Erde und begannen damit, das Stück Land, dessen Häßlichkeit nun so lange schon jedem ein Dorn im Auge gewesen war, in einen sofort zu benutzenden Park zu verwandeln. Um zwei Uhr nachmittags hatten sie ihre Arbeit beendet: die Leute fingen an, sich unter die frisch gepflanzten Bäume zu setzen, Mütter brachten ihre Kinder zum Spielen, junge Leute sangen und tanzten.

Zunächst passierte zehn Tage lang nicht viel. Dann veröffentlichte die Universität eine offizielle Erklärung, die besagte, das Stück Land werde in Kürze aufgeräumt, um dort Erholungsmöglichkeiten zu schaffen. Am 8. Mai beauftragte der Kanzler der Universität seinen beratenden Ausschuß für Baufragen und Universitätsumgebung, mit den Studenten Pläne zur Nutzung des Grundstücks zu diskutieren. Am 13. Mai wurde bekanntgegeben, daß kein verantwortlicher Studentenausschuß für Verhandlungen gebildet worden sei und daß aufgrund angeblicher Klagen aus der Nachbarschaft wegen des Lärms das Grundstück eingezäunt werde, um „die allmählich vergessene Tatsache wiederherzustellen, daß das Grundstück in Wirklichkeit der Universität gehört, und um Unbefugte am Betreten zu hindern".

Am 15. Mai begann ein Bautrupp mit der Errichtung dieses Zauns, und zwar unter dem Schutz von 250 Ortspolizisten, Stellvertretern des Sheriffs und Autobahnpolizisten. 75 Menschen, die im Park geschlafen hatten, wurden aufgefordert, sich zu entfernen, und taten das auch, bis auf drei. Drei Mann wurden festgenommen.

Innerhalb des Hochschulbereichs fand an diesem Nachmittag eine Kundgebung mit 2000—2500 Studenten statt, um Israels Unabhängigkeitstag zu feiern; die Kundgebung wurde jedoch schnell zu einer Diskussion über den „Volkspark". Bald darauf zogen die Studenten zusammen mit anderen jungen Leuten zum Volkspark und riefen in Sprechchören „Wir wollen den Park!" Die Konfrontation war da.

Die Polizei griff die Marschierenden sofort mit Tränengas an, und als ihnen das Tränengas ausging, begannen sie, ihre Schrotflinten abzufeuern. Sie schossen mit Vogelschrot, dann, als sie der Menge nicht Herr zu werden schienen, mit Wildschrot. Inzwischen waren Nationalgardisten angefordert worden, die nun mit aufgepflanztem Bajonett die Straßen säumten. Einige begannen auf Leute zu schießen, die auf den Dächern standen, um den Ereignissen auf der Straße zuzusehen. Hierbei passierte es, daß ein 25jähriger Mann, James Rector, erschossen wurde. Ein weiterer Jugendlicher erhielt eine Ladung Vogelschrot ins Gesicht; das in die Augen eindringende Schrot führte zu seiner Erblindung.

Die meisten Beobachter haben nachdrücklich erklärt, abgesehen von einigen durch Jugendliche geworfenen Flaschen habe für die Polizisten und Nationalgardisten keinerlei Gefahr bestanden, das Militär habe vielmehr jede Selbstbeherrschung verloren und sich wie im Kriege aufgeführt. Der Sheriff von Berkeley erklärte einige Tage später in einem Fernsehinterview: „Ich hatte in der Nationalgarde einige ehemalige Soldaten, die vor kurzem noch im Vietnamkrieg waren. Sie waren der Meinung, sie müßten die Demonstranten so behandeln, wie sie den Vietcong behandelt haben."

Einige Tage lang erfolgten Massenfestnahmen von über 500 Menschen, und einen Tag nach den verhängnisvollen Schüssen — nahegelegene Krankenhäuser mußten zur Behandlung von Hunderten Verletzter Katastrophendienst einrichten — setzte die Nationalgarde sogar einen Hubschrauber ein und versprühte Tränengas ungezielt über das Hochschulgelände und die angrenzenden Gebäude. Patienten eines in der Nähe gelegenen Krankenhauses mußten unter Sauerstoffzelte gelegt werden, weil die durch die Fenster eindringenden Gasschwaden zu stark waren. Während der Vorlesungen wurden Professoren und Studenten vom Tränengas erfaßt. In einem Fall wurden in einem Park in der Nähe (nicht dem „Volkspark") Mütter mit ihren Kleinkindern durch schwere Tränengasschwaden gefährdet.

Gouverneur Reagan lehnte ein Ersuchen des Stadtrates von Berkeley, die Nationalgarde abzuziehen, ab. Nach zwei Wochen Tumult, die Berkeley das Aussehen einer Stadt im Belagerungszustand gaben, zogen dann am 30. Mai, dem traditionellen „Memorial Day" für die im Kriege Gefallenen, 20 000 Demonstranten durch die Stadt. Sie hatten Verstärkung durch Delegationen aus so entfernten Universitäten erhalten wie denen der Staaten Washington, Colorado, Iowa und Oklahoma, außerdem von praktisch allen Hochschulen und Universitäten Kaliforniens. Drei Stunden lang bewegte sich der Zug friedlich und ohne Zwischenfälle durch die Straßen Berkeleys, die zu beiden Seiten von Polizisten und Nationalgardisten mit aufgepflanztem Bajonett gesäumt waren. Einige Stunden vor Beginn des Umzuges hatte der Rat der Stadt beschlossen, einen Teil des „Volksparks" einer „Gruppe von Bürgern im Sinne benutzungsrechtlicher Entwicklung und Verwaltung" gegen Zahlung eines geringen Betrages zu verpachten.

Nach dem Tode James Rectors kam es zu studentischen Streiks an zahlreichen kalifornischen Hochschulen. Auf dem Campus der University of California in Los Angeles begann eine Gruppe von Studenten, jungen Männern und Frauen, einen Hungerstreik, der drei Tage dauerte. Er wurde beendet, als schließlich die Nationalgarde aus Berkeley abgezogen worden war. Der Kanzler der Universität unterstützte demonstrativ die im Hungerstreik Stehenden, indem er ihre gewaltlose Aktion lobte und sie während des Hungerstreiks besuchte.

Die Wirkung der disziplinierten Massendemonstration am „Memorial Day" war so groß, daß eine Flut von Briefen an Gouverneur Reagan und an die Universität in Berkeley gerichtet wurde, in denen gegen die Brutalität der Polizei und der Nationalgarde protestiert wurde. Am 3. Juni erschienen ganzseitige Anzeigen in allen führenden Zeitungen in San Francisco, in Berkeley und in der „Los Angeles Times". In den Anzeigen, die von 240 Mitgliedern des Lehrkörpers der Universität Berkeley unterzeichnet waren, wurde erklärt, daß, während lediglich einige wenige Polizisten geringfügige Verletzungen erlitten hätten und keiner von ihnen ein Krankenhaus habe aufsuchen müssen, Hunderte von Zivilisten, darunter viele unbeteiligte Zuschauer, durch den Einsatz von Wildschrot und Verwendung „des höchst gefährlichen und in

Vietnam eingesetzten CS-Gases, das auch Mitglieder des Lehrkörpers auf dem Wege zu ihren Vorlesungen erfaßte", verletzt, einer getötet und ein anderer blindgeschossen worden sei. In den Anzeigen wurden Berichte von mehreren hundert durch die Polizei Festgenommenen wiedergegeben: „Festgenommene wurden niedergeknüppelt, weil sie sich weigerten, stellvertretende Sheriffs mit ‚Sir' anzureden, ein Epileptiker wurde mit dem Kopf gegen eine Wand geworfen, weil er um seine Medizin gebeten hatte, einem ehemaligen Marineinfanteristen wurde ganz bewußt mit dem Schlagstock auf die Narbe einer in Vietnam erhaltenen Wunde geschlagen, Gruppen von Festgenommenen wurden gezwungen, reihenweise mit dem Gesicht nach unten einige Stunden lang auf Kies zu liegen ... Gruppen von Festgenommenen wurden gezwungen, im Chor zu rufen ‚Wir lieben die Blaumiesen!' " („Blue Meanies", Spottname für die County Sheriffs von Alameda).

„Kurz gesagt", heißt es in der Anzeige weiter, „Berkeley stand unter der Herrschaft des Polizeiterrors ... Gouverneur Reagan möchte die Öffentlichkeit glauben machen, die ‚Straßenbanden von Berkeley' seien gewalttätig geworden, was es erforderlich gemacht habe, ‚die Kriegshunde loszulassen'. In Wirklichkeit sind die Bürger Berkeleys von der Seite der Polizei und der staatlichen Behörden einer von niemandem gewünschten und abscheulichen Eskalation der Gewalt unterworfen worden ... Nie ist die Bedrohung demokratischer Einrichtungen und des Hochschulwesens im Staate Kalifornien größer gewesen ..."

Die Ereignisse in Berkeley sind die logische Folge einer landauf-landab geführten Kampagne für „Gesetz und Ordnung", die ihren Aufakt nahm mit der Forderung des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Kleingeist, man solle die rebellischen Studenten in Konzentrationslager stecken ... M.H.

Wallfahrt nach rechts

Die „Klasse mit Abschlußprüfung für den Staatsbürger in der Schule der Nation" hat der beurlaubte Hauptmann und bayerische NPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Ross die Bundeswehr genannt. Sinngemäß entsprechend hat auch Bundeskanzler Kiesinger im Bundestag seine vorherige Äußerung vor dem Bundeswehrverband über die „Schule der Nation" differenziert. Die Nachbarschaft zwischen Kiesinger und der NPD hat nichts Zufälliges, außer gelegentlich auf dem Terminkalender des Wahlkampfes. An einem frühsommerlichen Samstag fand beispielsweise in Soest in Westfalen der „Landesjugendtag" der NPD statt. Im benachbarten Wallfahrtsort Werl sprach am Sonntagnachmittag der — gerade vom Münchener CSU-Parteitag mittels Hubschrauber herbeigeeilte — Kanzler auf einer Kundgebung der katholischen Männervereinigungen des Bistums Paderborn. Unter den Polizisten, die am Samstag die NPD-Ordner gegen demokratische Demonstranten unterstützten, waren nicht wenige, die am anderen Tag Kiesinger gegen Demokraten abriegelten. Bundeswehroffiziere fanden sich bei dem einen wie bei dem anderen Anlaß auf seiten der „deutschnationalen" Veranstalter ein.

Die CDU-„Westfalenpost" berichtete über das Eintreffen des Bundeskanzlers in Werl: „Der Hubschrauber der Bundeswehr hatte wenige Minuten zuvor erst die Stadt überflogen, als mit dem Motorengeräusch der Polizeieskorte, die Kiesinger in die Stadt geleitete, Bewegung in die Menge kam. Sekunden später stand der Bundeskanzler — den auf dem Flugfeld Weihbischof Degenhardt empfangen hatte — schon auf dem Podium. In dem herzlichen Beifall für ihn gingen die Buhrufe aus der Ostecke des Marktplatzes unter. Kiesinger, im blaugrauen Sommeranzug, elastisch, straff, freundlich, begrüßte als erste Frau Bürgermeister Dr. Rohrer, dann

den Erzbischof Lorenz Kardinal Jaeger, Weihbischof Dr. Nordhues und Josef Hermann Dufhues. Noch einmal trat er mit ausgestreckter Hand an den Rand des Podiums, als Major Uhlmann ihm Reverenz erwies."

Während folglich die westfälischen CDU-Honoratioren, der hohe katholische Klerus und ein Major der Bundeswehr dem Bundeskanzler „Reverenz erwiesen" — aus Anlaß einer Wallfahrt katholischer Männer im Wahljahr zur Muttergottes am Gnadenort Werl in Westfalen —, wurden „an der Ostecke des Marktplatzes" einige katholische und evangelische Priester und Laien gerade brutal zusammengeschlagen, teils von der Polizei, teils von gottesfürchtigen katholischen Männern. Die verprügelten katholischen und evangelischen Theologen und Laien, Mitglieder einer überkonfessionellen christlichen Arbeitsgruppe „Friede konkret", hatten schweigend ein Flugblatt verteilt, in dem von der Bundesregierung die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Mitteleuropa, einschließlich der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der Staatlichkeit der DDR, gefordert wurde, „um des Friedens willen". Das erzürnte die katholischen Männer, die gekommen waren, um den Bundeskanzler darüber meditieren zu hören, daß „wir unsere Rechte nicht leichtfertig preisgeben" und daß, „wer Frieden will, gegen die Drohung aus dem Osten gerüstet sein muß".

Leider in nichts unterschieden sich diese bekannten Forderungen K. G. Kiesingers substantiell von den „dringenden nationalen Anliegen", die auf dem NPD-Landesjugendtag vierundzwanzig Stunden zuvor in der Nachbarstadt Soest beschworen worden waren. Allenfalls ließen sich bei einem Vergleich der Reden in Soest und Werl einige Aussparungen bei Kiesinger registrieren. Kiesinger forderte nicht „die sofortige Freilassung von Rudolf Hess", er verlangte nicht ausdrücklich eine „Generalamnestie" für alle deutschen Kriegsverbrecher. Der Kanzler sagte überall da „Europa", wo die NPD von „Deutschland" und seiner „nationalen Wiedergeburt" sprach. Kiesingers Ansicht, „Europa kann ein entscheidendes Mitspracherecht in der Welt von morgen für sich verlangen", und die Ansicht des Tierarztes und stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD von Nordrhein-Westfalen, Dr. Schwartländer: „Deutschlands Stimme muß wieder Geltung bekommen in der Welt", liefen aber doch wohl auf das nämliche hinaus, wenn man Kiesingers zusätzliche Bemerkung in Werl mitberücksichtigt: „Und dieses Europa der Zukunft braucht ganz wesentlich die Initiative und den Fleiß des deutschen Menschen." Ich sehe da keine grundlegenden Verständigungsschwierigkeiten, denn der NPD kann niemand unterstellen, daß sie nicht genau so wie die CDU/CSU eine deutsche Hegemonie über Europa anstrebt.

Freilich, da gibt es das Generationenproblem. Die jungen Nationalisten strömen mehr zur NPD, die gestandenen, zumal katholischen Großeuropäer halten es noch vorwiegend mit der CDU. Es ist gewiß nicht zufällig, daß Kiesinger in Werl vor gereiften katholischen Männern sprach, während Adenauer in Wahljahren vornehmlich vor katholischer Jugend in Werl auftrat. Die NPD aber veranstaltete in Soest, wo ihr Meinungsforscher mehr als zwanzig Prozent der Stimmen prophezeien, einen „Landesjugendtag". Die NPD beruft sich heute darauf, daß mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder unter vierzig sind und davon die meisten noch keine dreißig Jahre alt. Fragte man in Soest im Hubertussaal die jungen NPD-Mitglieder, wie sie zu dieser Partei gestoßen seien, sagten viele, sie hätten sich erst bei der Bundeswehr ernsthaft mit Politik beschäftigt, ermuntert von Offizieren und Unteroffizieren, gelegentlich auch von Militärseelsorgern. Dabei sei ihnen „bewußt geworden", daß die NPD die „einzige konsequent auf deutsche Interessen ausgerichtete Partei" sei. (Es ist nicht müßig, die Ein-

stellung der Militärseelsorger zu politischen Fragen, speziell zur NPD, einmal genauer zu erkunden, was bisher unterlassen wurde.)

Diese NPD-Jugend hat Idole. Aus ihrer Generation. Großer Beifall zum Beispiel im Hubertussaal in Soest, als der Name des Europameisters der Amateurboxer, des Bundeswehrfeldwebels Günter Meier, genannt wurde. Meier, Berufssoldat, Fallschirmspringer, ist Mitglied der NPD. Er sandte aus seiner Garnison dem NPD-Landesjugendtag in Soest herzliche Grüße. Außer Angehörigen der Bundeswehr findet man junge Lehrer und angehende Lehramtskandidaten — meist für weiterführende Schulen — besonders häufig in der Führungsgruppe der Jung-NPD, nicht nur Nordrhein-Westfalens. Der Bundestags-Kandidat der NPD für den Wahlkreis Soest/Arnsberg, Bernd Brausch, ist beispielsweise solch ein angehender Studienrat (Fächer: Deutsch, Geschichte Erdkunde). Dieser Pädagoge nannte die Demonstranten vor dem Hubertussaal „ungewaschene Halbaffen". Und er sprach lange und mit Eifer vom „Autoritätszerfall", dem es zu wehren gelte. Einmal zitierte er in diesem Zusammenhang auch Franz-Josef Strauß. Ein Zwischenrufer warf ein: „Euer Spezi!" Der künftige Studienrat ging auf den Zwischenrufer gelassen ein: „Wir sind mit allen demokratischen Politikern zur Zusammenarbeit bereit, die dem deutschen Namen in der Welt mit uns zusammen wieder Achtung verschaffen wollen." Kein heftiger, aber freundlicher Beifall bedankte diese Replik.

Friedhelm Baukloh

Welttreffen für den Frieden

Vom 21. bis 24. Juni 1969 fand in Berlin (DDR) ein Welttreffen für den Frieden statt, das in der Presse der ganzen Welt (mit Ausnahme der Bundesrepublik) stark beachtet wurde. Aus 101 Ländern der Erde waren mehr als 1100 Vertreter von 56 internationalen Organisationen, 320 nationalen Organisationen und zahlreiche weltbekannte Persönlichkeiten in Berlin zum bisher größten Treffen in der Geschichte der Friedensbewegung zusammengekommen, um gemeinsam die brennenden politischen Fragen unserer Zeit, die den Weltfrieden gefährden, zu diskutieren und um gemeinsame Aktionen zu beschließen. Der Geist dieses Welttreffens, den Romesh Chandra, der Generalsekretär des Weltfriedensrates, als den „Geist von Berlin" charakterisierte, war geprägt von der internationalen solidarischen Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Organisationen und Persönlichkeiten und dem gemeinsamen Bemühen von Christen und Marxisten, von Liberalen und Vertretern der nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt um die Erhaltung des Friedens. „Es ist nicht maßgebend, aus welchen Motiven ein Mensch für den Frieden eintritt: Maßgebend ist, daß er für den Frieden eintritt" — dieser Satz Anna Seghers bestimmte die Atmosphäre der Zusammenarbeit auf dem Berliner Weltfriedenstreffen.

Das Welttreffen für den Frieden wurde am 21. Juni von Shri Khadilkar, dem Vize-Präsidenten des indischen Parlaments, eröffnet. Nach der Eröffnungsansprache verlas das Mitglied des Weltfriedensrates Prof. Albert Norden eine Grußbotschaft des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an das Welttreffen. In seiner Botschaft ging Ulbricht zunächst auf den Krieg in Vietnam ein. Als wichtige Aufgaben der Friedensbewegung nannte er die volle Unterstützung des 10-Punkte-Programms, das die Nationale Befreiungsfront der Pariser Konferenz unterbreitete, und die Forderung nach Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams. Die Aufnahme direkter Beziehungen zu dieser Regierung bezeich-

nete er als „ein Gebot des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung und des Kampfes gegen die imperialistische Aggression." Er wandte sich dann dem Nah-Ost-Problem zu und forderte vom Sicherheitsrat der UNO, „daß er konkrete Schritte für eine Friedensregelung auf der Grundlage seiner Resolution vom 22. November 1967 einleitet und daß er seine ganze Autorität für den Abzug der Aggressionstruppen aus den besetzten Gebieten einsetzt." Der Schwerpunkt der Grußbotschaft lag auf den Ausführungen zu den Problemen des Friedens in Europa. Ulbricht bezeichnete die Bundesrepublik als „eine reale Gefahr für den Frieden", deren Ursache der staatsmonopolistische Kapitalismus sei: „Er beseitigt demokratische Rechte und trachtet danach, seine Macht über die Grenzen des eigenen Staates hinaus auszudehnen." Als gefährlichsten Politiker nannte er Franz-Josef Strauß, der ein europäisches Sicherheitssystem und eine europäische Sicherheitskonferenz ablehne und, wie unlängst in London, für eine nuklear ausgerüstete westeuropäische Militärallianz eintrete, in deren Rahmen die Bundesrepublik die Verfügungsgewalt über Atomwaffen erlangen solle. Als „die unerläßlichen Voraussetzungen eines dauerhaften Friedens auf dem europäischen Kontinent" forderte Ulbricht „Anerkennung der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen realen Lage in Europa, Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen, normale diplomatische Beziehungen aller europäischen Staaten mit der DDR". Die Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung und ihre Gebietsforderungen schließen „die Kalkulation des Krieges, die potentielle Aggression mit ein." Walter Ulbricht schlug ein konkretes Alternativprogramm für die Friedenssicherung in Europa vor, nämlich die vertragliche Vereinbarung beider deutscher Staaten, „vollständig abzurüsten und dafür zu sorgen, daß keinerlei Atomwaffen auf ihrem Territorium gelagert werden." Erneut forderte er die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und bekräftigte, daß die DDR keinerlei Vorbedingungen für eine solche Konferenz stelle.

In dieser ersten Plenarsitzung des Weltfriedenstreffens sprachen 11 Repräsentanten verschiedener Länder, darunter auch Pastor D. Martin Niemöller aus der Bundesrepublik. Besondere Beachtung erhielt die Rede des Außenministers der Republik Südvietnam, Frau Nguyen Thi Binh. Sie dankte der Weltfriedensbewegung für ihren unermüdlichen Kampf für den Frieden in Vietnam und erläuterte die Bedeutung der Bildung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und das Aktionsprogramm dieser Regierung. In bitteren Worten geißelte sie die Verschleppungstaktik der USA auf der Pariser Konferenz und die Intensivierung der Bombenangriffe und Massaker unter Präsident Nixon. Eine politische Lösung des Südvietnamproblems sei allein auf der Grundlage des 10-Punkte-Programms der Nationalen Befreiungsfront möglich. Zum Abschluß ihrer Rede richtete Frau Ngyuen Thi Binh den eindringlichen Appell „an alle Völker, an die Regierungen aller den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Länder sowie an alle fortschrittlichen Organisationen in der Welt, ihre Unterstützung für die Sache unseres Volkes zu verstärken." Die Täuschungsmanöver der Regierung Nixon wurden auch vom Leiter der Delegation des Friedenskomitees der Demokratischen Republik Vietnam, Kulturminister Hoang Minh Giam, angegriffen, der ausführlich auf die Verschärfung des Krieges in den letzten fünf Monaten einging. Aus der Intensivierung des Bombenkriegs, auch jenseits des 17. Breitengrads, und dem verstärkten Einsatz der berüchtigten Splitterbomben könne nur geschlossen werden, „daß der heutige Nixon sich nicht im geringsten von dem Nixon unterscheidet, den man in der Vergangenheit kannte. Was er seit seiner Amtseinführung gesagt hat, ist direkt oder indirekt

nur dazu bestimmt, im eigenen Land und in vielen anderen Ländern die öffentliche Meinung, die jetzt das Ende des Kriegs fordert, zu besänftigen. Unterdessen hat er nach allen möglichen Mitteln gesucht, um die militärische Okkupation Südvietnams durch die USA aufrechtzuerhalten".

Nach der ersten Plenarsitzung, die mit der Rede des früheren Verteidigungsministers der Republik Indien und jetzigen Parlamentsmitglieds V. K. Krishna Menon beschlossen wurde, wurden fünf Kommissionen mit jeweils mehreren Unterkommissionen gebildet. Diese Kommissionen, in denen zwei Tage gearbeitet wurde, beschäftigten sich mit den folgenden fünf Problemkreisen: Vietnam; Europäische Sicherheit; Naher Osten; Kolonialismus, Neokolonialismus und nationale Unabhängigkeit; Abrüstung. Die Diskussion in allen fünf Kommissionen verlief in einer freimütigen, offenen und sachlichen Atmosphäre. Über alle Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen hinweg konnte Übereinstimmung in allen Grundsatzfragen erzielt werden. Die Entschlossenheit, gemeinsam für die Sache des Friedens und gegen den Imperialismus einzutreten, einte die Teilnehmer der verschiedensten politischen Richtungen und Weltanschauungen.

Die Teilnehmer der Kommissionsberatungen über Vietnam waren sich einig in der Analyse und der Verurteilung der von der USA begangenen Aggression und Verbrechen. Die Kommission verurteilte vor allem den „biologischen Mord", den die USA durch Versprühen von chemischen Stoffen und Giftgasen in der Absicht begehen, auf Jahre hinaus die Vegetation und die Landwirtschaft zu zerstören. Die Kommission verurteilte überdies die fortgesetzten Bombardements der Demokratischen Republik Vietnam und die Ausdehnung der Aggression auf Laos und Kambodscha. Die Kommissionsteilnehmer betrachteten die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams als einzige rechtmäßige Regierung, „weil ein Volk das Recht hat, eine eigene Regierung zu bilden, wenn eine Regierung von Kollaborateuren, eine Marionettenregierung, durch ausländische Einmischung als ein Instrument des Neokolonialismus dem Volk aufgezwungen wurde." Die Kommission begrüßte das 10-Punkte-Programm der Nationalen Befreiungsfront als „die einzige reale und humanistische Grundlage dafür, daß im Interesse des vietnamesischen Volkes und des Friedens in Südostasien wie in der ganzen Welt mit dem Drama Schluß gemacht wird, das Südvietnam seit Jahrzehnten heimsucht." Die Kommission über Vietnam empfahl in ihrem Abschlußbericht eine Reihe internationaler Aktionen, so eine Kampagne zur Erläuterung und Verbreitung des 10-Punkte-Programms, Boykottierung amerikanischer Waren, Beginn einer Kampagne am amerikanischen Unabhängigkeitstag, dem 4. Juli, Massenaktionen am 20. Juli, dem Jahrestag der Unterzeichnung des Genfer Abkommens.

Die Kommission „Europäische Sicherheit", an deren Beratungen über 200 Personen teilnahmen, bildete 3 Unterkommissionen, die sich mit folgenden Themen beschäftigten: BRD, DDR, Westberlin und das Problem der Grenzen in Europa; Grundlagen und Wege für ein System der kollektiven Sicherheit; Faschismus, Neofaschismus und Neonazismus. In allen Unterkommissionen waren zahlreiche Vertreter nichteuropäischer Länder vertreten, ein Beweis dafür, daß in der ganzen Welt ein europäisches Sicherheitssystem als vordringliche Aufgabe angesehen wird. Die Delegierten hoben übereinstimmend hervor, daß, wie es im einmütig verabschiedeten Kommissionsbericht heißt, „die Anerkennung des territorialen Status quo in Europa durch alle Regierungen als unbedingte Voraussetzung der europäischen Sicherheit angesehen werden muß." Dies impliziert folgende Grundprinzipien: „1) Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwi-

schen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung streng einzuhalten; 2) die Anerkennung der bestehenden Grenzen, insbesondere der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten; 3) die Anerkennung der DDR als souveräner und gleichberechtigter Staat und die Aufgabe der Hallstein-Doktrin durch die Regierung der BRD; 4) die Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Anfang an." Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wurde von den Teilnehmern als wichtigste Vorbedingung für eine Friedensordnung angesehen. Übereinstimmend sprachen sie sich für „die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit aus, das die Teilung Europas in zwei sich gegenüberstehende Militärgruppierungen überwindet und die gleichzeitige Auflösung des Nordatlantikpaktes und des Warschauer Vertrages ermöglicht." Zur Sicherung des Friedens in Europa wurde von den Delegierten ferner gefordert, „daß alle europäischen Staaten, insbesondere die BRD, den Kernwaffensperrvertrag unverzüglich unterzeichnen."

Eine große Gefahr für die europäische Sicherheit wurde von den Delegierten in der Existenz faschistischer Regime in Spanien, Portugal und Griechenland und im Anwachsen des Neonazismus in der Bundesrepublik gesehen. Allgemein betrachtete man den Kampf gegen den Faschismus als eine wichtige Voraussetzung für den Frieden. Die Kommission entwickelte hierzu konkrete Vorschläge: „Das Verbot faschistischer Parteien und Bewegungen, insbesondere auch ein Verbot der neonazistischen NPD in Westdeutschland, die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten in den Ländern mit faschistischem Regime, die Abschaffung solcher anti-demokratischen und der Vorbereitung des Krieges dienenden Gesetze wie zum Beispiel der Notstandsgesetzgebung in der BRD." Besondere Beachtung widmeten die Teilnehmer der Kommission den Bemühungen um ein System der kollektiven Sicherheit in Europa. Insbesondere wurde der Budapester Appell der Staaten des Warschauer Vertrages und das Angebot der finnischen Regierung, eine europäische Sicherheitskonferenz in Helsinki abzuhalten, begrüßt.

An den Beratungen der Kommission Naher Osten beteiligten sich 57 Sprecher aus 44 Ländern. Übereinstimmend wurde von den Teilnehmern der sofortige und bedingungslose Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Durchführung der Resolution des Sicherheitsrats der UNO vom 22. November 1967 gefordert. Von einigen Rednern, so von den Vertretern der palästinensischen Befreiungsorganisation, wurde die UNO-Resolution nicht akzeptiert, für mehrere bedeutete der sofortige Abzug der Besatzungstruppen auch nicht eine Anerkennung der Grenzen, die vor dem Juni-Krieg bestanden. Viele Sprecher erkannten, wie es im Bericht der Kommission heißt, „das Recht der Bevölkerung Palästinas, auf Widerstand in allen Formen, einschließlich des bewaffneten Kampfes, an ... Er wurde als wichtiger Bestandteil des Kampfes der unterdrückten Völker für ihre Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus bezeichnet." Die Kommission stellte fest, daß zahlreiche Maßnahmen der Besatzungsmacht (so die Sprengung von Wohnhäusern, die Gefangennahme von Geiseln, die Behandlung von Kriegsgefangenen, die Folterung von Zivilisten) das internationale Völkerrecht, insbesondere die Haager Konvention, die Genfer Konventionen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verletzen.

Die Kommission über Kolonialismus, Neokolonialismus und nationale Unabhängigkeit beschäftigte sich eingehend mit der Politik der imperialistischen Staaten gegenüber der Dritten Welt. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, daß „der moderne Imperialismus versucht, während er gezwungen ist, den

Verlust an direkter Herrschaft über den früheren Kolonialbesitz zu akzeptieren, seine wirtschaftliche, finanzielle, kommerzielle, militärische und politische Herrschaft durch neue und weniger direkte, aber keinesfalls weniger gefährliche Methoden in den Ex-Kolonien und anderen abhängigen Ländern zu erhalten." In der Existenz der sozialistischen Länder sahen die Delegierten einen entscheidenden Faktor im Kampf der abhängigen Länder gegen den Neokolonialismus. Im Bericht der Kommission heißt es dazu: „Der wachsende Einfluß des Sozialismus stellt den größten Katalysator für die soziale Revolution in der ganzen Welt dar. Die Existenz des sozialistischen Faktors beschleunigte den antikolonialistischen, antirassistischen und antineokolonialistischen Kampf und ist der mächtigste Verbündete der kämpferischen Völker." Die Kommission betonte die Notwendigkeit einer Festigung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen. Weiter wurden internationale Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vorgeschlagen. Die Kommission empfahl die Organisierung von Foren und wissenschaftlichen Konferenzen zur Untersuchung des Neokolonialismus und die Ausarbeitung eines entsprechenden Dokuments, das der UNO vorgelegt werden soll. Zum Schluß des Berichts heißt es: „Es ist unser fester Glaube, daß, solange es Kolonialismus, Rassismus und Neokolonialismus in irgendeinem Teil der Welt gibt, ein dauerhafter Friede nicht hergestellt werden kann. Wir sind fest entschlossen, die wahren Gründe des Krieges mit allen Mitteln auszurotten und einen Frieden herzustellen, der auf Gerechtigkeit, Unabhängigkeit, Freiheit und einer ungehinderten wirtschaftlichen Entwicklung beruht."

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Die Kommission für Abrüstung stellte in ihrem Bericht fest, daß nur eine vollständige Abrüstung die Welt vom Krieg befreien kann. Die Kommission betonte vor allem die Dringlichkeit der atomaren Abrüstung und forderte daher ein Abkommen über das Verbot von Atomwaffen und über die Reduzierung und Liquidierung der Atomwaffenvorräte. Eindringlich forderte man die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags, vor allem von der Bundesrepublik, Israel und Südafrika. Die Kommission forderte das Verbot chemischer und biologischer Waffen und verurteilte den Einsatz chemischer Kampfmittel, insbesondere von Giftgasen, durch die USA in Vietnam.

Im Anschluß an die Sitzungen der Kommissionen tagten verschiedene Sondergruppen, in denen Vertreter der Gewerkschaften, Bauern, Jugend und Studenten, Frauen, religiöser Kreise, Juristen, Parlamentarier, Lehrer, Künstler und Wissenschaftler ihre jeweiligen Probleme unter dem Aspekt des Kampfes für den Frieden diskutierten.

Das Welttreffen für den Frieden endete mit einer abschließenden Plenarsitzung, in der ein Appell und eine Resolution über Vietnam verabschiedet wurden. In dieser Resolution forderten die Delegierten einmütig „die Beendigung dieses Krieges unter Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität Vietnams." Die Resolution bezeichnet die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams als „Ausdruck der nationalen Einheit und der legitimen Forderungen des südvietnamesischen Volkes". Die Teilnehmer des Welttreffens fordern in dieser Resolution die offizielle Anerkennung der revolutionären Regierung, das 10-Punkte-Programm der FNL als Grundlage der Pariser Vietnam-Konferenz und die Verstärkung des Drucks aller Friedenskräfte auf die amerikanische Regierung.

Im Appell des Welttreffens wird die weitgehende Übereinstimmung der Meinungen über die brennenden Fragen der Welt festgestellt und die Notwendigkeit der Koordinierung und Verstärkung der Aktionen aller friedliebenden und antiimperialistischen Kräfte betont. Wörtlich heißt es: „Es ist unser erklärtes Ziel, jedem Volk in allen Teilen des Erdballs eine gesicherte, friedvolle Existenz, Menschenwürde und sozialen Fortschritt zum eigenen und zum Nutzen aller anderen Völker auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des Selbstbestimmungsrechtes und der nationalen Souveränität zu gewährleisten ... Uns eint die Überzeugung, daß ein dauerhafter Frieden Wirklichkeit werden kann. Wir kamen zusammen, weil gemeinsames Handeln notwendig ist. Wir überzeugten uns, daß es möglich ist."

Dieser Geist des gemeinsamen Kampfes für den Frieden ist das wichtigste Ergebnis des Berliner Welttreffens, der größten Konferenz in der bisherigen Geschichte der Friedensbewegung. In überzeugender Weise wurden die Hoffnungen bestätigt, die Frau Coretta Luther King, die Witwe des ermordeten amerikanischen Bürgerrechtskämpfers, ausdrückte: „Das Welttreffen hat eine gewaltige Aufgabe zu erfüllen, denn keine Kraft der Welt kann die Menschen guten Willens entmutigen, die für die Verbesserung der Menschheit wirken."

Wilhelm M. Breuer

Reinhard Opitz

Grundfragen oppositioneller Alternative und Strategie*)

Irgend etwas ist in den letzten zwei bis drei Jahren mit der Opposition vor sich gegangen, was ihr zu einer neuen Dynamik verholfen hat und sie instandsetzt, die Herrschenden in Atem zu halten. Dieser Aufschwung aber ist nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. Studentenproteste und Bewegungen, die unserer außerparlamentarischen Opposition gleichen, erregen in anderen Ländern ebenfalls Aufsehen. Eine derart internationale Erscheinung kann nur international wirkende Ursachen haben.

Bleibt man nicht in einer rein phänomenologischen Betrachtung stecken, dann läßt sich allerdings bezweifeln, daß die Identität dieser neuen oppositionellen Erscheinungen über die Grenzen der kapitalistischen Welt hinausreicht. Und zumindest innerhalb der hochentwickelten kapitalistischen Staaten sind einige Zusammenhänge mit Händen zu greifen.

Hier nämlich vollzieht sich heute überall die Anpassung der parlamentarisch-formaldemokratischen Verfassungen und der von diesen geschützten Freiräume für unreglementierte gesellschaftliche Entwicklungen an die Erfordernisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Das auf der Verschmelzung von Monopolmacht und Staatsmacht beruhende System, das zu Formen der Planung und Wirtschaftsregulierung übergehen muß und sowohl einem verschärften innerkapitalistischen Wettbewerb wie verschärfter Konkurrenz durch die sozialistischen Länder ausgesetzt ist, kann den relativen gesellschaftlichen Pluralismus — der in der vorausgegangenen Phase ein systemkonformes, die Kapitalherrschaft stabilisierendes Element war — nicht mehr vertragen. Daher gleichen sich heute überall die auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stehenden Parteien einander an, verlieren die Parlamente an Einfluß, wird mit allen Mitteln die Integration der Gewerkschaften betrieben.

Dieser Prozeß der allgemeinen Entdemokratisierung erfährt eine Beschleunigung dadurch, daß die wissenschaftlich-technische Revolution die ökonomische Konzentration forciert. Ökonomische Konzentration und wissenschaftlich-technische Revolution aber beschleunigen wiederum die Proletarisierung der Mittelschichten, und so löst das System in einem Augenblick, in dem sein ganzes Interesse auf die Formierung gerichtet sein muß, unfreiwillig und doch unvermeidlicherweise selbst die Verschiebungen im innerpolitischen Kräftegefüge aus, die eine Repolitisierung der innenpolitischen Szenerie bewirken und den repressiven Frieden der Formierten Gesellschaft, soweit er bereits hergestellt war, in Gefahr bringen. Denn ein Teil dieser ehemals privilegierten Schichten reagiert auf seinen sozialen Abstieg mit einer politischen Wendung nach rechts (dies trifft in der Regel auf mittlere und kleine Unternehmer, Händler, Gewerbetreibende und Bauern zu), während sich ein anderer Teil (und zwar insbesondere das

*) Dieser Beitrag ist auch in dem soeben im Pahl-Rugenstein Verlag erschienenen Buch „Alternativen der Opposition" enthalten. D. Red.

Bildungsbürgertum) nach links wendet und zum neuen, stimulierenden Element der demokratischen Opposition wird.

Diese zur linken Opposition hinzukommenden neu-oppositionellen Kräfte sind aus mehreren Gründen zur Zeit überall ein dynamischeres und radikaleres Element als die Arbeiterschaft:

Erstens ist ihr gegenwärtiges Kollektivschicksal der soziale Abstieg. Zweitens neigen viele von ihnen dazu, das System, das ihnen einen solchen Abstieg beschert, als Ganzes zu reflektieren und sich im Ergebnis dem Sozialismus zuzuwenden.

Drittens bleibt ihr Bekenntnis zum Sozialismus vorerst idealistisch-abstrakt, weil ihr enttäuschter Liberalismus sich in eine Sozialismuserwartung transponiert, in deren Licht alle existierenden sozialistischen Gesellschaften und alle originären sozialistischen Arbeiterbewegungen als fehlentwickelt erscheinen, was ihre kollektive Hinwendung zu jenen ideologischen Varianten innerhalb der sozialistischen Bewegung bewirkt, die eine Synthese zwischen dem Sozialismus und dem liberalen Prinzip der individuellen Konkurrenz herzustellen versuchen, insbesondere also zum „antiautoritären Sozialismus" und seiner voluntaristischen Praxis.

Viertens erkennen diese Schichten auf Grund ihrer besseren Bildungsvoraussetzungen die Formierungsgefahr viel deutlicher und vor allem in all ihren Zusammenhängen und sind willens, ihr zu begegnen, während die Arbeiterschaft in der Regel erst reagiert, wenn sich ihr die Folgen eines Ereignisses mit ganzer Wucht bemerkbar machen.

Bei den Studenten kommt als spezieller fünfter Grund hinzu, daß ihr eigener Bereich, die Hochschule, in den Sog formierender Reformen gerät.

Für die Arbeiterschaft hingegen hat sich die Lage nicht wesentlich verändert. Die Formierung ist vorerst etwas ziemlich Abstraktes, Wahlen finden noch statt, die Studenten dürfen reden und sogar „randalieren" — weshalb soll also die Demokratie gefährdet sein? Zwar gibt es jetzt die Konzertierte Aktion, aber die Unternehmer gewähren auch in ihrem Rahmen noch immer dosierte kleine Lohnerhöhungen. Die Automationsfolgen lassen sich im Augenblick noch abfangen, zur Anwendung des bereitstehenden Notstandsinstrumentariums ist zur Zeit kein Anlaß gegeben. Allerdings kam es in der Antinotstandskampagne zu ersten Solidarisierungen zwischen Arbeitern und studentischer Opposition. Unter der Arbeiterjugend nimmt die Unruhe zu, sie stellt einen Teil der außerparlamentarischen Opposition. Und nichts wäre für die Herrschenden gefährlicher, als wenn sich die oppositionelle Intelligenz mit der Kraft der Arbeiterschaft verbinden könnte. Denn dies ist klar: die Arbeiterschaft ist nach wie vor die Kraft, ohne die keine entscheidenden Machtveränderungen durchsetzbar sind. Deshalb unternimmt der staatsmonopolistische Herrschaftsapparat alles nur Erdenkliche — nämlich wesentlich mehr, als selbst die meisten linken Studenten ahnen —, um Intelligenz und Arbeiter auseinanderzuhalten.

Aber nicht nur um die Isolierung der oppositionellen Intelligenz von den Arbeitern geht es. Arbeiterschaft und Intelligenz sind zwar heute in allen kapitalistischen Ländern die Eckpfeiler der demokratischen Oppositionsbewegung, aber ohne einen beträchtlichen Prozentsatz von Verbündeten in allen Bevölkerungsschichten bleibt auch ihre Kraft unzureichend. Der Absolutismus der Monopolherrschaft verletzt objektiv die Interessen aller Bevölkerungsschichten, und der

Unmut, der sich in Reaktion hierauf unvermeidlicherweise bildet, kann nach rechts ausschlagen und damit wieder den Monopolen zugute kommen oder nach links gehen und das antimonopolistisch-demokratische Oppositionspotential verstärken. Die ganze Frage, um die es zwischen den Monopolen und der Opposition geht, lautet somit: Wer isoliert wen von der Mehrheit der Bevölkerung?"

Die Opposition braucht, um wesentliche Veränderungen durchsetzen zu können, mindestens mehr als die Mehrheit der Bevölkerung, da die Monopole über den staatlichen Machtapparat verfügen. Sie braucht außer dem Großteil der Arbeiterschaft und der Intelligenz Teile der Angestellten und Beamten, Teile des gewerblichen Mittelstands, Teile der Bauernschaft und auch Teile der Armee und der Polizei; sie braucht nicht unbedingt jeden Einzelnen und manche Schichten auch nicht zur Hälfte, aber sie muß so stark sein, daß die Monopole keine wirkungsvollen gesellschaftlichen Gegenbewegungen in Gang setzen können.

Dies macht, wie ziemlich klar auf der Hand liegt, eine oppositionelle Strategie erforderlich, die gleichermaßen in alle gesellschaftlichen Gruppen hineinzielt und überall die Punkte aufspürt und zum Anlaß politischer Aktivität nimmt, in denen die Interessendifferenz zu den Monopolen und ihrer Politik aufbricht und anhand derer am eindringlichsten bewußt gemacht werden kann, daß das eigene Interesse, logisch zu Ende gedacht, ein dem staatsmonopolistischen System zuwiderlaufendes ist und deshalb nur in einer demokratisierten Gesellschaft eine Chance hat. Es liegt an der Struktur des monopolbeherrschten Systems, daß sich derartige Punkte heute in jedem Bereich und für jede Bevölkerungsgruppe finden lassen, weil alle Schichten auf nur wenig voneinander unterschiedene Art von den Monopolen benachteiligt und entmündigt werden. Und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Opposition sich von Anfang an so ins öffentliche Bewußtsein einschreiben muß, daß sie nach allen Seiten hin als Magnet auf diejenigen Kräfte wirken kann, die in einen Gegensatz zum System geraten.

Gerade in diesem, wie man meinen möchte einfachsten — und allerdings die Kardinalfrage der oppositionellen Strategie darstellenden — Punkt beziehen indes viele der aus dem Bürgertum kommenden neuproletarischen Oppositionellen eine gänzlich andere Haltung. Sie lehnen eine antimonopolistische Bündnisstrategie ab und plädieren stattdessen für eine Sammlung unter der roten Fahne des Sozialismus oder der schwarzen des Anarchismus.

Es versteht sich, daß dadurch das den Monopolen entgegenzustellende demokratische Oppositionsbündnis eingeengt und den Monopolen die Isolierung der Opposition von der Bevölkerung erleichtert würde. Die Idee von der herrschaftslosen Gesellschaft hat in der Arbeiterschaft keine Chance und ist ersichtlich inpraktikabel, weil industrialisierte Gesellschaften nur durch ein hohes Maß von Organisation aufrechterhalten werden können. Der Sozialismus aber, der die einzig praktikable Gegenidee zum Kapitalismus darstellt, kann erst dann zur Plattform der Sammlung werden, wenn die sozialistische Idee große Teile des Volkes ergriffen hat. Da dies nicht von selbst eintritt, ist die Existenz sozialistischer Organisationen, die eine intensive Aufklärungsarbeit betreiben, unerläßlich. Diese Arbeit ist schon deshalb dringend, weil die Bevölkerung auch von der Teilnahme am Kampf um demokratische Veränderungen durch antikommunistische Propaganda abgeschreckt werden kann, so lange in ihr eine antisozialistische Grundstimmung dominiert. Aber diese Arbeit kann nur langfristig Erfolge bringen, während die von der Spitze des Staates ausgehende Entdemokratisierung hier und heute den Widerstand und den offensiven Kampf für demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft notwendig macht.

Für diesen Kampf werden nicht sozialistische, sondern demokratische Alternativen benötigt, und die Frage, auf die es ankommt, lautet daher nur: Was sind eigentlich demokratische Alternativen, wie müssen sie unter den heutigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Formierungstendenzen aussehen?

Das Problem liegt hierbei tatsächlich darin, daß kein in sich selbst ruhendes, statisch zu denkendes Zwischenmodell konstruierbar ist, also sozusagen ein monopolfreier, demokratischer Kapitalismus oder Halbkapitalismus. Antimonopolistische Alternativen haben demnach nichts mit gesellschaftlichen Endvisionen zu tun, sie sind vielmehr Kampfalternativen, mit deren Durchsetzung der Prozeß der Gesellschaftsveränderung nicht abgeschlossen, sondern forciert bzw. überhaupt erst ausgelöst wird. Hinter den ersten Reformen, die gegen den Willen des Monopolkapitals durchgesetzt werden und der Gesellschaft reale Einflußpositionen verschaffen, liegt nicht Ruhe, sondern verschärfter, die Entwicklung immer weiter treibender Klassenkampf.

Die Beschaffenheit der von der Opposition jeweils zum aktuellen Kampfziel zu erhebenden Alternativen muß folglich so sein, daß sie die in einer konkreten Situation notwendigen Entwicklungsprozesse einzuleiten vermögen. Alternativen, die nicht die Massen ergreifen, helfen nichts. Ergriffene Massen aber, die für Reformen kämpfen, mit denen der Allmacht der Monopole in Wahrheit keinerlei Abbruch getan wird, helfen auch nichts. Dies sind die beiden Abwege, auf die die oppositionelle Strategie leicht geraten kann.

In der gegenwärtigen Diskussion um demokratische Reformen wird der erste Fehler überall dort gemacht, wo der richtige Grundsatz, daß demokratische Alternativen „systemtranszendierend" sein müßten, dogmatisiert und zum Anlaß für den Rückzug aus allen sozialen Auseinandersetzungen genommen wird, deren Gegenstand nicht unmittelbar systemerschütternde Forderungen sind. Ein solcher Rigorismus nimmt der Opposition die Möglichkeit, größeren Bevölkerungsgruppen — wie etwa in Lohnkämpfen stehenden Arbeitern — als Verbündeter im Kampf auch um kleine materielle Verbesserungen vertraut zu werden und so die Barriere zu unterlaufen, die die Herrschenden zwischen der Opposition und den einzelnen Sozialgruppen der Bevölkerung sorgsam aufrechterhalten.

Der Prozeß der Heranbildung des Gegenmachtpotentials macht also die Teilnahme auch an gesellschaftlichen Konflikten, die noch nicht von systemtranszendierender Reichweite sind, erforderlich. Aber hier liegt die Gefahr, in den zweiten Fehler zu verfallen, sehr nahe. Er wird von all denen begangen, die in falschem Verständnis der Bündnisstrategie eine Politik der bloßen Unterstützung der von einzelnen Gruppen erhobenen Forderungen betreiben, unbesehen, um welche Art von Forderungen es sich handelt. Die Aufgabe der Opposition kann nicht darin liegen, ein in Konflikt mit den Herrschenden geratenes Bevölkerungspotential lediglich quantitativ zu verstärken (sie bleibt dann zu Recht eine quantité negligeable), ihre Aufgabe ist vielmehr die qualitative Veränderung des Konfliktes. Sie hat die von den sozialen Protestgruppen oft nur pragmatisch gestellten Fragen auf den Punkt zurückzuführen, in dem die zwischen ihnen und den Monopolen bestehende prinzipielle Interessendifferenz sichtbar wird. Ein derart politisierter Kampf gewinnt wegen der bewußtseinsbildenden Prozesse, die er auslöst, eine systemtranszendierende Dimension, die im Gegenstand selbst nicht unbedingt von vornherein veranlagt sein muß.

Die Alternativen, die die Opposition selbst artikuliert, müssen dementsprechend im Schnittpunkt zwischen dem Postulat der Massenwirksamkeit und dem Postu-

lat der Systemveränderung liegen. Sie müssen sich nahe genug am subjektiven Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit oder doch größerer Teile der Bevölkerung halten, um von ihnen auch dann verstanden zu werden, wenn sie noch in antisozialistische Ressentiments verstrickt sind; sie müssen aber gleichzeitig ihrem Inhalte nach von systemverändernder, d. h. demokratisierender, die Monopolmacht untergrabender Dynamik sein oder doch die Auslösung einer solchen Dynamik ermöglichen. Diese Schnittpunkte für eine Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche systematisch zu ermitteln, ist die Aufgabe des Entwurfs einer demokratischen Gesamtalternative, der sich die Opposition gründlicher annehmen muß als bisher.

Unter diesen strategischen Gesichtspunkten erweisen sich einige Aktionen der Antiautoritären ihrer Anlage nach als halsbrecherisch. Angesichts der perfekten Abschirmung der Parlamente und einer vermarkteten Presse, in der linke Meinungen nur als ein Farbtupfer unter vielen anderen dazu beitragen, ein verworrenes Gesamtbild aufrechtzuerhalten, wird die Aktion zum entscheidenden Aufklärungsmittel der Opposition. Aber auf diesen Aufklärungseffekt hin muß sie auch immer bewußt angelegt sein. Aktionen sind dann richtig, wenn sie die Diskussion über die von der Opposition aufgeworfenen Fragen über deren eigenen Kreis hinaustragen und somit in der öffentlichen Meinung Differenzierungsprozesse auslösen. Deshalb wäre es gewiß abwegig, zu verlangen, daß sie erst dann unternommen werden sollten, wenn sie des Beifalls einer Mehrheit oder auch nur nennenswerter Bevölkerungsteile gewiß sein können; denn es geht um die Auslösung von Erkenntnisprozessen, und die müssen notfalls von wenigen Leuten in Gang gebracht werden. Manche Aktionen der Antiautoritären unterscheiden sich aber von den Aktionen der übrigen Opposition dadurch, daß sie Erkenntnisprozesse und daraus resultierende Solidarisierungen gerade torpedieren.

Wie soll sich der Bevölkerung durch den Einwurf von Fensterscheiben oder einen Kaufhausbrand etwas von den Motiven mitteilen, die die Studenten zu solchen Handlungen veranlaßten? Wie sollen Aktionen, die allein darauf angelegt sind, Konfrontationen mit der Polizei herbeizuführen, von der Bevölkerung aufgenommen werden? Die antiautoritäre Spekulation, der Bevölkerung werde daran der „faschistische Charakter des Staatsapparates" bewußt werden, übersieht, daß sich das Bewußtsein der breiten Bevölkerungsmassen vom antiautoritären Bewußtsein dadurch unterscheidet, daß es inhaltlich, nicht aber formal orientiert ist, sich also über das Vorgehen der Polizei erst dann empört, wenn ihm die Sache, gegen die da vorgegangen wird, schutzwürdig erscheint. Die Degradierung der Demonstrationsziele zu bloßen Anlässen, Bürgerkriegsspiele mit der Polizei zu betreiben, entspricht zwar der antiautoritären Auffassung, daß die Institutionen der Feind seien und der Kampf gegen sie gerichtet werden müsse, — der Effekt einer praktischen Anwendung dieser anarchistischen Theorie ist jedoch, daß die Bevölkerung von der Opposition abrückt, nicht von der Polizei.

Die ganze Gewaltdiskussion, die die revolutionaristischen Antiautoritären in die Opposition getragen haben, war überflüssig und höchst schädlich, weil es für eine Minderheit kein besseres Mittel der Selbstisolierung gibt als Gewaltanwendung.

Es gibt nur eines, was noch schädlicher ist: das ist der selbstmörderische Hang, die Aktionen immer mehr gegen die eigene Peripherie zu richten, schließlich sogar im Kern des eigenen Bündnisses Liberale und „Traditionalisten" und alles, was nicht der jeweils gerade neuesten antiautoritären Modetherorie folgt, zu Kollaborateuren des Monopolkapitals zu erklären und so dafür zu sorgen, daß sich die demokratische Oppositionsbewegung zu einer für die Herrschenden völ-

lig ungefährlichen Kraft zurückentwickelt, die sich sowohl nach außen hin selbst isoliert wie auch im Innern selbst paralysiert. Die Kernfrage, vor der die Opposition steht und in der sie zur Entscheidung kommen muß, heißt, wie die zur Zeit wachsende Gefahr der Selbstzerfleischung der Opposition nur abermals zeigt: Bündnispolitik oder antiautoritäres Harakiri.

In engem Zusammenhang mit dieser Frage stehen drei weitere Grundfragen der oppositionellen Strategie: die Frage des Grundgesetzes, die Gewerkschaftsfrage und die Parlamentarismusfrage.

Unter dem Gesichtspunkt der Bündnisstrategie kann der Umstand, daß das herrschende System den Boden des Grundgesetzes von 1949 verläßt und einen Umbau der Verfassung vornimmt, die Opposition nur zu der strategischen Schlußfolgerung führen, daß sie ihrerseits mit allen Mitteln das Grundgesetz zu verteidigen hat. Ob jemand das bisherige Grundgesetz als ungenügend empfand (wir alle wissen schließlich, daß es ein Kompromiß ist), ist völlig irrelevant angesichts der Tatsache, daß die geplanten Verfassungsreformen Verschlechterungen bringen, die sich auf die gesamte Bevölkerung nachteilig auswirken. Nun sind in Deutschland die demokratischen Traditionen bekanntlich nicht gerade stark; in den letzten zwanzig Jahren aber war das Grundgesetz der Mehrheit der Bevölkerung zu etwas Selbstverständlichem geworden, auf dessen Basis sich leben ließ, und somit gewann bei ihr auch die Demokratie, die sie allerdings ganz im bürgerlichen Sinne mit dieser Verfassung gleichsetzte, einen guten Ruf. Da geschieht heute das Ungeheuerliche, daß die Herrschenden diese bei der Bevölkerung populär gewordene Verfassung und damit auch das Stückchen illusionärer Demokratie, das sie ermöglichte, von oben her zerstören — und genau in dem Augenblick kommen die Antiautoritären und erklären, das Grundgesetz diene nur der Aufrechterhaltung der bestehenden Machtverhältnisse (und das eben ist nicht mehr wahr, zu ihrer Aufrechterhaltung braucht das System heute die Reformen). Ein derartiges Verhalten schlägt der Opposition dreifach ins Gesicht: Die Chance, sich mit allen Demokraten der Bundesrepublik gegen die Zerstörer des Grundgesetzes zu verbünden, wird vertan; der Wille zum aktiven Widerstand gegen formierende Verfassungsreformen wird bei der Opposition selbst verunsichert; die Herrschenden erhalten die Möglichkeit, in dem Augenblick, in dem sie Hand an die Verfassung legen, die außerparlamentarische Opposition einer grundgesetzfeindlichen Haltung zu bezichtigen, ohne daß deren eigene Äußerungen dies durchgängig als Lüge erkennen lassen. Die Opposition erscheint als Gefahr für die Demokratie, das Monopolkapital und seine Parteien erscheinen als deren Beschützer, die politische, aber zur Zeit immer noch mehr zur Demokratie als zu einer neuen Diktatur neigende Mitte wird abermals in eine Einheitsfront mit den Monopolen gedrängt.

Auf dem besten Wege, die gesamte Arbeiterschaft in eine Kampfstimmung gegen die außerparlamentarische Opposition zu bringen, sind die Antiautoritären mit ihrer antigewerkschaftlichen Strategie. Tatsächlich gibt es innerhalb der Gewerkschaften bedenkliche Anzeichen dafür, daß ihre völlige Umfunktionierung zu Ordnungsfaktoren des staatsmonopolistischen Systems gelingen könnte, obwohl auch gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen sind. Aber selbst dann, wenn sich die Gewerkschaftsspitzen schon vollkommen mit den Monopolen liiert hätten, bliebe es die einzig richtige Taktik, innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen zu arbeiten, dort immer wieder die unmittelbaren Tagesfragen so zu stellen, daß an ihnen die Klassenfrage klar wird und damit unter den Kollegen die Diskussionen ausgelöst werden, die sie in ein solidarisches Verhältnis zur demokratischen Opposition bringen. Denn ohne die gewerkschaftlich organisier-

ten Arbeiter läßt sich auch die Arbeiterschaft als Ganzes nicht gewinnen, ohne die keine größere gesellschaftliche Veränderung durchsetzbar ist.

Zwischen den Monopolen und der demokratischen Opposition findet also ein Kampf um die Gewerkschaften statt, und dieser Kampf muß von der Opposition vorwiegend in den Gewerkschaften geführt werden. In Anbetracht dieser Lage ist es ein genialer Einfall der Antiautoritären, die Organisationen, innerhalb deren sich ein Hauptteil des Kampfes um die Arbeiterschaft abspielt, von außen her pauschal anzugreifen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter damit also in eine kollektive Antihaltung gegen die demokratische Opposition zu bringen und sich ihnen auf den Maikundgebungen dann auch noch durch Störaktionen wie ihr eigentlicher Gegner zu präsentieren, mit dem man ins Handgemenge gerät, während Unternehmerschaft, CDU und NPD klug im Hintergrund bleiben. Die Eskalation von beiderseitigen Haßgefühlen, die die antiautoritäre Gewerkschaftsfeindseligkeit zwischen Studenten und Arbeitern ausgelöst hat, ist ein schwerer Rückschlag für die oppositionelle Bewegung, das Monopolkapital kann sich freuen. Dabei ist es andererseits natürlich vollkommen richtig, die gewerkschaftliche Politik nicht aus der eigenen Kritik auszuklammern, da sich sonst keine innergewerkschaftlichen Erkenntnisprozesse in Bewegung bringen ließen. Am Beispiel der Mitbestimmung läßt sich die Frage falschen und richtigen oppositionellen Arbeitens gut demonstrieren.

Die Antiautoritären bekämpfen die Mitbestimmungsforderungen des DGB mit der Begründung, daß sie eine raffinierte Form der Formierung seien, durch die die Arbeiter nur noch fester ans Unternehmersystem gebunden würden. Mit der prinzipiellen Ablehnung der Mitbestimmung stehen aber in Wirklichkeit zunächst einmal sie in einer Reihe mit den Unternehmern. Und diejenigen unter ihnen, die die Furcht vor einer Mitbestimmung formierter Gewerkschaften dazu verführt, den SPD-Entwurf zu empfehlen, weil er die Gewerkschaften schwächt und die „Basis" stärkt, merken nicht, daß ihre Basisromantik dem kühlen Unternehmerkalkül in die Hände spielt, es lieber mit nichtorganisierten oder verschiedene Minderheiten vertretenden, also individuell zu beeinflussenden und gegeneinander auszuspielenden Arbeitnehmervertretern zu tun zu haben als mit Vertretern einer einzigen Gewerkschaft.

Demgegenüber wäre es aber nun keineswegs eine politisch richtige Verhaltensweise, sich einfach zu einem unerbetenen und tatsächlich nicht benötigten Stimmenverstärker des DGB zu machen. Denn die Aufgabe der Opposition besteht darin, dafür zu sorgen, daß die Mitbestimmung, wie immer sie ursprünglich gemeint war, in der Praxis eine die Machtverhältnisse in der Wirtschaft verändernde Dynamik annimmt. Das aber erfordert sowohl die prinzipielle Solidarisierung mit dem Mitbestimmungsanspruch der Gewerkschaften wie zugleich eine offensive Interpretation dieses Anspruchs in den unteren Gewerkschaftsgliederungen und den Belegschaften, die die weitere innergewerkschaftliche Entwicklung beeinflußt. Wenn es gelingt, bewußt zu machen, welche Inhalte durch Mitbestimmung durchgesetzt werden sollen, dann verwandeln sich selbst bei ungünstigerem Zahlenverhältnis die Aufsichtsräte und Vorstände von Kooperationsgremien in Stätten des Klassenkampfes.

Das aber ist auch der entscheidende Punkt in der Parlamentarismusfrage. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist die Demokratie mit der parlamentarischen Demokratie identisch. Die Entfunktionalisierung der Palamente ist in allen kapitalistischen Ländern eine Folgeerscheinung der Verschmelzung von Monopolmacht und Staatsmacht. Diesen Vorgang der Entmachtung der Parlamente als verursacht

durch das Monpolsystem der Bevölkerung erklärlich zu machen und daraus die Notwendigkeit der Entmachtung der Monopole abzuleiten, wäre wirkliche Aufklärungsarbeit, weil sie Einsicht in die Herkunft der Entdemokratisierung vermittelt und eine klare Auskunft darüber gibt, gegen wen man sich wenden muß, um ihr Einhalt zu gebieten. Stattdessen ziehen es die Antiautoritären vor, eine antiparlamentarische Agitation zu betreiben, so als wäre heute die Existenz der Parlamente und nicht ihre politische Gleichschaltung das zu bekämpfende Übel. Wieder begeben sie sich damit in den Augen der Bevölkerung in das Licht, Gegner der Demokratie zu sein. Daß es ihnen dabei in Wirklichkeit um eine nichtrepräsentative, unmittelbare Demokratie geht, macht die Sache nicht besser, sondern nur tragisch: denn den Monopolen ist die parlamentarische Demokratie ja ebenfalls lästig, und je mehr in der Bevölkerung mit Hilfe der antiautoritären Linken deren Verteidigungswürdigkeit in Frage gestellt wird, desto leichter können sie über ihre Parteien „Reformen" — und zwar in ihrem Sinne — vornehmen. Solange man nicht selbst die Richtung der Reformen bestimmen kann, kommt die Forderung nach Beseitigung des formalen Gerüstes der parlamentarischen Demokratie der Aufforderung an die Herrschenden gleich, zur offenen Diktatur überzugehen. Mit dieser Position isoliert man sich von allen demokratisch eingestellten Teilen der Bevölkerung.

Würden die Antiautoritären sich stattdessen darauf konzentrieren, die Bevölkerung für inhaltliche politische Forderungen (und nicht für formal-institutionelle) zu mobilisieren, so würde sich zeigen, daß die Frage der Institutionen eine sekundäre ist. Primär ist, ob sich die demokratische Opposition mit großen Teilen der Bevölkerung über ganz bestimmte inhaltliche Forderungen verständigen kann, die man gemeinsam durchzusetzen versucht. Gelingt diese Verständigung, dann macht die Bevölkerung auch selbst die Erfahrung, ob und inwieweit es in der formierten Demokratie noch möglich ist, Forderungen auf parlamentarischem Wege durchzusetzen.

Man könnte sich fragen, weshalb die Antiautoritären, unter denen es doch so viele aufgeweckte Köpfe gibt, diese relativ einfachen Grundfragen des oppositionellen Kampfes nicht begreifen. Darüber gibt vielleicht am deutlichsten die fünfte Streitfrage, die hier als letzte behandelt werden soll, Auskunft.

Eine auffällige Eigentümlichkeit der Antiautoritären besteht darin, daß sie ein demonstratives Desinteresse gegenüber all den Problemen an den Tag legen, die unter das Thema der europäischen Friedenssicherung fallen. Dies ist zunächst unerklärlich, da die allgemeinen antiautoritären Analysen ja durchaus mit denen der übrigen Opposition in der Betonung des imperialistisch-expansiven Charakters der amerikanischen und westdeutschen Politik übereinstimmen. Nur erfährt man von den Antiautoritären dann nie im einzelnen, wie sich diese Expansivität im Falle der Bundesrepublik heute konkret äußert. Den zahllosen antiautoritären Darstellungen des Imperialismus in der Dritten Welt steht keine einzige Darstellung der imperialistischen Politik innerhalb Europas gegenüber. Hierfür nun scheint es vor allem einen Grund zu geben: Eine Analyse der Europapolitik der Bundesregierung (also ihrer Politik sowohl gegenüber Westeuropa wie gegenüber der DDR und Osteuropa) würde zu einem Ergebnis führen, das es ziemlich unausweichlich macht, in all diesen Fragen auf etwa dieselben Positionen zu gelangen, wie sie die DDR oder die Sowjetunion einnehmen. Denn die Frontlinien des internationalen Klassenkampfes verlaufen hier in Europa ziemlich eindeutig, und auch die Antiautoritären können nicht umhin, die Fragen der Außenpolitik als Fragen des internationalen Klassenkampfes zu sehen. Aber nichts ist ihnen unangenehmer, als in eine Einheitsfront mit den „verbürokratisierten, sta-

linistischen, revisionistischen ..." usw. Staaten zu kommen. Da nun aber der internationale Klassenkampf in Europa wirklich zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern vor sich geht, hüllen sich die Antiautoritären in verlegenes Schweigen und machen unwillig abwehrende Handbewegungen, wenn Fragen der europäischen Politik zur Sprache kommen. Denn der Antibürokratismus der antiautoritären Sozialisten ist nichts anderes als ein sozialistischer Antikommunismus, und diese Position hat es in der Tat schwer, im Kontext des realen innereuropäischen Klassenkampfes einen Platz zu finden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß man sich eigentlich in gar keiner Frage, auch in keiner innenpolitischen, zurechtfinden kann, wenn man sich über die internationalen Klassenkampffronten keine Rechenschaft ablegt oder seine eigene Position bewußt irgendwo zwischen ihnen sucht.

Nichts wäre indes törichter, als wenn die übrigen Teile der Opposition ihren antiautoritären Partnern nicht unermüdlich und mit größter Geduld dabei behilflich sein würden, über ihr antiautoritäres Durchgangsstadium hinwegzukommen. Sie dürfen sich dabei allerdings nicht von den kollektiven Entwicklungsproblemen ihrer neuen Kampfgenossen beeindrucken und am Ende selbst in deren Irrealismus hineinziehen lassen. Die inneroppositionelle Diskussion muß vielmehr dazu führen, daß sich alle gegenwärtigen Richtungen und Gruppierungen der außerparlamentarischen Bewegung über die Unzulänglichkeiten der antiautoritären Theorie und Praxis klar werden. Die demokratische Opposition muß in ihrer Gesamtheit über dieses Stadium hinausgelangen, weil anarchistische oder antiautoritäre Bewegungen immer in einer allgemeinen Frustration enden. Die Opposition aber muß gerade an Dynamik gewinnen, ihre Aktionskraft muß weit über ihre heutige hinauswachsen, wenn gesellschaftsverändernde Demokratisierungsprozesse in Gang gebracht werden sollen.

Objektiv hat sie dazu die Möglichkeit. Denn das staatsmonopolistische System kann den Konzentrationsprozeß nicht anhalten, der Zustrom an neuem Proletariat nimmt permanent zu, und der Druck auf die Arbeiterschaft verschärft sich. Ob aber aus alledem die oppositionelle Gegenmacht erwächst, die die gegenwärtige Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik umkehren kann, hängt wesentlich von der strategischen Orientierung der Opposition und der Art ihrer Alternativen ab.

Conrad Taler

Menetekel „Harzburger Front"

Beispiele der Übereinstimmung zwischen CDU/CSU und NPD — Der Nationalismus in europäischem Gewand

Eine „Untat" nannte es der CSU-Vorsitzende Strauß, gegen seine Partei den Vorwurf des „Nationalismus oder der Nähe zu einer rechtsradikalen Partei" zu erheben. Auch der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kiesinger, wies nachdrücklich

jeden Verdacht zurück, daß „ausgerechnet diese CDU und diese CSU nationalistische Züge" hätten. Und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stücklen, versicherte: „Es gibt keine Verbindung der CSU zur NPD, und es wird sie nicht geben."

Was die drei Unionspolitiker veranlaßte, sich auf dem CSU-Parteitag in München am 13./14. Juni in dieser Weise zu äußern, war die Anmerkung des SPD-Vorsitzenden Brandt, in der Bundesrepublik existiere die „Mini-Ausgabe" einer neuen „Harzburger Front", also jenes Bündnisses, das die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm 1931 in Bad Harzburg mit der NSDAP eingingen.

Der einstige Antifaschist und Emigrant Willy Brandt hatte sich wegen seiner Warnungen vor einer Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik schon vor dem Münchner CSU-Kongreß Fußtritte der sogenannten gemäßigten und der extremen Rechten eingehandelt. Nun sollte auf dem christlich-sozialen Parteitag ein für allemal mit den Vorwürfen aufgeräumt werden, in den Unionsparteien huldigten manche Leute einem Nationalismus unseligen Angedenkens. Die Zauberformel lautete sinngemäß: Wer für Europa eintrete, könne gar kein Nationalist sein. Im einzelnen hörte sich das so an:

„Ich habe immer ... erklärt, daß in unseren Augen der Nationalismus der Totengräber Europas ist. Es gibt keine europäischer orientierte Partei als die Christlich-Soziale Union ..." (Strauß). „Wir lassen uns im europäischen Willen ... von niemandem in der Bundesrepublik übertreffen" (Kiesinger). „Die CSU macht Front gegen jedes Aufkeinem von Nationalismus und Chauvinismus in unserem Land" (Stücklen).

Nun ist freilich der CSU-Vorsitzende Strauß so selbstlos europäisch wiederum nicht, daß er sein Bekenntnis zu Europa ganz ohne „aber" vorgebracht hätte. Er fügte nämlich den erwähnten beiden Sätzen die Worte an: „Aber wir lassen uns auch nicht durch Hinweis auf NPD oder auf Nationalismus daran hindern, die volle Wahrheit für Deutschland, Gerechtigkeit für unsere Nation und Rückkehr als gleichberechtigtes Mitglied in die Gesellschaft der Völkerfamilie zu verlangen."

„Volle Wahrheit für Deutschland"; was kann damit gemeint sein? Etwa, daß das Hitler-Deutschland nicht schuld war am Zweiten Weltkrieg? „Gerechtigkeit für unsere Nation"; sieht Strauß sie vielleicht erst dann wiederhergestellt, wenn die Gebiete jenseits von Oder und Neiße wieder deutsch sind? Und „Rückkehr als gleichberechtigtes Mitglied in die Völkerfamilie"? Könnte dies etwa bedeuten, daß der als diskriminierend empfundene Verzicht auf Atomwaffen fallen muß?

Ähnliche Fragen ließen sich auch an den vieldeutigen Satz knüpfen: „Wir ... fordern Widerstand gegen den Ungeist der Anpassung, des Verzichts und der Unterwerfung", nur mit dem Unterschied, daß dieser Satz in den „Grundlagen nationaldemokratischer Politik zum Programm der NPD" steht ...

„Die CSU macht Front gegen jedes Aufkeimen von Nationalismus und Chauvinismus in unserem Land", erklärte Richard Stücklen, aber hat sich seine Partei schon jemals ernsthaft mit dem Programm und den Parolen der Nationaldemokraten auseinandergesetzt? Offenbar gibt es da einige Schwierigkeiten. Sie hängen vermutlich damit zusammen, daß zwischen Nationaldemokraten und christlichen Demokraten auf vielen Gebieten Übereinstimmung besteht. Oder gibt es irgendwo eine Differenz, wenn einmal der NPD-Vorsitzende v. Thadden die Ansicht vertritt: „Das Europa von heute wäre sehr wohl in der Lage, wirtschaftlich, wäh-

rungspolitisch und militärisch ein Faktor zu sein, durchaus in der Lage, in die Weltpolitik eingreifen zu können", und wenn ein anderesmal der CSU-Vorsitzende Strauß verlangt, die Staaten Europas müßten die Rolle des Objektes aufgeben, um ein Subjekt der Weltpolitik zu werden"?

Weder die Italiener, noch die Schweden oder die Niederländer rufen nach „Mitbestimmung in der Weltpolitik". Im Gegensatz zu namhaften deutschen Politikern erwecken sie nicht den Eindruck, als diente ihnen der Europabegriff als Vehikel für nationalistische Tendenzen. Zwar versichern die Führer in Bonn, nirgendwo seien Großmachtträume so gründlich ausgeträumt wie bei uns, aber interessanterweise bieten hauptsächlich politische Repräsentanten der Bundesrepublik immer wieder Anlaß zu gegenteiligen Betrachtungen. Als Strauß im Mai während seines Besuches in London einen neuen „Europa-Vorstoß" unternahm und dabei die Vereinigung der britischen und der französischen Atomstreitmacht zu einem europäischen Pool empfahl, schrieb der liberale Londoner „Guardian":

„Strauß war offensichtlich bemüht, sich als guter Europäer zu zeigen ... Doch er setzt die Prioritäten falsch. Diese sind tatsächlich so falsch, daß sie geeignet sind, Zweifel an seinem friedlichen Image zu wecken, das er ausstrahlen möchte ... Die Bombe an den Anfang zu stellen, heißt, das Pferd vom Schwanze her aufzuzäumen" (21. 5. 1969).

Noch bevor die CDU Ende Juni ihr Europa-Aktionsprogramm vorlegte, das die westeuropäischen Länder auf dem Weg über eine politische Union in eine zentral gelenkte Rüstungs- und Militärgemeinschaft umfunktionieren möchte, war in Paris die Befürchtung laut geworden, das von Bonn anvisierte Europa könnte möglicherweise unter deutschen Einfluß geraten. Vertraulich wurde verbreitet, für Frankreich sei eine allzu enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik nicht mehr ganz angebracht, weil der deutsche Partner zu stark werde. Der Präsident der französischen Stahlindustrie, Ferry, meinte, das deutsch-französische Duo sei durch die Ereignisse überholt. Und das gaullistische Blatt „La Nation" schrieb, der Aufschwung der Bundesrepublik sei zwar eine Realität, der alle Europäer Rechnung tragen müßten. „Aber daß die europäischen Partner eine andere Realität sind, der ein Wohlstandsdeutschland ebenfalls Rechnung tragen muß, stellt auch eine unleugbare Tatsache dar. Das politische Europa, ohne das es keine wahrhaft europäische Konstruktion gibt, kann nicht deutsch sein" (23. 5. 1969). Die Zauberformel gegen den Verdacht eines neuen deutschen Nationalismus hat ihre Wirkung allem Anschein nach bisher verfehlt. Wahrscheinlich rührt dies daher, daß der Nationalismus sich zwar in seinem äußeren Bild, nicht aber in seiner Substanz geändert hat. Er gibt sich nicht mehr ausschließlich deutsch, sondern von Fall zu Fall auch europäisch. Das ist vermutlich auch der Grund für die Klage des SPD-Pressedienstes, die Unionsparteien „schwankten zwischen europäischen Treuebekenntnissen und Spielereien mit eben jenem deutschen Nationalismus, dessen Wiederbelebung Europa im Wege stehe" (PPP 24. 6. 1969).

Auf welche Weise versucht wird, die westeuropäischen Länder zu Komplicen der eigenen Ressentiments gegenüber den beiden Großmächten zu machen und eine Art „europäischen Nationalismus" hochzukitzeln, verdeutlichte Franz-Josef Strauß mit dem Satz: „Es ist auf die Dauer nicht einsehbar, daß allein die sieben Länder der Westeuropäischen Union eine Viertelmillion amerikanischer Soldaten brauchen, um vor vier Millionen Rotarmisten nicht zittern zu müssen" (dpa 1. 6. 1969). Wenige Tage später wartete Bundeskanzler Kiesinger, der die Bundeswehr zur „großen Schule der Nation" machen will, mit einer ähnlichen Kostprobe von europäisch-nationalistischem Pathos auf. „Ist es nicht eine Schande",

fragte er auf einer Tagung des Bundeswehrverbandes, „daß 200 Millionen Amerikaner 300 Millionen Europäer schützen müssen?"

Gewiß, ganz und gar möchte man auf den Rückhalt Amerikas nicht verzichten, aber es fehlt auch nicht an öffentlich geäußerten Zweifeln hinsichtlich der Einsatzfreudigkeit und Einsatzfähigkeit der USA. Man möchte in Bonn unabhängig sein von den Unwägbarkeiten der amerikanischen Politik. Kiesingers fatales Wort von der atomaren „Komplicenschaft" zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion machte auf verblüffend deutliche Weise klar, was man am Rhein von Washington hält. Die NATO gilt als überholt, weil sie zu wenig Spielraum für eigene Entscheidungen läßt. Strauß wünscht „zwei westliche strategische Systeme", mit je einem Hauptquartier in Washington und in Europa.

Auch in dieser Beziehung treffen sich Unionspolitiker und Nationaldemokraten auf einer Linie. So bemerkte der NPD-Vorsitzende v. Thadden: „Jener Staat, der uns vor einem aggressiven Kommunismus schützen sollte, wird heute selbst mehr und mehr zum Schauplatz kommunistisch infizierter Unruhen. Das ist wahrlich Grund genug ... den Versuch zu unternehmen, uns in Europa vor den Folgen solcher Entwicklungen durch eine Politik mit dem Ziel europäischer Unabhängigkeit zu schützen" („NPD-Kurier" G/68).

Wenn Strauß es eine „Untat" nannte, gegen seine Partei den Vorwurf irgendwelcher Gemeinsamkeiten mit der NPD zu erheben, so setzte er damit die vehementen Bemühungen seines „Bayernkuriers" fort, die Unionsparteien gegen alle derartigen Vergleiche zu verteidigen. Das CSU-Blatt meinte, es sei eine „lächerliche Argumentation", z. B. aus der übereinstimmenden Haltung von CDU/CSU und NPD gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag, der Nichtanerkennung der DDR, der Nichtaufwertung der D-Mark und der Verjährung auf eine „Verwandtschaft" zwischen den beiden Parteien zu schließen oder gar zu behaupten, die CDU/CSU segle im Kielwasser der Rechtsradikalen. Das sei „politischer Rufmord" („Bayernkurier" v. 31. 5. 1969).

Nun ist aber die Übereinstimmung zwischen der CDU/CSU und der NPD in zahlreichen Fragen keine böswillige Erfindung politischer Rufmörder, sondern schlicht eine Tatsache. Sie aufzudecken heißt lediglich, auf gewisse Gefahren aufmerksam machen, wobei es nicht so entscheidend ist, ob die Unionsparteien im Kielwasser der nationalistischen Propaganda der NPD segeln oder umgekehrt. Daß sich insbesondere das von Strauß herausgegebene CSU-Organ „Bayernkurier" über Hinweise auf eine weitgehende Identität der Argumentation zwischen den gemäßigten und den extremen Rechten erregt, kommt nicht von ungefähr. Dies Blatt selbst bietet nämlich am häufigsten Gelegenheit zu vergleichenden Betrachtungen. Und zwar gilt dies keineswegs nur für die eingangs erwähnten Probleme, sondern vielmehr für eine lange Reihe von politischen Fragen, von denen einige im folgenden dargestellt werden sollen.

So schrieb der „Bayernkurier" (am 21. 9. 1968) z. B.: „Das willige Marschieren im Schlepptau der Vereinigten Staaten, wie Brandt es mit seinem hektischen Eifer, die deutsche Unterschrift unter den Sperrvertrag baldmöglichst zu leisten, dokumentiert hat, kann einfach bei der Verschiedenheit der jeweiligen Interessenlage keine gute Politik für Deutschland sein." Das NPD-Organ „Deutsche Nachrichten" (vom 11. 10. 1968) zitierte zu diesem Thema den NPD-Vorsitzenden Adolf v. Thadden wie folgt: „Unsere Lage im geteilten Europa enthält Elemente, die mit den Interessen der USA nicht übereinstimmen." Der gleichklingende Verweis auf Interessendifferenzen zwischen Bonn und Washington fällt hier besonders auf, weil er in diesem Zusammenhang abwegig ist. Schließlich

haben über 80 Staaten den Atomsperrvertrag unterschrieben, obwohl die Mehrzahl davon keineswegs US-Satelliten sind!

Fast identisch war auch die Argumentation, als auf der Frankfurter Buchmesse 1968 Studenten und junge Arbeiter demonstrierten. Die NPD-Zeitung (27. 9. 1968) äußerte sich so: „Jeder der nicht aussah wie ein Strolch wurde von dem grölenden Haufen angepöbelt." Bei den Demonstranten habe es sich um „Typen" gehandelt, „die eigentlich nur das Interesse der Frankfurter Straßenreinigung erwecken sollten." Im „Bayernkurier" (vom 28. 9. 1968) war zu lesen: „Der Staat kann es nicht ungeahndet hinnehmen, daß ein paar Dutzend aus der Bundesrepublik zusammengetrommelte Rowdies die Beschaulichkeit und den Glanz der Buchmesse stören ... Die Frankfurter Polizei räumte den Stand ..." (an dem Strauß sein neues Buch signierte, d. Verf.). „Einmal mehr hat sich gezeigt, daß diese ganze angebliche Protestwelle nichts weiter ist als ein Polizeiproblem."

Zu den Prozessen gegen NS-Verbrecher und zum Problem der Verjährung hatte Strauß bereits 1964 geäußert, das meiste Geschäft mit der Verzerrung und Verdrehung des Geschichtsbildes mache der Kommunismus („Der Spiegel", 2. 9. 1964). In den „Deutschen Nachrichten" wurde behauptet, die Wähler wünschten „einen Schlußstrich unter das Prozeßkapitel" (16. 8. 1968). Und in einer anderen Ausgabe (20. 9. 1968) hieß es polemisch: „Die Prozesse zur weltweiten Diffamierung des deutschen Volkes sollen auch im 24sten Jahr nach Kriegsende mit allen Konsequenzen fortgesetzt werden."

Übereinstimmende Töne gab es auch zum Kapitel „Kriegsschuldlüge". Strauß meinte: „Wir sollten die systematische Diffamierung des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit bekämpfen." Hitlers Einmarsch in Polen, so fuhr er fort, wäre schließlich nicht denkbar gewesen ohne die Haltung Großbritanniens, das Hitler in seinem Wahn bestärkt habe, es werde Polen im Ernstfall nicht beistehen („Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11. 1. 1965). Im NPD-Programm steht: „Wir weisen die Behauptung der Allein- oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegen entschieden zurück. Die Bekämpfung dieser Lüge ist Aufgabe des ganzen Volkes."

Das Thema nationale Größe inspirierte Strauß u. a. zu dem Satz: „Man kann sich auf die Dauer nicht als wirtschaftlichen Riesen in Anspruch nehmen und als politischen Zwerg behandeln lassen" (WDR, 27. 5. 1967). In den „Deutschen Nachrichten" (vom 24. 2. 1967) war zu lesen: „Wirtschaftlich ist die Bundesrepublik eine Weltmacht, doch politisch ist sie ein Nichts, ein Spielball der Interessen fremder Mächte." (In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Ironie, daß das Bundesinnenministerium diesen Satz in seiner 1967 veröffentlichten Dokumentation über den Rechtsradikalismus als Beweis für die nationalistische Demagogie der NPD angeführt hat!)

Im Verlauf eines Interviews mit dem Südwestfunk setzte sich der CSU-Vorsitzende Strauß für eine Änderung des Status quo ein, den er als „unerträglich und unannehmbar" bezeichnete (AP 8. 9. 1968). Die NPD-Zeitung (vom 18. 10. 1968) schrieb: „Es wäre ein wohl nie wieder gutzumachender Fehler, wollte sich die deutsche Politik mit dem ... Status quo ... abfinden." Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kiesinger, dazu: „Die Überwindung des Status quo ist eine bindende Aufgabe für uns" („Bayernkurier" vom 20. 7. 1968).

Ähnliche Auffassungen vertreten die NPD und die CSU auch hinsichtlich der Rüstungskäufe im Ausland, die zugunsten der eigenen Rüstungsindustrie eingeschränkt werden sollen. Am 9. Mai 1969 wetterten die „Deutschen Nachrichten"

gegen die „freiwillige Unterwerfung unter ausländische Forderungen und Interessen" und kritisierten die „Bonner Vorliebe für Rüstungskäufe aus dem Ausland." Wie Strauß dazu steht, machte er auf einer Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages deutlich, als er sagte, auf dem Gebiet der Rüstungspolitik dürfe es nicht bei der einseitigen Abhängigkeit bleiben, „in die wir auf diesem Gebiet geraten sind" („Weserkurier" vom 16. 2. 1967).

Die NATO, einst höchst willkommenes Instrument der Wiederaufrüstung, wird von CSU wie NPD inzwischen als unvollkommen und überholt angesehen. Strauß möchte stattdessen eine europäische Verteidigungsgemeinschaft etablieren, in der Bonn gemäß seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke den entscheidenden Ton angeben würde. Dazu der „Bayernkurier" (vom 23. 3. 1968): „Die NATO ist längst eine Fiktion. Sie muß durch ein europäisches Sicherheitssystem ersetzt werden." Und Thadden in den „Deutschen Nachrichten" (vom 15. 3. 1968): „Die NPD fordert ein solches europäisches Sicherheitsbündnis seit Jahren." Der CSU-Abgeordnete Zimmermann: „Die NATO mit ihrem amerikanischen Oberkommando ist stets auch ein Ausführungsorgan für die sicherheitspolitischen Belange Washingtons gewesen." Die NPD-Zeitung (vom 2. 5. 1969): „Bei dem derzeitigen Rahmen bleibt es bei der absoluten amerikanischen Vorherrschaft über Europa . . ."

Adenauer-Preis-Träger Armin Mohler im „Bayernkurier" (vom 14. 9. 1968): „Es dürfte für die Bundesrepublik wenig Sinn haben, sich vor der harten Wirklichkeit in Träume von einer Wiederbelebung der NATO zu flüchten." Die NPD-Zeitung (19. 7. 1968): „Die NATO, die aus innerer Unglaubwürdigkeit ihrem Ende entgegengeht, zu einem handlungsfähigen Instrument zur Erreichung politischer Zielsetzungen umzuformen, ist ein . . . hoffnungsloser Versuch am untauglichen Objekt . . ."

Übereinstimmend ziehen NPD und gewisse CSU-Kreise die Glaubwürdigkeit der Großmächte in Zweifel, wobei die Westmächte, insbesondere die USA, kaum besser wegkommen als die Sowjetunion. So schrieb der „Bayernkurier" (vom 20. 7. 1968): „Die von den drei Atommächten USA, Sowjetunion und Großbritannien den nichtnuklearen Staaten zugestandene Garantie gegen atomare Bedrohung und Erpressung ist fragwürdig." Die „Deutschen Nachrichten" (vom 27. 9. 1968) brachten ihre Meinung auf den Nenner: „Das anhaltende Vertrauen in die angebliche Zuverlässigkeit der USA im Verhältnis zur Bundesrepublik hat sich allzu offensichtlich als Fehlbeurteilung erwiesen."

Während seines Besuches in London im Mai 1969 forderte Strauß eine „nukleare Arbeitsteilung" zwischen Europa und Amerika. Als ersten Schritt empfahl er die Zusammenlegung der britischen und der französischen Atomrüstung, „um damit den Kern einer europäischen Nuklearstreitmacht zu schaffen". An die Stelle des NATO-Oberkommandos sollen, wie schon angeführt, „zwei westliche strategische Systeme" treten, „mit je einem Hauptquartier in Washington und in Europa", die sich ergänzten, zugleich aber autonom seien („Bayernkurier" vom 31. 5. 1969).

Die Idee einer Verselbständigung des westeuropäischen Militärpotentials wird auch von der NPD gutgeheißen, in deren Organ es dazu hieß, der Atlantikpakt solle „in zwei politisch und strategisch autonome Gebilde — eine anglo-amerikanische und eine kontinentale westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft" — gegliedert werden („Deutsche Nachrichten" vom 2. 5. 1969).

Die Argumente, die von der NPD und der CSU gegen den Atomwaffensperrvertrag ins Feld geführt werden, gleichen einander mitunter bis in die Nuancen hin-

ein. Die „Deutschen Nachrichten" (vom 12. 7. 1968) empfahlen Bonn, den Vertrag nicht zu unterschreiben, denn: „Angst ist der schlechteste Ratgeber für eine Politik in gefahrvoller Zeit." Unter Hinweis auf die finanzielle Stärke Bonns schrieb das Blatt (vom 18. 10. 1968): „Ernsthafter denn je kann heute die Bundesregierung gegenüber dem amerikanischen Partner Forderungen stellen." Franz-Josef Strauß stellte sich auf den Standpunkt: „Zur rechten Zeit die richtige Entscheidung auch einmal gegen den Wind getroffen schafft mehr Ansehen, Achtung und Zukunftssicherheit als feiges Nachgeben, kleinliches Schwanken und opportunistisches Sichfügen" („Bayernkurier", 20. 7. 1968).

Auch im Hinblick auf die Devisenausgleichszahlungen für die Stationierung ausländischer Truppen segeln NPD und CSU auf einer Linie. Vor dem Bundestag verlangte Strauß, mit den bisherigen Devisenausgleichszahlungen Schluß zu machen (HP 8. 6. 1967). Die „Deutschen Nachrichten" (vom 8. 3. 1968) bemerken: „Wer die Lage nüchtern überdenkt, kann zu keinem anderen Ergebnis kommen, daß allein schon aus diesem Grunde (nämlich wegen der angeblich schlechten Finanzlage Bonns) den britischen und amerikanischen Wünschen nicht entsprochen werden kann."

Nicht etwa weil man die Devisenausgleichszahlungen grundsätzlich bedauert, lehnen NPD- und CSU-Kreise sie ab. Für Rüstungszwecke soll durchaus Geld ausgegeben werden, aber eben nicht in Form einer Absatzgarantie für die US-Rüstungsindustrie. Man möchte die Mittel der eigenen Rüstungsindustrie zugute kommen lassen. So hieß es z. B. nach dem Beschluß, amerikanische Phantom-Flugzeuge zu kaufen, im „Bayernkurier" (vom 2. 11. 1968), dies sei eine „unrühmliche Entscheidung" gewesen. „Über den Einzelfall hinaus könnte hier ein gefährliches Präjudiz allgemeiner Art geschaffen worden sein." Am 12. 10. 1968 stellte das CSU-Blatt einen Bericht zu diesem Thema unter die Überschrift: „Gefahr für unsere Flugzeugfirmen". Ins gleiche Horn stießen auch die NPD-„Deutschen Nachrichten" (vom 24. 5. 1968): „Die Folgen solcher Entscheidungen für unsere eigene Flugzeugindustrie und mögliche europäische Einrichtungen sind unabsehbar."

Begreiflicherweise würden Ausgaben für militärische Zwecke nach Meinung mancher Leute sinnlos verpulvert, wenn sie einer Bundeswehr zugutekämen, an der der Wurm der „Inneren Führung" nagt. Lange bevor General Grashey unverblümt meinte, man solle doch endlich die Maske fallen lassen und offen sagen, die „Innere Führung" sei nur eine demokratische Tarnung gewesen, die der Abwehr von Einwänden gegen die Wiederaufrüstung diente, haben schon der „Bayernkurier" und die „Deutschen Nachrichten" die „Innere Führung" als kritikwürdig befunden. In einer Stellungnahme zum Bericht 1968 des Wehrbeauftragten Hoogen schrieb das CSU-Blatt (15. 6. 1968): „Den eigentlichen Konfliktstoff klammert der Wehrbeauftragte aus: den der Auseinandersetzung zwischen jungen Offizieren und Unteroffizieren, die einen klaren Kampfauftrag wünschen und sich gegen eine zunehmende Zersetzung der Disziplin wehren, und den älteren Offizieren in Kommandeursstellungen, die jedes Experiment der Inneren Führung widerspruchslos mitmachen." In der NPD-Zeitung (vom 14. 6. 1968) konnte man lesen: „Die Reformer mit ihrem Stargeneral Baudissin an der Spitze machten sich anheischig, den fehlenden Wehrwillen durch die ‚Innere Führung' nachträglich hervorzuzaubern ... Gibt es überhaupt eine klare Führung? ... Wir meinen, daß die Zeichen auf Sturm stehen und daß es höchste Zeit wird, aus der Bundeswehr eine wirkliche Truppe zu machen ... Damit sie kämpfen können, muß man unseren Soldaten das Vaterland wiedergeben."

Die amerikanische Armee betrachten augenscheinlich weder das NPD- noch das CSU-Organ als Vorbild für die Bundeswehr. In einem Artikel zum Vietnamkrieg

hieß es in den „Deutschen Nachrichten" (vom 14. 6. 1968): „Es gibt wohl keinen besseren Beweis für die Mangelhaftigkeit der amerikanischen Kriegsführung in Südvietnam als die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht einmal in der Lage sind, Saigon sicher in der Hand zu behalten." Der „Bayernkurier" (vom 15. 6. 1968) schrieb: „Der Rückzug aus dem An-Shan-Tal war mehr als ein nicht geführtes Gefecht. Er demonstrierte, daß in der US-Armee Unlust und nicht Kampfgeist vorherrschen."

Wer derartige Zweifel hegt, kann der Versuchung nicht widerstehen, sich in Westeuropa als Ersatz für die USA anzubieten. Zu diesem Zweck wird behauptet, eine solche Lösung entspräche im Grund sogar den Wünschen der Vereinigten Staaten. So erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag: „Ein starkes und geeintes Europa könnte einen Teil der Lasten von den Schultern Amerikas nehmen und stärker in die Verantwortung für die eigene Sicherheit eintreten" (UPI, 12. 3. 1968). Diese Ansicht vertritt auch die NPD-Zeitung (vom 18. 10. 1968). Sie schrieb: „Man kann sich nicht auf die Dauer mittels ‚geborgter Stärke' für einen Teil Deutschlands selbstzufrieden in Sicherheit wiegen, man darf nicht auf die Dauer von den USA erwarten, daß sie fortgesetzt für das einstehen, wofür Deutsche und andere Europäer schließlich selbst zuständig und auch fähig sind. Die USA erwarten Entlastung." Und Strauß prägte ja für das Problem die schon erwähnte Formulierung: „Es ist auf die Dauer nicht einsehbar, daß allein die sieben Staaten der Westeuropäischen Union eine Viertelmillion amerikanischer Soldaten brauchen, um vor vier Millionen Rotarmisten nicht zittern zu müssen" (dpa, 1. 6. 1969).

Auch in der Deutschlandpolitik ist ein Gleichklang der Argumente zu beobachten. So begründete der NPD-Vorsitzende Adolf v. Thadden den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung in den „Deutschen Nachrichten" (vom 11. 10. 1968) mit den Worten: „Die Sorgepflicht der Mehrheit des deutschen Volkes für die Minderheit besteht . . ." Das Wort „Sorgepflicht" taucht auch im CDU-Programm auf. Dort heißt es: „Solange sich unsere Landsleute nicht frei informieren, äußern, organisieren und politisch entscheiden können, betrachten wir es als nationale Sorgepflicht der Bundesregierung, für unsere Landsleute zu sprechen."

Die Forderung nach Anerkennung der bestehenden Realitäten lehnen NPD und CDU mit nahezu identischer Diktion ab. Im NPD-Programm steht: „Wir lehnen es ab, die ‚Realität' der kommunistischen Eroberungen von 1945 anzuerkennen." Im CDU-Porgramm heißt es: „Wir lehnen die Anerkennung des totalitären Herrschaftssystems im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ab."

Ähnlich übereinstimmend äußerten die beiden Blätter sich auch zu den Folgen, die sich nach ihrer Ansicht aus dem Eintritt der SPD in die Große Koalition mit der CDU/CSU und aus der Politik der SPD ergaben. Der „Bayernkurier" (vom 26. 10. 1968) warf der SPD vor, sie gebe aus Rücksicht auf eine angeblich drohende außenpolitische Isolierung ständig den Wünschen anderer Länder nach, statt von den nationalen Interessen zu sprechen. Wörtlich hieß es dann weiter: „Es fällt vor allem auf, daß dieser unkritische ideologische Stil der Regierungsarbeit um sich gegriffen hat, seitdem die SPD an der Verantwortung mitbeteiligt ist." In der NPD-Zeitung schrieb der frühere SS-Sturmbannführer Peter Kleist in holprigem Deutsch: „Seit in der SPD Frahm-Brandt und Wehner die Führung übernahmen, begann die konsequente Demontage der westdeutschen Abwehrhaltung, um mit der Bildung der Großen Koalition zum endlichen Durchbruch anzusetzen" („Deutsche Nachrichten", 16. 6. 1967).

Die deutschen Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, kommen sowohl bei der NPD als auch bei der CSU schlecht weg. So behaupteten die „Deutschen

Nachrichten" (am 11. 10. 1968) von den Gewerkschaften, „daß die Freiheit, die sie meinen, geradenwegs in die Arme der Machthaber Moskaus führt." Im „Bayernkurier" (vom 30. 3. 1968) war zu lesen: „Die IG Metall, ob ihrer Nachbarschaft zu linksextremen, antiparlamentarischen und kommunistenfreundlichen Elementen berüchtigt, wäre besser beraten, ihre aus Mitgliedsbeiträgen der Arbeitnehmer aufgebrachten Gelder ihrem Auftrag gemäß zu verwenden, um nicht in den naheliegenden Verdacht zu geraten, Finanzier staatsfeindlicher Umtriebe zu sein." Mag sein, daß maßgeblichen Politikern der CDU/CSU gar nicht bewußt ist, welches Ausmaß die Übereinstimmung zwischen konservativen Kreisen der gemäßigten Rechten und der extremen Rechten schon erreicht hat. Andererseits kommt es sicher nicht von ungefähr, daß immer öfter in Äußerungen von Unionspolitikern Töne anklingen, die den Eindruck erwecken, als versuche man gegenüber den „nationalen Parolen" der NPD Boden wettzumachen. Der CSU-Vorsitzende Strauß hat im rechtsgerichteten „Deutschen Studentenanzeiger" sogar eine gewisse Rivalität zwischen der NPD und der CSU erkennbar werden lassen, als er bemerkte: „Keine der bestehenden Parteiformationen vertritt die nationalen Interessen mit solcher Selbstverständlichkeit wie die CSU. Die heimatlose Rechte braucht deshalb ein enges Verhältnis zur CSU nicht zu scheuen" (zitiert nach „Frankfurter Rundschau" vom 22. 2. 1968).

Die Sorge des „Bayernkuriers", die Unionsparteien könnten „ins braune Eck gedrängt werden", besteht zu Recht. Nur sollte man deswegen nicht „politische Rufmörder" erfinden, die der CDU/CSU angeblich „gewaltsam die NPD aufbuckeln". Die Unionsparteien bestimmen selbst ihren Standort und sie haben es folglich selbst zu verantworten, wenn sie in die Nähe von Stellungnahmen der NPD geraten. Die Übereinstimmung — der CDU/CSU und der NPD — in zahlreichen Fragen ist keine Erfindung, sondern eine Tatsache. Sie muß alle beunruhigen, denen die „Harzburger Front" als Menetekel vor Augen steht.

Wolfgang Abendroth

Zur sozialgeschichtlichen Bedeutung der gegenwärtigen Diskussion über die Mitbestimmung

Der gegenwärtige Problemstand

Das Problem der „Mitbestimmungsrechte" derjenigen sozialen Gruppen, die ihre Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt veräußern, also abhängig arbeiten, der Arbeitnehmer, in der innerhalb der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich privatkapitalistisch organisierten Wirtschaft und in ihrer öffentlichen Verwaltung

bzw. in den sonstigen öffentlich-rechtlich geordneten sozialen Betätigungsbereichen (z. B. Schule, wissenschaftliche Lehre und Forschung) schien nach der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes (für die Unternehmungen des Bergbaus und der Stahl und Eisen erzeugenden Industrie) 1951, des Betriebsverfassungsgesetzes 1952, des Personalvertretungsgesetzes 1955 und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes 1956 für eine längere Periode abschließend geregelt zu sein. Die Niederlage des DGB in den Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz hat jedoch die Bestrebungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer nach der Ausdehnung dieser Mitbestimmungsrechte in Richtung auf Demokratisierung des Arbeitsprozesses und der Wirtschaft nur hemmen und vorübergehend zurückdrängen, nicht aber beseitigen können. Deshalb werden sie seit der gleichen Periode, in der auf der anderen Seite Unternehmer und Regierung erfolgreich versucht haben, durch die Vorbereitung der Notstandsverfassungsgesetzgebung die autoritären Züge der politischen Verfassung zu verstärken, als Gegenmaßnahme dazu systematisch wieder aufgenommen, so daß nunmehr seit März 1968 im Entwurf des DGB, seit November 1968 in den Thesen der DAG, seit Dezember 1968 in fünf Gesetzentwürfen der Bundestagsfraktion der SPD neue Konzeptionen zur Veränderung der gegenwärtigen Rechtslage erarbeitet worden sind (vgl. dazu Günter Apel, Mitbestimmung, München 1969).

Als nach dem Beginn der vorigen Rezession die SPD in die Bundesregierung eintrat, mußte sie — schon um die gewerkschaftliche Opposition gegen die Notstandsgesetze zu neutralisieren und dadurch zu verhindern, daß ihre wichtigste Wählerschicht, diejenige der industriellen Arbeiter, beginnen würde, daran zu zweifeln, daß sie ihre Interessen politisch vertreten wolle — einen mehr oder minder unverbindlichen Hinweis auf das Erfordernis einer Revision der gegenwärtigen Rechtslage in die Regierungserklärung der Großen Koalition vom 13. Dezember 1966 aufnehmen und durch die Bundesregierung am 22. Januar 1969 eine wissenschaftliche Kommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf bestellen lassen, die spätestens Ende 1969 einen Bericht zu diesem Fragekreis vorlegen soll. Daß dieser Kommission fast ausschließlich akademische Lehrer angehören, die keinerlei Kritik an einer wirtschaftsgesellschaftlichen Struktur betreiben, die auf kapitalistischen Grundlagen steht, macht jedoch deutlich, in welchen Grenzen sich ihre Materialien unvermeidlich halten werden. Auch von der am 17. Januar 1969 durch das Parteipräsidium der CDU bestellten Mitbestimmungskommission sind wohl gewiß keine weitgehenden Reformvorschläge zu erwarten.

Der außerparlamentarische Druck der gewerkschaftlichen Initiativen erschien in der Zeit während und kurz nach den Auseinandersetzungen mit der von Teilen des DGB und seiner Industriegewerkschaften unterstützten außerparlamentarischen Opposition gegen die Notstandsgesetze auch den ökonomisch wie politisch und sozial herrschenden Klassen immerhin stark genug, um es hinzunehmen, daß das Problem der Mitbestimmung wieder aktualisiert wurde. Das um so mehr, als die Rebellion der studentischen Jugend und dann auch großer Teile der Assistentenschaft gleichzeitig sogar in den Hochschulen den Fragenkreis der Mitwirkungsrechte von sozialen Gruppierungen aufgeworfen hatte, die bis dahin fremder Weisungsgewalt — hier derjenigen der ordentlichen Professoren — ohne eigene Kontrollbefugnisse unterworfen gewesen waren, und als bei seiner Abwehr der Mai-Bewegung 1968 sogar das gaullistische Regime in Frankreich die von den „Links-Gaullisten" entwickelten Kompromiß-Angebote der „participation" in Betrieb, Unternehmung und Universität hatte machen müssen.

Worum geht es bei diesem Fragenkreis der Mitbestimmung? Auf welchem geschichtlich-sozialen Hintergrund beruht er?

Die Alleinbestimmung des Wirtschafts- und Arbeitsprozesses durch den Unternehmer als Ausgangspunkt

Wer seine Arbeitskraft — in welcher Rechtsform auch immer — verkauft, unterwirft sich dadurch zunächst der Weisungsgewalt dessen, der sie kauft und zu seinen Zwecken verwertet. Dies Prinzip begründete — seit mit der Entwicklung des industriellen Kapitalismus diese Form der Betätigung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß Massencharakter annahm — zunächst die Alleinbestimmungsgewalt der Unternehmer als Arbeitgeber, sowohl hinsichtlich der ökonomischen Aufgabenstellung der Unternehmung als hinsichtlich ihrer sozialen Organisation und der inhaltlichen Bestimmung des Arbeitsprozesses selbst. Weil der Eigentümer der Produktions- (bzw. sonstigen Arbeits-)Mittel dem Arbeitnehmer die Chance der (abhängigen und weisungsgebundenen) Arbeit bietet, wird diese Bestimmungsgewalt zur Funktion dieses Eigentums. Da für den Unternehmer der Zweck des Arbeitsprozesses und der Betätigung der Unternehmung die Erzielung von Profit für seine Unternehmung ist (und in der Konkurrenz- und Marktgesellschaft bei Strafe des Untergangs auch sein muß), erscheint ihm diese Situation als legitim, wie er auf der anderen Seite zunächst genötigt ist, die Arbeitszeit möglichst zu erweitern und den Arbeitslohn möglichst zu senken, um den Unternehmungserfolg, also den Profit, möglichst vergrößern zu können. Zwar ist das Unternehmungsergebnis (sei es unmittelbar Produkt, das auf dem Markt veräußert wird, oder Dienstleistung) durch die kollektive Arbeitsleistung, durch die gemeinsame Tätigkeit der am Arbeitsprozeß beteiligten Arbeitnehmer erzielt; es wird jedoch durch den Unternehmer angeeignet und verwertet. So ist also der Interessengegensatz zwischen Unternehmer (sei er persönlicher Unternehmer oder später ein — wie in der Kapitalgesellschaft — durch das Management repräsentiertes Kollektiv, eine juristische Person) und Arbeitnehmern in der Auseinandersetzung um Arbeitsbedingungen und Arbeitslohn, aber auch um die inhaltliche Bestimmung der Betätigung der Unternehmung selbst, in diesem Verhältnis vorgegeben, sobald die Arbeitnehmer auch sich selbst in ihrer Arbeit sinnvoll verwirklicht sehen wollen. Jedoch ist der Arbeitnehmer (von Einzelfällen abgesehen) in diesem Verhältnis solange grundsätzlich machtlos, als er nicht durch kollektiven Zusammenschluß aller Arbeitnehmer seines Arbeitszweiges dem Unternehmer (bzw. den Unternehmern), die die Arbeitsmittel monopolisieren, Gegenmacht entgegensetzen kann.

Die Alleinbestimmung der Unternehmer (und der sei es durch sie gesteuerten, sei es in ihrem Interesse tätigen öffentlichen Gewalt) über den Wirtschafts- und Arbeitsprozeß konnte also nur durch den Klassenkampf der abhängig Arbeitenden beschränkt werden, der sich des Mittels des kollektiven Zusammenschlusses und der kollektiven Aktionen der Arbeitnehmer bedient. Er mußte sich (und muß sich) in seiner immanenten Logik zum Ziel setzen, ein gesellschaftliches (vor allem also ein sozialökonomisches) System zu beseitigen, daß die gleichberechtigte Mitbestimmung aller am sozialen Prozeß durch den Einsatz ihrer Arbeit Beteiligten nicht gestattet, sondern deren Majorität der im wirtschaftlichen Geschehen durch das Profitmotiv inhaltlich bestimmten Weisungsgewalt einer Minorität unterwirft, um es durch ein System zu ersetzen, in dem die Produzenten bzw. Dienste Leistenden über das gesamte gesellschaftliche Geschehen, an dem sie durch ihre gemeinschaftliche Arbeit mitwirken, auch gemeinschaftlich entscheiden können. Sie müssen bestrebt sein, es auf den einzigen im Interesse aller rational einsehbaren Zweck zu orientieren, nämlich die maximale Befriedigung der

Bedürfnisse aller bei stetig fortschreitender Beschränkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit für alle. Denn nur dadurch sind allen Mitgliedern der Gesellschaft gleiche Voraussetzungen für ihre individuelle kulturelle Entfaltung geboten.

Dieser Klassenkampf mußte sich in den ersten Phasen vor allem darauf richten, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer durchzusetzen und Arbeitsbedingungen und Löhne der Alleinentscheidungsgewalt der Herren des Arbeitsprozesses zu entziehen; um sie durch Kompromisse mitbeeinflussen zu können, mußte im werdenden Tarifrecht auf die juristische Sicherung dieser Kompromisse gedrängt werden; durch Arbeitsschutznormen, durch die Arbeitszeit begrenzende und soziale Sicherungsnormen des Staates bzw. der Sozialversicherung mußte die gegenseitige Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander beschränkt und ihre (individuelle) völlige Verelendung verhütet werden. Auf die innere Struktur der Betriebe (als technisch-organisatorischer) und Unternehmungen (als ökonomisches Gebilde) [1]) konnte in den ersten Phasen dieses Kampfes noch kein Einfluß genommen werden. So hat die Entfaltung von gewerkschaftlicher und politischer Gegenmacht der abhängig Arbeitenden bis zum Ersten Weltkrieg zwar generell die Arbeitsbedingungen verändert und auf diese Weise erste Formen einer Mitbestimmungsgewalt der Arbeitnehmer konstituiert, aber noch nicht unmittelbar die innerbetriebliche Herrschaftsgewalt der Unternehmer zurückdrängen können oder ihre ökonomische Verfügungsgewalt beschränkt. Auch die erste generalisierte gesetzliche Einführung innerbetrieblicher Arbeitnehmer-Repräsentationen im Deutschen Reich durch das Hilfsdienstpflicht-Gesetz 1916 hat an diesem Grundverhältnis objektiv noch nichts geändert. Denn sie diente nicht der Organisierung innerbetrieblicher Gegenmacht der Arbeitnehmer, sondern umgekehrt der Absicherung der durch dies Gesetz gegründeten quasi-militärischen öffentlichrechtlichen Bindungsgewalt der Arbeitgeber zwecks Sicherung der Wehrwirtschaft während des imperialistischen Krieges. Ihr Ziel war lediglich die bessere Integration der Gewerkschaften und der Belegschaften in die damalige Kriegspolitik.

Der Kampf um die innerbetriebliche und wirtschaftliche Mitbestimmung in der November-Revolution und der Weimarer Republik

Diese Lage wurde durch die revolutionäre Situation am Ausgang des Ersten Weltkrieges radikal verändert. Sie hat in allen europäischen Ländern, die von ihr erfaßt wurden, spontan entstehende innerbetriebliche Vertretungen der abhängig Arbeitenden in Erscheinung treten lassen, die sich zunächst als ökonomische und als politische Kampforgane verstanden haben: ab 1917 die Revolutionären Obleute, dann die Arbeiterräte in Deutschland, die Sowjets in Rußland, die Arbeiterräte in Österreich, die Betriebsvertretungen in Italien, die shop stewards in England. Sie haben in allen Fällen, in denen die revolutionären Bewegungen stärkeren Einfluß nehmen konnten, auch Mitbestimmungsgewalt (wenn nicht Alleinbestimmungsgewalt) im Betrieb und in der Bestimmung des Wirtschaftsprozesses in Anspruch genommen und in denjenigen Ländern, in denen die Revolution nicht zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft geführt hat, zu kompromißhaften Institutionen übergeleitet.

Peter v. Oertzen hat durch seine Göttinger Habilitationsschrift „Betriebsräte in der Novemberrevolution" (Düsseldorf 1963), die neben einer sorgfältigen Darstellung des geschichtlichen Geschehens die damaligen Vorstellungen des bedeu-

[1]) Vgl. zu dieser Unterscheidung und der aus ihr resultierenden Differenzierung zwischen lediglich sozialer und wirtschaftlicher Mitbestimmung Oswald v. Nell-Breuning, Mitbestimmung, Frankfurt a. M. 1968.

Alternativen der Opposition

Herausgegeben von Friedrich Hitzer und Reinhard Opitz

Gunnar Matthiessen, Bilanzen · *Hans Heinz Holz,* Aspekte einer Friedenspolitik · *Reinhard Kühnl,* Faschistische Tendenzen in der Bundesrepublik · *Wolfgang Abendroth / Barbara Dietrich,* Chancen des Grundgesetzes · *Wilhelm M. Breuer,* Der geplante Kapitalismus — Garant für Stabilität und Wachstum? · *Werner Hofmann,* Demokratische Wirtschafts- und Strukturpolitik gegen Vorherrschaft des Großkapitals (Thesen) · *Gerhard Bessau,* Aktive Lohnpolitik auf Kosten der Profitraten · *Steffen Lehndorff,* Funktion und Prinzipien oppositioneller Sozialpolitik · *Hans See,* Mitbestimmung als Weg zur Selbstbestimmung · *Elisabeth Bessau,* Integrierende und gesellschaftsverändernde Mitbestimmungsmodelle · *Kurt Beutler,* Demokratisierung der Schule · *Werner Petschick,* Berufsbildung in der Bundesrepublik · *Volker Gerhardt,* Entmonopolisierung der Wissenschaft · *Horst Holzer / Joseph Schmid,* Massenkommunikation in der Bundesrepublik · *Angelika Mechtel,* Von der Gesellschaft apathisch, passiv und unwissend gemacht: Frauen in der Bundesrepublik · *Heinz Jung,* Neuer Mittelstand oder neue Arbeiterklasse: die Angestellten und Beamten · *Richard Scheringer,* Die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution als Problem gesellschaftlicher Veränderung in der Landwirtschaft · *Armin Cullmann,* Jugend in Aktion · *Franz Xaver Stützinger,* Thesen zum Sport · *Friedrich Hitzer,* Intelligenz und Politik · *Erasmus Schöfer,* Aufgaben und Möglichkeiten literarischer Produzenten in der Bundesrepublik · *Conrad Schuhler,* Sozialismus oder Barbarei · *Martin Walser,* Rede an eine Mehrheit · *Reinhard Opitz,* Grundfragen oppositioneller Alternative und Strategie

412 Seiten · zweifarbig glanzkartoniert · DM 12,60

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG · KÖLN

tendsten Theoretikers der Rätebewegung, des marxistischen Juristen Karl Korsch, genau überprüft, die Analyse der ersten Stufen dieser Entwicklung in Deutschland ermöglicht[2]). Die Anpassung der Bürokratie der Gewerkschaften an die Politik der herrschenden Klassen während des Weltkrieges hatte das Vertrauen der Arbeitermassen, die gegen den Willen der Gewerkschaftsführung die Massenstreikbewegungen des April 1917 und Januar 1918 begonnen und die Monarchie im November 1918 gestürzt hatten, in die Verbandsleitungen so weitgehend zerstört, daß sie den Beschluß des Berliner Vollzugsrates und des Rates der Volksbeauftragten unbeachtet ließen, die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer allein der Generalkommission der (freien) Gewerkschaften zu überlassen, zumal das Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen ihr und den Wirtschaftsführern vom 15. November 1918 von den agierenden Arbeitermassen nicht gebilligt wurde. Denn diesen Arbeitermassen war durchaus klar, daß die großen Arbeitgeber vor dem Zusammenbruch auf Fortführung des Krieges bis zur Erzwingung von Annexionen im Interesse der „Wirtschaft" gedrungen und dadurch die Leiden des arbeitenden Volkes gesteigert und verlängert hatten, aber sich nun durch wenige arbeitsrechtliche Konzessionen den Folgen ihrer Politik und der Vergesellschaftung ihrer Unternehmungen entziehen wollten. So bestanden die Arbeiter auf der auch ökonomisch-sozialen, nicht nur politischen Aufgabenstellung ihrer Räte als der Instrumente zur Produktionskontrolle und als der innerbetrieblichen Gegenmacht der Arbeitnehmer gegen die Unternehmer, die den Sozialisierungsprozeß vorantreiben und durch Bezirks- und Reichsgruppenräte für die einzelnen Industriegruppen auch die Gesamtwirtschaft durch die Selbstverwaltung der Produzenten organisieren sollten.

Nachdem der Reichskanzler Scheidemann im Februar 1919 und die Generalkommission der Gewerkschaften sich in Übereinstimmung mit den Unternehmern gegen jede Eingliederung der Räte in die Verfassung und die Verwaltungsorganisation wandten, erzwang die Massenstreikbewegung des März 1919 das Versprechen der Regierung, das Rätesystem mit erheblichen inner- und überbetrieblichen sozialen und ökonomischen Mitentscheidungsrechten der Arbeitnehmer in der Weimarer Verfassung zu institutionalisieren. Wenn auch im Juli 1919 die Mehrheitssozialdemokratie aus der Vollversammlung und dem Vollzugsrat der Berliner Arbeiterräte ausschied, um die Bewegung funktionsunfähig zu machen, so änderte das nichts daran, daß die große Mehrheit der Berliner Arbeiterräte auch weiter die Anhänger des „reinen Rätesystems" unterstützte. Denn ihr genügte zwar Art. 165 WRV nicht. Sie hoffte aber auf seiner Grundlage eine Gesetzgebung durchzusetzen, die den Räten auch künftig echte Machtpositionen in den Unternehmungen und Betrieben rechtlich sichern und die Anwendung des Sozialisierungsartikels 156 wenigstens auf diejenigen Riesenunternehmungen des oligo-politischen Kapitals, die ökonomische Macht auch in politische umsetzen konnten, garantieren sollte. Aber inzwischen war die restaurative Kombination aus Führung der Mehrheitssozialdemokratie, Kapital und Armee schon so stark geworden, daß die Reichsregierung im August 1919 die Neuwahl der Berliner Arbeiterräte verbieten, im November 1919 die gesamte regionale und zentrale Organisation der Räte auflösen konnte. Auch der Sturz der mehrheitssozialdemokratischen Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes durch die empörten Delegierten ihres Verbandstages konnte an dieser Machtverlagerung nichts mehr ändern. Der Weg zu jenem Betriebsrätegesetz 1920 war frei, das trotz der riesigen Gegendemonstration der Berliner Arbeiter vor der Nationalversammlung die Rechte der Räte auf wenige soziale Kontrollfunktionen und eine kleine Ver-

[2]) Vgl. dazu auch Schneider-Kuda, Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Frankfurt a. M. 1968.

tretung im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften beschränkte, sie aber gleichzeitig durch Paragraph 66 an die „Bewahrung des Betriebs vor Erschütterungen" und an das „Prinzip der Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen" (zu wessen Gunsten?) band. So war von der ersten großen Welle des Kampfes um wirtschaftliche und soziale Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmungen sehr wenig, von der überbetrieblichen Räteorganisation trotz des Versprechens von Art. 165 — der „provisorische Reichswirtschaftsrat", über den die Ausführungsgesetzgebung nie hinausgelangte, war völlig bedeutungslos — fast nichts übriggeblieben.

Wegen dieser Bindung an die „Friedenspflicht" konnten sich die Betriebsräte — zumal die Rechtsprechung (auch später des Reichsarbeitsgerichtes) ihnen jede ernstliche Kampf- oder Drucktätigkeit untersagte — nicht zur wirksamen Gegenmacht gegen die Unternehmerinteressen als wirkliche Selbstverwaltung der Unternehmensangehörigen entwickeln. Auch als während der Konjunkturperiode nach den Inflations- und Deflationskrisen der ADGB sich über diese Machtverlagerung klar wurde und 1928 durch Fritz Naphtali das Konzept der „Wirtschaftsdemokratie" und der „konstitutionellen Fabrik" nach der Formel des sozialreformerischen Juristen Hugo Sinzheimer erarbeiten ließ, wagte er die Bindung an die „Wirtschaftsfriedlichkeit" nicht anzutasten. Weil die Leitung des ADGB nicht verstand, daß nur durch kämpferische Aufgabenstellung an die Organe der Wirtschaftsdemokratie, die die Selbstverwaltung der Arbeitnehmer als Gegenmacht gegen das Kapital begreift, die politische Demokratie in Krisenperioden gesichert werden kann, um sie in Stand zu setzen, den Druck der ökonomischen Oligopole auf die Organe der öffentlichen Gewalt auszuschalten, ging Schritt um Schritt seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 auch diese politische Demokratie zunächst zugunsten der autoritären Präsidialregierungen, dann zugunsten der nationalsozialistischen Terror-Herrschaft verloren. Die erste Wahlniederlage der NSDAP veranlaßte im November 1932 die Majorität der „Wirtschaftsführer" zu jener Petition an den Reichspräsidenten, die die Übergabe des Kanzleramtes an Hitler forderte und vorbereitet hat.

Das Kabinett Hitler hat dann die Alleinbestimmungsgewalt des Kapitals in der sozialen und wirtschaftlichen, in der betrieblichen und unternehmerischen Sphäre radikal wiederhergestellt. Die selbständigen Gewerkschaften der Arbeitnehmer wurden am 2. Mai 1933 beseitigt und durch die DAF ersetzt, deren einzige Aufgabe die Unterwerfung der Arbeiter unter das Dritte Reich war. Die von den Gewerkschaften den Arbeitern zur Wahl in den Betrieben präsentierten Betriebsräte, die immerhin noch selbst Beschlüsse fassen durften, wurden 1934 im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" in „Betriebsvertrauensräte" umgewandelt, die nur noch die Unternehmer als die „Führer des Betriebes" „beraten", nicht mehr selbständig beschließen konnten, also lediglich noch akklamieren durften. Der Weg zur Rüstungskonjunktur mit ihren ungeheuren Profiten für das Kapital (bei Stagnation der Lohnhöhe), zur Außenpolitik der Expansion, der gewaltsamen Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges, zum Krieg und zum Selbstmord der Nation war frei.

Die Entwicklung des Mitbestimmungsproblems nach dem Ende des Dritten Reiches

Der Zusammenbruch des Dritten Reiches hat diese Situation abermals völlig verändert und die Problemstellung in Erinnerung gerufen, die sich am Ausgang des Ersten Weltkrieges ergeben hatte. Hatten nicht Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg wie vorher Weltwirtschaftskrise und Deflationspolitik noch stärker als

monarchischer Obrigkeitsstaat und Erster Weltkrieg die negativen Folgen der Zentralisation des Kapitals und der Kapitalmacht, ihres Druckes auf die Politik und ihrer Verflechtung mit der Staatsmacht unter Beweis gestellt, solange das Profitmotiv (juristisch umschrieben: das „Interesse des Unternehmens", das „Betriebswohl") einziger Maßstab der wirtschaftlichen Betätigung, solange die Unternehmer-Entscheidung einzige Herrschaftsgewalt im Unternehmen bleibt? Hatte nicht diese Alleinbestimmungsgewalt des Kapitals, seiner Unternehmer und Manager, gerade in ihrer Verflechtung mit jenem Dritten Reich, das diese Verfügungsgewalt erst formell voll wieder hergestellt hatte, die Massen der abhängig Arbeitenden in eine Situation des totalen Elends und der Verzweiflung gestürzt? So war es unvermeidlich, daß diejenigen Repräsentanten des Denkens der alten Arbeiterbewegung, die am Widerstandskampf gegen Hitler in Deutschland teilgenommen oder in die Emigration gegangen waren und überlebt hatten, an diese Erfahrungen anknüpften, die Gewerkschaftsbewegung rekonstituierten, die Forderung nach Sozialisierung mindestens der großen Konzerne und Banken wieder aufnehmen und abermals mit derjenigen nach der Mitbestimmung der Belegschaften und der Gewerkschaften in der sozialen und ökonomischen Unternehmensführung wie in der überbetrieblichen Organisation der Wirtschaft verknüpfen wollten. Eberhard Schmidt hat den Prozeß der Entwicklung ihrer Vorstellungen und ihrer Kämpfe in seiner 1969 abgeschlossenen Marburger Disseration „Die Bemühungen der Gewerkschaften um eine Neuordnung der Wirtschaftsverfassung in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik 1945—1952" systematisch dargestellt. Aber ihr Resultat war nach der eindeutigen Wendung erst der amerikanischen, dann auch der britischen und der französischen Besatzungsmacht zur wenig modifizierten Restauration der alten Wirtschaftsverfassung und Besitzverhältnisse lediglich noch jene Kompromißlage, die den oben genannten Gesetzen entspricht, und auch sie konnte nur durch die Streikabstimmungen des Dezember 1950 und Januar 1951 erkämpft werden, die das Mitbestimmungsgesetz ermöglicht haben, das aber selbst nur noch einen Teil der Mitwirkungsrechte erhalten hat, die den Arbeitnehmern in jener Zeit zugefallen waren, in der nach 1945 die Manager der einstigen großen Montan-Konzerne verdrängt und ihre Eigentumsrechte wegen der Identifikation der Großproduzenten und Großbanken mit dem Dritten Reich sequestiert waren.

Damals waren die Arbeitnehmer gut genug dazu gewesen, nicht nur die zerstörten Produktionsmittel wieder aufzubauen, Demontagen abzuwehren und durch den Druck ihrer Gewerkschaften ökonomisch irreale Entflechtungstendenzen in realere Bahnen zu drängen. Das Management hatte — wie es einst im Arbeitsgemeinschaftsabkommen des 15. November 1918 Konzessionen gemacht hatte — den Gewerkschaften und Belegschaften die Parität in den Aufsichtsräten, Einfluß auf die Bestellung mindestens eines Vorstandsmitglieds in den großen Gesellschaften, stärkste Rechte der Betriebsräte hinsichtlich der sozialen und ökonomischen Unternehmensführung fast selbstverständlich zugebilligt gehabt, um der Gefahr der Vergesellschaftung zu entgehen, vor der es dann durch die Wirtschaftspolitik der amerikanischen und britischen Militär-Regierungen (gegen den Willen der Majorität der damaligen Landesparlamente) bewahrt worden ist.

So sind gewiß die gegenwärtigen Vorschläge des DGB und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ein kleiner Schritt vorwärts in Richtung auf Demokratisierung und Rationalisierung der sozioökonomischen Strukturen, soweit sie wenigstens die 50prozentige Beteiligung der Arbeitnehmer an den Aufsichtsräten über die Kohle-, Eisen- und Stahlerzeugung hinaus auf die gesamte Großwirtschaft ausdehnen wollen, auf Erweiterung der unmittelbaren Mitbestimmung

am Arbeitsplatz (auch hinsichtlich der betrieblichen Umschulung) drängen und die Möglichkeit eröffnen wollen, daß betriebsverfassungsmäßige Mitbestimmungsrechte durch Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag erweitert werden können. Sie sind vor allem dringend erforderlich, insofern sie die Chance bieten wollen, auch gewerkschaftliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Probleme in Betriebsversammlungen zu beraten und das Verbot parteipolitischer Betätigung im Betrieb streichen. Aber sie reichen nicht aus, um die reale Betätigung der Mitbestimmungsorgane als Gegenmacht der Arbeitnehmer gegen die Unternehmensleitungen und das Kapital zu garantieren. Solange nämlich jener § 49 Betr. VerfG bestehen bleibt, der sie an „Betriebsinteresse" (also den Profit) und „Betriebsfrieden" bindet, ihnen also im Konfliktfalle die Mobilisierung der Belegschaften verbietet, und solange §§ 99, 294 Aktiengesetz die Repräsentanten der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat an das „Interesse des Unternehmens" (also abermals dessen Profit!) statt an das Interesse der Arbeitnehmer insgesamt (und damit an das wirkliche sozioökonomische Gesamtwohl in einer Gesellschaft, in der mehr als 80 % der Berufstätigen abhängig Arbeitende sind) und der Belegschaft binden, bleibt die Entwicklung der Mitbestimmung als Gegenmacht der Arbeitnehmer gegen die Lenkung des wirtschaftlichen Lebens unserer Gesellschaft im bloßen Profitinteresse der einzelnen Zweige des Oligopolkapitals ständig gefährdet.

Solange diese Lage sich nicht verändert, muß in einer Gesellschaft, in der ohnedies der Prozeß der Zentralisation und Konzentration des Kapitals schon aus technologischen Gründen ständig weiter fortschreitet und also dessen Symbiose mit der sich ebenso stetig weiter extendierenden öffentlichen Gewalt und staatlichen Bürokratie sich stetig verstärkt, die Tendenz zur autoritären Aushöhlung der Demokratie unvermeidlich wachsen. So kann eine Wiederholung der Entwicklung von 1918 bis 1945 — mag sie auch in anderen Formen stattfinden — nur durch systematische Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer als Gefahr ausgeschaltet werden. Politische Demokratie kann in einer spätkapitalistischen Gesellschaft nur gesichert bleiben, wenn sie sich zur sozialen Demokratie erweitert. Soziale Demokratie heißt aber demokratische Selbstbestimmung des Volkes im sozioökonomischen Prozeß, der abhängig (also in kollektiver Zusammenarbeit) Tätigen im Arbeitsprozeß. Deshalb ist es notwendig, über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und in den Unternehmungen hinaus auch ihre überbetriebliche Mitbestimmung zu institutionalisieren (z. B. in der Organisation der Industrie- und Handelskammern).

Derartige Extension der Mitbestimmung wäre übrigens gleichzeitig in denjenigen Fällen, in denen Vergesellschaftung von Unternehmungen durch Sozialisierung später durchgeführt werden kann, die beste Vorschule für diese neuen gesellschaftlichen Formen und eine Sicherung gegen die Gefahr bürokratischer Entfremdung in einer nicht mehr auf Klassengegensätzen aufgebauten Gesellschaft, wie die Erfahrungen der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung trotz vielfacher, noch nicht überwundener Mängel dieses Systems (vor allem den Appell an den Betriebsegoismus) erkennen lassen.

Bücher

Die verderbliche Mitbestimmung

Fünf Bücher sind anzuzeigen, die neben den dümmlichsten Antimitbestimmungsparolen noch eines gemeinsam haben: Sie werden an Interessenten gratis von der offenbar über eine ansehnliche finanzielle Basis verfügenden „Aktionsgemeinschaft Sicherheit durch Fortschritt" versandt, und zwar an die, die von der ersten Zusendung der Broschüre „Mündige brauchen keinen Vormund" noch nicht genug haben:

I Erwin Häussler, Jedem sein Eigentum. Vermögensbildung in der modernen Gesellschaft, mit einem Vorwort von Eugen Gerstenmaier, Stuttgart (Seewald) 1968, 199 S., kart., DM 9,80.

II Walter Petwaidic-Fredericia, Der Irrweg der Mitbestimmung, Stuttgart (Seewald) 1968, 142 S., kart., DM 9,80.

III Mitbestimmung. Referate und Diskussion auf der Tagung katholischer Sozialwissenschaftler 1968 in Mönchengladbach, mit Referaten von Joseph Höffner, Anton Rauscher, Oswald von Nell-Breuning, Goetz Briefs, Eduard Gaugler, Johannes Messner, Hermann Josef Wallraff, Erwin K. Scheuch, Rudolf Henning, Arthur-Fridolin Utz, Wilhelm Weber, hrsg. von Anton Rauscher. Veröffentlichungen der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Köln (Bachem) 1968, 287 S., kart., DM 15,—.

IV Mitbestimmung? Beiträge zur Problematik der paritätischen Mitbestimmung in der Wirtschaft von Franz Böhm, Goetz Briefs, Wolfgang Heintzeler, Anton Rauscher und Werner Schöllgen, hrsg. von Goetz Briefs. Nr. 1 der Schriftenreihe des Vereins für wirtschaftliche und soziale Fragen e. V. Stuttgart, 2. Aufl., Stuttgart (Seewald) 1968, 239 S., kart., DM 12.80.

V CDU und Mitbestimmung. Der Weg zur Mitbestimmungsformel der CDU auf dem Parteitag 1968, hrsg. von Hans Edgar Jahn, Stuttgart (Seewald) 1969, 176 S., kart., DM 9,80.

Äußerste Grenze aller Beiträge ist die Berücksichtigung der „partnerschaftlichen" Aspekte der DGB-Mitbestimmungskonzeption; eine weitergehende Mitbestimmung, gar Selbstbestimmung der Arbeitnehmer wird von vornherein (eine Ausnahme bilden die allerdings nicht sehr klaren Ausführungen Nell-Breunings, III, 19 ff.) als schädlicher „Kollektivismus" verdammt. Über die Unangebrachtheit der qualifizierten Mitbestimmung und ihrer Übertragung von der Montanindustrie auf die übrigen Großbetriebe gibt es kaum grundsätzliche Differenzen — bis auf den erwähnten Beitrag Nell-Breunings, die Ausführungen Wallraffs (III, 135 ff.) und Hennings (III, 201 ff.) sowie der Vertreter der christlichen Arbeitnehmerschaft beim CDU-Parteitag 1968 (V, pass.), die freilich einer erdrückenden andersgesinnten Mehrheit gegenüberstanden. Anders ist es mit der Begründung dieser Ablehnung: sie schwankt zwischen (mittel-)ständisch-privatistischer Angst vor Chaos und Auflösung aller traditionell-autoritären „Werte" (s. bes. I) und der großindustriell-profitgetriebenen Sorge, die Kapitalverwertung und die ökonomisch-politischen Herrschaftsmechanismen, die dazu nötig sind, könnten durch die Mitbestimmung tangiert werden (s. bes. II).

Ins Auge springt insgesamt, wie sehr die Argumente gegen die Mitbestimmung aus dem Arsenal der katholischen Soziallehre geholt werden — eine Erfahrung, die man genauso macht, wenn man die mehr populär gehaltenen Propagandaschriften der Arbeitgeber oder auch die in vorderster Front gegen die Mitbestimmung agitierenden „Gesellschaftspolitischen Kommentare" der CDU liest. Das ist kein Wunder, eignet sich die scholastische Seinsethik doch vorzüglich dazu, das je Bestehende noch einmal abzubilden und ihm neben der Legitimation des Faktischen noch die Weihe des „Natürlichen" und gar „Gottgewollten" zu geben. Änderung ist von Übel — in dieser Ideologie treffen sich katholische Harmonie- und Ruhe- und Ordnungs-Fanatiker mit handfesten Unternehmerinteressen. Das Ziel, das sie mit der partnerschaftlichen Mitbestimmung bestenfalls im Auge haben, ist die noch reibungslosere Integration der Arbeitnehmer in eine autoritär-harmonisch geordnete Gesellschaft — ihr Mittel dazu soll sein die „Gleichberechtigung" der „Produktions-

faktoren" „Kapital" und „Arbeit". Schon diese Redeweise zeigt, wie solcherart verdinglichtes Denken nicht begreift, daß reale Demokratie zunächst einmal Selbstbestimmung der Produzenten über die Form und den Inhalt der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit meint. Es begreift weiter nicht, daß es mitnichten um harmlose technische Änderungen zum Besten einer Effizienz, die von den ökonomisch Herrschenden definiert wird, geht, sondern — immer noch — um den Gegensatz von Eigentümern an Produktionsmitteln (den in letzter Instanz Herrschenden) und den Nichteigentümern (den Lohnabhängigen), ein Gegensatz, der nicht in einer abstrakten „Gleichberechtigung" von „Arbeit" und „Kapital" — die offensichtlich schon zahlenmäßig gar keine ist: wieso soll das Verhältnis von 80 (Lohnabhängige) zu 20 (Unternehmer) dadurch „gerecht" organisiert sein, wenn die ungleich großen Gruppen in Entscheidungsorganen gleich repräsentiert werden? —, sondern nur in einer fortschreitenden Selbstbestimmung der Produzenten aufgehoben werden kann.

Trotz allem jedoch haben wir Wissenschaftler wie Nell-Breuning, die einen ziemlich harten und nur auf lange Sicht aussichtsreichen Kampf gegen eine reaktionäre Übermacht im Katholizismus führen, als Bundesgenossen für die jetzige Etappe anzusehen; allerdings ist wichtig, den Kampf für die Realisierung der paritätischen Mitbestimmung und schließlich ihre Praxis nicht als Integrationsmittel, sondern als Hebel weiterer Politisierung und Selbstbestimmung anzusehen.

(Offenbar haben intelligente Kapitalisten längst den Nutzen integrationswilliger Mitbestimmungsbefürworter von der Art Nell-Breunings oder auch Georg Lebers bemerkt und sehen die partnerschaftliche Mitbestimmung schon als das kleinere Übel und ihre harmoniewilligen Protagonisten als potentielle Bundesgenossen an. Dafür spricht etwa, daß ein Aufsatz Nell-Breunings über katholische Soziallehre ebenfalls von der obengenannten „Aktionsgemeinschaft" der Arbeitgeber versandt wird: Oswald von Nell-Brenning S. J. — Hans Lutz, Katholische und evangelische Soziallehre. Ein Vergleich, Recklinghausen 1967.)

Alle Autoren der zu besprechenden Bücher befleißigen sich einer ausgesprochenen Abneigung gegen jegliche Ideen, die das Bestehende substantiell verändern könnten, sie verleumden das als Ideologie oder unmögliche Utopie; während sie selbst etwa vorgeben, „mit beiden Füßen im Alltag" zu stehen (I, 9, Vorwort von Gerstenmaier), beschuldigen sie die „Mitbestimmungsideologen" eines Denkens, das „nicht gegenständlich und konkret, sondern an einer Utopie orientiert" sei (II, 74). Marx ist der klassische Utopist für sie, ist ja seine „Gnosis von der ‚Emanzipation der Menschen'" (III, 268, Briefs) für Reaktionäre aller Schattierungen seit je verwerflich; ein Autor bedauert, daß selbst sein „Mehrwert ... in ihrem (d. h. der Marxisten) Arsenal noch" existiert (II, 66). Daß die Existenz des Mehrwerts Unsinn sei, versucht Franz Böhm mit dem grotesken Urteil zu beweisen, daß der „etwaige ‚Mehrwert' ... durch das Werturteil der Nachfrager" erzeugt wird (IV, 172). Daß auch die ganze Marxsche Lehre nicht stimme, liegt nach Goetz Briefs daran, daß sie eben als utopische Ideologie „der Wahrheit der Dinge nicht entspricht" (III, 33 f.). Hat man Marx mit rechter Hand abgetan, erübrigen sich, scheint's, alle Überlegungen, die irgendwie abstrakt über das Bestehende hinausweisen könnten: Selbst die Gerechtigkeit könne keine Aufgabe mehr sein, weil sie nach Meinung eines Autors undefinierbar ist: „Sie ist ein Widerspruch, weil das Gerechte statisch, das Soziale aber dynamisch und undefinierbar ist" (II, 77, 78). Ist der kapitalistische Apologet nur zynisch, steuert der theologisch Argumentierende noch ein gutes Stück einschläfernd-verdummendes Opium dazu: „Alle Armut können wir nie beseitigen. Das heißt, wir werden mit allen Institutionen dieses Problem nicht lösen. Wir brauchen eine sittliche Erneuerung in Christus, in welcher auch das Ertragen der Armut eine Rolle spielt" (III, 266, Utz).

Ideologie sei nach Meinung der Autoren auch die Lehre, die Menschen könnten sich in ihrer Mehrheit selbst organisieren. Der Moraltheologe Schöllgen lehnt das mit Rekurs auf Aristoteles, Hannah Arendt und die Altreaktionäre Gehlen und Freyer ab; als historische Untermauerung dafür bringt er den angeblichen „Terror", der in Rom geherrscht haben soll, als die Politik von den Handarbeitenden gemacht wurde, und als positiven Gegensatz dazu die kluge „ratio" der „wirtschaftlich Freigestellten",

die später unangefochten vom Pöbel die „politische Entscheidung" besorgte (IV, 20) — fürwahr, Carl Schmitt, Pareto und andere faschistoide Volksverächter kann der Theologe zu seinen Lehrmeistern zählen! Folgerichtig entspringt für ihn die Idee der Gleichheit „einer frivolen Gesinnungsethik" „gewisse(r) Linksintellektuelle(r), die sich an der Dauer-Revolution begeistern" wollen (ebd., 29, 22). Diskussion und Entscheidung aller ist auch für Goetz Briefs der Grund des Übels, aus dem die Idee der Mitbestimmung erwächst: Durch sie würde alles zersetzt, „die Welt des Sakralen genau wie die des Profanen. Ein richtiger intellektueller Mandarismus, form- und gestaltfeindlich, sinnfeindlich, wertfeindlich, ist die große Gefahr des Geistes wie der aussagefähigen (!) Intelligenz" (III, 150 f.). Nach Petwaidic-Fredericia habe zu dieser für ihn üblen Entwicklung auch ein zersetzend gleichmacherischer „Neid, eine ewig menschliche Eigenschaft und Triebfeder" geführt (II, 40).

Elitäres Denken, dem statischen „Sein", der „Natur" und den „Werten" verbal verpflichtet, tatsächlich gegen weitere Emanzipation der Menschen, gegen Demokratie und Selbstbestimmung gerichtet, durchzieht alle Bücher. Die Notwendigkeit der ökonomischen Mitbestimmung springt einem ins Auge, wenn man liest, welche Vorstellungen von Demokratie manche Autoren haben und wie gefährlich es wäre, dieses Denken von der Beherrschung der ökonomischen Machtpositionen sich noch einmal auch zur Beherrschung von Staat und Gesellschaft ausbreiten zu lassen. Ein Sozialethiker spricht deutlich aus, was die meisten nur andeuten: Die Demokratie sei nur dort „eine bessere Staatsform als die Monarchie oder überhaupt jede nichtdemokratische Staatsform", wo sie „die Staatlichkeit wirklich erfüllt" (III, 249, Utz, vgl. auch ähnlich III, 213, Herder-Dorneich) — kein Zweifel, solche Herren könnten uns einen Faschismus, der wahrhaftig seine „Staatlichkeit" erfüllte, zum zweitenmal bescheren.

Apologeten des Bestehenden, schreiben sie jeder Faktizität ihr „Sein", ihre Eigengesetzlichkeit zu, die unantastbar sei (vgl. bes. IV, 31, Schöllgen); Mehrheitsentscheidungen, wie sie in einer Demokratie üblich sind und die etwas ändern könnten, werden im gesellschaftlichen Bereich z. B. von Mikat (V, 114) als „öder Demokratismus" abgelehnt.

Auch die Wirtschaft habe ja eine eigene Sachgesetzlichkeit, wird uns erzählt; sie wolle, daß jeder an seinem Platz bleibt: Der Unternehmer, „eine Figur, die es nur in der westlichen Welt gibt" (IV, 101, Heintzeler) — weshalb letztere übrigens nach Meinung unserer Mitbestimmungsgegner vorzüglich das Epitaph „frei" verdient — oben, die Lohnabhängigen unten. Anders würde das Ganze zusammenbrechen, weil nur der privatkapitalistische Unternehmer fähig sei, optimal die Verbraucherwünsche zu befriedigen (IV, 102, Heintzeler — Marx habe übrigens die weltgeschichtlich wichtige „Figur" des Unternehmers völlig übersehen, wissen Nell-Breuning (III, 21) und Messner (III, 220) noch zu berichten). Die Begründung dafür ist recht primitiv: die Rentabilität sei eben das einzige Orientierungsmerkmal für nützliches oder schädliches Verhalten in der Wirtschaft, und für die könne nur der persönlich Profite machende und haftende Unternehmer sorgen, sagt Böhm (IV, 126), ohne das Problem zu diskutieren, warum denn wohl auch im Sozialismus rentabel gewirtschaftet wird, noch dazu „rentabel" nicht nur für eine Minderheit von Privatprofiteuren.

Doch die Unhaltbarkeit der heutigen Herrschaftsstrukturen in der Wirtschaft wird noch grundsätzlicher gegen Mitbestimmungsforderungen von unten zu immunisieren versucht: Alle Autoren stellen sich mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit auf den Boden der kapitalistischen Rationalität, d. h. Ziel der Wirtschaft müsse wachsende Profitsicherung sein. Auf diesem gemeinsamen Boden sind die Mitbestimmungsgegner den Mitbestimmungsbefürwortern immer überlegen: Wenn nicht nach dem Bedürfnisprinzip (für alle), sondern nach dem Profitprinzip (für wenige) produziert wird, kann logischerweise eine Mitbestimmung nur als eine formalistische Farce oder aber als ein Übergang zu einer im emanzipatorischen Sinne zu bestimmenden Neudefinition der Ziele der Produktion angesehen werden.

Freilich wirkt es grotesk, wenn ein Moraltheologe (III, 55, Ermecke) nach der Vereinbarkeit der Mitbestimmung mit „den Erfordernissen eines geordneten Wirtschaftsablaufs" fragt, wo jeder weiß, daß „geordnet" eben für ihn und seinesglei-

chen „kapitalistisch" heißt und die Antwort auf der Hand liegt. An vielen Stellen wird die Grundideologie des Kapitalismus betont, daß nämlich die Konkurrenz der Kapitalisten das Gemeinwohl aller ergebe — Belege dafür finden sich nicht, freilich auch keine Hinweise auf Disparitäten unseres Systems, auf Krisen, auf Elend im Kapitalismus. Nur einmal wagt Wallraff anzumerken, mit der systemimmanenten Harmonie sei es etwa bei der Rezession von 1966/67 nicht sehr weit her gewesen, weil ja der Staat mit Finanzierungshilfen die müden Unternehmer erst wieder munter machen mußte (III, 142), aber dieser Gedanke erschien seinen Diskussionspartnern wohl zu revolutionär und außerhalb ihrer Denkschemata, als daß sie sich überhaupt damit befaßt hätten.

Im großen wird eine Idylle gemalt, die bestenfalls im 19. Jahrhundert Berührungspunkte mit der Realität hatte: kein Monopolkapital stört die harmonische Konkurrenz der vielen; Goetz Briefs verwirft unter Hinweis auf nicht näher spezifizierte „genaue (!) statistische Analysen" (IV, 227) Galbraith's Buch über die Machtzusammenballung der Monpole und ihr Übergreifen auf den Staat auf einer halben Seite als schlicht falsch, und Erwin K. Scheuch (III, 189) gibt mit fachmännischer Pose vor, die Frage nach den Quellen der Macht habe herzlich wenig mit der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel zu tun. Aber auch im kleinen wird die Idealität des Kapitalismus suggeriert. Wer vom Mond käme und das läse, könnte es wirklich glaubhaft finden, daß aus dem Kapitalbesitz keine Macht erfließe (III, 218, Rauscher), weil der Lohnarbeitsvertrag eben ein freier Vertrag unter Gleichen sei und die Arbeiter ihren festen Lohn als Äquivalent für ihre Arbeitskraft erhielten (IV, 87, Rauscher; IV, 165, Böhm; III, 132 f., Messner).

Wie weiland das Chaos der Säkularisation in die gesellschaftliche „Harmonie" einbrach, so sieht heute die Mehrzahl unserer Gewährsmänner die Mitbestimmung in eine ausgezeichnet geordnete Gesellschaft hereinbrechen, einen „kriechenden Demokratismus" (III, 70, Briefs), der vernünftig-männlich-einsame Entscheidungen durch verantwortungslose Massenpalaver ersetzen wolle, somit die ohnehin schon nicht „interessenmonistische" — da dem Wohl des „Ganzen" dienende — Struktur der Wirtschaft (vgl. z. B. III, 35, Weber) mit einem Fremdkörper belastend, der schon deshalb völlig unnötig sei, weil ja der Staat als allein für das „Gemeinwohl" zuständig erklärt wird (V, 55, Gewandt u. pass. in allen Büchern). Wie üblich dieses mystische Gemeinwohl mit dem Gesamtinteresse aller Kapitalisten verwechselnd, wird lange Seiten hindurch geschildert, was durch die Mitbestimmung alles auf dem Spiele stehen würde: die Leistungsfähigkeit „der" dynamischen und sozialen Wirtschaft (so z. B. III, 269, Groner), stabile Preise für die Verbraucher (III, 38, 71, 77, 96; IV, 46; V, 47, 55), ja sogar der „Fortschritt der Menschheit", der eben auf dem uneingeschränkten Privateigentum an Produktionsmitteln aufgebaut sei, mit dessen Hilfe sie befähigt sein soll, „in der Schöpfung festen Fuß zu fassen und die Basis einer emporsteigenden Entwicklung zu gewinnen" (III, 41, Rauscher, zit. H. Pesch), aber auch der Fortschritt in den Entwicklungsländern, der nach Monsignore Messner von der ungebrochenen Stärke unserer einheimischen Kapitalisten abhängt (III, 128 ff. u. 167; vgl. auch III, 149, Briefs).

Ideologisch wird in dieser Weise Privateigentum an Produktionsmitteln, Gemeinwohl und Fortschritt zu einem diffusen Brei verrührt. Das Ganze hat den Zweck, die Mitbestimmung als fortschrittsfeindlich zu plakatieren, weil sie ja das Privatgeigentum antastet, das nur allein verantwortungsvolle Profite implizieren könne, die irgendwie — genau wird das nie mitgeteilt — allen und dem Ganzen zugute kämen. Fortschritt geschehe nur dadurch, daß der Unternehmer „die Kosten der Unternehmung in Schach und Proportion" hält, vor allen Dingen die Arbeitskosten (III, 64 f., 150, 65), wie es Briefs mit schöner Offenheit immer wieder erzählt — nur der kapitalistische Unternehmer könne das in der richtigen Weise, weil nur er das Risiko trage, dessen Belohnung die Profite sind, und ohne beides niemand mehr etwas täte und die Gesellschaft zusammenbräche. Das Risiko-Argument wird auf den kapitalistisch-zynischen Begriff gebracht, wenn ein Autor bei den Arbeitnehmern im Gegensatz zu den „großen und kleinen Kapitalisten" nur ein geringes Interesse an der Leistung des Unternehmens konstatiert (II, 52, 54), ein anderer bei ihnen die „Freiheit" vermerkt, daß sie sich ja jederzeit aus schlecht laufenden Unternehmen

„durch Kündigung zurückziehen" könnten, während der Kapitalist das mächtige „Risiko der Ertragslosigkeit und überhaupt des Verlustes" (III, 133, Messner) habe. Zu betonen ist für Petwaidic-Fredericia allenfalls das Risiko der Manager, das viel relevanter als das der gewöhnlichen Arbeitnehmer sei, weil sie ja ihre Bezüge von 130 000 bis 160 000 DM pro Jahr sowie auch noch ihr „Sozialprestige" dauernd riskierten (II, 56 f). Eine Argumentation, die noch brutaler wirkt, wenn gleichzeitig von vielen Stimmen geargwöhnt wird, eine Mitbestimmung wolle auch noch dadurch die Wirtschaft schädigen, daß sie den Fortschritt durch Verhinderung der im Kapitalverwertungsprozeß nun einmal strukturell und periodisch notwendigen Arbeitslosigkeit untergrabe (III, 126, Rauscher; III, 126, Kerber) oder gar das Sakrileg verüben wolle, immer höhere Löhne zu fordern (III, 64, 150, Briefs).

Wie die Schreckgespenster gegen, sind auch die Surrogate für die Mitbestimmung an einen kleinbürgerlich-beschränkten Interessenhorizont gerichtet: zunächst das Eigentum, und sei es noch so minimal, zur Bindung des Arbeitnehmers an das System; dabei führt sich z. B. der mittelständische Eigentumsapologet Häussler, der relevante Mitbestimmung als „Kontra-Mitbestimmung" und harmoniewidrig verwirft, mit den von ihm zitierten Untersuchungen Föhls (I, 52 ff.) über die bisherige Vermögensbildung selbst ad absurdum, und wenn er etwas von dem kapitalistischen Wirtschaftssystem begriffen hätte, würde er die Unmöglichkeit effektiver Einkommensstreuung an Produktivgütern schon aus dem Grunde einsehen, daß sich die herrschenden Kapitalisten nicht schließlich mächtige Konkurrenten schaffen und das eigene Grab schaufeln werden — Häussler spielt selbst darauf an, wenn er effektive kollektive Vermögensfonds der Arbeitnehmer als Kollektivismus ablehnt (I, 116). Die privatistische, zu Schein-Zufriedenheit verdummte kleinbürgerliche Monade mit etwa zwei Volksaktien und dem Gefühl, mit „der" Wirtschaft in einem Boot zu sitzen und Streiks auch als etwas sie Gefährdendes anzusehen: solche Art Mensch, die schließlich auch leicht beherrschbar und manipulierbar ist, scheint ganz nach Häusslers Geschmack zu sein.

Was weiter an „Ersatz" für die Mitbestimmung geboten wird, erübrigt wegen seiner Lächerlichkeit einen Kommentar. Ein Moraltheologe schlägt die weitere Integration der Arbeiter dadurch vor, daß man sie zu Angestellten machen soll (III, 45, Schöllgen), Petwaidic-Fredericia wirft „Aktivierung der Begabungsreserven aus den Arbeiterfamilien" und „Sonderzuschüsse für Besuch von Internatsschulen" (I, 155) in die Debatte, und berufene Sprecher der CDU haben gleich ganze Kataloge von nichtssagendem Tingeltangel anzubieten: „Wir sind für den Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes. Wir sind für die Mitbestimmung durch Leistung, zum Beispiel durch weitgehende Dezentralisierung von Leitungsbefugnissen und durch Verbesserung der Bildung und Ausbildung der Arbeitnehmer. Wir sind für einen verstärkten Minderheitenschutz" (V, 48, Mahler). Noch viel gekonnter — und optisch besser — versteht Barzel es auch hier, politisch substanzloses Bla-bla von sich zu geben: „Aufstieg durch Bildung, mehr Eigentum, mehr Urlaub, gleicher Lohn für Frauenarbeit, Rücksicht auf ältere Arbeitnehmer — das sind einige Bereiche, in denen nun Fortschritt ansteht" (V, 30).

Zu alledem aber, so meint mancher, sind weder Mitbestimmung noch Gewerkschaften überhaupt erforderlich, so daß es nicht verwunderlich ist, daß eine durchgehende Gewerkschaftsfeindlichkeit alle Schriften durchzieht. Wozu sie allerdings noch brauchbar und nötig wären, verrät uns der offenste unserer Autoren: Sie müßten „anarchischen Experimentierern, die sich der Sache der Arbeiter und Angestellten jederzeit gern bemächtigen würden, den Weg versperren", welche Notwendigkeit sich angeblich „in den Unruhen des Frühjahres 1968 deutlich gezeigt" habe (II, 118). Merke: „Wir sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen und uns nicht die Butter vom Brot nehmen lassen" (V, 85, Ludwig Erhard).

Hans-Dieter Bamberg

Wolf-Dieter Narr

Modell einer demokratischen Gesellschaft

I

Einige Vorbemerkungen sind nötig:

a) Es kann sich im folgenden nicht darum handeln, in irgendeiner Weise den neueren mit dem Sammelterminus Futurologie bezeichneten Zukunftstendenzstudien Konkurrenz machen zu wollen [1]). Handelt es sich doch häufig nur um mehr oder minder beliebige „Hochrechnungen" einzelner Faktoren der sozialen und ökonomischen Realität mit technologischer Verve, ohne daß gewöhnlich die „Logik" hinter den vorausgesagten Ereignissen klar würde. Die Einseitigkeit und Voreingenommenheit (zusammen mit einer gewöhnlich zu konstatierbaren Oberflächlichkeit) solcher Blicke ins Jahr 2000 wird häufig durch ihre Pseudoneutralität in politischer Hinsicht erhöht. Selbst wenn man die unbekümmerten Wachstumsannahmen nicht nur in ökonomischer Hinsicht nicht weiter beachtet (die nämlich die habhaften Nebenfolgen nicht berücksichtigen, so kann man doch mit Robert Heilbroner feststellen, daß die Konzentration auf die politisch „neutralen" Attribute unserer Zeit leicht dazu führt, die alles andere als neutralen Implikationen der Tatsache zu verdecken, daß wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben [2]). Indem die Futurologie solchen Musters von kritischer konzeptgebundener Gegenwartsanalyse absieht und nur einzelne Faktoren- und Faktorenkombinationen unter Ausklammerung gesellschaftlicher Entscheidungen und institutioneller Voraussetzungen und Folgen im politischen Sinn planlos auszieht, gehen in sie nicht nur bestimmte Gegenwartsinteressen unbemerkt ein und werden als Zukunftsgaben erneut angeboten, sondern der politische Prozeß wird insgesamt ausgeklammert und verkümmert zu einem Derivat interessengebundener, scheinbar technologisch wertfreier ökonomisch-technischer Daten. Diese erlangen doch erst unter dem politischen Gesichtspunkt alternativer Zielverwirklichung selbst Bedeutung und hängen von Vorentscheidungen in ihrer Konstitution ab. Ökonomie und Technik sind wahrhaftig nichts schuldlos und ohne Politik „rein Entsprungenes".

b) Auch eine Ontologie des Noch-Nicht-Seins Ernst Bloch'scher Provenienz und Brillanz kann und soll hier in demokratischer Absicht nicht versucht werden. So wichtig der Versuch ist, überall nicht erfüllte Verheißungen aufzuspüren und ein Relief des „antizipierenden Bewußtseins" zu geben [3]), so wenig kann es sich hier darum handeln, unabgegoltene demokratische Vorwürfe nachzuzeichnen und Tendenzen demokratischer Hoffnung, seien sie offen, seien sie latent, anzugeben.

c) Noch viel weniger freilich ist es Absicht, in der Garküche der Zukunft zu rühren und irgendwelche Dämpfe zu erzeugen, gar mit imaginiertem Licht Schattenspiele utopischer Möglichkeit vorzuführen. Die in der oft auch theologischen Verwässerung Bloch'scher Gedanken aufkommenden Akademiereden (und deren

1) Vgl. das kritische Resumee von Claus Koch, Kursbuch 14, 1968.
2) S. Heilbroner, Futurology, in: The New York Review of Books Vol. XI No. 5 Sept. 26, 1968, S. 53 ff.
3) S. Bloch, Prinzip Hoffnung, Teil II.

schriftliches Pendent) verheißender Natur, voll gegenwartsentziehender Hoffnungskeime, deren Emphatik mit der Abstraktion wächst, sind vielmehr selbst Zeichen einer „gebildeten" Vulgärreligion, die die Probleme der Gesellschaft im „Gespräch" oder im „Dialog" aufgehen läßt: Worte, frei nach Hugo v. Hofmannsthal, die alles Wirkliche verflachen und im Geschwätz beruhigen.

d) Worum es geht: einige methodische Präliminarien und materiale Prinzipien sind zu entfalten, die Ansatzpunkt und Voraussetzung des an dieser Stelle nicht zu leistenden „Modells einer demokratischen Gesellschaft' zeigen.

II

Jeder gesellschaftliche Alternativentwurf, sei er auch noch so marginaler Natur, steht und fällt mit der Prozessualität d. h. der Geschichtlichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse. Nicht „Schicksal" und „Sachzwang" sind hierfür die Schlüsselworte, sondern „Machbarkeit" und „Entscheidung". Sachzwänge werden gewöhnlich erst dann wirksam, wenn gewisse Entscheidungen getroffen bzw. versäumt worden sind. So war die Wirtschaftskrise 1966 absehbar und unausweichlich, nachdem zuvor eine Fülle haushaltsbelastender Gesetze verabschiedet worden waren, eine Wirtschaftspolitik, die diesen Namen verdient hätte, aber nach wie vor versäumt wurde, obwohl die Zeiten des geradezu vegitativen staatssubventionierten Kapitalismus der Nach-48er Jahre aus verschiedenen Gründen spätestens 1961 zu Ende gegangen waren. So läßt sich eine neue Wirtschaftskrise — oder deren anderweitige Abwälzung auf Verbraucher, Arbeitnehmer u. a. — heute schon absehen, da es auch die neue große Koalitionsregierung der Bundesrepublik versäumt hat, Wirtschaftspolitik im Sinne eigener politischer Prioritäten, neuer Strukturpolitik usw. zu treiben. Sie beschränkte sich vielmehr darauf, das technologisch-politische Arsenal zur symptomhaften Bekämpfung und Nivellierung von strukturell nicht beseitigten Krisen zu verbessern. Schicksal aber wird in wachsendem Maße zu einer — hier unaufhebbar determinierend — reinen Existenzkategorie jedes Individuum je und je unmittelbar betreffend, sinkt gesellschaftlich gesehen aber zunehmend zu einem peripheren Phänomen herab. Die Selbstdeterminierung der Gesellschaft hat in einem solchen Maße zugenommen, daß vorhandene Unausweglichkeiten, Irrationalitäten, Sachzwänge usw. eben gesellschaftlich selbst erzeugte darstellen, so daß sie prinzipiell innergesellschaftlich-institutionelle Probleme ausmachen. Dieser extensive Prozeßcharakter gesellschaftlicher Ereignisabläufe bringt die konstitutiv zentrale Kategorie kritischer Analyse, die Bedingung der Möglichkeit von Theorie und Praxis alternativer Modelle ins Spiel: die Kategorie realer Möglichkeit. Da die Bedingungsverhältnisse der Gesellschaft im industriell entwickelten Stadium in weitem Umfang von verschiedenen gesellschaftlichen Interessen selbst beeinflußt und hervorgebracht werden, sind je verschieden nach den vorhandenen Institutionen, Mitteln und gesellschaftlich erzogenen Gruppen alternative Ziele und verschiedene Wege (Mittel) möglich. Auch die verschiedenen Interessen von Gruppen und Einzelnen in einer Gesellschaft sind nicht unmittelbare, gewissermaßen anthropologisch gegebene Produkte, die von Kant dem einzelnen attestierte „Lust zum Haben und auch zum Herrschen" [4]). Im Gegensatz zur aufklärerisch entsprungenen Pluralismustheorie liberaler Art die rationalistisch, aber agesellschaftlich und ageschichtlich generalisierte sind die Interessen historisch erklärbar, der jeweiligen Struktur der Gesellschaft genetisch zuzuordnen [5]).

[4]) S. Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht.
[5]) Zu Kant und der Aufklärung in diesem Zusammenhang vgl. neuerdings Rolf Denker, Grenzen liberaler Aufklärung, Stuttgart 1968.

Strukturelle Ungleichheit in einer Gesellschaft, daß also bestimmten Gruppen im ökonomischen und politisch-institutionellen Gefüge einer Gesellschaft prinzipiell Vorrang gegeben wird (ein Vorrang der zur Oben- und Unten-Dichotomie sich simplifizieren und fixieren kann), erzeugt unterschiedliche Interessen und daraus folgende Konflikte. Der Herrschafts- oder komplementär dazu der Freiheitscharakter einer Gesellschaft ist dadurch charakterisiert, inwieweit die verschiedenen Interessen sich artikulieren können, überhaupt zum Austrag kommen und wer schließlich die Entscheidungen trifft. Das letztgenannte Herrschaftsindiz wird häufig dadurch überspielt, daß (geschichtlich regelmäßig beobachtbar) behauptet wird, die herrschenden Interessen seien die allgemeinen („der" Staat, „das" Gemeinwohl). Die jeweils knappen, aber wechselnden und sich neu anhäufenden Mittel werden vielmehr für einseitige Ziele verbraucht. Den Mangel der frühen liberalen Konkurrenz — und der ihr folgenden spätliberalen Pluralismustheorie hat Karl Marx frühzeitig aufgedeckt, indem er die strukturellen, die systemimmanenten Hindernisse des liberalen Allheilers Konkurrenz dartat. Heutiger Pluralismustheorie gegenüber hat man mit Recht eingewandt, daß abgesehen von strukturellen Ungleichgewichtigkeiten u. a., die Ungleichheit schon bei der Interessenartikulation beginne, einflußreiche, herrschende Gruppen vermöchten es mit Hilfe von Sozialisationsmechanismen, dem Arrangement der Informationskanäle und Druckmöglichkeiten verschiedener Art, ganz bestimmte, ihnen ungenehme Fragen erst gar nicht aufkommen, gar nicht in den Entscheidungsprozeß selbst eingehen zu lassen [6]).

All diese wenigen Andeutungen sollen hier nur dazu dienen, zu zeigen, daß in historisch bedingten, strukturell ungleichgewichtigen Gesellschaften heftige Kämpfe um die jeweils alternativen Entscheidungen entbrennen, daß einseitige Entscheidungsarten immer schon gesellschaftlich vorbestimmt sind. Die Kluft zwischen struktureller Ungleichheit, einseitigen Entscheidungsprioritäten, institutionellem Gefüge insgesamt und den vorhandenen Mitteln ökonomischer, kommunikativer, bildungshafter usw. Natur läßt unter der Voraussetzung alternativer Interessen/Ziele die Ausfüllung dessen zu, was mit der Kategorie realer Möglichkeit gemeint ist. Der Status quo einer Gesellschaft, die vorder- und hintergründig vollzogenen Entscheidungen, die Art der Legitimierung der offenen und demgemäß die Abdeckung der geheimen Entscheidungsträger haben zwar im Augenblick andere Alternativen verbraucht, stellen aber schon für die unmittelbar bevorstehende Zukunft nicht den einzig möglichen Ausgangspunkt, das einzig denkbare Handlungsmodell dar. Im Gegenteil: die am Status quo und seinem Entstehungs- und Funktionszusammenhang ansetzende Kritik macht auf die durch ihn ausgelassenen anderen Möglichkeiten aufmerksam und entwickelt Gesichtspunkte, besser noch Handlungsmodelle, die solche Versäumnisse in Zukunft vermeiden lassen. Die Kritik nach Maßgabe der Kategorie realer Möglichkeit besitzt hierfür zwei unabdingbare Beziehungen. Die erste, schon angedeutet, verbindet sie mit dem einseitig strukturierten Status quo der Gegenwart, seinen strukturellen Ungleichheiten, funktionellen Fehlleistungen, seinen Krisen-, Zwangs- und Gewalterscheinungen. Offensichtlich stimmt „es" mit einer Gesellschaft nicht, die nur mit Hilfe eines mächtigen Zwangs- und Propagandaapparats zum Ausgleich zwischen den einzelnen sozialen Gruppierungen kommt; offenbar ist etwas „faul" an einer Gesellschaft, die im wirtschaftlichen „Überfluß" (Galbraith) sich befindet und doch 30 Millionen Arme besitzt [7]). Aller vernünftigen Reflexion und belegbarer Untersuchung nach ist eine Wirtschaftsgebarung problematisch — um sehr vorsichtig zu reden —, die Krisen unausweichlich macht,

[6]) Vgl. Peter Bachrach and Morton S. Baratz, Two Faces of Power, in: American Political Science Review, 1962.
[7]) Vgl. Michael Harrington, Das andere Amerika, München 1964.

geht eine Politik — auf Grund welcher Bedingungen? — in die Irre, die des Vietnamkriegs bedarf oder die Entwicklungshilfe als günstigen Kapitalexport, als günstige Investition merkwürdig neokolonialen Musters begreift. Die Reihe bedarf keiner Ausführung und Fortsetzung. Kritik, das sollte illustriert werden, setzt an Zwangs- und Krisenerscheinungen (auch an Unterschlagungen von Problemen) gegenwärtiger Gesellschaften an. Diese Korrelation bliebe aber ohne Konsequenz (abgesehen allenfalls der der Krisenaufdeckung); ja selbst die Erkenntnis der Unterschlagungen, der Verdrängungen einer Gesellschaft wäre nicht möglich, wäre Kritik nach Maßgabe der Kategorie realer Möglichkeit nicht bezogen auf ein alternatives Gesellschaftsziel. Letzteres läßt die Wünschelrute der Kritik erst ausschlagen. Das andere Gesellschaftsziel zeigt erst regulativ und direktiv die Überwindung der kritisierten Verhältnisse. Die Entfaltung dieses hinweisenden und dirigierenden Ziels, seine gesellschaftskritische Anwendung scheint mir aller Argumentation mit der Kategorie der realen Möglichkeit, aller Kritik und aller alternativen Praxis in rationaler Absicht wenigstens zugrunde zu liegen. Die kritische Theorie darf sich nicht wie Karl Marx im Prinzip darauf beschränken, den „herrschenden Verhältnissen ihre eigene Melodie" vorzusingen, und darauf vertrauen, daß die Widersprüche der bestehenden Gesellschaft selbst Bewegung und Gegenbewegung hervorbrächten, so daß man nur — dialektisch gesprochen — lange genug im Schoße der herrschenden Verhältnisse verbleiben muß, um sie dann emanzipierend zu überwinden. Ganz abgesehen davon, daß Marx ohne seine sogenannten Frühschriften nicht zu denken ist und eben deshalb auch nicht der Marx des „Kapital', breitet sich bei manchen Theoretikern der demokratischen Linken eine merkwürdige Art des theoretischen Agnostizismus aus mit einer quietistischen und einer aktivistischen Schlagseite. Letztere zeigt sich in einer gefährlich undialektisch vorgebrachten Praxeologie, die Theorie nur noch experimentell-aktivistisch gewinnt und somit einem merkwürdig irrationalen, positivistischen Revolutionarismus ohne Revolution gleicht. Rudi Dutschke, um nur ein Beispiel hiervon zu geben, spricht nicht nur davon, daß „unsere Revolution" eine totale sei [8]), sondern er stellt auch fest: „Ein neues Konzept kann noch nicht vorhanden sein, kann nur im praktischen Kampf, in der ständigen Vermittlung von Reflexion und Aktion, von Praxis und Theorie erarbeitet werden" [9]). Konnte Karl Marx geschichtsphilosophisch fundiert [10]) und mit soziologisch-historisch realer Hoffnung auf den revolutionären Träger Proletariat möglicherweise (allerdings theoretisch und praktisch schädlicherweise) auf die explizite Verwendung von Zielkriterien und die historisch zeitgemäße Ausarbeitung alternativer Modelle verzichten und den Revolutionsablauf selbst dunkel halten, so wirkt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt geschichtsphilosophische Prädestination von kritischer Theorie unkritisch und die mangelnde Explikation am Maßstab des Ziels realer Demokratie verhängnisvoll aus. Ein so gescheiter Theoretiker der APO wie Oskar Negt versäumt es nicht, in der Kritik an Thesen von Habermas dauernd Epitheta wie „historisch" und „objektiv" zu benutzen, so als ob eine solche gesichtsphilosophische Absicherung und Ekstatik nötig sei und der Sache nütze. Fällt man hier nicht selbst dem so sehr bekämpften Positivismus anheim?! Negt spricht darüber hinaus zurecht von der notwendigen Revision der Revolutionstheorie hergebrachten Musters, er geht ab von der Klassen- und Kapitalismusanalyse überkommenen Stils, alles übrige aber bleibt in — selbst zugegebenen — Andeutungen und doch im Vertrauen auf die geschichtsphilosophisch angelaufene revo-

[8]) Vgl. hier das Element des Undialektischen, dessen auch, was Lukacs in „Geschichte und Klassenbewußtsein" „Die Romantik der Illegalität" genannt hat, s. S. 261 ff.
[9]) S. Deutschke, in: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, S. 87, 91 u. ff.
[10]) Allerdings mit einer Saint-Simonistischen Schlagseite vgl. Habermas, Erkenntnis und Interesse, 1968.

lutionäre „Bewegung". Wann aber wäre Theorie, wann Strategie wichtiger gewesen, gerade wenn die Herrschaftszusammenhänge immer dichter, die Maschen immer enger werden und man eben nicht — wie Negt das tut — aus der Dichte des Herrschaftszusammenhangs auf das komplementäre Ausmaß an angestauter, in Unterdrückung aktiver Freiheit schließen kann [11])?! Warum diese Angst vor dem gruppen-„subjektiven" Programm, warum diese Angst vor dem Mißbrauch durch bestehende Institutionen und ihre Träger und stattdessen die Flucht in die Vagheit revolutionärer Pauschalangaben und einen mit konstruierten realem „Volkskonsens" abgesicherten Befreiungskampf?! So als ob Scheitern und „Nichts" mit Bloch gesprochen ausgeschlossen wären, so als ob geschichtlich die Verschiebung des „Kräfteparallelogramms" [12]) zugunsten der Kräfte der Demokratie oder des Antiautoritären generell einigermaßen sicher vorhersehbar wäre, weil man merkwürdig naturrechtlich konservativ auf den emanzipatorisch unausrottbaren Drang der Mehrheit der Menschen hofft?!

III

Genug der Fragen und Einwände! Es galt, die beiden Ansatz- und Bezugspunkte für die Kategorie realer Möglichkeit als Bedingung kritischer Theorie in aller Kürze zu diskutieren: nämlich widersprüchliche (auch von der vorgeschützten eigenen Ideologie des Status quo her) bestehende Verhältnisse mit Unterdrückungs- und Krisenmaßnahmen einerseits und Explikation von Zielkriterien andererseits in unserem Falle der Möglichkeit realer Demokratie. Im folgenden geht es zunächst darum, eben das Ziel reale Demokratie knapp zu skizzieren und daran anschließend bestehende — widerstrebende — Herrschaftsformen aufzudecken.

Ungeschützt und global lautet das Ziel realer Demokratie: Emanzipation der Einzelnen, aller die Gesellschaft ausmachenden Individuen. Dieses emanzipatorische Ziel kann infolge der gesellschaftlichen Tatsache, d. h. daß die solipsistische Existenz nicht möglich ist, nicht in gesellschaftlicher Privation vonstatten gehen. Da dieses Ziel deshalb nur über die Organisation der Gesellschaft im weitesten Sinn zu erreichen ist, will die klassische Demokratietheorie Selbstbestimmung über die Beteiligung aller an der Bestimmung gesellschaftlicher Tatbestände, über die freie Gesellschaft, erreichen [13]). Dieser „konservative" Anschluß an überkommene Ziele [14]) weigert sich, demokratische Ansprüche und Ziele „realpolitisch" auf das Niveau gegenwärtiger Verwirklichung herabzuschrauben [15]), so als habe Theorie eben das Gegenwärtige in abstrahierten Beziehungen zu formulieren und darin ihr Genügen, so als arbeite sie nach dem Motto: alles was effizient ist, d. h. im Augenblick „funktioniert', ist demokratisch. Steigerung der Demokratie besteht dann in der prinzipiell Status quo-bezogenen Effizienzerhöhung (vgl. die bundesrepublikanische Diskussion zur Verwaltungsreform u. v. a.). Ist das Emanzipationsziel, das in eine Fülle jeweiliger Kriterien zerlegbar ist — und zum Zwecke der Untersuchung zerlegt werden muß —, gültig, dann lautet die Frage nicht, wie muß das Ziel jeweils realitätsgerecht gestutzt werden, sondern sie heißt, wie kann angesichts dieser und jener bestehenden Mittel das jeweilige Optimum des Ziels unter bestimmter Änderung der Bedingungsverhältnisse wahrscheinlich erreicht werden. Das „jeweilige Optimum" und der Ter-

11) Vgl. Negt unter dem etwas zu besitzergreifenden Titel „Die (!) Linke antwortet Habermas", Frankfurt 1968.
12) Vgl. Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, 1967, S. 11 ff.
13) Vgl. Lane Davis, The Cost of Realism: Comtemporary Restatements of Democracy in: Western Political Science Quarterly 17/1964.
14) S. Jürgen Habermas, Kritische und konservative Aufgaben der Soziologie, in: Theorie und Praxis, 1963.
15) Vgl. auch Jack L. Walker, A Critique of the Elitist Theory of Democracy, in: American Political Science Review, 2/1966.

minus „wahrscheinlich" weisen auf den Prozeßcharakter der historisch bedingten Verwirklichung und auf den Experimentcharakter hin. Mit anderen Worten: das Ziel ist kein dogmatisch und kasuistisch verklausuliertes „absolutes" Muster, das bedingungslos angewandt wird, sondern es bestimmt die Wirklichkeit nach Maßgabe der realen Möglichkeit, läßt durch den Experimentcharakter Raum zur jeweiligen Optimierung, läßt durch den Prozeßcharakter und die verschiedene Interpretation „realer" Möglichkeit Konflikt über den Optimierungsgrad zu.

Allerdings ist hierbei ein Doppeltes vorweggenommen: die strukturelle Ungleichheit in der Gesellschaft muß prinzipiell in der Verfassungsordnung überwunden und in der Verfassungswirklichkeit abgeschafft sein [16]). Zweitens ist Emanzipation nicht auf den engen Bereich dessen begrenzt, was man mit politischer Willensbildung bezeichnet, also auf Wahlakte zu Parlamentswahlen und dergleichen. Sondern diese politische Demokratie begreift unter „politisch" alle herrschaftlichen und quasiherrschaftlichen Verhältnisse, wo Bestimmungen getroffen, Alternativen ausgewählt und Lebenschancen von Menschen aufgetan oder eingeschränkt werden. Insofern gehört zum Begriff dieser Demokratie notwendig der Adäquanzgedanke, den Hermann Heller auf die Formel brachte, daß die „Aufhebung" bzw. die Unterordnung der „Wirtschaftsgesetzlichkeit" durch „die politische Macht" zu erstreben sei [17]), und den Gustav Radbruch für Strafrecht, Justiz und Kultur insgesamt im Sinne eines herrschenden demokratischen Öffentlichkeitsprinzips formulierte [18]).

Angesichts solchen Demokratiebegriffs, der durch reale Mitbestimmung und nicht durch punktuelle und peripher-periodische Beteiligung an Wahlen [19]) gekennzeichnet ist, ist der Kontroversbegriff oberflächlich sofort, in seinen verschiedenen Facettierungen allerdings erst durch spezifische Analyse, einsichtig.

Herrschaft, nach Max Weber institutionalisierte und legitimierte Macht (im Falle der Bundesrepublik durch Grundgesetz und periodische Wahlen), also die Möglichkeit einer Gruppe von Gewählten, Entscheidungen zu treffen und Befehle zu erteilen mit der Wahrscheinlichkeit ihrer Durchführung und Durchsetzung, wird häufig auf Grund des formaldemokratischen Legitimationsmechanismus und der apparathaften-bürokratischen Institutionen eingegrenzt auf politische Herrschaft im engeren Sinne. Um die infolge ihrer definitorischen Amorphität schwerer erfaßbaren Machtstrukturen quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche kümmert man sich hierbei kaum.

Schon die Annahme, daß die verfassungsrechtlich festgelegte politische Herrschaft auch die tatsächlichen gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen treffe, ist einer petitio principii ähnlicher als einer Beschreibung realer Sachverhalte. Auch Herrschaftsanalyse, die nur die offiziellen politischen Organe beträfe und die offiziellen Mechanismen der Herrschaftsausübung, müßte danach fragen, wer die Entscheidungen tatsächlich trifft, mehr noch wer die Entscheidungssituation definiert, wer Probleme zur Entscheidungssituation emporhebt und wer Entscheidungen durchführt, kontrolliert und wer den unentschiedenen Bereich bestimmt. Was sind die jeweiligen Bedingungen und Einflüsse der Entscheidungen der politisch-offiziell Regierenden. Regieren sie wirklich, oder kann nicht ein Verschiebungsprozeß des Entscheidungsbereiches, nämlich der Auswahl zwischen Alternati-

16) Vgl. Otto Kirchheimer, Weimar und was dann? und ders., Zur Frage der Souveränität, in: Politik und Verfassung 1964, der strukturelle Gründe für das Scheitern der Weimarer Verfassung, einer Verfassung ohne politische Entscheidung und gleichfalls Gründe verankerter Ungleichheit für die Unmöglichkeit aktuellen demokratischen Pluralismus gibt.
17) S. Heller, Staatslehre, 1961, u. a. S. 211 ff.
18) S. ders., Kulturlehre des Sozialismus, 1949.
19) S. zu letzterer Auffassung Schumpeter, Downs, Dahl, Lipset u. a.

ven (bzw. deren Verdeckung), festgestellt werden? Einerseits ist der Entscheidungsbereich — gegeben durch die mangelnde Entscheidung der Verfassung — zu den wirtschaftlichen und zu vielen anderen sozialen Gruppen durch die geltenden Prioritäten etwa des BDI, des Bauernverbandes oder der Kassenärzte verschoben. Andererseits sind die Entscheidungen (durch die institutionell nicht abgefangenen Aufgaben des strukturell ungleichgewichtigen Wohlfahrtsstaats) zur Bürokratie der öffentlichen Instanzen abgewandert, die wiederum zusammenspielt mit der „privaten" Bürokratie vor allem der Wirtschaftsverbände.

Schon vom Bereich parlamentarisch legitimierter Regierung aus wird man also in die Verzweigungen von Herrschaft hinein weiterspüren müssen. Diese Extensivierung des Blickfeldes auf mögliche (und möglicherweise unnötige) Herrschaft steigert sich, wenn man von der Konzentration des Blickwinkels auf die offiziell Regierenden abgeht. Diese Beschränkung ist allein berechtigt, wenn man sich auf den rechtlichen Status quo als Grundannahme einläßt, was freilich häufig zur Ideologisierung d. h. Verschleierung realer Herrschaft führt, während die als real behauptete nur eine Fassade darstellt. So kann man generell Herrschaft in einem institutionalisierten Bestimmungsgefüge — mit der Extremform Befehl und Gehorsam — sehen, im Industriebetrieb ebenso wie in der Verwaltung, in der Schule ebenso wie in den Parteien. Hierzu bedarf es freilich keiner generalisierten und auf einen Herrschaftskonflikt ohne Inhalt als den der Herrschaft formalisierten Klassenkonfliktsannahme, die die Unaufhebbarkeit solchen Klassenkonflikts gar aus dem Dauerbestand an gesellschaftlichem Norm- und Sanktionsbedürfnis abliest [20]).

So selbstverständlich aber als Kontrovers- und Korrelativbegriff zu realer Demokratie mit der strikten Partizipationsforderung ein Herrschaftsbegriff ist, der Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft überall und nicht definitorisch-legalistisch eingeengt erfassen kann, so wenig ist mit einer Extensivierung dem analytischen Interesse Genüge getan.

Wer Herrschaft, sei es auch in der Form der Ausbeutung und Ausnutzung, der Manipulation, der geheimen Überredung [21]) heute erfassen will, muß der Extensivierung parallel eine Intensivierung des Begriffs vornehmen. Herrschaft erscheint nicht nur im sichtbaren Oben und Unten, Herrschaft erscheint heute nicht zuletzt in der Angst. Angst als Phänomen der Innen- und Außenpolitik kann in der Bedeutung als Manipulationsmittel, das freilich auch die Manipulateure selbst betrifft (analog den auch Kapitalisten betreffenden Entfremdungsfeststellungen von Marx) kaum überschätzt werden [22]). Nicht nur das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens hat längst seine innenpolitischen Kosten und Prämissen [23]). Einen die Bundesrepublik in den Formeln (d. h. in der Perzeptions- und der Rezeptionsebene) der Herrschaft geradezu konstituierenden Mechanismus der Angst kann man im Gebrauch des ideologischen Antimommunismus sehen, den jüngst noch nicht nur die Memoiren des Konservativen Probst Grüber bezeugen, sondern auch ein Teil der Reaktionen auf den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei, der — völlig verfehlt — als erhöhte Drohung für die Bundesrepublik umgemünzt und zu einer Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft, mit anderen Worten: zu einer Revitalisierung des Kalten Krieges dienen sollte. Die verschiedenen Tiefenschichten von Angst und die „sublimen" Mecha-

20) Vgl. Ralf Dahrendorf, Klassen und Klassengesellschaft; und ders., Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen.
21) Vgl. Vance, Packard, Die geheimen Verführer, vor allem aber Klaus Horn, Zur Formierung der Innerlichkeit, in: Schäfer/Nedelmann, Der CDU-Staat, 1967.
22) Vgl. schon früh Franz Neumann, Angst und Politik, s. auch Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst, Frankfurt 1967.
23) Zu diesem Zusammenhang insgesamt Dieter Senghaas, Aggressivität und Gewalt, in: atomzeitalter 6/7, 1968.

nismen der Angsterzeugung in politisch bestimmender Absicht können hier nicht im einzelnen abgehoben und analysiert werden. Wie man Angst vor wirtschaftlicher Unsicherheit benutzen kann von Politikern und nicht zuletzt von Unternehmern, läßt sich an der 66er Krise deutlich illustrieren, ebenso an der national bramarbasierenden Aufwertungsdebatte der letzten Monate.

Steuerung und Fütterung der Informationen oder deren Versagung gehören zu den wichtigsten, in ihrer Bedeutung und Verwendungsfähigkeit sich dauernd steigernden Mitteln der Herrschaft. Welche Mitteilungen werden weitergegeben, in welcher Form, an welche Adressaten? Die Steuerung, Speicherung von Informationen und die Ausbildung der Fähigkeit, sie aufzunehmen und zu verarbeiten, also Kybernetik, Datenbanken und Sozialisation, führen eine Kumulation von in dieser Form nicht dagewesenen Herrschaftsmitteln herbei, die, weil damit die menschliche Möglichkeit der Verfügung wächst, auch unter emanzipatorisch-demokratischem Interesse eingesetzt werden könnten [24]).

Die Variationsbreite und Intensitätsskala des Herrschaftsbegriffs ist damit längst nicht erschöpft. Neue Formen der Ausbeutung, wie sie Ernest Dichter in einem durchaus praktizierten Extrem formulierte, finden über die Werbung — als besondere Form der Informationssteuerung — nach dem Motto statt: „Es gilt den Durchschnittsbürger so zu schulen, daß er. . ." [25]).

Diese Formulierung leitet über zum Versuch der Großindustrien, die Arbeitnehmer in einem neuen Sinne zu „beheimaten', indem sie ihnen ohne positionelle Verbesserungen zu suggerieren suchen, daß sie für das Ganze des Betriebs mitverantwortlich seien [26]). Eine solche Suggestion sollen auch die im Hinblick auf die Gesamtgesellschaft besänftigenden, keine Strukturen etwa die des Eigentums und der Verfügung verändernden politischen Handlungen wie die sogenannte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, das Prämiensparen und auch die Form einer addierten Mitbestimmung [27]) zu Wege bringen. Seitdem man die Bedeutung des inneren Marktes begriffen hat, geht es nicht mehr darum, den Arbeitnehmer im Sinne der unmittelbaren Verelendung auszubeuten, sondern es geht nur noch darum, ihn auf ein dirigierbares Konsuminteresse zurecht zu streicheln. Ist der Bürger auf solches Konsuminteresse eingeschworen (worden), wird ihm gleichzeitig in grotesker Ideologie nahegelegt, daß der Konsument König sei [28]), dann hat man ein Zweifaches auf einmal erreicht: Der Konsument ist mit kurzsichtigem Interesse am gegenwärtigen Bestand interessiert, er wendet sich affektiv-ängstlich gegen jede gravierende Veränderung; außerdem ist er, um einen Ausdruck Rüdiger Altmanns aufzunehmen, „vorabbefriedigt", das politische Interesse, jegliche Form der Kritik ist in ein Statuserhaltungsinteresse, das systemkonform funktioniert, gerutscht.

IV

Die verkürzten Hinweise zum Herrschaftsbegriff sind hier abzubrechen. Es ging nur darum, die oberflächlichen Herrschaftsanalysen zu durchstoßen, einen Verblendungszusammenhang von Herrschaft, der neuerdings durch wissenschaftlich-technologische (Schein)Analysen auch Eingang in die Politik findet bzw. umgekehrt von der Politik Eingang in der Wissenschaft im gegenseitigen Stützkorsett.

24) Vgl. insgesamt Karl W. Deutsch, Politische Kybernetik, 1969, und zu hoffnungsfreudig in bezug auf die emanzipatorischen Möglichkeiten durch Kybernetik allein und fast automatisch. Dieter Senghaas, Sozialkybernetik und Herrschaft, in: atomzeialter, 9/1967.
25) Vgl. Klaus Horn, Zur Formierung der Innerlichkeit, in: CDU-Staat, Hrsg. Nedelmann/Schäfer, 1967.
26) Vgl. Peter F. Drucker, The New Society, Harper Torchbooks 9/2.
27) Sie verändert die Struktur des Unternehmens und des kartellisierten, von einer neuen Technostruktur — s. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, 1968 — beherrschten Kapitalismus in keiner Form.
28) S. entmythologisierend Galbraith.

I. F. Stone hat in der Besprechung eines neuen Buches des ehemaligen, einflußreichen amerikanischen Verteidigungsministers McNamara auf diesen Oberflächenbegriff von System und den hintergründigen Herrschaftszusammenhang hingewiesen: „Das Schlüsselwort, das man in der siebenjährigen Ministerzeit McNamaras am häufigsten assoziierte, war Systemanalyse. Doch der größte Mangel des Buches... ist seine Unfähigkeit, Systeme allerdings anderer Ordnung zu ananlysieren. Liest man diese antiseptischen Seiten, würde man nie darauf kommen, daß es so etwas gibt, wie Militarismus, oder einen militärisch-industriellen Interessen- und Aktionszusammenhang oder nur gewöhnliche Politik und daß diese Phänomene Systeme verkörpern, nicht umgehbare Beziehungsgeflechte, die die Probleme betreffen (infiszieren), die McNamara im Pentagon gestellt waren und die er zu lösen hatte" [29]).

Hat man so Zielkriterien und Opposition angegeben, dann käme es im nächsten Schritt der Analyse darauf an, nun dem Herrschaftszusammenhang der bestehenden Verhältnisse etwa auf den Spuren Stones im einzelnen nachzugehen, die versäumten Möglichkeiten aufzudecken.

Erst nach solcher dedektorischer Tatbestandsanalyse ist es nämlich sinnvoll möglich, von den Zielkriterien dirigierte alternative Handlungsmöglichkeiten und -Modelle zu konstruieren, deren Konstruktion mit dem „Material" des Bestehenden zu arbeiten hat, deren Konstruktionsbedingungen — so auch langfristig das „Material" verwandelnd — aber anderer „Natur" sind. Nur so vermeidet man beliebiges wishful thinking, den Eskapismus in leere Hoffnung, der von der Kritik und Veränderung der Wirklichkeit nur abzieht, aber ebenso das technologisch-lustvolle Montieren „reiner" Modelle im Sinne eines Homunculus ökonomischer, technischer oder sonstiger Provenienz [30]), die man dann gar planifikatorisch zu praktizieren strebt. Die Verankerung in der Kritik der Gegenwart und ihren Mitteln erhält die Historizität (und die Humanität) solcher alternativer Modelle; sie schützt sie auch vor der Fungibilität für beliebige Manipulationen und vor dem Versäumnis, den bei jeder mehr als oberflächlichen Veränderung zu reflektierendem Zusammenhang von „Humanismus und Terror" strikt zu kalkulieren [31]). Das Problem der jeweils entstehenden humanen Kosten bei vorgehabter und zu vollziehender Veränderung ist nicht hintanzustellen. Welche Kosten der im westlichen Vergleich mit der Sowjetunion so lautlose Industrialisierungs- und Demokratisierungsprozeß mit sich gebracht hat, darauf hat Barrington Moore nachdrücklich aufmerksam gemacht [32]). Wie sind die gegenwärtigen Kosten (auch im Sinne des Verschuldens gegenüber der Dritten Welt) zu senken, wie ist es zu vermeiden, daß die Bilanzsummen an Gewalt und damit auch an Herrschaft langfristig gleichbleiben und sich „nur" eine Elitezirkualtion und eine andere Form der Bürokratisierung ergeben?

Bei der Kritik gegenwärtiger Verhältnisse müßte zuerst beachtet werden, warum die gegenwärtigen Legitimierungsmechanismen über Wahl und öffentliche Kontrolle nicht mehr (oder noch nie) funktionieren; das Problem wäre aufzuwerfen, warum die Parteien ihre Transmissionsriemenfunktion, nämlich gesellschaftliche Interessen zu artikulieren und zu aggregieren nicht mehr erfüllen; wie kommt es, daß das Parlament als Fassade den Herrschaftsvorgang — den Austausch bürokratischer (öffentlicher und „privater") Informationen und die bürokratisch-wirtschaftliche (großindustrielle) Auswahl unter den Handlungsalternativen — eher verschleiert als kontrolliert bzw. die Auswahl der Alternativen, die Set-

29) Stone, McNamara and the Militarists, in: New York Review of Books Vol. XI No. 8 Nov. 7, 1968.
30) S. ein Großteil der Modellkonstruktionen der Ökonomie.
31) Vgl. Merleau-Ponty, Humanismus und Terror I und II, Frankfurt 1966.
32) Moore, Social Origins of Dictatorship and Democracy, London 1967, jetzt auch dt.

zung der Prioritäten, wie von der parlamentarisch-demokratischen Legalität vorgeschrieben, nicht selbst vornimmt?

Die Faktoren der Herrschaft, das Beziehungsgeflecht der Einflüsse ist an dieser Stelle nicht zu referieren, es ist nur noch einmal zu betonen, daß solches „Referat" die notwendige Bedingung der Erstellung alternativer Modelle darstellt.

Die zureichende Bedingung alternativer Modelle ist freilich erst ihre Konstruktion auf dem Boden der Analyse der Gegenwart nach Maßgabe der durch die Geschichtlichkeit und damit der realen Möglichkeit anwendbar gemachten Zielprojektionen.

Unter Voraussetzung des normierenden Demokratieziels (das etwa auch grundgesetzlich allerdings ohne zureichende Folgeentscheidungen verankert ist) geht es vor anderm um folgende Hauptprobleme und ihre Lösung:

a) Die Verbindung von Demokratie und Leistung, und damit zusammenhängend

b) die Verbindung von komplexer Organisation mit Partizipation.

Die erste Frage entsteht dadurch, daß es nicht zureicht, Demokratie als herrschaftsfreie Diskussion zu umschreiben, ohne danach zu fragen, wie es solcher Demokratie denn möglich ist, die diversen Leistungen zu erbringen, die erst die vermittelten „Herrschaften" der Sorge, der Unsicherheit, der Angst, der Not usw. beseitigen lassen, insoweit also die erweiterte und unideologisch gewendete Atlantic Charta erfüllen. Was ist an Einschränkung des Konsuminteresses einerseits auf die Dauer geboten, wenn man nicht dem permanenten Wachstumszwang und den damit verbundenen Repressionen erliegen will, was ist an gesellschaftlicher Arbeit andererseits unabdingbar, um die oben umschriebenen Sorgen und Nöte aufzuheben oder doch bis zu einer Schwundstufe abzubauen?

Das zweite Problem entsteht durch den gesellschaftlich unumgänglichen Organisationszwang. Gesellschaft selbst ist durch Organisation im weitesten Sinn gekennzeichnet, und die Frage ist allein, welcher Art diese Organisation ist, was ihre Mittel und welcher Gestalt ihre Zwecke sind? Das Jonglieren mit einem ungeklärten Spontaneitäts- und Unmittelbarkeitsbegriff führt hier nicht weiter. Das Vertrauen auf eine reine Versorgungsorganisation, die sich selbst (wie?) steuert, überschätzt nicht nur die augenblicklichen technischen Möglichkeiten, sondern steht der Frage organisationsgesteuerter Herrschaft merkwürdig naiv gegenüber. Es scheint zuweilen so, als ob die technischen Apparaturen als „reine" antike Sklaven begriffen würden, ohne andere Rückwirkung auf die „athenische" Demokratie, als derjenigen ihrer „ökonomiefreien" Ermöglichung. So als ob diese neuen „Sklaven" nicht selbst als pouvoirs intermediaires wirksam wären und die Herrschaftsdirektiven durch ihre „sachzwangshafte" Vermittlung nur dichter und unausweichlicher machten.

Sind aber die Verhältnisse des Rousseauschen Genf verlassen, kann die Beteiligung am Gesamtgeschehen einer Gesellschaft keine unmittelbare für alle mehr sein, stellen sich Verwaltungsprobleme von Güterverteilungen und Anregungen, von Institutionen und Kontrollen, die nicht damit zu überwinden sind, daß man von der Fiktion eines wertfreien Apparats oder einer körperlosen Technik ausgeht.

Hier läßt sich feststellen, daß die meisten Lösungen im Hinblick auf das angesprochene Doppelproblem einseitig ausfallen und in die Irre gehen. Auf der einen Seite wird auf ein Leistungsziel verwiesen, das sich in seinem Definitionsele-

menten nicht mehr zu erkennen gibt [33]), das aber kurzgeschlossen ist zu bestimmten wirtschaftlichen Interessen, wie sich aus weiten Teilen der bildungspolitischen Diskussion ablesen läßt. Oder aber es wird die Kompliziertheit der modernen Großorganisation schlicht behauptet; deren Struktur lasse Beteiligung nur noch beschränkt zu, fordere vielmehr die Alleinbestimmung einer eng umgrenzten „Technostruktur" (Galbraith), die allenfalls hin und wieder durch Wahlen bestätigt oder durch „Sozialbeiräte" ergänzt werden könne. Auf der anderen Seite glaubt man, infolge der Möglichkeiten der Automation die Engels'sche Devise „von der Herrschaft über Menschen zur Verwaltung der Dinge" [34]) affirmativ vertreten zu können, so als ob es per se unpolitische und Personen nicht betreffende Dingverwaltung gäbe. Oder aber das Emanzipationsinteresse wird paradox mit antiindustriellem Affekt einerseits und der Überschätzung des ohne Leistungsbedingungen ermöglichten Überflusses andererseits vorgetragen, so daß Emanzipation als industriell ermöglichte Regression im Sinne der Aufhebung des Sublimationszwanges erscheint [35]). Das Organisations- und Verwaltungsproblem wird — eine Hypothek Marxscher Versäumnisse — ohnehin weitgehend ausgespart und nur der negativen Totalität gegenwärtiger Verhältnisse zugeschrieben. So führt die Angst vor der Michelsschen Gefahr der elitären Verkrustung ursprünglich demokratischer Organisationen dazu, Organisation generell durch experimentelle Spontaneität ersetzen zu wollen, so als ob man damit dem Problem „wilder", bonapartistisch gefärbter Führerschaft eher ausweiche oder generell auch nur die sparsamen Dienstleistungen erbringen könne, die für die Aufhebung eines falschen Sublimations- und Entbehrungsdrucks unabdingbar sind. Herrschaft entgeht man nicht dadurch, daß man banalisierend und im Bild geredet auf liniertes Papier verzichtet, um der Autorität der Linien zu entrinnnen (dieses Beispiel teilt Babette Gross in ihrer Biographie Willy Münzenbergs mit), so als ob es in diesem Fall nicht auf das von den Linien nicht definierte material Mitgeteilte ankäme, so als ob Linien nicht allein der leichteren Kommunizierbarkeit des Geschriebenen dienten. Mit anderen Worten: Es kommt jeweils darauf an, Organisationen nach ihren jeweiligen Leistungszielen und den internen (vom Personal zu erbringenden) und externen Kosten (im Vergleich zu anderen Bedürfnissen und im Hinblick auf die Serviceleistung nach außen) zu untersuchen, das Organisationsganze nicht jeweils als über und vor seinen Teilen, nämlich den arbeitenden Individuen, zu sehen, sondern umgekehrt, letztere als Grenze und Bezugspunkt organisatorischer Institution.

Worum es geht: 1) Die Formulierung der Leistung muß jeweils unter emanzipatorischen Gesichtspunkten erfolgen. Das bedeutet: die Ausbildungsinstitutionen sind demokratisch einzurichten, nämlich so, daß die Selbsttätigkeit, das Selbstbewußtsein, die Entscheidungsfähigkeit von den institutionellen Bedingungen her gestärkt werden und Erziehung nicht dadurch geleistet wird, daß man Verhaltensmuster normativ einübt, aber den Aktionsraum einengt (Ideologien erzeugt) und Leistung so eng definiert, daß sie mit den bestehenden Herrschaftsstrukturen zusammenfällt [36]).

2) Die Beteiligung in komplexen Organisationen stellt nicht eine sozialpolitische Zusatzgabe dar, sondern das Prinzip dieser Organisation, deren zweites Prin-

---

33) S. zur Problematik des Leistungsbegriffs und seiner operationellen Erfaßbarkeit Claus Offe, Leistungsprinzip und industrielle Arbeit, Berlin Diss., 1967.

34) S. Theo Pirker, in: Europäisches Archiv für Soziologie, 1/1964.

35) Vgl. z. T. Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, und anderwärts.

36) Vgl. zu Gefahren der Leistungsgesellschaft u. a. Lothar Hack, Was heißt schon Leistungsgesellschaft?, in: Neue Kritik 35/66.

zip sich auch ihrer emanzipatorisch subsidiären Serviceleistung für die übrigen, nicht in der Organisation beschäftigten Bürger ergibt [37]).

Generelle Voraussetzung der Entwicklung alternativer Modelle, die diese angesprochenen Probleme lösen, ist eine Veränderung der Perzeption im wissenschaftlichen und damit verknüpft im politischen Bereich. Oben wurde an Hand der Äußerung I. F. Stones über McNamara schon auf den entspolitisierten Gebrauch politischer d. h. entscheidungsbesetzter, Alternativen verbrauchender Termini hingewiesen. Dabei spielt es eine geringe Rolle, ob McNamara in diesem Falle im Hinblick auf die Bedeutung der Einflußfaktoren nur andere oder auch sich selbst täuscht. Wahrscheinlich aber ist das letztere der Fall. Die Auffassung von angeblich unumgehbaren, technologisch bedingten „Sachzwängen", die expertokratische Perzeption des Politischen und des Politikers ist in raschem Wachsen begriffen und verurteilt die Politiker bewußt oder unbewußt dazu, nicht durchschaute oder als unabdingbar begriffene Handlungsanweisungen reagierend durchzuführen. Die Prioritäten sind angeblich gesetzt, die Mittel gegeben. Es verschlägt dabei wenig, daß die Sozialisation „im System" schon soweit gediehen ist, daß man gerade die globalen Zielprämissen nicht mehr reflektiert und handelnd verändert. Handele es sich um „die" Wirtschaft, um „die" Wiedervereinigung, um „das" nationale Interesse — das etwa, wie Johnson formulierte, die Amerikaner nicht besiegt werden könnten —, um „die" Eindämmung des Kommunismus, um „den" Schutz „der" Einheit. So überrascht es denn nicht, daß erst die überall auftretenden Studentenrevolten bekannte Sozialwissenschaftler zu der Feststellung veranlassen, daß es mit „den ruhigen Jahren der Konsolidierung und Endideologisierung von 1945 bis 1965" offenbar zu Ende sei und man sich von der Sozialwissenschaft her auf eine neue Situation einstellen müsse [38]). Bedurfte es eines stärkeren Beweises für die Gipsabdruckartigkeit einer Sozialwissenschaft, die auf explizite Wertprämissen angeblich verzichten kann und deshalb konsequent dem Status quo und seiner ideologischen Formulierung der angeblich weggefallenen Zielkonflikte anheimfällt? Das Problem weitet sich aber dort noch aus, wo auch Politiker die Neutralität von Politik und ihren wissenschaftlich (wie?) ermittelten Sachzwang dauernd unterstellen [39]). Es verwundert dann nicht mehr, wenn Politik Prioritäten, die durch historisch vorweggenommene Strukturentscheidungen getroffen sind, nur noch übernimmt und zu einer reagierenden antizyklischen Politik generell entartet, die alle Irrationalitäten der globaren Rahmeninteressen miteinbegreift.

Das Gefährliche daran aber ist, daß sich die an Bedeutung gewinnende Sozialwissenschaft, diese Bedeutung heute auf zweierlei Weise in erhöhtem Maße zu erschleichen sucht; einmal, indem sie von einem fixierten und falschen Verständnis der Naturwissenschaft her, deren Prestige und kurzphasige Übersetzungsmöglichkeit in Technik ebenfalls zu erlangen bestrebt ist. Hierzu vertritt sie den Popanz einer sozialwissenschaftlichen „more geometrico"-Methode, der alternative Ziele und Wertentscheidungen ausschließt und die angeblich sicher gewonnenen Ergebnisse technologisch-manipulativ umsetzen läßt. Und weiter, indem die auf Finanzierung öffentlicher Instanzen angewiesenen Wissenschaftler Finanzen und Beratungsprestige dadurch zu gewinnen suchen, daß sie den geltenden Zielen konform forschen und interpretieren. So trifft die Äußerung von Harold Agnew, des Direktors der Los Alamos Laboratorien, Abteilung Waffen, nicht nur

37) Vgl. dazu Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, 1969 (siehe auch Burkhart Lutz, Rationalisierung und Mechanisierung im öffentlichen Dienst, 1968).
38) S. S. M. Lipset und S. Rokkan, Vorwort in: Party Systems, Party Organizations and the Politics of New Masses, Berlin 1968.
39) S. dafür kennzeichnend Ulrich Lohmar, Wissenschaftsförderung und Politik — Beratung, Gütersloh 1968.

auf ihn: „Die Basis der fortgeschrittenen Technologie ist Innovation; und nichts ist für Innovation hinderlicher als zu sehen, wie zuweilen Ergebnisse nicht gebraucht oder ausrangiert werden wegen dürftiger Prämissen wie z. B. der öffentlichen Weltmeinung" [40]). Daß sich eine Fülle von Sozialwissenschaftlern in die „Metternich-Politik" der amerikanischen Regierungen einordnen und Wissenschaft zur Verhinderung revolutionärer Bewegungen der Dritten Welt treiben, scheint auf Grund solcher Äußerungen eine Selbstverständlichkeit. Daß Demokratie zur Schwundstufe entartet und allenfalls als Abzugsbild einer pluralistischen Demokratie ideologisch fungiert, ohne diese selbst zu untersuchen und die Bedingungen der Möglichkeit zu erörtern, ist ebenfalls eine einfache Schlußfolgerung.

Erste Voraussetzung der Problemlösung ist also eine politisch-demokratische Problemperzeption in Wissenschaft und Politik. Ändert sich die Perzeption nicht, dann nützen alle institutionellen Veränderungen nichts weder in der Universität noch in der Wirtschaft. Perzeption ist aber keine strikt abhängige Variable des Institutionsparameters, freilich auch nicht eine unabhängige.

V

Nach dieser ersten prinzipiellen Voraussetzung weitere Vorbedingungen für die beiden Problembereiche:

Ad 1) Voraussetzungen solcher emanzipatorisch wirksamen Leistungsinstitutionen sind: a) die universell ermöglichte Zugänglichkeit und b) die durchgängig bestehenden und evozierten Mobilitätschancen. Soll Mobilität freilich nicht nur eine darwinistische Leistungskonkurrenz bedeuten, sind Vorbedingungen dieser Forderung Abbau der fixierten Hierarchien, der bestehenden Prestigeskalen, des quasi-institutionalisierten Imponiergehabes von Bonn bis zum letzten Dorfbürgermeister mit Repräsentationsfond und Mini-Stander, die Aufhebung der Titeltümelei und — das spielt in die Organisation hinüber — mobile Arrangements von Beratungs-, Kompetenz- und Entscheidungskreisen. Außerdem müssen selbständige, aber tunlichst nicht durchgehend terminierte Kompetenzbereiche in Ausbildungs- und Aufgabenerfüllung geschaffen (c) und d) gleitende Leistungsentscheidungen im Gegensatz zu den derzeit bestehenden punktionell-existentiellen eingerichtet werden. Weiterhin ist die durchgängige Öffentlichkeit und eine nicht vorschnell abgekappte Zeitspanne der Ausbildung und der Leistungserfüllung notwendige Bedingung. Zusätzlich kommt die sofortige Beseitigung der qualitativen Lohnunterschiede hinzu. Daraus folgt u. a. die Abschaffung der vertikalen Berufsschichtung und ihrer diversen (etwa in der Krankenversicherung, in der Disparität der Lebensbereiche und Lebenschancen sich äußernden) Folgen, sprich: die Aufhebung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Trichotomie [41]).
Ad 2) Die Entscheidungshierarchien und die Informationssteuerung von oben nach unten sind nicht zuletzt infolge der Ergebnisse der Informations- und Kommunikationstheorie veraltet und sogar im Status quo begrenzten Sinne ineffizient. Max Webers Merkmale der bürokratischen Leistung sind so z. T. eindeutig widerlegt. Jede Organisation, jede Gruppe begibt sich einer Fülle von Erneuerungsmöglichkeiten, von Kreativität allgemein, und vergrößert unnötig die Fehlerquellen selbst demokratisch nicht reflektierter Technologien durch Informations- und Entscheidungshortung an der Spitze bei gleichzeitigem Informa-

40) Zit. nach dem für diesen Zusammenhang wichtigen und ausgezeichneten Artikel von Noam **Chomsky, The** Menace of Liberal Scholarship, in: New York Review of Books, Vol. XI No. 12 Jan. 2 1969, S. 29 ff.

41) Zur Bedeutung der Disparität der Lebensbereiche vgl. Brandt, Offe u. a., Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, Frankfurt, 1968 Man.

tionsstau nach unten. Gerade die technischen Möglichkeiten erlauben neuerdings eine Reduktion entfremdender Arbeit, eine tatsächliche und nicht nur suggerierte Teilnahme am Arbeits- und Entscheidungsprozeß, eine Informationszirkulation und Informationszugänglichkeit genereller Art und eine Untergliederung in mobile Entscheidungsarrangements großer Organisationen (noch mehr in kleinen), die die inhumanen Befehls- und Gehorsamsverhältnisse, den täglichen Grabenkrieg und die Ersatzhandlungen in verfehlten und geringen Leistungen, den Patriachalismus nach innen und außen abbauen oder gänzlich beseitigen lassen.

Dieser mobile, neuartige innerorganisatorische Pluralismus erfordert freilich vorausgehende strukturelle Entscheidungen im Hinblick auf die gesellschaftlichen Großorganisationen scheinprivater und Öffentlichkeit aussparender Natur. Pluralismustheorie seitheriger Art litt u. a. gravierend daran, daß sie die Elitekonkurrenz der Großverbände und der Großparteien mit Beteiligungschancen aller, mit Kontrolle und mit Öffentlichkeit — vom sogenannten, davon abfallenden Gemeinwohl zu schweigen — verwechselte.

Es ist hier abzubrechen, mehr als Präliminarien und Prämissen waren in der Kürze nicht zu nennen. Jede Kritik an bestehenden Zuständen bedarf aber der Strategie der Erneuerung, einer Methode nicht nur der Konstruktion sondern auch der Praxis. Nur einige Andeutungen sollen hier zu stehen kommen:

Eine gewissermaßen habituelle Aussage vorweg: „Die oberste Selbstkritik", so schreibt Rosa Luxemburg in der Junius-Broschüre, „ist nicht bloß das Daseinsrecht, sie ist auch die oberste Pflicht der Arbeiterklasse". Es verschlägt hier wenig, das geschichtsphilosophische Implikat bei Rosa Luxemburg, noch der für heutige Verhältnisse zu begrenzte Adressat. Wichtig allein ist der Gedanke, daß sich diejenigen, die für derartig fundamentale Ziele, wie die Emanzipation des Menschen in freier Gesellschaft, eintreten und sich des normativen Pathos daran nicht schämen — da bestehende Herrschaft nie „rot" zu werden braucht —, daß diejenigen um der Stringenz, der Realitätskritik und der realen Alternative ihres Ziels willen, Kritik und Gegenkritik ihrer Entwürfe, Strategien und Taktiken nicht scheuen, sondern ausgerichtet am Ziel diese Kritik selbst leisten und ihr offen stehen. „Selbstkritik" ist insoweit, mit Majokowski zu sprechen, „die Universalarznei", freilich nicht eine Selbstkritik, die moralisiert, Persönlichkeiten auf kollektiven Wunsch zerbricht und dergleichen mehr.

Diese Evokation der (zur) Kritik steht hier deshalb, weil oppositionelle Gruppen auch heute wieder zu kleinlicher Zersplitterung, nicht zu programmatisch integrierender Kritik neigen. Weil oppositionelle Gruppierungen ohne den Zwang des Sozialistengesetzes ebenfalls dahin tendieren, zu allererst Tönniessche Gemeinschaften zu bilden und das vertraute „Du" und die Abkapselung nach außen höher zu werten, als Öffentlichkeit, Kritik, Angstlosigkeit und Theorie-Praxis orientierte Diskussion und Zusammenarbeit. Zuweilen hat es den Anschein, als seien eigene Symbole, die neo-animistisch überschätzt werden, wichtiger als ausgegorene Programme, als sei die Inside-Sprache der Eingeweihten, das linke Rotwelsch zentraler als die durchgelüfteten Zielkriterien, Analysen und reflektierten Ziele. Mitunter begegnen linke (linkische) Urworte orphisch (Revolution, Revolutionierung usw.), die mit den entsprechenden Pawlow-Effekten rezipiert werden häufiger als distanziert-engagierte Analysen, die allererst Voraussetzungen für Aktionen schaffen. So als schafften solche Worte Verbrüderungseffekte und gutes, überlegenes Gewissen, so als käme es nicht vor allem darauf an, durch verbesserte kommunikative Mechanismen die Perzeption der Wirklichkeit

in den Institutionen, in der Öffentlichkeit zu verändern. Eine seltsame Verbindung zwischen Ästhetizismus und Aktivismus — beide nicht mehr kritisierbar, da sie ja immer schon igelgleich voraus sind — ist hier und dort zu beobachten. Dieser Phänomene wegen also der Appell zur Kritik!

Was die Strategien im einzelnen anbelangt, so kann hier der falschen Entgegensetzung von Reform und Revolution z. T. im Anschluß an André Gorz [42]) nicht gefolgt werden, ebenfalls nicht dem experimentellen Vertrauen auf den Revolutionsprozeß ohne weitere Vorwegreflexion. Abgesehen von den durch Gruppen der APO unter anderem probierbaren alternativen Modellen zur Einübung, zur weiteren Erarbeitung, zum Test und zum Zwecke der kommunikativ-propagandistischen Wirkung, kommt es vor allem darauf an, Analysen, so weit wie möglich en detail vermittelt, unter dem spezifischen Erkenntnisinteresse zu liefern, die die herrschende Wirklichkeit und ihre Widersprüche, Inkongruenzen usw. in Frage stellen [43]). Selbstverständlich genügt es nicht, bei diesen Analysen sogenannt platonisch stehen zu bleiben, es geht um mehr als kritische Kritik, es geht um Praktizierung. Hierfür bieten sich als erste Ansatzpunkte der gesamte Sozialisationsbereich vom Kindergarten bis zur Universität. Als falsch erscheint es aber, hier mit putschistisch sich totlaufender Taktik total zu opponieren. Wenn diejenigen, die verändern, gründlich umgestalten wollen, sich aus Ängstlichkeit vor Vermittlungen nicht in die bestehenden Strukturen einlassen, sie nicht en detail und womöglich in größerem Umfang zu reorganisieren vermögen, dann besteht wenig Aussicht, über kurzphasige und letztlich wenig bedeutsame Schocktherapien hinauszugelangen. Solche Einlassung schließt Techniken der gewaltfreien Aktion nicht aus, im Gegenteil innenpolitisch gesehen, gewinnen sie erst ihr eigentliches Gewicht.

Sollen Modelle nicht Spielzeug allein oder illusionäres wishful thinking sein, dann bedarf es des möglichst strikt verfugten Zusammenhangs dedektorisch-analytischer Methode, expliziter Zielkriterien und einer Verwirklichungsstrategie (und Taktik), die nicht zuletzt (und nicht nur der entgegenstehenden, mächtigen Herrschaftsinteressen wegen) auf Grund der langen Dauer von Sozialisationsprozessen und deren Umpolung des langen Atems bedarf. Denn was nützte es, wenn man Institutionen umgestürzt hätte (wenn man es vermöchte), aber die vorherige kulturelle Superstruktur bestünde noch — das Maoproblem, das die Kulturrevolution u. a. angehen sollte [44]). Dies hat man heute weitgehend erkannt, aber oft noch nicht strategisch-taktisch eingelöst.

---

42) Vgl. Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt 1967.
43) Vgl. vor allem zur alternativen Praktizierung anderer ‚Lebensweisen' Christopher Lasch, The New Politics: 1968 und After, in: The New York Review of Books, July 1968.
44) Vgl. zuletzt Martin Bernal, A Mao for all Seasons, in: New York Review of Books, Jan. 16 1969.

Wilko Wolfram Frhr. v. Wintzingerode

Kriegsdienstverweigerung zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

An der erheblichen Zunahme der Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland ist einer der bemerkenswertesten Aspekte der hohe Anteil Wehrdienstleistender, die aus der konkreten Erfahrung der Bundeswehr-Praxis heraus Gewissenskonsequenzen ziehen. Diese Entwicklung ist neu und resultiert nicht zuletzt aus der verfassungsjuristischen Funktionserweiterung der Bundeswehr durch die Notstandsgesetze. Den folgenden Beitrag sandte uns ein ehemaliger Fähnrich der Bundeswehr, der aufgrund seiner Erfahrungen mit und in der Bundeswehr und seiner Beurteilung der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung seinen Wehrpaß zurückgegeben und seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragt hat. D. Red.

I

Wer den Begriff „freiheitlich-demokratische Grundordnung" ernst nimmt, wird sich überlegen müssen, welche Konsequenzen aus einer Untergrabung oder akuten Gefährdung dieser Ordnung zu ziehen sind.

Die Staatsgewalt, die nach unserer verfassungsmäßigen Ordnung zumindest letztlich vom Volk ausgehen sollte (Art. 20 Abs. 2 GG), entzieht sich mehr und mehr der demokratischen Kontrolle und dient immer unverhohlener der Durchsetzung von Gruppeninteressen gegen die berechtigten Forderungen breiter Bevölkerungsschichten.

Die Bundeswehr als der Teil der Staatsgewalt, der die BRD gegen unprovozierte, unvermeidbare Aggressionen von außen schützen sollte, versteht sich in ständig wachsendem Maße auch als innenpolitisches Machtinstrument und hilft nicht nur bereitwillig, schon bestehende undemokratische Zustände aufrechtzuerhalten, sondern betreibt auch aktiv den weiteren Abbau unserer Demokratie.

In dieser Situation ist meiner Meinung nach jeder Demokrat aufgerufen, den Kriegsdienst zu verweigern, um eine solche Politik einerseits nicht zu unterstützen oder unterstützen zu müssen und um andererseits auch durch seine Weigerung den Versuch zu unternehmen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen, wiederherzustellen und zu festigen.

Im folgenden werde ich darzustellen versuchen, warum ich der Meinung bin, daß unsere Demokratie gefährdet ist und unterminiert wird, und warum die Kriegsdienstverweigerung für mich eine der notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellt.

Als ich 1961 gemustert wurde, drängte ich unter Verzicht auf den die Reihenfolge der Einberufungen bestimmenden (mir sehr günstigen) Losentscheid darauf, un-

mittelbar nach Schulabschluß meinen Wehrdienst zu leisten, den ich durch die sofortige Aufnahme eines Studiums praktisch hätte umgehen können.

Die Erfahrung von achtzehn Monaten Grundwehrdienst in einem Pionier-Bataillon hielt mich zwar davon ab, mich als Zeitsoldat zu verpflichten, dennoch war ich noch nicht bereit zu glauben, daß die äußerst unerfreulichen Zustände und Methoden, mit denen ich konfrontiert worden war, repräsentativ für die gesamte Bundeswehr seien. Während der Semesterferien wurde ich daher auf eigenen Wunsch zu zwei Wehrübungen (bei der kanadischen Infanterie-Brigade-Gruppe in Deutschland [1]) und an der Pionierschule München) von insgesamt vier Monaten herangezogen.

Erst diese Wehrübungen bewogen mich, die Wehrpolitik der BRD grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Eine eingehendere Beschäftigung mit diesem Thema führte dann schließlich zu dem Schluß, daß die Ziele, die mit der Ausbildung, Ausrüstung und Gliederung der Bundeswehr verfolgt werden, nicht im Einklang mit dem Grundgesetz stehen.

Die Bundeswehrführung gibt vor, den Staatsbürger in Uniform, den mitdenkenden und verantwortungsbewußten Soldaten zu wollen. Die Wirklichkeit spricht dem jedoch Hohn.

Ich will mich hier nicht mit der Polemik gegen die Prinzipien der Inneren Führung, z. B. durch die Herren v. Studnitz, Grashey und Karst aufhalten, obwohl noch kein Verteidigungsminister seinen Amtseid so ernst genommen hat, daß er solchen antidemokratischen Forderungen auf das schärfste entgegengetreten wäre; die Wirklichkeit, die diesen Herren noch zu demokratisch infiziert erscheint, ist schon schlimm genug.

Es entspricht z. B. dieser Wirklichkeit, daß der Oberstleutnant Leggewie bei einer Rekrutenvereidigung den Krieg gegen den Osten als „heiligen Krieg" verherrlichen durfte [2]) und sein Verteidigungsminister ihm noch bescheinigte, die Rede sei „durchaus von staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein und demokratischer Gesinnung getragen" gewesen [3]).

Es entspricht dieser Wirklichkeit, daß die Truppenbüchereien in großem Umfang mit Büchern von NS-Autoren wie Dwinger ausgestattet worden sind, daß man von ministerieller Seite die Pflege militärischer Tradition durch Aufnahme von kameradschaftlichen Beziehungen zu ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS anregt, um zu dokumentieren, „daß die Bundeswehr ihre soldatische Leistung und ihre Opfer würdigt" [4]). Es kann nur noch eine rhetorische Frage sein, welches Verantwortungsbewußtsein von einem Soldaten der Bundeswehr erwartet wird, der in eine solche Tradition „soldatischer Leistung", losgelöst von deren verbrecherischen Zwecken und Methoden, sich einordnen soll.

Folgerichtig kann es kaum noch Verwunderung hervorrufen, daß auch Bundeswehr und Landsmannschaften „treu zusammenhalten" [5]). Die Unterstützung territorialer Forderungen zeigt sich unter anderem in den zahlreichen Aushängen dieser Vereinigungen in den Kasernen, obwohl eine solche politische Betätigung im Kasernenbereich gemäß § 15 Soldatengesetz (SG) verboten ist. Wie „treu" die

---

[1]) Es sei zur gerechten Beurteilung meiner kanadischen Gastgeber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie nur insoweit zu der nachfolgenden Überzeugung beigetragen haben, als sie Vergleichsmöglichkeiten zur Bundeswehrpraxis boten.
[2]) Vgl. die am 18. 3. 1964 von Oberstleutnant Leggewie in Idar-Oberstein gehaltene „Hunnenrede", in: Frankfurter Rundschau vom 14. 4. 1964.
[3]) Vgl. die am 28. 8. 1964 von UPI gemeldete Rechtfertigung dieser Rede durch Verteidigungsminister v. Hassel
[4]) Vgl. Anordnung des Bundesverteidigungsministeriums vom 18. 10. 1965, Kennzeichen S I 4-Az. 35-08-07, über die Beziehungen zu den ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS.
[5]) Vgl. Der Westpreuße vom 15. 4. 1964.

Bundeswehr solche Tendenzen unterstützt, offenbart auch eine Statistik aus dem Jahre 1965; danach stammen 41 Prozent der Generale, 51,5 Prozent der Obersten, 52 Prozent der restlichen Offiziere und 49 Prozent der Offiziersanwärter aus den Gebieten der DDR, aus Polen, der UdSSR und CSSR [6]). Diese deutliche Überrepräsentation kann nicht auf Zufall beruhen.

Die offene Anknüpfung an militaristische, wenn nicht gar faschistische Traditionen und die besondere Pflege „großdeutscher" Tendenzen erklärt auch weitgehend die Überrepräsentation antidemokratischer Kräfte, wie z. B. der NPD-Sympathisanten, in der Bundeswehr [7]). Die Arrestbestrafungen wegen demokratischer Meinungsäußerungen gegen die Notstandsgesetze wie z. B. in den Fällen [8]) der Bundeswehrsoldaten Reinhard Junge (Ahlen), Walter Listl (Overviechtach) und Werner Terriet (Münster) beweisen das mangelnde Demokratieverständnis in der Bundeswehr ebenso wie die Strafversetzung und der sofortige Abtransport in Handschellen bei dem Gefreiten Kurt Markus, der sich dadurch mißliebig gemacht hatte, daß er gegen den Oberfeldwebel Beppler eine Beschwerde wegen Absingens des Horst-Wessel-Liedes in der Trierer Seidel-Kaserne eingereicht und sich außerhalb der Kaserne kritisch über die Bundeswehr geäußert hatte [9]). Eine Bestrafung des Horst-Wessel-Lied-Singers ist noch nicht bekannt geworden.

Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß man sich nicht bemüht, den Soldaten die Demokratie als Grundlage ihres „Wehrwillens" nahezubringen, oder daß man sich jedenfalls hütet, ein Demokratieverständnis oberhalb des Niveaus der Bildzeitung zu wecken [10]). Bezeichnenderweise ist die Bildzeitung auch in vielen Truppenteilen Grundlage der „Aktuellen Information".

Trotz entgegengesetzter Erklärungen [11]) versucht man stattdessen mit Propagandamethoden à la Goebbels [12]), einen blinden Antikommunismus zu indoktrinieren. Die sozialistische Gesellschaftsordnung muß „im Unterrichtssaal wie auf dem Schießgelände als stereotyper Popanz herhalten", „ohne daß zu erfahren wäre, weshalb der Kommunismus nicht wünschenswert und weshalb das freiheitliche System des Westens zu verteidigen ist" [13]). Offenbar ist das Risiko, die jungen Männer von den Werten der heutigen Lebensform in der BRD nicht restlos überzeugen zu können, so groß, daß man sich lieber auf die bewährte Verketzerung des Gegners beschränkt.

Bei diesem allein durch den Antikommunismus definierten Staatsverständnis ist es nur konsequent, daß man zwar den Gefreiten v. Oppenkowski (Blücher-Kaserne, Hemer/Westf.) wegen Teilnahme an einer DKP-Bezirkskonferenz in Uniform gemäß § 15 Abs. 3 SG mit 21 Tagen Arrest bestraft, den NPD-MdL Hauptmann Ross seinen Wahlkampf in Bayern aber ohne Folgen in Uniform

6) Vgl. Bundeswehr — Armee für den Krieg, Deutscher Militärverlag, (Ost)-Berlin 1968, S. 515.
7) Vgl. Metall-Report I und II, Droht der Demokratie durch die Bundeswehr Gefahr?, in: Metall, Heft 25-26/1968 und 1/1969.
8) Vgl. Die Andere Zeitung, Hamburg, vom 25. 6. 1968; 26. 9. 1968 und 7. 10. 1968.
9) Vgl. Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf, vom 6. 6. 1969.
10) Ein gutes Beispiel für dieses Niveau findet sich in Heft 3/1963 „Information für die Truppe", S. 155 ff., in dem Notstandsplanung und Notstandsgesetzgebung besprochen werden, ohne eine einzige Zweifelsfrage zu behandeln, obwohl die Gesetzesvorhaben zu dieser Zeit am politischen Widerstand scheiterten.
11) S. Kai-Uwe v. Hassel, *Umstellung auf radikal* verändertes Kriegsbild, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 15. Juni 1963.
12) S. z. B. „SOS-Völker der Welt", 1. Sonderheft 1962 der Information für die Truppe (mit verhetzenden Illustrationen von Klaus Böhle), in dessen Einleitung übrigens auch noch dreist abgestritten wird, daß es sich hier um Propaganda handle; speziell die Soldatenhefte tun sich hier mit plattester Propaganda hervor, die Schriftenreihe Innere Führung und die Information für die Truppe (herausgegeben vom Führungsstab der Bundeswehr), die normalerweise erst an Zugführer ausgegeben wird, sind in ihrer Methode nur geringfügig feiner; s. z. B. die kritiklose Gleichsetzung von *Hitlerregime* und DDR-Staatsform in Heft 8/1964 Information für die Truppe.
13) Vgl. Harry Neyer, Wie hast Du's mit der Bundeswehr?, München 1963, S. 37.

eröffnen läßt [14]). Ebenso blieb die Teilnahme an politischen Veranstaltungen anderer „staatstragender Institutionen" für viele weitere Uniformträger ohne Konsequenzen [15]). Der nicht einschränkbare Grundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG, daß vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind, erfährt hier offenbar die Erweiterung, daß Antikommunisten eben „gleicher" sind.

Im übrigen bedarf es keines weiteren Beweises, daß eine „psychologische Rüstung", die auf der Unterstützung expansionistischer Bestrebungen und der Verketzerung anderer Gesellschaftsformen beruht, zwangsnotwendig das friedliche Zusammenleben der Völker stören muß. Diese geistige Rüstung ist somit gemäß Art. 26 Abs. 1 GG eindeutig verfassungswidrig.

Die „psychologische Rüstung" der Soldaten ist jedoch auch noch aus einem anderen Grunde geeignet, den Völkerfrieden zu stören: Die militärische Führung verniedlicht bewußt das Risiko einzelner Kriegshandlungen [16]). Dies führt dazu, daß dem Soldaten insgesamt ein falsches Kriegsbild vermittelt, die Unterschätzung des Risikos eines Krieges gefördert und somit die latente Aggressionsbereitschaft in der Bundeswehr verstärkt wird. Der Oberst i. G. a. D. Bogislav v. Bonin, der wegen seiner Einwände gegen die Kernwaffenstrategie 1955 aus dem Amt Blank entfernt wurde, weist am Beispiel der „Ausgangslage" von „Fallex 62" überzeugend nach, daß die Bevölkerung der BRD über die wahre Gefahr, nämlich die Wahrscheinlichkeit eines totalen Atomkrieges, getäuscht wird [17]). Wurde mit „Fallex 62" vielleicht auch ein schüchterner Versuch gemacht, den Menschen in der BRD einen winzigen Einblick in die atomare Wahrheit zu geben, so war doch die Veröffentlichung der Manöverergebnisse im „Spiegel" so unwillkommen, daß Adenauer von einem „Abgrund von Landesverrat" sprach, das Parlament offenkundig belog und eine der makabersten Polizeiaktionen der deutschen Nachkriegsgeschichte in Gang setzte. Kurz, man bestritt, was überhaupt nicht bestritten werden konnte, und lullte die Bevölkerung einschließlich der Soldaten damit ein, daß eine Aktentasche, richtig angewandt, bei einem Atomschlag schon ausreichend Schutz bieten könne.

Den Gefahren, die „im Ernstfall" für den Kampfgeist der Bundeswehr aus der Verschleierung der Wahrscheinlichkeit eines totalen Atomrieges entstehen könnten, will man offenbar — ohne die Wahrheit zu sagen — durch die Einübung von blindem Gehorsam entgegenwirken. So ist es nur konsequent, an Stelle der „weichen Welle" eine „harte Welle", eine zunehmend disziplliniertere „härtere Ausbildung" [18]) und verstärkten Drill zu fordern [19]). Das Bild vom mitdenkenden und verantwortungsbewußten Staatsbürger in Uniform wird endgültig zum demokratischen Aushängeschild [20]).

II

„Der Soldat wird weder zum Leben noch zum Sterben, sondern zum Kämpfen erzogen. . . . Es wäre eine Selbsttäuschung zu sagen, der Soldat sei nicht da, einen etwaigen Krieg zu gewinnen, sondern ihn zu verhindern. Der Soldat hat nur die

14) Vgl. Deutsche Volkszeitung, „Mit zweierlei Maß", v. 6. 6. 1969.
15) ebenda.
16) Dazu ein persönliches Erlebnis: Im August 1965 wurde dem Hörsaal A des Reserveoffizierslehrgangs an der Pi-Schule München vom Ausbildungsoffizier (einem Major) Pioniereinsatz unter Hinweis darauf, eine Weiterbehandlung des Themas sei wegen der Bundestagswahlen nicht opportun, der Einsatz von Atomminen im wesentlichen damit „schmackhaft" gemacht, daß er Arbeit spare und eine Atommine zudem einen unvergleichlichen „Bums" erzeuge.
17) Vgl. Oberst i. G. a. D. Bogislav v. Bonin, Betrachtungen zur militärpolitischen Lage, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/1967, S. 143 ff.
18) Vgl. Adolf Heusinger, Richtlinien für die Erziehung 1950/60, Bonn o. J., S. 9.
19) Heinrich Lübke, Rede in Flensburg-Mürwik, in: Information für die Truppe, Heft 9/1960, Beilage, S. 6.
20) Die Kritik des Generals Grashey (vgl. Der Spiegel, Hamburg, Hefte 15, 16, 18/1969) und Karsts (ebenda Heft 19/1969) erscheint insofern fast gegenstandslos.

Aufgabe, einen etwaigen Krieg zu gewinnen" [21]). „Bei Atomwaffeneinsatz von seiten des Feindes haben grundsätzlich alle kampffähig verbliebenen Soldaten ohne Rücksicht auf Verstrahlungsgrad unverzüglich ihren befohlenen Kampfauftrag weiter durchzuführen" [22]). Die Frage nach dem Sinn und den möglichen Folgen von Kampfhandlungen haben den Soldaten demnach überhaupt nicht zu interessieren.

So hat es die Soldaten wohl auch nicht zu interessieren, daß ihre Waffen für die einzig grundgesetzkonforme Kampfhandlung, die Verteidigung, weitgehend ungeeignet sind. Der Militärexperte der FAZ, Adalbert Weinstein, kommentierte eine aufschlußreiche Bemerkung des damaligen Joint Chief of Staff, General Wheeler, über die Bundeswehr so: „Wie wir Deutschen allerdings das Problem lösen wollten, unsere gepanzerten und mechanisierten Divisionen, die eigentlich für den Angriff gerüstet seien, für die Abwehr einzusetzen, also in Erwartung des ersten Schlages, sei allein unsere Sache" [23]).

Sind schon Ausbildung, Ausrüstung und Gliederung der Bundeswehr, zumal nach erneuter Vergrößerung des Angriffspotentials z. B. durch Leopard-Panzer, Jagd-Panzer und Phantom-Jäger, nicht auf reine Verteidigungshandlungen zugeschnitten, so drängt sich die Frage auf, welche Aufgaben der Bundeswehr nach dem Willen ihrer Führung zukommen sollen.

Auf der Tagung des NATO-Rates in Ottawa im Mai 1963 wurde für die Bereiche Europa-Mitte und Ostseezugänge die Strategie der Vorwärtsverteidigung zum verbindlichen Konzept erhoben. Eine derartige Konzeption war von Strauß schon lange gefordert worden [24]). Die Durchsetzung der Vorwärtsstrategie durch die Bundesregierung [25]) wurde dann auch als „entscheidender Erfolg" gefeiert. Die Bedeutung dieser Strategie hatte Strauß schon am 7. 2. 1952 vor dem Bundestag so erläutert: „Wir wollen und müssen erreichen, daß die Alliierten das Risiko einer Verteidigung Europas ostwärts der deutschen Grenzen vorbereiten und auf sich nehmen" [26]).

Es ist klar, daß die Strategie der Vorwärtsverteidigung ihrem militärischen Charakter nach eine Angriffsstrategie ist. Heusinger, der an ihrer Ausarbeitung maßgeblichen Anteil hatte, sagte dies auch ganz eindeutig. Der Westen muß „angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet. Mit dieser Kampfmethode sollte der Westen dem Osten gegenübertreten . . . Mit anderen Worten, es gilt so schnell wie möglich die Initiative zu erringen. Nur eine solche bewegliche Kriegführung verspricht Aussicht auf Erfolg" [27]).

Diese Konzeption wurde schon bald unter rein militärischen Gesichtspunkten von Frankreich als „irreal" [28]) verworfen. Der Chef des Pariser Institutes für strategische Studien, General A. Beaufre, wandte sich dabei besonders gegen die der Vorwärtsstrategie immanente Theorie der Eskalation [29]). Auch Großbritannien war vom Wert der Vorwärtsstrategie nicht überzeugt, im Gegenteil, der damalige britische Außenminister P. G. Walker kritisierte sie ausdrücklich [30]).

21) Vgl. Heinz Karst, Das Bild des Soldaten, Boppard a/Rh. 1964, S. 13 f.
22) Grundsatz der ZDv 3/3.
23) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 12. 1964.
24) Vgl. Interview mit Kai-Uwe v. Hassel, in: Lübecker Nachrichten vom 11. 8. 1963.
25) Vgl. Ulrich de Maizière, Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung, Hamburg und Berlin 1964, S. 30.
26) Zit. nach Erich Kuby, Franz-Josef Strauß — Ein Typus unserer Zeit, Wien, München, Basel 1963, S. 132 f.
27) Adolf Heusinger, Die Verteidigung Westeuropas, in: Bonner Hefte, Heft 4/1953, S. 3.
28) S. „Die strategischen Vorstellungen der französischen Regierung" — Interpretiert vom Chef des Generalstabes, General Charles Ailleret, in: Christ und Welt, Stuttgart, 7. 8. 1964.
29) Vgl. André Beaufre, Vorfeld und Hinterland — Verteidigung für Deutschland und Frankreich — Gemeinsamkeiten — Gegensätze, in: Armee gegen den Krieg — Wert und Wirkung der Bundeswehr, Hrsg. von Wolfram v. Raven, Stuttgart 1966, S. 176 ff.
30) S. Patrick Gordon Walker, Das Ziel heißt Entspannung — Deutschland im englischen Verteidigungsprogramm — Politik des Gleichgewichts, in: Wolfram v. Raven, a.a.O., S. 163 ff.

Sieht man im Zusammenhang mit der Vorwärtsstrategie das Streben westdeutscher Politiker und Militärs nach Besitz an Kernwaffen [31]) oder zumindest nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen [32]), das ja auch die Kiesinger-Regierung nicht aufgegeben hat (sie verzichtete nur auf nationalen Besitz und nationale Verfügungsgewalt) [33]), so erkennt man, daß die militärische und politische Führung bereit sein könnte, die Eskalation bis zum Atomkrieg zu treiben. Folgerichtig fordert de Maizière auch, daß Kernwaffen „im Mittelpunkt aller strategischen, operativen und taktischen Überlegungen" stehen müßten [34]).

Mag man bis hierhin trotz allem noch bereit sein, in der Vorwärtsstrategie eine Verteidigungsstrategie zu sehen, die nur den Vorteil hat, Kriegshandlungen vom Gebiet der BRD fernzuhalten (was angesichts der Raketenwaffen ohnehin nicht möglich sein kann), so lehren den Beobachter die Interpretationen der Vorwärtsstrategie endgültig das Fürchten. Hier liebäugelt man schon unverhohlen mit dem atomaren Präventivschlag. Baudissin weist für die Bundeswehr darauf hin, daß Kernwaffen „dem Angreifer ein erschreckend großes Überraschungsmoment" verleihen [35]), und Guttenberg fordert noch eindeutiger, man müsse bereit sein, „unter gewissen Bedingungen noch vor dem Gegner zu nuklearen Waffen zu greifen" [36]). v. Hassel schließlich steht dem nicht im geringsten nach und formuliert seine Atomkrieggedanken so: „Die NATO muß in der Lage sein, Kernwaffen unter Bedingungen einzusetzen, bei denen der Einsatz nicht Verzweiflung ausdrückt, sondern militärisch und politisch kontrolliert ist" [37]).

Diejenigen, die sich damit beruhigen, daß auch ein Präventivkrieg der Verteidigung dienen könne [38]), verkennen nicht nur, daß eine solche kriegerische Handlung gem. Art. 25 und 26 Abs. 1 GG grundgesetzwidrig ist [39]) (vgl. Kriegsächtung durch Brian-Kellogg-Pakt; Art. 33 ff. UN-Charta als völkerrechtliches Gewohnheitsrecht; Grundsatz der Proportionalität der Reaktion), sondern lassen vor allem außer acht, daß auch die dem Krieg vorangehende Spannungszeit, aus der ein Präventivschlag als Verteidigung psychologisch gerechtfertigt werden könnte, manipuliert sein kann. Daß man eine solche Manipulation der Spannungszeit durchaus in Erwägung zieht, zeigt ein Aufsatz des ehemaligen Brigadegenerals v. Canstein, der ganz klar ausspricht: „Spannungszeiten können manipuliert werden" [40]).

III

Wird aus dem oben Ausgeführten erkennbar, daß die Bundeswehr nach den Plänen der Führung durchaus auch für aggressive Zwecke eingesetzt werden könnte, so ist zu fragen, gegen wen sich diese Aggression konkret richten könnte. Zur Beurteilung dieser Frage muß zunächst vorausgesetzt werden, daß die politische und militärische Führung die realpolitischen Machtverhältnisse genau erkannt hat, demnach also kein Kollegium von „nationalen Selbstmördern" ist. Es kann daher unterstellt werden, daß sich militärische Aktionen, selbst wenn die USA bzw. die anderen NATO-Staaten hinter der Bundesregierung stünden,

31) Vgl. Strauß-Intimus Alfons Dalma, Die Entspannungspolitik in Mitteleuropa, in: Wehrkunde, München, Heft 5/1964, S. 239 f.
32) Vgl. z. B. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11. 11. 1965, S. 1447.
33) Vgl. Regierungserklärung Kiesingers, in: Die Welt, Hamburg, 14. 12. 1966.
34) Vgl. Ulrich de Maizière, Heer im Atomzeitalter, in: Wolfram v. Raven, a.a.O., S. 288.
35) Wolf Graf v. Baudissin, Das Kriegsbild, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Frankfurt a. M., Heft 7/1962, S. 363 f.
36) Karl Theodor Frhr. von und zu Guttenberg, Wenn der Westen will, Stuttgart 1965, S. 123.
37) Kai-Uwe v. Hassel, Verantwortung für die Freiheit, Boppard a. Rh. 1965, S. 71.
38) So wohl Theodor Maunz, Deutsches Staatsrecht, 13. Aufl., München 1964, § 30 IV.
39) Vgl. Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz, Politik in unserer Zeit, Bd. 3, Pfullingen 1966, S. 60.
40) Raban Frhr. v. Canstein, Gedanken zum modernen Kriegsbild, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Frankfurt a. M., Heft 9/1965, S. 522.

nicht gegen die UdSSR oder die Warschauer-Pakt-Staaten insgesamt richten würden; jedenfalls nicht beim augenblicklichen Kräfteverhältnis. Potentielles Ziel offensiver militärischer Aktionen könnte demnach nur ein verhältnismäßig kleines Land sein, das politisch isoliert ist.

Es darf nach der Hallstein-Doktrin als erwiesen angesehen werden, daß die Bonner Politik danach trachtet, die DDR zumindest in der westlichen Welt und unter den blockfreien Staaten zu isolieren. Dies genügt jedoch nicht. Voraussetzung für eine Veränderung des Status quo durch direkte militärische Aktionen oder militärisch gestützte politische Erpressung ist die Isolation der DDR auch im sozialistischen Lager. Eine Gebrauchsanweisung dazu liefert der Osteuropa-Experte des US-State-Department, Prof. Zbigniew K. Brzezinski, der rät, daß „der Westen seine Haltung Ostdeutschland und dem übrigen Osteuropa gegenüber scharf differenzieren" müsse. Dabei sei in der Weise vorzugehen, daß man die osteuropäischen Staaten im Gegensatz zu Ostdeutschland als vollwertige, unabhängige Partner behandle, „auf alle außenpolitischen Vorschläge ernsthaft eingeht, ja sogar die Osteuropäer zu weiteren Vorschlägen ermutigt", um somit die „Ächtung" der DDR zu fördern [41]).

Ohne behaupten zu wollen, Brzezinski sei der geistige Vater dieser Strategie, muß festgestellt werden, daß sich die Bonner Politik genau in diesem Rahmen bewegt. Strauß empfiehlt, den Ostblock durch gebundene Wirtschaftshilfe zu zerrütten [42]), Brandt fordert „Ermutigung und Förderung der Kräfte der Evolution" und eine unterschiedliche Haltung für jedes der einzelnen osteuropäischen Länder [43]). Und der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Ernst Majonica (CDU), verrät, wie man die sozialistischen Länder auseinanderdividieren kann: „Das Sprengmittel, das die Einheit des kommunistischen Blocks gefährdet, ist der Nationalismus" [44]). Strauß schließlich fordert „psychologische Kriegsführung des Westens" zur „Veränderung und Umwälzung dieser Staatswesen" durch den Export westlicher Ideen „in das öffentliche Leben kommunistischer Staaten" [45]).

Zu welchem Zweck die Isolierung der DDR betrieben wird, ist nach den Äußerungen prominenter Politiker unschwer zu erraten. v. Hassel fordert: „Wir dürfen uns nicht mit dem bloßen Status quo des Unrechts zufriedengeben . . ." [46]). Vier Tage nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR erläuterte Kiesinger: Während die Sowjetunion „mindestens den Status quo in Europa erhalten" wolle, müßten „wir" ihn zu ändern versuchen [47]). Von den heutigen Tatsachen will Brandt nur ausgehen, „weil wir die Tatsachen verändern wollen" [48]). Strauß verlangt eine Politik, „mit der die Demarkationslinie von Jalta beseitigt werden kann" [49]), genauer: eine Veränderung des Status quo „selbstverständlich zugunsten des Westens" [50]).

Unter Hinweis auf die „geraubten Gebiete" und den „Status quo des Unrechts" rechtfertigt man Urteile des BGH sowie Gesetze, die die DDR und die Gebiete

41) Zbigniew K. Brzezinski, Alternative zur Teilung, Köln/Berlin 1966, S. 173 ff.
42) Franz-Josef Strauß, The Grand Design, London 1966, zitiert nach B. Hartmann, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1968, S. 930.
43) Willy Brandt, Aufzeichnungen an den US-Außenminister Rusk vom August 1964, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 1. 1965.
44) Ernst Majonica, Deutsche Außenpolitik, Stuttgart 1965, S. 130.
45) Franz-Josef Strauß, in: Außenpolitik, Stuttgart, zitiert nach B. Hartmann, a.a.O., S. 930.
46) Kai-Uwe v. Hassel, Rede am 17. 6. 1963 in München, in: Die Welt, Hamburg, 19. 6. 1963.
47) Zit. nach Hansjakob Stehle, Die blockierte Ostpolitik, in: Die Zeit, Hamburg, 16. 12. 1968.
48) Willy Brandt, Friedenspolitik in Europa, Frankfurt a. M. 1968, S. 132.
49) Franz-Josef Strauß, Rede auf der Landesversammlung der CSU am 1. 7. 1967 in München, zit. nach Josef Schleifstein, Zur neuen Ostpolitik Bonns, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/M., Heft 2/1969, S. 5.
50) Franz-Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 102.

östlich der Oder-Neiße-Linie dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik zuschlagen [51]). Im gleichen Stil wird auch den Soldaten der Bundeswehr klargemacht, daß unter dem Begriff, „Recht und Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen", der Inhalt ihres Eides oder Gelöbnisses ist, der militärische Auftrag zu verstehen sei, für „das ganze Deutschland anzutreten" [52]).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Bundesregierung durch das Gesamtdeutsche Ministerium westdeutschen Unternehmern Ansprüche auf ca. 800 volkseigene Betriebe in der DDR und ca. 200 in der UdSSR, Polen und der CSSR zubilligt und deren Rekapitalisierung in Aussicht stellt [53]). Diese „Ostwerte" werden wie jederzeit realisierbare Anlagevermögen — offenbar entsprechend der zunehmenden Produktivität dieser volkseigenen Betriebe — mit steigenden Kursen an der Börse gehandelt [54]).

IV

Wie unerheblich und verschleiernd demgegenüber das Angebot zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen ist, zeigen z. B. Äußerungen Brandts, der die heutige polnische Westgrenze nur bis zu einer friedensvertraglichen Regelung anerkennen und respektieren will, „ohne damit den Vertriebenen etwas zu nehmen oder das künftige Deutschland zu bestehlen", wobei er die NATO weiterhin als „Basis der Entspannungspolitik ansieht, die man nicht verkleinern dürfe, um ihre Wirkung nicht zu schwächen und zu mindern [55]).

Entspannungspolitik kann daher nach Kiesingers Meinung auch nicht Selbstzweck sein: „Wer um des lieben Friedens willen Entspannung so auffaßt, daß es eben nun einmal beim Status quo bleiben soll, der hat unsere Entspannungspolitik freilich nicht begriffen" [56]). Folgerichtig erklärte Kiesinger vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, er könne sich den Forderungen der UdSSR nach Anerkennung der augenblicklichen Grenzen in Europa und der völligen Distanz zu nuklearen Waffen nicht beugen [57]).

Weshalb die Mitverfügung über Kernwaffen „unerläßlich" ist, kann man in der Zeitschrift „Außenpolitik" nachlesen: „1) . . . um mit den Sowjets aus einer stärkeren Position heraus über die Wiedervereinigung sprechen" zu können, um „2) . . . die Einbeziehung der Zone mit ihren 17 Millionen Einwohnern in die politische Einheit von rund 200 Millionen Menschen" (die europäischen Staaten der NATO — d. Verf.) zu realisieren [58]).

Daß die atomare Erpressung und die „psychologische Kriegsführung" (Strauß, s. oben) nicht die einzigen friedensstörenden Handlungen sind, die Bonn politisch zu riskieren bereit ist, zeigt das Konzept vom „begrenzten Krieg".

Friedrich August Frhr. v. d. Heydte, Mitglied der Abendländischen Aktion und Künder eines autoritären Ständestaates klerikal-faschistischer Observanz [59]),

---

51) Vgl. Josef Schleifstein, „Zur neuen Ostpolitik Bonns", in: Marxistische Blätter, Frankfurt/M., Heft 2/1969, S. 2.
52) Ulrich de Maizière, in: Information für die Truppe, Heft 6/1967, Beilage.
53) S. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 4. Tätigkeitsbericht 1961/1965, Bonn/Berlin 1965. Ferner die periodisch veröffentlichten Sonderberichte der Deutschen Aktiengesellschaften mit Ostvermögen, in denen 1965 von westdeutschen Konzernen Anspruch auf 786 Betriebe in der DDR, 172 in Polen, 8 in der CSSR und 28 in der UdSSR erhoben wurde. (Deutsche Aktiengesellschaften mit Ostvermögen, Darmstadt 1965).
54) Vgl. Wolfgang Koppel, Die kriminellen Aspekte der Notstandsplanung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/1968, S. 751.
55) Vgl. Willy Brandt, Friedenspolitik in Europa, a.a.O., S. 122 und 95.
56) Kurt Georg Kiesinger,Rede anläßlich der Handwerksmesse in München am 10. 3. 1967, zit. nach B. Hartmann, a.a.O., S. 931.
57) Zit. nach Josef Schleifstein, a.a.O., S. 4.
58) Vgl. Außenpolitik, Stuttgart, Heft 2/1965, S. 93.
59) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 20. 2. 1965.

„Ritter vom heiligen Grabe" und auf Vorschlag von Strauß im Zusammenhang mit der „Spiegel-Affäre" zum Brigadegeneral d. R. beförderter Professor für Staatsrecht, erklärte dazu: „Es sind ... Konfliktsituationen denkbar, die nicht oder nicht sofort als NATO-Bündnisfall gewertet werden, trotzdem aber militärische Aktionen fordern. In diesem nationalen Verteidigungsfall würde die NATO Teile des deutschen Kontingents freistellen" [60].

Außenminister Schröder drückte die Absichten der Bundesregierung in fataler Analogie zu der vom OKW erlassenen berüchtigten „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht 1937/38" [61]) im Jahre 1965 so aus: „Was wir brauchen, ist eine Politik des langen Atems, verbunden mit der Fähigkeit, auch plötzliche Veränderungen der weltpolitischen Lage im Interesse der Einheit unseres Vaterlandes zu nutzen" [62]).

Nur in diesem Zusammenhang wird auch die Forderung v. Hassels richtig verständlich: „Die Bundeswehr muß daher, wenn sie ihren Auftrag erfüllen will, ständig präsent sein, ständig handeln können" [63]). General Baudissin hatte es allerdings noch deutlicher ausgedrückt: er forderte, den „Kriegszustand" bereits im Frieden „zur Permanenz zu erheben" [64]).

Das regierungstreue „Handelsblatt" findet bei der Betrachtung dieser Bonner Politik dann auch eine an Deutlichkeit kaum zu überbietende Begründung, warum die DDR nicht anerkannt werden dürfe: Hat die Bundesregierung die DDR „aber erst einmal anerkannt, dann bedeutet die Praktizierung der bisherigen Wiedervereinigungspolitik völkerrechtlich eine Aggression" [65]). Zum gleichen Ergebnis kommt auch der CDU-Abgeordnete und Thyssen-Direktor Kurt Birrenbach: „Ist die Zone einmal anerkannt, ist eine Einwirkung der Bundesrepublik auf die inneren Verhältnisse der Zone nicht mehr möglich" [66]).

Nach alledem ist davon auszugehen, daß es das vorläufige Endziel der Europapolitik der Bundesregierung ist, ein „nicht sozialistisches Gesamtdeutschland zu schaffen" [67]) und Osteuropa vom Sozialismus zu befreien [68]).

Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß nicht nur die Erreichung dieses Zieles eine Aggression bedingt, sondern daß dem letzten aggressiven Akt viele kleinere Aggressionen vorausgehen müssen. Der französische General F. O. Miksche beschreibt diesen ständigen „verdeckten Kampf" so: „Es ist ein Krieg, der keiner zu sein scheint und doch einer ist, ein Ringen, das mit dem Ziel geführt wird, den Gegner in einer Serie von Teilkapitulationen zu besiegen" [69]). General Beaufre beschreibt die dafür zugrundeliegende Konzeption ähnlich wie Brzezinski: „Um die Entscheidung herbeizuführen, verfügt die Strategie über eine Skala von materiellen und moralischen Möglichkeiten, die vom Atombeschuß bis zur Propaganda oder zum Handelsvertrag reichen" [70]). Strauß hat sich auf Beaufres Buch mehrfach berufen und sich dessen „indirekte Strategie" zu eigen gemacht [71]).

---

60) Vgl. Rheinischer Merkur vom 23. 4. 1965.
61) Dort hieß es: „Die politisch labile und überraschende Zwischenfälle nicht ausschließende Weltlage erfordert eine stete Kriegsbereitschaft der deutschen Wehrmacht, um sich etwa ergebende politisch günstige Gelegenheiten militärisch ausnutzen zu können" (zit. in: „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof", Nürnberg 1947, Bd. XXXIV, S. 735).
62) Gerhard Schröder 1965 auf einer Kundgebung in Meinerzhagen bei Lüdenscheid, lt. Meldung von UPI am 18. 7. 1965.
63) Kai-Uwe v. Hassel, Zur Übergabe der Truppenfahnen, in: Truppenpraxis, Darmstadt, Heft 5/1965, S. 331.
64) Wolf Graf v. Baudissin, Gedanken zum modernen Kriegsbild, Vortrag im III. Programm des Hessischen Rundfunks am 7. 11. 1964.
65) Vgl. Handelsblatt, vereinigt mit Deutsche Zeitung, Düsseldorf, vom 4. 12. 1964.
66) Vgl. Europa-Archiv, Bonn 1967, Heft 8, S. 267.
67) Gerhard Schröder, in: Frankfurter Rundschau, 30. 1. 1969.
68) Franz-Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1968, S. 146.
69) Ferdinand Otto Miksche, Kapitulation ohne Krieg, Stuttgart 1965, S. 205.
70) André Beaufre, Totale Kriegskunst im Frieden, Berlin (Paris) 1963, S. 205.
71) Vgl. Franz-Josef Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O., S. 61/62.

Zwar hat der Bundestag, wenn auch nach 19jähriger Verschleppung des verbindlichen Auftrages aus Art. 26 Abs. 1 GG, 1968 in den §§ 80 und 80a StGB die Vorbereitung eines Angriffskrieges und Kriegshetze unter Strafe gestellt, nach der Logik der bipolarisierten Welt des Kalten Krieges kann es jedoch nicht weiter verwunderlich sein, daß sich heute keine Staatsanwaltschaft in der BRD genötigt sieht, auch nur gegen einen der Verantwortlichen für diese Politik zumindest Ermittlungen wegen Verdachtes eines Verstoßes gegen die §§ 80 oder 80a StGB einzuleiten.

V

Bei dem Versuch, darzustellen, welche Aufgaben der Bundeswehr nach dem Willen der politischen und militärischen Führung innerhalb der Bonner Europapolitik zukommen, konnte hier darauf verzichtet werden, die Erhöhung der Gefährlichkeit dieser Politik unter dem Gesichtspunkt einer eventuellen Durchsetzung des Bonner Hegemonieanspruches [72]) gegenüber den europäischen NATO-Staaten näher auszuführen, da dies zwar für das Ausmaß eines militärischen Konfliktes entscheidend sein mag, nicht aber die Verfassungswidrigkeit der Bonner Politik beeinflußt.

Die eklatanten Verletzungen des Grundgesetzes durch diese Außenpolitik, insbesondere die Mißachtung des Verbots friedensstörender Handlungen (Art. 26 Abs. 1 GG) sowie die Nichtbeachtung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts, insbesondere der Kriegsächtung durch den Brian-Kellogg-Pakt von 1928 und der Art. 33 ff UN-Charta als völkerrechtliches Gewohnheitsrecht, die gemäß Art. 25 GG Bestandteil des Bundesrechtes sind, dürfen jedoch nicht vergessen machen, daß diese Außenpolitik einen Niederschlag in der Innenpolitik findet, der die Substanz des demokratischen und sozialen Rechtsstaates angreift. Die Bedeutung einiger Änderungen unserer ursprünglichen Verfassungslage werde ich im folgenden kurz andeuten.

Nach der Präambel des Grundgesetzes und Art. 146 GG war davon auszugehen, daß die BRD ein auf die Schaffung eines gesamtdeutschen Staates gerichtetes Provisorium sein sollte [73]). Der Präambel kam dabei nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes im KPD-Verbotsurteil insoweit unmittelbare Rechtswirkung zu, als durch sie allen Staatsorganen die Rechtspflicht auferlegt wird, die Einheit Deutschlands mit allen (verfassungsmäßigen) Mitteln anzustreben und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung rechtlich hindere oder faktisch unmöglich mache [74]).

Hatte der Parlamentarische Rat die BRD nur als „Staatsfragment" und das Grundgesetz als bloßes „Organisationsstatut" schaffen wollen [75]), war er also noch davon ausgegangen, daß sich die Besatzungsmächte auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens einigen würden und dadurch die Chancen des Art. 146 GG wahrgenommen werden könnten [76]), so arbeitete die Regierung Adenauer im Gegensatz dazu von vornherein auf den Ausbau der BRD zu einem souveränen Vollstaat hin.

Schon die erste Änderung des Grundgesetzes, die Außerkraftsetzung des damaligen Art. 143 GG durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. 8. 1951, zielte in diese Richtung. Die Wiedereinführung eines äußerst weitreichenden politischen

72) S. insbesondere Karl Theodor Frhr. von und zu Guttenberg, Wenn der Westen will, a.a.O., und Franz-Josef Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O.
73) Vgl. Wolfgang Abendroth, a.a.O., S. 43.
74) Vgl. BVerfGE 5,85 Leitsatz 1.
75) Vgl. Theodor Maunz, a.a.O., § 7 II 3.
76) Vgl. Wolfgang Abendroth, a.a.O., S. 42.

Strafrechts, das unter dem Einfluß des durch den Koreakrieg zur Hysterie gesteigerten Antikommunismus geschaffen wurde, näherte das Staatsfragment „dem System eines als permanent gedachten Staates" an, „der alle, also nicht nur die aktuell erforderlichen Seiten der Gewalt entfaltet" [77]).

Entsprach die Grundgesetzänderung auch grundsätzlich der Vorplanung in Art. 143 Abs. 4 GG, so mußte doch der antikommunistischen Tendenz der Strafnormen besondere Bedeutung zukommen. Das „Freiheitsopfer" zur Wahrung der Freiheit, mit dem der damalige Bundesjustizminister Dehler diese Gesetze in der Bundestagsdebatte vom 12. 9. 1950 begründete [78]), bedeutete zugleich die Verwerfung einer wirksamen, auf Verständigung gerichteten Deutschland-Politik [79]). Die spätere Aufhebung des durch das Strafrechtsänderungsgesetz eingeführten § 90a StGB wegen Verfassungswidrigkeit durch das Bundesverfassungsgericht [80]) auf Grund einer 4 Jahre zuvor durch die Rechtsanwälte Ammann und Posser eingereichten Verfassungsbeschwerde, bei der die Hinausschiebung des sicheren Urteils fast einer Rechtsverweigerung gleichkam [81]) und das Urteil auch erst gefällt wurde, als jedenfalls § 90a StGB für die Kommunistenverfolgung mittlerweile bedeutungslos geworden und somit eine Kollision mit den herrschenden Interessen nicht mehr zu befürchten war [82]), führt im übrigen wegen der Verfassungswidrigkeit dieser Einzelnorm keinesfalls zur Nichtigkeit der Beseitigung des früheren Art. 143 GG [83]).

Neben diesen neuen Strafnormen, die keinesfalls rechtsstaatlichen Forderungen nach Bestimmtheit des Tatbestandes genügen [84]), sondern „ein nur vage umrissenes politisches Handeln im ‚Vorfeld' mit Strafe bedrohen" [85]), muß zur Beurteilung der politischen Justiz in der BRD noch die erschreckende Spruchpraxis der sog. 74a-Kammern (vgl. § 74a GVG) und des zuständigen (Dritten) Strafsenats des BGH [86]) sowie die Fragwürdigkeit der Ermittlungsverfahren und der prozessualen Beweiserhebung berücksichtigt werden.

Die Übernahme des unter dem Nazi-Regime erdachten Instituts der „Offenkundigkeit" [87]) in das Prozeßrecht der BRD [88]) (vgl. § 244 Abs. 3 Satz 2 StPO) gestattet es den erkennenden Gerichten, unter Ablehnung der Beweisanträge des Angeklagten die Wahrheitsfindung auf die Frage zu reduzieren, „ob der Täter dem politischen Vorurteil subsumierbar ist oder nicht" [89]).

Weit unheilvoller wirkt sich jedoch eine andere prozessuale Gepflogenheit aus: die Zulassung des sogenannten Zeugen vom Hörensagen, eines Belastungszeugen, der behauptet, die als verläßlich dargestellte Information eines vom Staatsgeheimnis verhüllten V-Mannes objektiv wiederzugeben [90]). Entgegen der

77) S. Wolfgang Abendroth, a.a.O., S. 46.
78) Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 83. Sitzung, Stenographischer Bericht, S. 3105.
79) Vgl. Helmut Ridder, Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots, Neuwied und Berlin 1966, S. 20 f.
80) Vgl. BVerfGE 12,307.
81) Vgl. Walter Ammann, Die weitere Entwicklung der Rechtsprechung zu den sogenannten Staatsschutzbestimmungen und der Stand der Amnestiebestrebungen, in: Veröffentlichungen der IV. Arbeitstagung und Gesamtaussprache des erweiterten Initiativ-Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen, hrsg. von Walter Ammann, Heidelberg, 1959, S. 6.
82) Vgl. Carl Nedelmann, Die Gewalt des politischen Staatsschutzes und ihre Instanzen, in: Gert Schäfer, Carl Nedelmann, Der CDU-Staat, München 1967, S. 106.
83) Vgl. Wolfgang Abendroth, a.a.O., S. 46.
84) Vgl. Werner Maihofer, Staatsschutz und Rechtsstaat, in: Veröffentlichungen der X. Arbeitstagung und Gesamtaussprache . . ., Heidelberg 1963, S. 13.
85) Vgl. Carl Nedelmann, a.a.O., S. 100.
86) Vgl. Beispiele, in: Lutz Lehmann, Legal & Opportun — Politische Justiz in der Bundesrepublik, Berlin 1966.
87) Vgl. Art. 1 Ziffer 3 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafverfahrens und des Gerichtsverfassungsgesetzes (Reichsgesetzblatt 1935 I, S. 845).
88) Vgl. Bundesgesetzblatt 1950 I, S. 491.
89) S. Carl Nedelmann, a.a.O., S. 112, sowie die dort angeführten Beispiele auf S. 109 ff.
90) Vgl. zu diesem Problem: Heinz Meilicke, Der vom Staatsgeheimnis verhüllte V-Mann — Belastungszeuge?, in: NJW 1962, S. 1876.

Ansicht des BGH [91]) bedeutet diese Praxis nicht nur ein aus § 251 StPO nicht legitimiertes Abweichen von dem prozessualen Grundsatz der unmittelbaren Beweisaufnahme durch persönliche Vernehmung [92]) (vgl. § 250 StPO), sondern stellt auch eine Verletzung des Anspruches des Angeklagten auf rechtliches Gehör dar (die Möglichkeit, sich zur Verweigerung des rechtlichen Gehörs zu äußern, ist nicht bereits dessen Gewährung) [93]) und verkehrt die prozessualen Beweisregeln in ihr Gegenteil: der Angeklagte muß seine Unschuld nachweisen [94]).

Schließlich sei auch noch auf die Praktiken der Ermittlung hingewiesen: In dem Zeitraum zwischen 1954 und 1964 wurden ca. 100 000—150 000 Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen eingeleitet [95]), dabei ist die Zahl der unmittelbar Betroffenen (d. h. Personen, die verhört oder festgenommen werden, deren Wohnung durchsucht oder deren Eigentum beschlagnahmt wird) ca. zwei- bis fünfmal so groß [96]). Die antikommunistische Ausrichtung wird auch hier überdeutlich; so dienten 1963 z. B. von insgesamt 10 222 Ermittlungsverfahren nur 177 der Ermittlung rechtsradikaler Delikte [97]). Die Zahl der Verurteilungen als Folge solcher Ermittlungsverfahren ist dagegen äußerst gering; während bei gewöhnlichen Kriminalsachen auf zwei bis drei Ermittlungen eine Verurteilung kommt, liegt bei der politischen Justiz die Verurteilungsquote bei etwa 20 : 1 [98]). Hier wird ganz offensichtlich, worum es der politischen Justizpraxis in Wirklichkeit geht: nicht etwa um den Schutz der Verfassungsordnung des Grundgesetzes, sondern um die Absicherung der Regierungspolitik „vor dem Wirksamwerden einer politischen Alternative" [99]).

Genügen zur Disziplinierung des Verdächtigten staatliche Zwangsakte (Verhaftung, Durchsuchung und Verhör) nicht, so verliert er auf einen Wink des Verfassungsschutzes seinen Arbeitsplatz. Da der Verdacht einer strafbaren Handlung als wichtiger Grund zur Kündigung ausreicht und der Arbeitgeber sich zudem nicht dem Vorwurf der Beihilfe oder Begünstigung aussetzen will, wird in der Regel der Mitteilung des Verfassungsschutzes die Kündigung folgen [100]), wobei der Arbeitgeber den Arbeitnehmer auch dann nicht wiedereinstellen muß, wenn das Ermittlungsverfahren — wie es die Regel ist — wegen Geringfügigkeit eingestellt wird [101]). Selbst wenn der Verdächtigte glaubt, seine Unschuld nachweisen zu können, kann er kein gerichtliches Verfahren erwirken, um einen Freispruch zu „erzwingen", da sich eine solche Einstellung nach § 153 Abs. 2 StPO der gerichtlichen Nachprüfung entzieht [102]). Der Betroffene wird so oftmals auf **Grund von Verdächtigungen**, die vom Staatsgeheimnis verhüllt sind [103]), um nichts weniger als seine wirtschaftliche Existenz und sein Recht gebracht [104]).

---

91) Vgl. BGHSt 17,382.
92) So z. B. Carl Nedelmann, a.a.O., S. 112 ff; Richard Schmid, Einwände — Kritik an Gesetzen und Gerichten, Stuttgart 1965, S. 53 ff, Antrag von Klug und Sarstedt und nachfolgender Beschluß des 46. Deutschen Juristentages 1966, in: JZ 1966, S. 719.
93) Vgl. Richard Schmid, a.a.O., S. 60, anderer Ansicht BGHSt 17,387.
94) Vgl. Carl Nedelmann, a.a.O., S. 113.
95) Vgl. Lutz Lehmann, a.a.O., S. 125.
96) Ebenda, S. 81 und 125.
97) Vgl. Lutz Lehmann, a.a.O., S. 81.
98) Vgl. Lutz Lehmann, a.a.O., S. 120.
99) Vgl. Walter Ammann, Die jüngste Entwicklung der politischen Strafjustiz unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung zum KPD-Verbot, in: Veröffentlichungen der XIII. Arbeitstagung und Gesamtaussprache . . . ., Heidelberg, 1966.
100) Vgl. Hans-Ulrich Evers, Privatsphäre und Ämter für Verfassungsschutz, Berlin 1960, S. 98.
101) Vgl. Urteil des BGHZ vom 13. 7. 1956, in: NJW 56, S. 1513.
102) Vgl. Karl Peters, Strafprozeß, 2. Auflage, Karlsruhe 1966, S. 148.
103) Vgl. Carl Nedelmann, a.a.O., S. 117 f.
104) Vgl. Richard Schmid, Wen schützt der Verfassungsschutz?, in: Die Zeit, Hamburg, vom 5. 11. 1965.

VI

Stellt man die politische Justizpraxis in den Zusammenhang der gesamten politischen Entwicklung der BRD, so erkennt man, daß eine „Diffamierung der politischen Opposition" [105]) und die daraus resultierende rechtliche und faktische Erschwerung einer Wiedervereinigung (BVerfG, s. o.) nur die innenpolitische Folge der nach außen schon lange verfolgten Politik der Stärke, der „roll-back-Politik" des US-Außenministers Dulles war [106]), die zwangsnotwendig eine Aufgabe der Wiedervereinigung durch Einigung der Besatzungsmächte bedeutete und nur die verfassungswidrigen Souveränitätsbestrebungen der Adenauer-Regierung förderte.

Innerhalb dieser Politik war es verständlich, daß es Adenauer schon sehr früh wagen konnte, offen die Wiederbewaffnung der BRD zu betreiben, wie ein Interview mit der amerikanischen Provinz-Zeitung „The Cleveland Plain Dealer" vom 4. 12. 1969 [107]) zeigt. (Die heimlichen Anfänge der Wiederbewaffnung, die sich an den Plänen zur Bekämpfung des Kommunismus orientierten, wie sie in Vorwegnahme der „Dulles-Politik" z. B. General Speidel schon im Frühsommer 1944 entwickelt hatte [108]), gehen, wie General Graf Kielmansegg in der Truppenschule Sonthofen zugegeben haben soll, bis ins Jahr 1946 zurück [109]).

Es mußte von vornherein unvorstellbar sein, daß die UdSSR nach einmal erfolgter Wiederbewaffnung der BRD jemals bereit sein würde, „einen von ihr in einem wirtschafts- und machtpolitisch entscheidenden Bereich Europas konstituierten und mit ihr befreundeten Staat freiwillig an einen potentiellen Gegner" auszuliefern [110]). Der Anspruch der Bundesregierung, ihre gegen die Sowjetunion und deren Verbündete gerichtete „Politik der Stärke" sei geeignet, eine „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" herbeizuführen, konnte so von Anfang an, aus prinzipiellen Gründen, wenig Glaubwürdigkeit erwecken, schon gar nicht im Osten, bei den zu einer friedlichen Regelung doch unerläßlichen Verhandlungspartnern.

Sind die bis jetzt geschilderten Mißachtungen und Verdrehungen des Grundgesetzes (wobei kein Anspruch auf eine auch nur einigermaßen vollständige Aufzählung erhoben wird) an sich schon geeignet, jeden Demokraten erschauern zu lassen, so markiert die Verabschiedung der Notstandsverfassung im Zusammenhang mit den schon vorher erlassenen Ausführungsgesetzen den entscheidenden „Wendepunkt in der verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Entwicklung der Bundesrepublik seit 1949" [111]).

Hier ist nicht die Verfassungswidrigkeit einzelner Normen der Notstandsgesetzgebung nachzuweisen. Die Verfassungswidrigkeit einzelner Normen und die antidemokratische Tendenz dieses Gesetzeskomplexes sind bereits in zahlreichen Veröffentlichungen aufgezeigt worden [112]).

Wir werden uns daher darauf beschränken, kurz die Funktion dieser Gesetzgebung anzudeuten.

---

105) S. dazu: Heinrich Hannover, Politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, Dortmund 1962.
106) Vgl. Carl Nedelmann, a.a.O., S. 100.
107) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 5. 12. 1949.
108) Vgl. Hans Speidel, Invasion 1944, Tübingen und Stuttgart 1949, S. 91 ff., und Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 606.
109) Vgl. Volksarmee, (Ost-)Berlin, vom 27. 1. 1959.
110) Vgl. Wolfgang Abendroth, a.a.O., S. 44.
111) Vgl. Dieter Sterzel, Kritik der Notstandsgesetze, Frankfurt 1968, S. 2.
112) Vgl. z. B. die Beiträge in: Dieter Sterzel, Kritik der Notstandsgesetze, a.a.O., Köln 1965; Hans Heinz Holz/Paul Neuhöffer, Griff nach der Diktatur?, Köln 1965; Hans Heinz Holz, Die Schubladengesetze und ihre Auswirkungen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Hefte 2 und 6/1967; Jürgen Seifert, Verfassungskompromisse und Verschleierungsnormen in der Notstandsverfassung, in: kritische Justiz, Frankfurt, Heft 1/1968; Helmut Ridder, Notstand '66, Köln 1966.

General de Maizière folgerte in einer Studie über die Erfahrungen aus der Stabsübung „Fallex 64": Der wichtigste nächste Schritt ist die Verabschiedung der Notstandsverfassung und der einfachen Notstandsgesetze. Ohne sie bleibt jede Arbeit Stückwerk [113]). Dazu müßten „die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte eingeschränkt oder aufgehoben werden" [114]). Schließlich sei auch eine Zentralisierung der Staatsgewalt zu fordern: „Niemand wird mit Sicherheit voraussagen können, ob für den Übergang von einer föderalistischen Friedensordnung zu einer straffen Notstandsführung ein längerer Zeitraum . . . zur Verfügung stehen oder ob eine kurzfristige Überleitung notwendig werden würde. In jedem Fall wird man auf eine rasche Lösung vorbereitet sein müssen." Eine solche Lösung sei jedoch „ohne Veränderung der Kompetenzverteilung von Bund, Ländern und Gemeinden . . . nicht denkbar" [115]).

Es ist somit die Funktion des Notstandsrechtes entsprechend der von General Graf Baudissin postulierten Notwendigkeit, den Kriegszustand bereits im Frieden zur Permanenz zu erheben [116]), die gesamte Bevölkerung der BRD „in den Dienst einer schranken- und lückenlosen Militarisierung zu stellen" [117]). Die Einengung oder Beseitigung der Rechte des Parlaments im Notstandsfall zugunsten eines „Gemeinsamen Ausschusses" oder einer sich auf einen NATO-Beschluß (oder einer sonstigen Bündnisorganisation) berufenden Regierung, die Beschränkung des Rechtes auf Freizügigkeit und freie Wahl des Arbeitsplatzes, des Post- und Telefongeheimnisses und des Rechtes auf richterliches Gehör und der Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk sind die eigentlichen Kernstücke der Notstandsverfassung [118]).

Wem aber dient diese „Verschwörung gegen den Bestand der demokratischen Verfassung" [119]) zugunsten einer weitgehend unkontrollierbaren Verwaltung? Geht man davon aus, daß die Verwaltung „immer und überall Exponent und Verfechter des Status quo" ist, so decken sich in einer Gesellschaft, in der man wie in der BRD von einer gleichmäßigen Verteilung des Sozialproduktes weit entfernt ist [120]), „zwangsläufig die beharrenden Tendenzen der Verwaltung mit den Interessen der ökonomisch Privilegierten" [121]).

Eine Bevorzugung der ökonomisch Bessergestellten zeigt sich dementsprechend auch überdeutlich in den Notstandsgesetzen; so ebnet die Tatsache, daß z. B. das Streikrecht weitgehend ausgeschlossen ist [122]), den Weg in die „soziale Diktatur" [123]). „Auch wenn das Notstandsrecht nicht angewandt wird, dient es zur Einschüchterung oppositioneller Bewegungen und Intentionen. Es kommt damit zugleich der Hauptaufgabe des spätkapitalistischen Staates zugute, den Status quo der gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen auch über Phasen ökonomischer Krisen und sozialer Konflikte hinweg mit systemkonformen, formaldemokratisch abgesicherten Mitteln zu stabilisieren" [124]).

---

113) Vgl. Ulrich de Maizière, Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung, a.a.O., S. 46.
114) Ebenda, S. 1.
115) Ebenda, S. 23 und 41.
116) Vgl. Zitat 65.
117) Vgl. Paul Neuhöffer, Notstandsgesetze — Gefahr für Demokratie und Frieden, in: Holz/Neuhöffer, a.a.O., S. 28.
118) Vgl. Gerhard Gleissberg, Gegen den NS-Staat — Der Kampf gegen die Notstandsgesetze muß weitergehen, in: Die Andere Zeitung, Hamburg, 30. 5. 1968.
119) Ebenda.
120) Vgl. Wolfgang Müller, Die Grenzen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft, und Karl-Heinz Stanzick, Der ökonomische Konzentrationsprozeß, beide in: Nedelmann/Schäfer, a.a.O.
121) Vgl. Hans-Joachim Blank/Joachim Hirsch, a.a.O., S. 95.
122) Vgl. Roderich Wahsner, Dienstpflicht, Arbeitszwang, Arbeitskampf, in: Dieter Sterzel, a.a.O., insbesondere S. 60 ff.
123) Vgl. Heinrich Hannover, Die totale Erfassung des Volkes durch die Nebengesetze, in: H. Hannover, Der totale Notstandsstaat, Frankfurt/M. 1965, S. 48 f.
124) Vgl. Dieter Sterzel, a.a.O., S. 22 f.

Die geschilderte Aushöhlung unseres laut Grundgesetz freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaates ist noch nicht beendet, Gesetzentwürfe zur Vorbeugehaft beweisen dies [125]). „Die geheimen Dossiers des Bundesamtes für Verfassungsschutz stehen bereit, um die kraft Staatsräson zu Feinden erklärten Bürger unschädlich zu machen" [126]). Griechische Zustände auch bei uns sind vielleicht nicht mehr allzu fern.

Im Überblick erkennt man das System der bis heute in Bonn bestimmenden Politik. Unsere Regierung ist die einzige in Europa, die Grenzansprüche stellt, die den Status quo eindeutig verändern und die Entwicklung der DDR rückgängig machen will. Wer die Bücher von Franz-Josef Strauß gelesen hat, kennt den „Entwurf für Europa", der hinter dieser Politik steht. Wie zu Adenauers und Dulles' Zeiten geht es da um den Anschluß der sozialistischen Länder Europas an den Westen, um das große „roll back" in Osteuropa. Jedermann kann unschwer erkennen, daß eine derartige Provokation der Weltmacht Sowjetunion und ihrer Verbündeten per se schwere Kriegsgefahr heraufbeschwört. Spielt diese Gefahr in der Bonner Politik die Rolle eines kalkulierten Risikos? Wer die planmäßige Einschränkung der Substanz des 1949er Grundgesetzes, die schleichende Entdemokratisierung und die allenthalben — gerade in der Bundeswehr — sichtbare Rechtsentwicklung, die Tendenz der Formierung und Militarisierung unserer Gesellschaft bewußt verfolgt, wird die Befürchtung kaum mehr ausschließen können, daß diese Politik auf den Weg der Aggression führt. Das Urteil des Grundgesetzes über eine solche Politik ist unmißverständlich: sie ist tendenziell verfassungswidrig. Das erfordert Konsequenzen.

VII

Ich habe als Soldat gelobt, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen". An dieses Gelöbnis fühle ich mich noch immer gebunden. Ich bin daher gemäß § 23 Abs. 2 Nr. 2 SG verpflichtet, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, will ich mich nicht eines Dienstvergehens schuldig machen.

Ich erkläre daher, daß ich mich zwar an mein Gelöbnis gebunden fühle, es aber, solange die oben dargestellte antidemokratische und friedensgefährdende Interessenpolitik fortgesetzt wird und solange unsere freiheitlich demokratische, soziale und rechtsstaatliche Verfassung nicht wieder in vollem Umfange in Kraft gesetzt ist, ablehnen werde, mich, außer im Fall einer nicht provozierten und unvermeidbaren Aggression auf die Bundesrepublik, zum Wehrdienst heranziehen zu lassen.

Eine unprovozierte und unvermeidbare Aggression auf die BRD erscheint mir angesichts der obigen Ausführungen jedoch äußerst unwahrscheinlich. Ich verweigere daher aus politischen Motiven den Kriegsdienst ganz allgemein, behalte mir allerdings vor, von dieser Weigerung im konkreten Fall Abstand zu nehmen. Ich hoffe, daß sich möglichst viele demokratisch gesinnte Bundesbürger ihrer Verantwortung bewußt werden und der Bonner Politik dadurch Widerstand leisten, daß sie einer Einberufung zum Wehrdienst durch Verweigerung des Kriegsdienstes entgegentreten [127]).

---

125) Vgl. z. B. Rädelsführer gegebenenfalls in vorbeugende Schutzhaft nehmen, in: Die Andere Zeitung, Hamburg, 30. 5. 1968.
126) Vgl. Carl Nedelmann, a.a.O., S. 122.
127) Politische Kriegsdienstverweigerer seien zur Beurteilung ihrer Rechtslage vor allem auf die Artikel von Heinrich Schacht, Notstandsgesetze und Kriegsdienstverweigerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/1968, S. 744 ff., und Wolfgang Perschel, Situationsmotivierte Kriegsdienstverweigerung und innerer Bundeswehreinsatz, in: Kritische Justiz, Heft 1/1968, S. 46 ff., verwiesen.

Martin Hall, Los Angeles

Zur Diskussion über das Anti-Raketen-System in den USA

I

Am 12. März schrieb James Reston in der „New York Times": „Was bedeutet die Abkürzung ABM: ‚Anti-Ballistic Missile' (Anti-Raketen-Rakete) oder ‚the Administration's Biggest Mistake' (der größte Fehler der Regierung)?"

Die öffentliche Diskussion darüber, ob die USA sich auf ein Anti-Raketensystem einlassen sollten oder nicht, wurde schon ziemlich lange vor dem 14. März 1969 geführt. An diesem Tage gab Präsident Nixon seine langerwartete Erklärung ab, er werde den Kongreß um die Zustimmung zu einem modifizierten ABM-System ersuchen. Der ursprüngliche Plan, in der Nähe der größten Städte der USA Basen für Anti-Raketen-Raketen zu errichten, hätte den Steuerzahler mindestens 50 Mrd. Dollar gekostet, ein Betrag, der sich, wenn man die Erfahrungen mit früheren umfangreichen Pentagon-Plänen als Richtschnur nimmt, wahrscheinlich nahezu verdoppelt hätte. Die ursprünglich vom Pentagon vorgeschlagenen Pläne waren auf starken Widerstand im ganzen Lande gestoßen. Zwei Präsidenten, Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy, entschieden sich nach eingehender Untersuchung gegen diese Pläne, da sie unpraktisch, unwirksam und so kostspielig waren, daß sie die Nation hätten in den Bankrott treiben können. Der Hauptgrund für ihre Ablehnung bestand jedoch darin, daß mit ziemlicher Sicherheit eine neue Spirale des atomaren Wettrüstens die Folge gewesen wäre, die nicht nur alle Hoffnungen auf Abrüstungsvereinbarungen zunichte gemacht, sondern unvermeidbar zum atomaren Krieg geführt hätte.

Dr. Jerome Wiesner, Präsident Kennedys wissenschaftlicher Berater, untersuchte in einem am 3. Februar 1969 im „Boston Globe" veröffentlichten Artikel die Geschichte der früheren Kampagnen des Pentagon und der Verteidigungsindustrie für die Entwicklung des sogenannten Nike-Zeus-Systems, die 1961 begannen, und den ungeheuren Druck, der damals auf Kennedy ausgeübt wurde, um diesen zur Entwicklung eines derartigen Systems zu veranlassen. Wiesner berichtete über die Flut von Briefen, die im Weißen Haus ankamen, und über die ganzseitigen Anzeigen in Zeitschriften wie dem Magazin „Life" und der „Saturday Evening Post", in denen das Nike-Zeus-System als Schutz der Großstädte dargestellt und die Städte aufgezählt wurden, die von den entsprechenden Verträgen Nutzen haben würden. „Diese Anzeigen", schrieb Wiesner, „wurden im allgemeinen aus Regierungsgeldern als Ausgaben für Vertragsabschlüsse finanziert." Wiesner erinnert daran, daß Präsident Kennedy mit ihm und anderen wissenschaftlichen Beratern Hunderte von Stunden verbrachte, um sich ihre Meinung in dieser Sache anzuhören. „Schließlich entschloß er sich, das Nike-Zeus-System nicht zu entwickeln, trotz all des Drucks. Daraufhin passierte etwas sehr Interessantes. Sobald die Entscheidung gegen das Nike-Zeus-System gefällt worden war, gab jedermann zu, daß das System ohne Nutzen sei. Selbst McNamara gab bei einer Gelegenheit zu, daß eine Entwicklung des Nike-Zeus-Systems ein schlimmer Fehler gewesen wäre."

Aber das Pentagon mochte nicht aufgeben. Anfang 1968 wurde unter der Regierung Johnson eine neue Kampagne gestartet, diesmal mit aktiver Unterstützung durch die Regierung. Den Vorwand, um den alten Plan wieder zu beleben, lieferte die Nachricht, China habe eine Wasserstoffbombe entwickelt und werde bald in der Lage sein, die USA mit Langstreckenraketen anzugreifen. Dieses Argument war so unglaubwürdig, daß sogar Senator Richard Russell, einer der Hauptanhänger des militärischen Establishments im Senat, erklärte: „Die Chinesen sind nicht völlig verrückt. Sie werden uns nicht mit vier oder fünf Raketen angreifen, wenn sie wissen, daß wir über die Kapazität verfügen, praktisch ihr ganzes Land zu vernichten."

Die Debatte nahm das ganze vergangene Jahr hindurch ihren Fortgang, erreichte ihren Höhepunkt jedoch erst nach Nixons Wahl zum Präsidenten und nach seiner Amtseinführung. Der örtliche Widerstand der Bürger derjenigen Städte, die als Raketenbasen ausgesucht worden waren — der Widerstand von Leuten, die der Meinung waren, dies werde ihre Städte unvermeidlich zu Zielscheiben in einer atomaren Auseinandersetzung machen —, weitete sich bald zu einer nationalen Protestbewegung aus. Am 28. Februar 1969 kamen Vertreter einer Reihe verschiedener Organisationen aus 33 Staaten in Washington zusammen, um ihre Opposition gegen das ABM-System zu bekunden. Der Nationalrat der Kirchen, die Organisationen SANE und „Women Strike for Peace" und viele andere bildeten einen Dachverband gegen die „unmenschlichen" Ausgaben für militärische Zwecke. Drei Tage zuvor wandte sich eine Delegation aus 250 Vertretern der mächtigen Automobilarbeiter-Gewerkschaft an ihre Kongreßvertreter und forderte die Aufgabe des ABM-Planes.

Senator Edward Kennedy, der einzige Überlebende der Kennedy-Brüder, übernahm schon früh eine führende Rolle im Kampf gegen das Anti-Raketen-System. Am 1. Februar 1960 schrieb er in einem vierseitigen Brief an Verteidigungsminister Melvin Laird, daß es „politischer Unsinn" und ein ernster politischer Fehler sein würde, Milliarden Dollar für ein bislang unerprobtes System auszugeben. Am 20. Februar warf er dem Verteidigungsministerium vor, den ursprünglichen ABM-Plan nur scheinbar einer Revision zu unterziehen, und erklärte vor dem Senat: „Ich werde von meiner Seite aus tun, was ich kann, damit dieses Projekt nicht weiterentwickelt wird." Er ernannte einen eigenen wissenschaftlichen Untersuchungsausschuß, bestehend aus Dr. Jerome Wiesner, dem früheren Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson in Wissenschaftsfragen, und Prof. Abram Chayes von der Harvard-Universität, einem früheren Berater des State Department.

War schon der Widerstand im amerikanischen Senat unüberhörbar, wo Senatoren wie Mike Mansfield, James Fulbright, Senator Gore, aber auch republikanische Senatoren wie John Sherman Cooper und Philip A. Hart am profiliertesten auftraten, im Repräsentantenhaus gab es nicht weniger Opposition. Am 24. Februar sprachen über vierzig Abgeordnete gegen das ABM-System. Am 7. März forderte der Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen Nixon auf, jegliche Entscheidung über die ABM-Entwicklung aufzuschieben, solange die USA versuchten, mit der Sowjetunion ein Abkommen über die Rüstungskontrolle zu erreichen. Senator Stephen M. Young sagte, eine Entscheidung für das ABM-System würde „Nixons Vietnam" werden, und sprach von der „Idiotie des ABM-Programms, das die Nation 100 Mrd. Dollar kosten kann, ohne der Verteidigung des Landes irgend etwas hinzuzufügen". Am 11. März, drei Tage bevor Nixon seine Entscheidung für das ABM-System bekanntgab, schrieb Norman Cousins in einem Leitartikel in der „Saturday Review", der als ganzseitige Anzeige in

der „New York Times" abgedruckt wurde: „Eine angreifende Nation kann es sich ohne weiteres leisten, ein Ziel mit zehn oder mehr Ködergeschossen (die keine Sprengladungen tragen, aber dennoch Anti-Raketen-Raketen auf sich ziehen) auf je eine scharfe Rakete zu beschicken. Das würde die Verteidigung zwingen, den größten Teil ihrer Kapazität auf unbewaffnete Angriffsobjekte abzufeuern. Eine einzige durchdringende scharfe Rakete reicht bereits aus, um eine Großstadt zu zerstören und einen Feuersturm zu entfesseln, der über Hunderte von Meilen wüten kann ... Dann wird man sagen: Uns bleibt keine andere Wahl, als unter die Erde zu gehen. Kosten: 300 bis 400 Mrd. Dollar ... Der nächste Schritt, zu dem sich die Regierung dann gezwungen sieht, wird der Präventivschlag sein, die einzig sinnvolle Sache, um den Gegner zu vernichten, bevor er uns vernichtet ... Was hier geschieht, ist eine Form beschleunigten Wahnsinns ... Die Sowjetunion hat ein Abkommen zur Verhinderung eines ABM-Wettrüstens vorgeschlagen. Das mindeste ist, ihre Bereitschaft zu entsprechenden Gesprächen zu prüfen ..."

Tom Wicker wies am gleichen Tag in der „New York Times" darauf hin, daß die auf 5 Mrd. Dollar geschätzten Kosten des sogenannten „dünnen Schildes", für den sich Nixon am 14. März erklärte, nur der Anfang für wesentlich höhere, astronomische Ausgaben sein würden. Er schrieb: „Die Entwicklung jedes ABM-Systems, wie ‚dünn', unwirksam oder nahezu obsolet es auch immer sein mag, wird von seinen Befürwortern als Baustein in einem wesentlich kostspieligeren Verteidigungssystem gegen sowjetische Raketen betrachtet werden. Senator Russell sagte: ‚Es ist der erste Schritt in Richtung auf die Entwicklung eines vollständigen Systems, der nach meiner Meinung getan werden muß.' Aber die auf 40 Mrd. geschätzten Kosten des vollständigen Systems, das Russell und andere in Wirklichkeit wollen, ... sind nicht viel mehr als eine willkürliche Vermutung, und der frühere Verteidigungsminister McNamara hat überzeugend dargelegt, daß selbst das ‚vollständige' System durchlässig für ein qualifiziertes sowjetisches Waffensystem wäre ... Vor allem aber könnte eine jetzt erfolgende Entwicklung des ABM-Systems sehr wohl jene Folge von Aktion und Reaktion auslösen, die ein Phänomen des Rüstungswettlaufs ist."

Zum eindrucksvollsten Einspruch gegen das ABM-System kam es am 11. März, als drei hervorragende Wissenschaftler — Dr. James R. Killian jun., Direktor des Massachussetts Institute of Technology, Dr. George B. Kistiakowsky, Professor für Chemie an der Harvard-Universität, und Dr. Herbert F. York, Professor für Physik an der University of California in San Diego —, alle drei frühere Berater Präsident Eisenhowers, vor einem Unterausschuß des Senats unter Senator Gore als Vorsitzendem und vor Präsident Nixons Chefberater in Fragen der nationalen Sicherheit, Henry A. Kissinger, erschienen. Diese drei Wissenschaftler sagten übereinstimmend aus, Präsident Eisenhower sei trotz des beträchtlichen Druckes von seiten des Kongresses und des Pentagon ein Gegner des ABM-Systems gewesen. Alle drei erklärten, die Entwicklung eines derartigen Systems zum jetzigen Zeitpunkt werde das Wettrüsten verschärfen und daher die amerikanische Sicherheit eher bedrohen als stärken.

Noch alarmierender war die Enthüllung dieser Sachverständigen, die Entwicklung des ABM-Systems könne bedeuten, daß die Entscheidung über Einsatz oder Nichteinsatz einer mit atomarem Sprengkopf ausgerüsteten defensiven Rakete nicht rechtzeitig vom Präsidenten getroffen werden könnte, sondern einem Computer oder einem untergeordneten Offizier überlassen werden müßte. Die Entscheidung, sagte Dr. York, müßte innerhalb von 15 Minuten oder innerhalb noch kürzerer Zeit getroffen werden. Und er fügte hinzu: „Die Richtung, in der wir

uns bewegen, führt nicht zur absoluten Waffe, sondern zur absoluten Absurdität. Wir nähern uns dem Punkt, an dem aus Zeitgründen und aus Gründen der Kompliziertheit keine Zeit mehr für Menschen ist und Entscheidungen von Maschinen getroffen werden."

Dr. Kistiakowsky sagte aus, es könne sich eine Situation ergeben, in der unser Radarsystem ein Objekt erfaßt hat, das sich als eine zufällig abgefeuerte scharfe Rakete herausstellt. Nur wenige Minuten würden verbleiben, um die Entscheidung zu treffen, eine Verteidigungsrakete abzufeuern oder nicht abzufeuern. Vermutlich könnte kein Präsident eine solche Entscheidung treffen, daher müßte das ein Computer automatisch tun, und „ein Computer", fügte Dr. Kistiakowsky hinzu, „ist nun wirklich ein stupides Ding". Andere argumentierten damit, daß selbst wenn unsere defensiven Raketen eine gegnerische Rakete in der Luft treffen würden, der fall-out durchaus so verheerend sein könnte, als wenn die gegnerische Rakete ihr Ziel erreicht hätte.

II

Man hätte meinen sollen, daß Präsident Nixon angesichts solcher Gutachten und angesichts der wachsenden Opposition im Kongreß eine Entscheidung wenigstens so lange zurückgestellt hätte, bis die Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Aussichten für ein Abkommen atomarer Rüstungskontrolle Aufschluß gegeben hätten. Und das um so mehr, als die Sowjetunion zweimal klargemacht hatte, daß sie auf den Beginn solcher Verhandlungen vorbereitet sei. Trotzdem beschloß Nixon am 14. März, mit einem sogenannten „dünnen ABM-Schild" zu beginnen, der — wenigstens zunächst — nicht die großen Städte der USA schützen soll (mit Ausnahme von Washington, das ABM-Raketen erhalten soll), sondern Amerikas atomare Abschußbasen, und zwar bei einem anfänglichen Kostenaufwand von rund 5 Mrd. Dollar. Es kam zu sofortigen und starken Reaktionen. Senator Fulbright, Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Fragen und prominente „Taube", erklärte, er werde zu den Vorschlägen des Präsidenten Hearings vor seinem Ausschuß ebenso wie vor dem Verteidigungsausschuß fordern, da die Entscheidung, mit der ABM-Entwicklung zu beginnen, weitreichende Konsequenzen für die Außenpolitik des Landes habe.

Die Regierung eröffnete ihre Kampagne zur Unterstützung der vom Präsidenten getroffenen Entscheidung am 20. März, als Verteidigungsminister Melvin Laird und sein Vize David Packard vor dem Senatsausschuß für Verteidigungsfragen angehört wurden, der in seiner Mehrheit die Haltung des Pentagon unterstützt. Lairds Aussage erinnerte an die These, die Nixons Verteidigungsminister bereits in seinem Buch „Amerikas strategische Lücke" im Jahre 1962 vertreten hat, als er für die Politik eines amerikanischen Präventivschlages eintrat. In seinen Argumenten für die Entscheidung Nixons unterstrich er die Fähigkeit der UdSSR, das Verteidigungssystem der USA durch einen ersten Schlag außer Gefecht zu setzen. Die Tatsache, daß Präsident Johnson im Januar 1968 im Prinzip den Aufbau eines ABM-Systems (das damals die Großstädte ringförmig mit Abschußrampen umgeben sollte) bewilligt hatte, wurde von Laird zum Anlaß für die Behauptung genommen, Nixons Entscheidung, stattdessen die Hauptabschußbasen zu schützen, sei „keine Eskalation des Wettrüstens, sondern ... ein Baustein für den Frieden". Er fuhr dann fort mit der Beschreibung dessen, was er die potentielle Bedrohung durch die Sowjetunion nannte: „Die potentielle Bedrohung durch die Sowjetunion liegt in der anwachsenden Raketenkapazität, mit der ein Teil unserer Abschreckungswaffen oder ein Teil unserer Vergel-

tungswaffen zerstört werden könnte. Einen massiven Angriff auf unsere Großstädte können wir nicht stoppen. Wir wissen einfach nicht, wie das technisch zu machen wäre."

Minister Laird erklärte weiter, daß China, obwohl es jetzt nicht in der Lage sei, mit der Bombardierung amerikanischer Großstädte durch interkontinentale Raketen zu drohen, eine solche Position in der Mitte der siebziger Jahre erreichen könnte. Auf Laird folgte der Stellvertretende Verteidigungsminister David Packard, der hinzufügte, im Pentagon kalkuliere man ein, daß die Sowjetunion nicht nur eine neue Super-Rakete entwickelte, die in der Lage sei, gleichzeitig mehrere Sprengköpfe zu tragen, sondern auch an einem weltweiten Bombardierungssystem (von künstlichen Satelliten aus) arbeite, das „schon in naher Zukunft" einsatzbereit sein könnte. Sogar bei diesem Hearing vor dem Verteidigungsausschuß, der immer das getan hat, was das Pentagon wollte, stellte Senator Stuart Symington, der einen langjährigen Ruf als Sprecher der Luftwaffe hat, die Notwendigkeit des ABM-Systems in Frage. Aber wie erwartet, formierte sich der eigentliche Widerstand im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Es war wiederum Senator Fulbright, der Minister Laird in scharfer Form zu seiner Äußerung befragte, es stehe „außer Frage, daß die Sowjetunion danach strebt, die Fähigkeit zum ersten Schlag zu erlangen". Wenn die Sowjets, wie Laird das behauptet, die Fähigkeit anstreben, den ersten Schlag zu führen, dann würde das logischerweise implizieren, daß die USA den Präventivkrieg vorbereiten müßten, und genau dafür hat sich Laird vor Jahren auch ausgesprochen.

Senator Fulbright stellte weiter die unbequeme Frage, mit welchen wissenschaftlichen Argumenten das Pentagon seine Politik verteidigen wolle, wo doch alle führenden Wissenschaftler das ABM-System als unwirksam, zu kostspielig und als Anstoß zu einem neuen Wettrüsten bezeichnet hätten. Fulbright fragte Packard direkt, mit welchen Wissenschaftlern außerhalb des Pentagon er konferiert habe, bevor sich das Pentagon entschloß, das ABM-System zu empfehlen. Mr. Packard war außerordentlich überrascht; zunächst konnte er sich an keinen einzigen Namen erinnern. Schließlich und nach ständigem Bohren rückte er den Namen von Prof. Panofski heraus, einer führenden Autorität auf dem Gebiete des Radars, der ein entscheidend wichtiges Einzelteil mit entwickelt hat, das zu den im ABM-System verwandten Radaranlagen gehört. Packard verließ die Ausschußsitzung und hinterließ dabei den Eindruck, Panofski habe sich auf Befragen für das ABM-System ausgesprochen. Was Packard nicht wußte, war, daß Prof. Panofski zufällig im Hearing-Raum anwesend war und Packards Aussage gehört hatte. Auf Fragen von Reportern dementierte er aufgebracht, daß Packard ihn jemals in Sachen ABM konsultiert habe; das einzige Mal, daß er sich für einige Minuten mit ihm unterhalten habe, sei gewesen, als er dem Stellvertretenden Verteidigungsminister zufällig auf dem Flughafen von San Francisco über den Weg gelaufen sei. Außerdem habe er sich nie für das ABM-System ausgesprochen, sondern hege schwerwiegende Zweifel an seiner Effektivität und Empfehlbarkeit.

Was die These von Packard und Laird anbetrifft, die Sowjetunion bereite sich darauf vor, den ersten Schlag zu führen, so brachte Panofski ebenso wie ein anderer Sachverständiger, Dr. Ailain Enthoven, die Meinung zum Ausdruck, nach ihrer Auffassung habe die Sowjetunion weder technisch die Möglichkeit noch die Absicht, die Fähigkeit zum ersten Schlag anzustreben. Wie Senator Fulbright mitteilte, hatte Dr. Enthoven einige Monate vorher vor dem Verteidigungsausschuß des Senats ausgesagt, daß die als „SS-9" bekannte Rakete mit mehrfachem Sprengkopf, die Laird vor Fulbrights Ausschuß dramatisch „freigegeben"

hatte, „für das Verteidigungsprinzip des zweiten Schlages" gebaut werde. Darüber hinaus hatte Enthoven erklärt: „Während die Offensivstreitkräfte der Sowjets stärker und überlebensfähiger sind, als das unsere Nachrichtendienste 1967 vorhersagten, so sind sie doch viel weniger effektiv als die theoretische Drohung, gegen die wir unsere Kräfte aufgebaut haben."

Am 21. März d. J. machte Prof. Panofski die folgende Aussage: „Wenn der erste Schlag von sowjetischer Seite erfolgreich sein soll, dann würde das die Fähigkeit erfordern, einen Angriff zu starten, der so umfassend und in so hohem Maße synchronisiert sein müßte, daß er gleichzeitig unsere Polarisflotte, unsere strategischen Bomber und unsere Minuteman-Raketen außer Gefecht setzen würde, bevor wir den Vergeltungsschlag ausführen könnten."

Und am gleichen Tag teilte ein anderer Zeuge, Dr. George W. Rathjens, dem Ausschuß mit: „Ein derartiger Präventivangriff würde die folgenden Möglichkeiten erfordern: eine sehr große Zahl von Sprengköpfen mit extremer Genauigkeit, eine außerordentlich effektive Waffe zur Bekämpfung von U-Booten, die Fähigkeit, die neuen Luft-Boden-Raketen zu kontern, die wir unseren Bomberstreitkräften hinzufügen, ... sowie ein über das gesamte Land ausgedehntes Anti-Raketen-System, das in der Lage wäre, jede Vergeltungsrakete abzufangen, die dem ersten Schlag entgangen sein kann. Es ist klar, daß die Sowjetunion im Augenblick keine dieser Fähigkeiten besitzt."

Und auch die USA besitzen sie nicht. Das Hauptargument gegen die gefährliche Politik Lairds und des Pentagon ist, daß diese Politik nicht nur zu einem neuen Wettrüsten führen muß, sondern daß sie dadurch jede vernünftige Hoffnung auf erfolgreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Rüstungsbeschränkung zunichte macht.

Wie unverläßlich die Aussagen von Laird und Packard vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Wirklichkeit sind, wurde schließlich auch durch eine bemerkenswerte Kehrtwendung verdeutlicht, die das Pentagon einige Tage nach diesen Hearings vollzog. Laird und Packard hatten beide ausgesagt, die interkontinentalen Raketen der USA besäßen eine eingebaute „Pannensicherung", die es ermögliche, eine bereits abgefeuerte Rakete zu entschärfen oder sie vor Erreichung ihres Zieles zu zerstören. Auf die Frage Senator Symingtons, ob man eine Rakete entschärfen und ohne eine Atomexplosion landen lassen könne, hatte Verteidigungsminister Laird geantwortet: „Man könnte sie ohne eine Atomexplosion landen lassen. Ich weiß das. Aber es müßte eine Sache von Minuten sein, nicht von Stunden, was die Entscheidungszeit anbetrifft." Sein Stellvertreter Packard ging sogar noch weiter und erklärte: „Die wichtigste Sache bei all diesen Waffen ist, daß ihnen ständig der Befehl erteilt werden muß, ihren Weg fortzusetzen. Wenn sie diesen Befehl nicht erhalten, dann setzen sie ihren Weg nicht fort. Das ist die benutzte Pannensicherung."

Einige Tage später berichtigte das Pentagon „im Interesse der Klärung" Lairds Aussage folgendermaßen: „Nein, wenn die Rakete einmal abgefeuert ist, dann ist keine Kontrolle des Schärfungsvorganges mehr möglich." Und Packards berichtigtes Statement liest sich jetzt so: „Es ist technisch zwar möglich, unsere Raketen mit einer Entschärfungs- oder Selbstzerstörungs-Vorrichtung auszurüsten. Aber wir rüsten weder unsere operativen Offensivraketen damit aus, noch planen wir eine derartige Ausrüstung."

Somit werden Aussagen des Verteidigungsministers und seines Stellvertreters vor einem Senatsausschuß in einer Weise „geklärt", die sie zum genauen Gegenteil ihrer ursprünglichen Fassung werden läßt. Kein Wunder, daß am 7. April

eine der führenden „Tauben", Senator McGovern, in einem Fernsehinterview folgende Voraussage traf: „Ich bin der Meinung, daß die Haltung im Senat zum ABM-System gegenwärtig gleichmäßig geteilt ist. Ich schätze, daß bereits 45 Senatoren das System ablehnen, daß vielleicht nicht mehr als 30 oder 35 dafür sind und daß, wenn die noch schwankenden 15 oder 20 sich Ende dieses Monats, oder wann immer die Abstimmung kommt, entscheiden, wir knapp gewinnen werden und die Entwicklung dieses Systems stoppen werden."

Die beim Kongreß eingehende Post ist bislang in überwältigender Weise gegen das ABM-System gerichtet, und im Senat wie in geringerem Ausmaß auch im Repräsentantenhaus hat die Opposition auch viele Mitglieder aus Nixons eigener Partei in ihren Reihen, die sich seinem Plan widersetzen.

Die Antikriegsdemonstationen des Ostersonntags 1969, die über 100 000 Leute in 33 Großstädten der USA auf die Straße brachten, haben bewiesen, daß auch die Friedensbewegung wieder aktiv geworden ist und daß die Bevölkerung nicht nur die Beendigung des Vietnamkrieges fordert, sondern auch ernsthafte Anstrengungen der Regierung Nixon, das Wettrüsten durch ernstgemeinte Verhandlungen mit der Sowjetunion zu stoppen; Verhandlungen, die durch den ABM-Entwicklungsplan des Präsidenten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit torpediert würden.

Hans Branscheidt

Aspekte der Emanzipationsbewegung in Nordirland

„Wenn der Engländer bedroht ist, hat der Ire eine Chance für seine Freiheit."
(Motto der „Irish Republikan Army" (IRA))

Die sozialwissenschaftliche Literatur sagt so gut wie nichts darüber aus, wie die irische Situation zu beurteilen ist. Der Grund hierfür ist — neben vielen anderen — einfach der, daß Irland bisher nicht ins welthistorische Stadium eingetreten ist. Weder die europäischen Revolutionen noch die Restaurationen tangierten Irland direkt; seinen Anteil an der europäischen Entwicklung fand es nur indirekt vermittelt: als Ergebnis einer beinahe tausendjährigen Herrschaftsausübung durch Großbritannien.

Die in neuester Zeit bedeutsame Frage lautet aber, ob Irlands industrieller Teil, der halbautonome Norden, nicht jener historische Triebfaktor werden könnte, der, sozio-ökonomisch wie konstitutionell, das Land geschichtlich auf die Höhe der Zeit heben könnte.

Zwar wird der Emanzipationskampf der unterprivilegierten Iren des Nordens in bürgerlichen Publikationen vordergründig als religiöser Kulturkampf angesehen und damit abgetan. Tatsächlich aber hat dieser Kampf von Menschen, die in erster Linie elend arm und im übrigen Katholiken sind, längst eminent soziale Qualität gewonnen. Als ein Kampf um ökonomische und politische Emanzipation geht er in letzter Linie gegen England, konkret: gegen die Labour-Regierung und Harold Wilson. Und Bernadette Devlin, die junge und rebellische Irin im britischen Unterhaus, spricht dies auch sehr deutlich aus: „Wir haben die dritte Front gegen Harold Wilson eröffnet. Nach der Rhodesien-Krise und der starren Haltung von Ian Smith, nach dem Widerstand der Labour-Leute und Gewerkschaftler in der Frage der Anti-Streikgesetzgebung fallen wir ihm in den Rücken; das könnte den Briten und ihren Statthaltern im Norden den Rest geben."

Zur politischen Geschichte der Entwicklung Irlands

Es ist eine conditio sine qua non, vor der Betrachtung der aktuellen Bewegungen und Kämpfe in Nordirland einen Blick auf die geschichtliche Entwicklung des ganzen Landes zu tun. Die irische Geschichte nämlich erklärt sich in kaum vergleichbarer Weise, wo sie sich nicht aus den Bedingungen der Beherrschung durch England ergibt, aus sich selbst heraus.

Nirgendwo in Europa spielt das 16. oder das 17. Jahrhundert noch so in die aktuelle Politik hinein wie in Belfast oder Dublin. Um die „Smaragd-Insel" vor dem Einfluß der katholischen Großmächte Spanien und Frankreich zu schützen, hatte England im 17. Jahrhundert Tausende schottischer Protestanten im katholischen Irland angesiedelt; darunter auch zahlreiche Deutsche. Diese Transplantation fremder und reichlich privilegierter Bevölkerungsteile konstitutierte recht eigentlich erst den Kampf als permanent gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Protestanten. Das Schicksal der irischen Katholiken — und damit die Frage der nationalen Autonomie — war jedoch erst historisch vorläufig entschieden, als König Wilhelm von Oranien 1690 in der Schlacht am Boyne das katholische Heer des vertriebenen Stuart-Königs Jakob II. besiegte. Die unterdrückten Iren mußten enorm hohe Pachten und Steuern zahlen; Schulen wurden für sie nicht errichtet, die keltische Hochkultur ausgewischt und die gälische Nationalsprache verboten. Hinzu kam, daß die Entwicklung des Handwerks und später der Industrie absichtsvoll behindert wurden, um die alte agrarische Struktur zu erhalten, in welcher England einen billigen Zulieferanten für seine Bedürfnisse an landwirtschaftlichen Produkten sah. Diese politisch-ökonomische Strategie Britanniens wurde in Irland von den sogenannten „Orange-Logen" (Anhängern des Hauses Oranien) verfochten, auf die sich bis heute namentlich antikatholische „Orangemen" wie der nordirische Politiker und Reverend Ian Paisley berufen.

Während des berüchtigten „Großen Hungers" in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts starben innerhalb von drei Jahren eine Million Iren; eine Massenauswanderung, die statistisch vier Millionen irische Bürger erfaßt, setzte ein und brachte vornehmlich den USA diesen Bevölkerungszuwachs. Erst seit wenigen Jahren nimmt die Bevölkerungszahl der Insel wieder zu.

Die Politik der Krone und ihrer Regierungen führte dazu, daß der ohnehin ideologische Charakter „völkischer und nationaler Gegensätze" in offenbare soziale Qualität umschlug: Bald waren die Herrscher wohlhabende englische Protestanten, die Unterdrückten irische Katholiken, die in unvorstellbarer Armut lebten.

Da Befürworter friedlicher Reformen — wie Premier Gladstone und Jonathan Swift — im englischen Unterhaus scheiterten, sahen die Iren nur in bewaffneten Aufständen einen Ausweg. Vorbereitet von dem heute noch relevanten Geheimbund „Irish Brotherhood", politisch von der „Sinn-Fein-Partei" („Wir-selbst-Bewegung") und militärisch von den „Irish Volunteers" und der Gewerkschaftsarmee „Dublin Citizens Army" getragen, begann Ostern 1916 der Freiheitskrieg („Osteraufstand"). Die „Unabhängige Irische Republik" wurde ausgerufen. Doch der Aufstand, den außer antibritischer Gesinnung keine politisch-soziale Konsistenz auszeichnete, wurde nach einer Woche blutig niedergeschlagen.

Die Republik Eire und das Schicksal Nordirlands

Erst 1920/21, unter dem Druck weiterer Aufstände, an deren Spitze die zeitweise illegale (im Norden bis heute) „Irish Republican Army" (IRA) stand, sahen sich die Engländer zum Einlenken gezwungen. Unter der Regierung Lloyd George bestätigten sie das irische Parlament und eine zum eigenen Nutzen verklausulierte Verfassung über die politischen wie ökonomischen Freiheiten des Landes. Doch nur sechsundzwanzig der zweiunddreißig Grafschaften schlossen sich dem unter „Dominion-Status" weitgehend unabhängigen „Irischen Freistaat" an, die „Six Countries" der Grafschaft Ulster im Norden blieben unter Führung der „Unionisten" im britischen Staatsverband. Diesem Entschluß freilich lag eine zuvor im Norden realisierte Volksabstimmung zu Grunde, an der den Katholiken die Teilnahme verweigert worden war. Die „Six Countries", flächenmäßig mit Schleswig-Holstein vergleichbar, erhielten den Status eines halbautonomen Landes, das ökonomisch a priori nur mit Hilfe Londons lebensfähig sein konnte.

Doch auch die „Irische Republik" war den Mitgliedern der „Irish Republican Army", die von Anbeginn sich als Guerilla-Einheit verstand, nicht republikanisch und von Großbritannien frei genug. Nach 1920 befand sich Irland erneut in der Situation des blutigen Bürgerkrieges, dessen emanzipatorische Seite durch den damaligen IRA-Führer und heutigen Ministerpräsidenten Eamon de Valera repräsentiert wurde. Die IRA de Valeras wurde zuerst militärisch besiegt, doch siegte de Valera wenig später politisch: die „Sinn-Fein-Partei" erreichte die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament des „Irischen Freistaates". Im Gegenzug forderten die Briten nunmehr endgültig die verfassungsmäßige wie faktische Sanktionierung des „Government of Ireland Act", das für Irland zwei Parlamente, also die endgültige Trennung des Freistaates Eire von den sechs Ulster-Grafschaften vorsah. Die Regierung Eamon de Valera hat diesen auf den Norden gemünzten Passus der verfassungsmäßigen Kodifizierung der Trennung bis heute nicht bejaht; sie unterstützt nach wie vor — wenn auch nicht offiziell — die im Norden tätige illegale IRA. Von den relativ demokratischen Ausdrucksformen des Freistaates Eire ist der Norden auch heute noch weit entfernt. Mehr als 600 000 Katholiken werden von knapp einer Million Protestanten (Anglikanern, Presbyterianern, Methodisten und ungezählten Sekten) beherrscht.

Die Unterdrückung der katholischen Bevölkerung in Nordirland

Bei den Wahlen der zwölf nordirischen Unterhausabgeordneten und bei der Wahl des „Stormont" (Belfaster Landesparlament) gilt zwar das allgemeine, gleiche und geheime Stimmrecht für alle Bürger ab 21 Jahren. Bei den Wahlen zu den 68 Kreis- und Kommunalparlamenten hat jedoch ein Viertel der Bevölkerung kein Stimmrecht; in der Mehrheit Katholiken, weil sie gewöhnlich arm sind und sich Stimmrecht und Stimmzettel jedes Wählers nach seinem Grundbesitz und Steueraufkommen richten. Um den sozial definierbaren Klassencharakter der

üblichen Wahlverbindlichkeiten zu konkretisieren, sei darauf verwiesen, daß ein „armer Katholik" dem Ständewahlrecht höchstens zwei Stimmen abgewinnen kann, während ein „reicher Protestant" bis maximal 30 Stimmen für sich zu buchen in der Lage ist. Außerdem werden die Wahlkreisgrenzen von Zeit zu Zeit zuungunsten der Katholiken geändert. So kommt es, daß die nordirischen Kommunalparlamente selbst in Städten eine protestantische Majorität haben, in denen der katholische Bevölkerungsteil überwiegt.

Die weitaus meisten wirtschaftlichen Unternehmen sind fest unter protestantischer Kontrolle. Soziale Diskriminierung gehört zum Leben eines nordirischen Katholiken. Im Wohnungsbau der öffentlichen Hand werden viel zuwenig Häuser errichtet, und die protestantisch beherrschten Kommunalbehörden bevorzugen Protestanten bei der Vergabe der Wohnungen. Für den privaten Wohnungsmarkt ist folgende Anzeige aus einer Belfaster Tageszeitung typisch: „Wohnung zu vermieten. Farbige angenehm. Nur Protestanten brauchen sich zu melden". Bei der Aufnahme in die öffentlichen Dienste werden ebenfalls Protestanten in gravierender Weise aus politischen Gründen bevorzugt. Obwohl ein Drittel der Bevölkerung katholisch ist, besteht die Polizei zu mehr als 90 Prozent aus Protestanten.

Die Arbeitslosigkeit in Nordirland schwankt chronisch zwischen sieben und dreizehn Prozent. Zwar verweigert die Belfaster Regierung die Einsicht in die Statistiken der arbeitslosen Katholiken, doch liegen aus der Stadt Londonderry Unterlagen vor, die eine Relation von 16 Prozent katholischer Arbeitslosen zu drei Prozent protestantischer Arbeitslosen in dieser Stadt beweisen.

Emanzipationsbewegung und Reform in Nordirland

Gegen solche Verhältnisse zeigte sich bislang nur halbherziger Widerstand. Die bisher in Republikaner, Nationalisten und Arbeiterpartei zersplitterte Opposition gegen die regierenden „Unionisten" hat sich nun zum erstenmal zur Durchsetzung eines gemeinsamen Zieles vereinigt: „one man, one vote" — „Jeder Mann hat eine Stimme bei der Wahl". Die herrschenden „Unionisten" sind in der Frage der unaufschiebbaren sozialen Reformen eindeutig reaktionär. Selbst bei bloß formal-demokratischen Reformen, wie der Korrektur des ständischen Wahlrechts, sind sie in einander hart bekämpfende Fraktionen zerstritten.

Die Skala dessen, wofür — und wogegen — man politisch in diesem Teil des Vereinigten Königreiches sein kann, umfaßt im wesentlichen nicht weniger als sechs Markierungen, wozu zwei neue Gruppen gekommen sind: zum einen die ad-hoc-Bürgerrechtsbewegung der Katholiken, für die das Beispiel der 21jährigen Psychologiestudentin Bernadette Devlin synonym ist, die jüngst britische Unterhausabgeordnete für Nordirland wurde, ohne einer Partei anzugehören; zum anderen die puritanisch-protestantische Bewegung des militanten Reverend Ian Paisley, die als brutale Kampforganisation der Unterdrückung der Katholiken die Komponente der Gewalttätigkeit beigefügt hat.

Im vorigen Oktober protestierten katholische Bürgerrechtler erstmals in den Straßen von Londonderry gegen die Regierung der Protestanten und wurden dort von der zu 99 Prozent protestantischen und kasernierten RUC-Polizei geschlagen, bis in ihre Wohnungen hinein von den fanatisierten Anhängern Paisleys verfolgt und mißhandelt.

Zwar setzte sich — auf Druck Englands — ein prominenter Nordire taktisch vorsichtig und bloß partiell für die Katholiken ein: der Premier Terence O'Neill. Doch als Premier O'Neill Neuwahlen ausschrieb, um mit größerer Parlaments-

mehrheit formale Rechte für die Katholiken durchsetzen zu können, wäre er fast selbst gescheitert: In seinem eigenen Wahlkreis erhielt er nur 1414 Stimmen mehr als sein Rivale Paisley, dessen Stellung sich innerhalb der aus vielen Gruppen bestehenden „Unionisten-Regierung" natürlich dadurch nur noch stärken konnte.

Inzwischen ist Terence O'Neill zurückgetreten, und sein Nachfolger Chichester Clark weiß sich der neuerstarkten Reaktion nur zu gut anzupassen, indem er die nötigen Reformen auf die lange Bank schiebt. Der radikale Unionisten-Flügel, dem Paisley nahesteht, hat bereits angekündigt, notfalls zu den Waffen zu greifen, falls auch nur irgendwelche nennenswerten Reformen durchgeführt werden sollten. Sollte es zum Bürgerkrieg kommen, würde die protestantische Hilfspolizei nicht tatenlos zusehen. Ihre 10 000 Mann dürfen Karabiner und Munition zu Hause aufbewahren. Ein katholisches Gegenstück dazu gibt es nicht!

In dieser Lage, die durch ihre strikte Rigidität den sozialen Konflikt, in dessen Spannungsfeld die unterprivilegierten, armen Katholiken Nordirlands leben, bis an die äußerste Grenze anspannt, weil „alles beim alten bleibt", sehen Teile der Bürgerrechtsbewegung und bewaffnete Kader der illegalen IRA ihre einzige Möglichkeit darin, durch gezielte Guerilla-Aktionen den Widerstand zu formieren, um sich dadurch auch direkt und ultimativ an die britische Zentralinstanz zu wenden: In Belfast explodierten kürzlich in neun Postämtern Molotow-Cocktails, die Hauptwasserleitung nach Belfast wurde gesprengt. Diese Aktionen punktueller Gewaltanwendung, die politisch kaum artikuliert und vermittelt werden, dürften sich langfristig als Hemmschuh der Bewegung erweisen.

Bernadette Devlin, die verantwortlich die erste große Katholiken-Demonstration in Belfast organisierte, und ihre studentischen Freunde von der Queen's University jedoch diskutieren haltbarere Strategien. Sie versuchen das in Nordirland schwierige Problem zu bewältigen, den sozialen Aspekt des Protestes hervorzuheben, um die Massenbasis zu verbreitern, der dann auch die protestantischen Arbeiter und Arbeitslosen angegliedert werden sollen.

Vorläufig noch tritt die aus kleinen Verhältnissen stammende Bernadette Devlin im Londoner Unterhaus mit ihren für die irische Sphäre neuen politischen Agitationsinhalten auf, die ihre Wirkung angesichts der voraussehbaren Verhärtung der sozialen Entwicklung im eigenen Lande kaum verfehlen dürften: „Diese britische Regierung hat viel zu lange Lippenbekenntnisse von sich gegeben und leere Versprechungen gemacht." Und: „Sonst seid ihr Gewerkschaftler immer so schnell mit Kampfmaßnahmen bei der Hand. Ich rufe die Arbeiterbewegung zur Solidarität gegenüber der heuchlerischen Kapitalisten-Clique auf, die Nordirlands Werktätige im Würgegriff der sektiererischen Unionisten hält."

Ulrich Sander

Internationale Jugendarbeit als „Außenpolitik"

„Droht uns die Staatsjugend?" Unter dieser Überschrift berichtet der Bundesjugendsekretär der IG Chemie, Hinrich Oetjen, im Organ seiner Gewerkschaft „Gewerkschaftspost" (2/69) über eine „zunehmende Verstaatlichung der Jugendarbeit durch das Bundesfamilienministerium über den Rahmen des Bundesjugendplanes hinaus" und „ohne parlamentarische Kontrolle". Oetjen spielt auf die Einrichtung eines Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienstes (IJAB) durch das Bundesministerium für Familie und Jugend an, in der sich Bestrebungen der Bundesregierung manifestieren, Aufgaben der freien Träger der Jugendarbeit an sich zu ziehen mit dem Ziel, insbesondere mit nichtorganisierten Jugendlichen in Kontakt zu kommen, sie an solchen Aktivitäten zu beteiligen, die von Regierungsseite initiiert sind. Daß dabei das sonst so gepriesene pluralistische Subsidiaritätsprinzip über Bord geworfen wird und man außerdem den materiellen Hebel zugunsten der Regierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Jugendarbeit anwenden kann, hat den Unwillen der meisten Jugendverbände der Bundesrepublik hervorgerufen.

An die Jugendverbände gerichtet, versichert das Bundesfamilienministerium in öffentlichen Reden, es müsse „Ziel der internationalen Jugendpolitik sein, über die sich anbahnenden Freundschaften zwischen der Jugend ein Klima gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Achtung zwischen den Völkern zu schaffen" (Staatssekretär Dr. Barth laut „Informationen des BMFa" Nr. 7/67 vom 17. Juli 1967). Derartiges hört man gern in Jugendverbänden [1]). Wie stellt sich aber die Jugendpolitik der Ministerialbürokratie und sonstiger einflußreicher Kreise in der Bundesrepublik konkret dar?

Die Motive staatlicher internationaler Jugendarbeit drückt die Bundesregierung in ihrem ersten Jugendbericht so aus: „Diese lebendige Bereitschaft zur Freundschaft mit der Jugend der Welt bietet der deutschen Politik eine einzigartige Chance, über die Jugend ihre außenpolitischen Bestrebungen und Notwendigkeiten in die Zukunft zu tragen und sie für Generationen zu festigen" (Bericht über die Lage der Jugend, Juni 1965, S. 72). In überraschender Offenheit heißt es in diesem Bericht, die internationale Jugendarbeit sei ein „wichtiges Mittel politischer Bildung und ein bedeutsames Element deutscher Außenpolitik."

Als „wirkungsvoller und zukunftsträchtiger als viele herkömmliche Mittel der Außenpolitik" wertet Ministerialrat Dr. Hanns Ott, im Bundesfamilienministerium Leiter des Referats III/5 „Internationale Jugendpolitik", die von Regierungsseite beeinflußten internationalen Jugendbegegnungen. Ott schreibt in seinem „Handbuch der internationalen Jugendarbeit" (Europa Union-Verlag, Köln

1) Daß solche Allgemeinplätze noch kaum etwas aussagen über die tatsächlichen Ziele, die mit den internationalen Jugendkontakten von der einen oder anderen Seite verknüpft werden, versteht sich. Auch Baldur v. Schirach verbrämte als „Reichsjugendführer" die herrschende jugendpolitische Konzeption der Nazis: „Ich glaube an eine Zusammenarbeit der europäischen Jugend auf der Grundlage eines Abkommens, dessen einzige Programmforderung lauten müßte: Gegenseitiges Sich-kennenlernen. . . . es ist die rein menschliche Verständigung der Jugend untereinander" („Hitler-Jugend", Berlin 1934).

1968) über den Stellenwert der Jugend bei der Durchsetzung herrschender Politik: „So wie in die politische Bildung auch das Verhältnis zu Vaterland und Nation einbezogen ist, gehört diese Frage auch in die internationale Jugendarbeit, wenn es darum geht, welchen Beitrag die junge Generation leisten kann, Europa zu schaffen und an seiner Einigung mitzuwirken" (S. 17). Entsprechend diesen Anforderungen werden die Förderungsmittel bereitgestellt. „Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Förderung der internationalen Jugendarbeit an der Spitze der westeuropäischen Länder", konnte Staatssekretär Barth am 8. Juli 1967 in Bonn stolz verkünden. In der Tat, die Förderungsmittel auf diesem Gebiet wurden von 7 Mio. DM 1965 und 8,6 Mio. DM 1966 auf jeweils 10,5 Mio. DM in 1967 und 1968 gesteigert. Hinzu kommen jährlich 20 Mio. DM (1969 auf französischen Wunsch nur noch 18 Mio.), die in den gemeinsamen deutsch-französischen 40-Millionen-Fonds (1969: 36 Mio.) für den Jugendaustausch des Deutsch-Französischen Jugendwerkes fließen.

Damit dieses Geld im Sinne der „Gebenden" richtig ausgegeben wird, hat Dr. Ott klargestellt: „Es erübrigt sich fast, von jedem internationalen Jugendprogramm zu verlangen, daß es vor allem dann, wenn es aus öffentlichen Mitteln gefördert werden soll, höchsten Qualitätsanforderungen entspricht und eine pädagogisch-politische (!) Wirkung ausübt" („Jahrbuch 1966/67 für Jugendreisen und Internationalen Jugendaustausch", Bonn, Juni 1967). Weitere Mitarbeiter des Bundesfamilienministeriums kommen an derselben Stelle zu Feststellungen, die über das besondere Interesse der Regierung an der internationalen Jugendarbeit „als wichtiges Instrument der Außenpolitik der Bundesregierung" (Bernd Hecker) Aufschluß geben: „1966 verbrachten nahezu 1,5 Mio. deutsche Jugendliche ihren Urlaub überwiegend im Ausland. Es ist unerläßlich, diesen Jugendlichen Hilfe und Anleitung für ihre Auslandsreisen und ihren Auslandsurlaub zu geben" (Hermann Königsfeld). „In der zweiten und dritten Phase (der Bonner auswärtigen Jugendpolitik in den Jahren 1963—1965, d. Verf.) trat die Bundesregierung mehr und mehr mit eigenen Initiativen und mit Angeboten an bis dahin kaum angesprochene Bereiche auf den Plan" (Bernd Hecker). Hier finden wir die Erklärung dafür, daß just in dieser Zeit bereitwillig der Jahresetat für internationale Jugendarbeit im Bundesjugendplan auf 6 Mio. DM erhöht wurde, nachdem dieser Etat 1960 erstmals über die Millionengrenze geklettert war.

Der einzige Beitrag mit politisch-programmatischer Aussage in dem offiziösen, mit einem Vorwort des damaligen Ministers und heutigen CDU-Generalsekretärs Dr. Heck versehenen Jahrbuch stammt von dem Franzosen Max Richard [2]). Dieser führt u. a. aus: Die Bundeswehr sei die „am besten demokratische Armee der Welt!"; die Westdeutschen lebten in einer „praktisch klassenlosen Gesellschaft", ihre Sozialisten hätten „alle kollektivistischen Albernheiten abgestreift"; die DDR existiere „juristisch überhaupt nicht" und der Protest gegen die „Amputation" der Ostgebiete müsse in „regelmäßigen Abständen" wiederholt werden; die Franzosen hätten „alle das Gefühl — natürlich mit Ausnahme der Kommunisten —, daß Berlin ein wenig auch ihre Sache, das vorgeschobene Bollwerk Europas ist und daß dieses Bollwerk verteidigt werden muß." Der französische Kronzeuge für die CDU-Politik stellt zur „Sehnsucht der BRD nach einer Beteiligung an der atomaren Verteidigung des Westens" die Frage: „Ist ... Frankreich berechtigt, Deutschland zu verwehren, was ihm selbst nur allzu willkommen war?" Nur die BRD, wird schließlich betont, könne „juristisch, geistig-moralisch und politisch" für sich beanspruchen, „für Gesamtdeutschland zu sprechen".

---

[2]) Sein Thema lautet: „Deutschland aus der Sicht eines Franzosen". Richard hat in der Bundesrepublik die Funktion eines Vizepräsidenten des Direktionsausschusses des Europa-Hauses in Marienberg/Westerwald.

INTERNATIONALE JUGENDARBEIT ALS „AUSSENPOLITIK"

Für ihre internationale Jugendarbeit hat die Bundesregierung eine Konstruktion gewählt, die die Durchsetzung einheitlicher Maßstäbe sichern soll:

1) Das Deutsch-Französische Jugendwerk, „eindeutig in den Dienst der Außenpolitik" getreten (Ott), 1963 im Rahmen des Deutsch-Französischen Vertrages geschaffen und einer „menschlichen Infrastruktur" dienend (Alfred Grosser). Betont wird der Einfluß auf die „Führungskräfte", die Multiplikatoren der Jugendarbeit. Jährlich werden etwa 350 000 Jugendliche beider Länder ausgetauscht. Das DFJW wird von bundesdeutscher Seite als eine der Möglichkeiten genutzt, die eigene Konzeption für eine Europa-Politik durchzusetzen. So schreibt der außenpolitisch ambitionierte SPD-Bundestagsabgeordnete Kahn-Ackermann im Pressedienst seiner Partei (18. November 1968): „... unterliegt es keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Europapolitik der französischen Regierung zur Zeit in der Bundesrepublik eine politische Belastung für das angestrebte Ziel des Deutsch-Französischen Jugendwerkes darstellt." Die Bundesregierung ist bestrebt, den Widerstand der Pariser Regierung gegen die Errichtung eines Europäischen Jugendwerkes zu brechen, ein Lieblingsprojekt des Auswärtigen Amtes und des Bundesfamilienministeriums. Im Kuratorium des Deutsch-Französischen Jugendwerkes haben die Jugend- und Studentenverbände eine unzureichende Vertretung; nur fünf ordentliche und stellvertretende Kuratoren von insgesamt 20 kommen aus der Jugend- und Studentenarbeit, allein fünf Plätze stellen Behörden, Ministerien und der Arbeitgeberverband. Kontakte kommunistischer und linkssozialistischer Gruppen werden vom DFJW nicht gefördert.

2) Der Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst (IJAB), 1966 als illegitimes Kind der CDU und SPD in der prä-großkoalierten Zeit gezeugt und 1957 nach offizieller Installierung bei der SPD-nahen Deutschen Gesellschaft für internationalen Jugendaustausch für ehelich erklärt, war Gegenstand heftiger Kontroversen beim „Kongreß mit der Jugend", den die SPD im Januar in Bad Godesberg veranstaltete. Gegen den heftigen Widerstand der Jugendverbände, die bei diesem Projekt nur „mitwirken", nicht aber mitbestimmen dürfen, wurde diese Einrichtung geschaffen als „überaus wertvolles Instrument ebenso für die nichtorganisierte Jugend wie für die Verbände und Einrichtungen zur Verwirklichung wertvoller und exemplarischer Kontaktprogramme" (Ott in „Jahrbuch ..."). Obgleich bei der Deutschen Gesellschaft installiert, kann der IJAB dennoch nicht als ein freier Träger der Jugendarbeit angesehen werden. Die Deutsche Gesellschaft, als kommerzielles Reiseunternehmen traditionell der SPD verbunden, wurde bei Schaffung des IJAB durch einige CDU-Abgeordnete und hohe Ministerialbeamte in ihrem Vorstand erweitert und mit erheblichen Mitteln aus dem Bundesjugendplan ausgerüstet. Den Forderungen der freien Jugendverbände gegenüber, den IJAB in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder einen eingetragenen Verein umzuwandeln und den freien Trägern Mitbestimmungsrechte zu gewähren, stellte sich die Bundesregierung bisher stets taub.

Adressat der Bemühungen der Bundesregierung über IJAB und DFJW sind in erster Linie die unorganisierten Jugendlichen. Hier tritt die Regierung in Konkurrenz zu den freien Trägern, die ebenfalls die unorganisierten Jugendlichen ansprechen wollen. Mit der Formel „Soweit andere geeignete Träger in der Bundesrepublik Deutschland nicht vorhanden sind" kann das Bundesfamilienministerium praktisch alle von ihm gewünschten Maßnahmen einleiten, etwa „im Rahmen des Ost-West-Austausches", wie im Aufgabenkatalog des IJAB betont wird. Im Hinblick auf die Kontakte zu Japan und Israel mußten die Jugendverbände bereits einen Alleinvertretungsanspruch des Ministeriums kritisieren. Der

schon zitierte Hinrich Oetjen kommt zu dem Schluß, „daß es bei diesem Dienst (IJAB) um eine offizielle Einrichtung zur Förderung der Kontakte zu Portugal und Südafrika und anderer Diktaturstaatsjugendorganisationen, eine Einrichtung für eine spezielle CDU-Außenpolitik und zur Kontrolle und Lenkung aller Auslandskontakte der freien Verbände geht" („Gewerkschaftspost").

3) Die Kontakte der bundesdeutschen Jugend zu ihren Altersgenossen in sozialistischen Ländern sind jahrelang im Stile des Kalten Krieges angefeindet worden. Heute, im Zuge der „neuen Ostpolitik", ist eine taktische Wende in der Haltung der Bundesregierung feststellbar. Als habe es nie Diffamierung und Mittelentzug wegen „Ostkontakten" gegeben, lobt Hanns Ott in seinem „Handbuch der internationalen Jugendarbeit" jene Jugendlichen und Jugendgruppen, „welche auf vielfältige Weise Kontakte mit jungen Menschen in und aus osteuropäischen Staaten anstreben und trotz zahlreicher Widerstände auch realisieren und damit der offiziellen Diplomatie klimaverbessernd und auf die Öffentlichkeit in den osteuropäischen Ländern wie auch bei uns einwirkend eine Hilfe leisten."

Franz-Josef Strauß hat das politische Programm geliefert: „Jede zukünftige Union Europas muß auf dem Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik Deutschland bestehen und es aktiv verfechten, solange es in Ostberlin ein Regime von Moskaus Gnaden gibt. Eine solche Politik der gesamtdeutschen Auflockerung kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen. Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können, sondern eher in Dimensionen eines historischen Prozesses denken müssen. Während dieser Periode müssen wir die ost- und südosteuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bindungen stärker an Westeuropa heranziehen: durch Jugend- und Akademikeraustausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und viele andere passende Mittel" (Entwurf für Europa, Seewald-Verlag, Stuttgart 1966, S. 44). Man fühlt sich an den Straußschen Entwurf erinnert, wenn man die Grundsätze der Bundesregierung für eine gesamtdeutsche Politik liest, die der damalige Bundesfamilienminister Dr. Heck den Jugendverbänden am 20. Juni 1966 zuleitete mit der Aufforderung, diese Grundsätze „in entsprechender Weise" zu berücksichtigen. Darin heißt es, die DDR-Kontakte müßten der Wiedervereinigung Deutschlands „in einem freiheitlichen Rechtsstaat" und „der Kräftigung des freiheitlichen Bewußtseins dienen und nicht dem etablierten Herrschaftssystem der Zone"; „unkoordinierte Aktionen (seien) zu vermeiden". Für die Förderung der Kontakte zur Jugend sozialistischer Länder ist noch immer die Bestimmung des Bundesfamilienministers vom 18. Juni 1965 gültig, die eine Konsultation mit dem Auswärtigen Amt vor Antritt der Reise vorschreibt. Ferner wird eine sorgfältige Auswahl der Teilnehmer und ihre Schulung über die „besonderen Umstände" eines solchen Besuches verlangt. Der Leiter der deutschen Gruppe muß dem Bundesfamilienministerium nach Abschluß der Reise einen ausführlichen schriftlichen Bericht (in dreifacher Ausfertigung!) über Verlauf und Ergebnisse der Begegnung vorlegen. In den Richtlinien zum Bundesjugendplan vom 24. November 1967 werden die osteuropäischen Staaten im Sinne des Erlasses aufgezählt. Weiter heißt es dort: „Der räumliche Geltungsbereich dieses Erlasses erstreckt sich ferner auf die deutschen Ostgebiete, z. Z. unter fremder Verwaltung, nicht jedoch auf die sowjetische Besatzungszone und den Sowjetsektor von Berlin." Die DDR als quasi-Inland und die „Ostgebiete" nur „z. Z." im Ausland! Auf daß vom Pfad des Revanchismus nicht abgewichen werde!

Das Deutsch-Französische Jugendwerk, der Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst und die Erlasse zu den Ostkontakten sind zweifellos Schwer-

punkte im Instrumentarium der Bundesregierung zur Nutzbarmachung internationaler Jugendkontakte für die eigenen Ziele. Weitere Instrumente sind:

— Die Kulturabkommen mit zahlreichen Ländern, darunter Spanien; Portugal soll folgen. In solchen Abkommen sind vielfach Bestimmungen über den Jugendaustausch enthalten.

— Die Berlin- und Zonengrenzfahrten, die, kräftig finanziell unterstützt, besonders antikommunistische Emotionen fördern sollen. (Allein nach Berlin fahren jährlich mit Bundesmitteln 200 000 Jugendliche.)

— Die Kriegsgräbereinsätze des Volksbundes Deutscher Kriegsgräber, die junge Menschen in verschiedene Gegenden der BRD und des Auslandes führen, organisatorisch unterstützt von der Bundeswehr. Sie finden unter der Losung der „Versöhnung über den Gräbern" statt, auf antimilitaristische und antifaschistische Aussagen wird verzichtet.

— Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), der im Auftrage der Bundesregierung Freiwillige in die Dritte Welt entsendet.

Schließlich sollen die Deutsche Sportjugend *) und die Deutsche Jugend des Ostens genannt werden, die beide von verschiedenen Bundesressorts erheblich großzügiger behandelt werden als andere Jugendorganisationen.

Die Deutsche Sportjugend erhebt den Anspruch, über drei Millionen unter 21jährige Mitglieder der Sportvereine zu vertreten. Die rechtsorientierte Führung der DSJ wird vom Bundesinnenministerium und vom Bundesfamilienministerium offen den anderen Jugendverbänden vorgezogen, indem sie ohne Konsultation der anderen Jugendorganisationen die „Olympiafahrten der Deutschen Jugend" ausrichten darf, die Trägerschaft für Fahrten „der deutschen Jugend" nach Japan erhält und „die deutsche Jugend" auch exklusiv in der Vorbereitung der Jugendveranstaltungen im Rahmen der Olympischen Spiele von München vertreten darf. Selbst weit davon entfernt, demokratische und parlamentarische Strukturen in der Deutschen Sportjugend durchzusetzen, ist die DSJ-Führung gegenwärtig bestrebt, ein Parlamentarismus-Modell im Deutschen Bundesjugendring durchzusetzen, das ihr die Mehrheit in diesem Zusammenschluß der Jugendverbände sichern würde.

Das Selbstverständnis der Deutschen Jugend des Ostens, die nicht nur vom Bundesfamilienministerium, sondern auch vom Bundesvertriebenenministerium und durch Partnerschaften zahlreicher Städte gefördert wird, hat ihr Bundesführer Heinz Patock auf dem Landesdelegiertentag der DJO in Bayern (4./5. November 1967) formuliert. Die DJO wolle ihren „Beitrag leisten für die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit. Wenn wir Freiheit sagen", fügte Patock hinzu, „dann schließen wir darin auch die Freiheit für die Esten, Letten und Litauer, für die Südtiroler und die Slowenen ein". Die Bundesrepublik Deutschland sei der „freie Kernstaat des deutschen Reiches", erklärte Patock weiter. Die DJO werde „stellvertretend für die Jugend der ost- und südosteuropäischen Völker ihre Stimme in der freien Welt wahrnehmen, bis sie selbst ihre Stimme in dem Konzert der freien Welt wieder erheben können" („Der Pfeil", 12/67).

*

Hier sollte eine Übersicht über die Nutzung der Jugendarbeit für die Außenpolitik der Bundesregierung gegeben werden. Es war nicht möglich, die Reaktionen

*) Der Artikel ist vor dem Austritt der Deutschen Sportjugend aus dem Bundesjugendring geschrieben worden. D. Red.

der Jugendverbände auf diese offiziellen jugendpolitischen Bemühungen darzustellen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß unter demokratischen Jugendorganisationen lebhaft über alle jugendpolitischen Regierungsmaßnahmen diskutiert und besonders die Einrichtung des IJAB kritisiert wird. Die Forderung nach Mitbestimmung der Jugendverbände in den Institutionen Bonner Jugendpolitik ist berechtigt. Notwendig ist aber auch die verstärkte inhaltliche Diskussion über das jugendpolitische Instrumentarium der Regierung. Im Verlauf dieser inhaltlichen Diskussion und durch Anwendung der vorwärtsweisenden Beschlüsse demokratischer Jugendorganisationen (Oder-Neiße, Anerkennung der DDR, Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches, Kampf gegen Neonazismus und Revanchismus, Nichtigerklärung des Münchner Abkommens von Anbeginn an) als Kriterien für die internationale Jugendarbeit der Jugendverbände unseres Landes kann verhindert werden, daß diese Jugendverbände und die Jugend schließlich außenpolitische Hebel für die Bonner Politik werden.

Die Beteiligung der SPD an der Bundesregierung hat nicht nur keine grundlegende Änderung der Außenpolitik bewirkt, sondern vielmehr verfeinerte Methoden der Durchsetzung dieser Politik ermöglicht. Es sei hier an die sogenannte neue Ostpolitik erinnert, auf die nicht näher eingegangen werden kann. Zu den verfeinerten Methoden gehört auch das verstärkte Ringen darum, Jugendliche, ihre Vereinigungen und informellen Gruppen im Sinne der Regierungspolitik zu aktivieren und einzusetzen. Man darf damit rechnen, daß diese Bemühungen seitens der Regierung fortgeführt werden.

Kurt Schacht

Die SPD und ihre Studentenverbände

Genesis eines Konflikts

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist das Verhältnis der SPD-Parteispitze zu den sozialdemokratischen Studentenverbänden durch Spannungen und heftige Auseinandersetzung gekennzeichnet. Das Zerwürfnis begann etwa zur gleichen Zeit, als die Parteiführung den Weg der Anpassung an die herrschende Ordnung und Politik radikal vollzog. Um den Kurs von „Godesberg" und des 30. Juni 1960 (der Tag, an dem Herbert Wehner der CDU/CSU eine gemeinsame Außenpolitik auf der Grundlage der bis dahin geltenden Regierungspolitik anbot) glaubwürdig zu untermauern, betrieb die Parteispitze die Trennung von allen innerparteilichen Kräften, die nicht bereit waren, die pragmatische und opportunistische Politik der Anpassung zu tolerieren. Eines der ersten Opfer war bekanntlich der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Neun Jahre nach Abbruch der Be-

ziehungen zum SDS ist dann auch das Verhältnis zwischen Parteiführung und Sozialdemokratischem Hochschulbund (SHB) so gespannt geworden, daß — vor allem nach der Sperrung finanzieller Zuwendungen an den SHB durch das SPD-Präsidium — der Ausschluß dieses sozialdemokratischen Studentenverbandes aus der SPD nicht ausgeschlossen werden kann.

Verhalten und Vorgehen der SPD-Verantwortlichen zeigen, daß sie nicht bereit und in der Lage sind, Verständnis für das Aufbegehren der jungen Generation und die Entwicklung des SHB zu einem kritisch-sozialistischen Studentenverband mit konkreten politischen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen aufzubringen. Es irritiert sie anscheinend außerordentlich, daß auch jener Studentenverband, den sie gründeten, um einen parteitreuen Ersatz für den exkommunizierten SDS zu schaffen, einen Weg einschlug, der noch links an jener Position vorbeiführte, die seinerzeit der SDS bezog, als er ausgeschlossen wurde. Vor ähnlichen Konsequenzen wie im Falle des SDS schreckte die Parteiführung gegenüber dem SHB jedoch lange Zeit zurück. Versuche, den sozialdemokratischen Studentenverband von der SPD abzudrängen, stellte sie schnell ein, als sie damit scharfen Widerstand aus der eigenen Partei provozierte und negative Reaktionen in der Öffentlichkeit auslöste. Hinzu kam, daß die Parteiführung berücksichtigen mußte, daß unter der andersgelagerten politischen und psychologischen Atmosphäre der Jahre 1967/68 die Exkommunizierung des SHB einen äußerst ungünstigen Eindruck vor allem auf die junge Generation gemacht hätte, die bislang, soweit sie das Wahlalter erreichte, nicht unerheblich zu Wahlerfolgen der SPD beigetragen hat. Noch legte die Parteiführung großen Wert auf die Aufrechterhaltung der Fiktion, daß die SPD in unserem Land „die politische Kraft (ist), die die Impulse der jungen Generation aufnimmt und so gestärkt schon heute zum Schritt ins nächste Jahrhundert ansetzt", daß die SPD „Verständnis für den kritischen Geist der Jugend aufbringen" und ihr jede Chance geben müsse, „auf Grund ihrer Begabungen, ihrer Fähigkeiten und ihrer Neigungen in der Partei zu arbeiten und sich im politischen Leben zu bewähren" [1]).

Der Ruf nach „Ruhe und Ordnung" wirkte freilich um so nachhaltiger auf die SPD-Spitze, je exzessiver er von der politischen Rechten und den „entpolitisierten", Springer-Zeitungen konsumierenden Bevölkerungsschichten erhoben wurde. Das „Verständnis für den kritischen Geist der Jugend" wich immer mehr einer Einstellung der Intoleranz gegenüber der kritischen Jugend. Beredter Ausdruck dafür ist eine Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt vor den Führungsgremien seiner Partei; eine Rede, in der „reaktionäre, antidemokratische Tendenzen überdeutlich" geworden sind und in der er „auf sachliche Argumentation verzichtet und sich emonationaler Schlagworte bedient" [2]). Eine Rede, in der er die „Schwächlinge" in der SPD ermunterte, hart mit der kritischen Jugend innerhalb und außerhalb der Partei umzugehen, kein „opportunistisches Verhalten" gegenüber „politisch irre gewordenen Jungsozialistengruppen" mehr an den Tag zu legen, abweichende Meinungsäußerungen des SHB nicht auch noch „mit unserem Geld" zu bezahlen. Apokalyptisch malte Schmidt an die Wand, daß bei der „Hysterie, die einen Teil der Studenten erfaßt hat", am Ende des Wahlkampfes mit 30 Toten zu rechnen sei, „wenn ein auslösendes, aufpeitschendes Ereignis eintreten sollte". Seiner Meinung nach helfe gegenüber gewissen

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, zitiert nach „Protokoll SPD-Parteitag Nürnberg 1968", herausg. vom Parteivorstand der SPD, Neuer Vorwärts Verlag, Bonn/Hannover 1968, S. 1023 und 1058.

2) Aus einer Entschließung der Hamburger Jungsozialisten auf ihrer Landeskonferenz am 12. April 1969.

Leuten in der Studentenschaft nichts anderes „als ein sehr bewußt gehandhabtes Prinzip strafrechtlicher Abschreckung" [3]).

Alles in allem: „harte Welle" gegen die kritische junge Generation; das bewußte Bestreben, die SPD als „Ordnungspartei" zu präsentieren, um die „ordnungsliebenden" Wähler und Spießbürger vor den Bundestagswahlen nicht zu verprellen. Daß der Spießbürger in das politische Kalkül der Schmidtschen Überlegungen einbezogen ist, wird deutlich aus seiner Erklärung, daß der Ausschluß des SDS „damals richtig war und daß das, weiß Gott, einer der spätesten Zeitpunkte war, in denen es möglich gewesen ist, unser eigenes öffentliches Schild sauberzuhalten und zu verhindern, daß die SPD durch den Wähler und durch den Spießbürger mit denen identifiziert wurde, mit denen wir nichts zu tun haben" [4]). Damit verband Schmidt indirekt die Aufforderungen, den SHB aus gleichen Gründen ebenso zu behandeln wie damals den SDS.

Dennoch wäre es falsch, wollte man übersehen, daß es in der SPD eine Gegenkraft gibt, die sich voll oder zumindest teilweise mit den Forderungen solidarisiert, wie sie vom SHB erhoben werden. Als Partei, die zu über 90 Prozent aus Volksschichten zusammengesetzt ist, deren natürliche Interessen im Gegensatz zu denen der herrschenden Kreise stehen, unterliegt die SPD nicht nur einem durch objektive Faktoren und subjektives Hinzutun geförderten Prozeß der Integration in die spätkapitalistische Gesellschaft, sondern es entsteht in ihr auch permanent kritisches Bewußtsein, das mehr oder weniger bewußte Erkennen, daß die eigenen Interessen im Widerspruch stehen zur Politik der CDU/CSU und zur herrschenden Ordnung. Vor allem daraus ergibt sich das Spannungsverhältnis in der SPD, das sich einerseits in dem ständigen Bestreben der Parteiführung äußert, den Spielraum der innerparteilichen Demokratie so weit einzuengen, daß sich auf ihrer Grundlage keine Kraft bilden kann, die die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU aus grundsätzlichen Erwägungen in Frage stellt und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Sinne einer Demokratisierung und letztlich sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft anstrebt; das sich andererseits aber auch darin äußert, die Spannweite der innerparteilichen Demokratie zu vergrößern, um Freiheit für die Verbreitung alternativer Vorstellungen und gesellschaftskritischer Auffassungen zu gewinnen.

Das Maß an innerparteilicher Demokratie hängt also wesentlich vom Kräfte- und Bewußtseinsverhältnis in der SPD ab. Man könnte auch formulieren: Je mehr innerparteiliche Demokratie, desto größer die geistige Mobilität der SPD, desto größer die Chance, überholte und verfestigte gesellschaftliche Strukturen zu überwinden und politischen und sozialen Fortschritt voranzutreiben. Das gilt natürlich auch im umgekehrten Sinne. Ebenso wie es gilt, daß der restaurative Prozeß in der Bundesrepublik seine negativen Auswirkungen auf die Politik der SPD und die innerparteiliche Demokratie hatte. Konkret zeigt sich, daß die SPD noch nicht jenen Zustand erreicht hat, den sich Prof. Horst Ehmke auf dem Nürnberger SPD-Parteitag im März 1968 wünschte, als er definierte: „Volkspartei kann nicht heißen, daß wir nach rechts offen sind und nach links ängstlich abschotten", und als er die SPD aufforderte, die Ansätze in den Reihen des SHB zu nutzen, um „eine zutreffende Diagnose der Schwächen unserer Gesellschaft zu stellen und eine realistischere Therapie für deren Reform zu entwickeln" [5]).

Gerade am Beispiel des Konflikts der Parteiführung der SPD mit den sozialdemokratischen Studentenverbänden läßt sich nachweisen, daß die Tendenz „nach

3) Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Helmut Schmidt vor Parteivorstand, Parteirat und Bundestagsfraktion der SPD in Bonn; zitiert nach „Frankfurter Rundschau" vom 5. April 1969.
4) Ebenda.
5) Protokoll SPD-Parteitag Nürnberg 1968, a.a.O., S. 219 und 521.

rechts offen" und „nach links abschotten" bisher immer stärker gewesen ist. Die politische Fragwürdigkeit dieser einseitigen Auslegung und Anwendung der innerparteilichen Demokratie wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß sozialdemokratische Studenten in vielen politischen Fragen relativ vorzeitig zu Einsichten gelangten, die erst später in größeren Teilen der SPD und den Gewerkschaften an Boden gewannen. Das betrifft den gesamten Komplex der Deutschlandpolitik, der Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, der Bildungspolitik, der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Restauration in der Bundesrepublik sowie der Notwendigkeit zur Demokratisierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Wenn jetzt der SHB die punktuelle Zusammenarbeit mit links von der SPD stehenden Kräften und Parteien befürwortet und die Parteispitze diese Forderung zum Anlaß für Repressionsmaßnahmen gegen den SHB nimmt, so widerspiegelt sich auch hierin der Konflikt zwischen politischer Weitsicht und politischer Kurzsichtigkeit. Wie kurzsichtig die Parteiführung verfuhr, beweist der Verlauf der Auseinandersetzung zwischen ihr und dem SHB sowie dem SDS, der vor neun Jahren ein wesentlich anderes politisches Profil hatte als heute. Der konkrete Hintergrund dieser Auseinandersetzung ist gegenwärtig kaum noch bekannt.

Der Streit mit dem SDS — Worum ging es?

Wer weiß heute noch, aus welch relativ nichtigen Gründen der SDS seinerzeit exkommuniziert wurde? Hauptsächlich wegen seiner Haltung zur Atomrüstung, zur Deutschlandfrage und zu den konkreten Erscheinungen der Restauration. Der Konflikt mit dem SDS begann eigentlich erst, als auf dem Berliner Studentenkongreß im Januar 1959 gegen Atomrüstung, der vom SDS maßgeblich organisiert wurde, eine Resolution verabschiedet wurde, die es als das „Ziel notwendiger Verhandlungen zwischen beiden Teilen Deutschlands" bezeichnete, „die Umrisse eines künftigen Friedensvertrages zu entwickeln" und die „möglichen Formen einer interimistischen Konföderation zu prüfen" [6]). Unter den damaligen politischen und psychologischen Bedingungen grenzte das fast an Hoch- und Landesverrat. Obschon in der Resolution weder die DDR beim Namen genannt wurde, noch von einer Anerkennung der DDR direkt die Rede war, machte sie der am Kongreß teilnehmende Helmut Schmidt zum „corpus delicti", erklärte, die Resolution sei psychologisch in Ostberlin vorbereitet worden, und verließ unter Protest den Kongreß. Zehn Jahre später fordern die SPD-Regionalorganisationen Hessen-Süd und Schleswig-Holstein in Anträgen an den außerordentlichen Bundesparteitag in Bad Godesberg die Anerkennung der DDR, ohne daß der Parteivorstand noch in der Lage gewesen wäre, mit disziplinären Maßnahmen darauf zu reagieren. Seine Waffe dagegen heißt heute taktieren.

Auch der nächste Streitpunkt, der fast zum Bruch zwischen SDS und Parteispitze führte, zeugt von der Weitsicht der sozialistischen Studenten ebenso wie von der Kurzsichtigkeit der Parteiführung. Als der — ebenfalls vom SDS maßgeblich beeinflußte — Kongreß „Für Demokratie — gegen Restauration und Militarismus" im Mai 1959 in Frankfurt am Main eine Resolution annahm, in der u. a. gefordert wurde, „den gegenwärtigen Stand der Rüstung in der Bundesrepublik abzubauen", „Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen mit dem Ziele einer stufenweisen Zusammenführung der Teilstaaten" aufzunehmen, auf eine „Revision der bestehenden deutschen Grenzen" zu verzichten und die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, gerieten bürgerliche Presse und SPD-Spitze gemeinsam aus dem Häuschen. Der damalige parlamentarische Geschäftsführer der

[6]) Unveröffentlichte Dokumente aus der Arbeit des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes aus der Zeit vom 1. 1. 1958 bis zum 1. 3. 1961, herausg. vom Bundesvorstand des SDS, Frankfurt/M. 1961, S. 3.

SPD, Dr. Karl Mommer, rief die sozialistischen Studenten, „die sich nicht als trojanische Esel für Pankow einspannen lassen wollen", auf, sich vom SDS zu trennen.

Zunächst zögerte die Parteiführung. Aber als sie Anfang 1960 endgültig auf eine Allparteienregierung oder Große Koalition zusteuerte, war sie entschlossen, den SDS zu opfern, um die Partei vom Verdacht des Sozialismus und Marxismus zu befreien. Es half dem SDS nichts, daß er sich von den umstrittenen Beschlüssen des Frankfurter Kongresses distanzierte, daß er seinen Vorsitzenden opferte, die Mitarbeit bei der Studentenzeitschrift „konkret" für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im SDS erklärte, eine Reihe von „radikalen" Gruppen ausschloß, die „Richtlinien für Ostkontakte" des SPD-Vorstandes und das Godesberger Programm anerkannte. Bevor die Beziehungen abgebrochen wurden, warf Herbert Wehner dem SDS vor, „seinen eigenen Kurs" zu steuern, „der nicht anders als ferngesteuert" sein könne, „fremder Loyalität" verpflichtet zu sein usw. Quintessenz: wo das festgestellt wird, „da schlagen wir zu. Da sind wir eisenhart"; da können wir nicht mehr sagen, „das wären anständige Leute. . ." [7]).

Jetzt folgte Schlag auf Schlag. Am 9. Mai 1960 wurde in Bonn die mit Angriffen auf den SDS gewürzte Pressemitteilung herausgegeben, daß die Delegierten von 15 sozialdemokratischen Hochschulgruppen aus dem Bundesgebiet einschließlich Berlin den sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) gegründet hätten. Vierzehn Tage später, am 23. Mai 1960, erklärte der SPD-Vorstand in einer Verlautbarung, er nehme die „vorgelegte Grundsatzerklärung des SHB zur Kenntnis" und begrüße „die eindeutige Haltung des SHB zum Godesberger Programm sowie die scharfe Abgrenzung zum Totalitarismus und seiner gegenwärtigen gefährlichen Form, dem Kommunismus". Die SPD-Mitglieder wurden aufgerufen, sich dem neugegründeten sozialdemokratischen Studentenverband anzuschließen [8]). Bald darauf beschloß der Parteivorstand die Einstellung jeder Förderung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes mit der Begründung, die SDS-Zeitschrift habe parteischädigende Beiträge veröffentlicht und die mit angeblich zweifelhaften Methoden betriebene „Aktion ungesühnte Nazijustiz" gefördert. Aber erst ein Jahr später, im November 1961, erklärte die Parteiführung der SPD die Mitgliedschaft im SDS und in der „Sozialistischen Förderergemeinschaft" für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD.

Zutreffend kommentierte damals der bekannte Soziologe Prof. H. P. Bahrdt, ebenfalls vom Unvereinbarkeitsbeschluß betroffen, diese Entscheidung des Parteivorstandes: „Offenbar ist ein offener Gegensatz zwischen Intellektuellen und Parteipolitikern aufgebrochen. . . . Die pragmatische Hinwendung der SPD zu grundsatzloser Realpolitik hatte sich bereits in der Weimarer Zeit gerächt. Sie ist aber in einer Zeit, in der sich immer deutlicher ein Trend zur Verwissenschaftlichung der Politik zeigt, noch viel fragwürdiger. In der provinzialisierten Bundesrepublik glaubt man zwar, darunter seien nur ad hoc angeforderte Gutachten zu verstehen, die durch Auftragsforschung erstellt werden. Aber keine Sorge, es wird sich bald herumsprechen, daß dem frischfröhlichen Pragmatismus die Zukunft nicht gehört und daß man ohne langfristige wissenschaftliche Analysen der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung keine Politik betreiben kann" [9]).

Wehners Erwiderung auf Bahrdt ging auf diese Kernfrage überhaupt nicht ein. Der von Prof. Bahrdt angeprangerte „frisch-fröhliche Pragmatismus" der Partei-

---

[7]) Gespräch mit Herbert Wehner, veröffentlicht in der Studentenzeitschrift „Marburger Blätter" vom 16. Juni 1960, S. 9/10.
[8]) Jahrbuch der SPD 1960/61, herausg. vom Parteivorstand der SPD, Neuer Vorwärts Verlag, Bonn/Hannover 1962, S. 451.
[9]) Prof. H. P. Bahrdt, Sozialismus mit und ohne Marx; in „Die Zeit" vom 26. Januar 1961, S. 3.

führung erlaubte keine Auseinandersetzung mehr über die Bedeutung von Wissenschaft und Analyse für zukunftsweisende Politik. Wehner interpretierte innerparteiliche Demokratie als die Pflicht jedes Parteimitgliedes, auch des Marxisten, das Godesberger Programm, das selbst Resultat von Verwerfung früherer Grundsatzprogramme war, anzuerkennen [10]). Zwar hatte auch der SDS das Godesberger Programm anerkannt, aber das hat ihn nicht davor geschützt, aus der SPD hinausgeworfen zu werden. Was die Parteiführung wollte, war ein parteifrommer Studentenverband, der den neuen Kurs der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien an den Hochschulen vertreten sollte. Und im SHB glaubte man einen solchen Studentenbund geschaffen zu haben. Nur einige Jahre währte diese Illusion. Auch der SHB wurde von dem Linksstrom an den Universitäten erfaßt, der immer wieder gespeist wird aus dem Widerspruch zwischen autoritären Strukturen an Hochschulen und in der Gesellschaft und der Notwendigkeit gründlicher Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen.

Die Anfänge des Streits zwischen SHB und Parteispitze der SPD

Einen letzten Rest Mißtrauen gegenüber dem SHB bewahrte sich der SPD-Vorstand allerdings bei der Gründung des sozialdemokratischen Studentenverbandes. So ließ er mit Blick auf nicht auszuschließende Entwicklungen eine von ihm und dem SHB unterschriebene Vereinbarung ins Amtsregister eintragen, in der es unter Punkt 2 heißt: „Der Sozialdemokratische Hochschulbund erkennt an, daß die SPD das ausschließliche Recht an der Namensbezeichnung ‚sozialdemokratisch' hat. Er wird deshalb in seinem Namen die Bezeichnung ‚sozialdemokratisch' nur mit Genehmigung der SPD führen." Punkt 3 der Vereinbarung regelt: „Für die SPD ist Voraussetzung und Bedingung der Genehmigung, daß sich der Sozialdemokratische Hochschulbund in seiner Satzung verpflichtet, das Godesberger Programm der SPD als verbindliche Grundlage seiner Wirksamkeit anzuerkennen und diese Verpflichtung auch jeweils zu erfüllen." Punkt 4 bestimmt, daß der „Vorstand der SPD unter Ausschluß des Rechtsweges" allein darüber entscheidet, ob der SHB „in seinem Verhalten dieser Voraussetzung gerecht wird".

Es sei dahingestellt, ob diese Vereinbarung den Normen der Verfassung und den Spielregeln innerparteilicher Demokratie entspricht, die, wie bereits betont, in ihrer konkreten Form Ausdruck des Kräfteverhältnisses in der Partei ist. Jedenfalls zeigt sie, wie kleinmütig und krämerhaft das Verhältnis zu der Parteijugend auch dann angepackt wird, wenn kein Konfliktstoff vorliegt.

Ungetrübte Freude am SHB genoß die Parteiführung der SPD indes nur relativ kurz. Bereits drei Jahre nach seiner Gründung entwuchs auch der SHB dem engen Korsett Wehnerscher Umarmungspolitik. Zum Erstaunen und zur Überraschung der Öffentlichkeit und des SPD-Vorstandes regte die 5. Bundesdelegiertenversammlung des SHB im Mai 1964 in Heidelberg an, daß ein „wiedervereinigtes Deutschland" unter bestimmten Voraussetzungen die deutsch-polnische Grenze anerkennen sollte. Der SHB war also 1964 da angelangt, wo 1959 der SDS gestanden hatte. Waldemar Ritter, SPD-Jugendreferent und ehemals stellvertretender SHB-Vorsitzender, reagierte auf die Heidelberger Beschlüsse mit der ärgerlichen Feststellung: „In einzelnen Fragen der allgemeinen Politik fehlte auf der Konferenz allerdings das Augenmaß" [11]). Einen Monat zuvor hatte er noch zu berichten gewußt, der SDS habe „abzüglich der 150 Karteileichen gerade noch 300 Mit-

---

10) Herbert Wehner, Das Auftreten der „Neuen Linken", ebenda, S. 3.
11) Waldemar Ritter, Das richtige Augenmaß fehlte, in „Vorwärts" vom 27. Mai 1964.

glieder", während sich die Studenten für den SHB entschieden hätten, „von dem sie wissen, wo er politisch steht" [12]).

Zwar mochten die Studenten wissen, wo der SHB politisch stand, dem SPD-Vorstand freilich wurde der politische Standpunkt des sozialdemokratischen Studentenverbandes immer anrüchiger. Vor allem nach der 6. SHB-Bundesdelegiertenkonferenz im März 1965 in Marburg, wo der SHB den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin forderte, an Veranstaltungen teilzunehmen beschloß, zu denen auch die FDJ eingeladen ist, und eine Große Koalition zwischen SPD und CDU/CSU schon vorsorglich „im Interesse der parlamentarischen Demokratie" ablehnte. Zum Verdruß der Parteiführung spendete der Kongreß dem Vorsitzenden des verstoßenen SDS auch noch Beifall für seine Begrüßungsansprache.

Fand sich 1959 ein Dr. Karl Mommer, der die sozialistischen Studenten mit „trojanischen Eseln" verglich, so schrieb 1965 ein Dr. Günther Müller (zu jener Zeit Bundesvorsitzender der Jungsozialisten) den renitenten SPD-Studenten „die gleiche Funktion wie die Hofnarren an den Höfen der Vergangenheit" [13]) zu. Der Rauswurf der „Hofnarren" aus der SPD schien perfekt, als der Geschäftsführer des SPD-Präsidiums im März 1967 öffentlich mitteilte — nachdem sich der SHB scharf von der Großen Koalition distanziert und ein 7-Punkte-Alternativ-Programm entworfen hatte —, daß das SPD-Präsidium beschlossen habe, jede finanzielle Unterstützung an den SHB einzustellen. Der Widerstand von einigen starken SPD-Regionalverbänden erzwang damals jedoch die Zurücknahme dieser Entscheidung. Auch gegenwärtig wird das weitere Schicksal des SHB entscheidend davon abhängen, ob die Gegenkräfte stark genug sind, seinen Ausschluß aus der SPD zu verhindern.

Die SPD würde, wenn sie es zuließe, daß auch der SHB exkommuniziert wird, einen Teil ihrer regsten Parteijugend verlieren, die mehrmals bewiesen hat, daß sie jeweils das vorauszudenken in der Lage ist, wozu sich dann später größere Teile der SPD entschieden. Über die tagespolitische Bedeutung hinaus gibt der Ausgang des Konflikts Aufschluß darüber, ob sich im Schoße der SPD eine Kraft entwickeln kann, die von der Strategie der „Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft durch Aktualisierung politischen Bewußtseins ... und dessen organisatorische Umsetzung" [14]) ausgeht.

---

12) Waldemar Ritter, in „Vorwärts" vom 22. April 1964.
13) Dr. Günther Müller, Leserbrief an die „Zeit" vom 2. April 1965.
14) Erklärung der Länderkonferenz des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) in Bochum vom 27./28. März 1969.

Fernseh-Spalte

DAS MEDIUM IST MASSAGE

Es geht hier nicht um den sogenannten McLuhanismus, wenngleich es sich einiger Überlegungen wegen lohnen würde, den wirren Hypothesen-Salat des kanadischen Professors Herbert Marshall McLuhan einmal zu analysieren. Es geht um diese beiden Sätze: „Alle Medien massieren uns gründlich durch. Sie sind dermaßen durchgreifend in ihren persönlichen, politischen, moralischen, ethischen und sozialen Auswirkungen, daß sie keinen Teil von uns unberührt, unbeeinflußt, unverändert lassen." — Das ist nichts Neues. Aber es unterstreicht, was die nachfolgenden spärlichen Anmerkungen nur fragmentarisch ausdrücken können. Allerdings nicht im Sinne von McLuhan, sondern eher in diesem: „Das Klasseninteresse gebraucht die Massenmedien zur Werbung für Gewalt und Dummheit, zur Bestrickung der Zuhörer ..." (Herbert Marcuse, Versuch über die Befreiung). — Gewalt und Dummheit? Man fasse das hiermit hinter dieses Fragezeichen gesetzte Ja nicht falsch auf. Und nicht einseitig. Gemeint sind nämlich auch, zumindest teilweise, die Betroffenen: die Legionen der Mitläufer, verantwortungslosen Nutznießer. Man schlage bei Marx nach, was er (im Manifest, im 18. Brumaire und anderswo) über das Lumpenproletariat sagt. Warum sollen wir uns den Anschein geben, optimistischer in der Beurteilung fixierter menschlicher Verhaltensweisen zu sein? Man braucht nicht deterministisch zu denken, um — in übertragenem Sinne — Engels' Wort zu akzeptieren: „Was die Kleinbürger, Handwerksmeister und Krämer betrifft, so werden sie sich immer gleichbleiben." Schließlich stützt sich darauf die Wirksamkeit des Systems, dessen nahezu perfekt integrierter Bestandteil heute das Fernsehen ist. Wer einmal Professor Holzamers „Gespräch mit dem Zuschauer" (ZDF) gelauscht hat, gewöhnt sich radikal auch die leiseste Hoffnung auf positive Veränderung innerhalb dieses visuellen Massage-Instituts ab. Schon das Wort „Gespräch" disqualifiziert sich als Euphemismus, handelt es sich doch einzig um eine autoritäre Predigt in säkularisierter Form. Oder man lasse sich einmal konsequent eine Woche lang vom Werbefernsehen massieren. Wer dem standhält, muß über eine Eselsgeduld oder ein schon gefährliches Maß an infantilistischer (nicht infantiler, das wäre eine Verfälschung) Schlichtheit verfügen. Es gibt zweifellos eine Art Werbung, die man (wir wollen ja nicht pharisäisch werden) kulinarisch genießen, d. h. ästhetisch abstrahieren kann. Aber was da Tag für Tag aus unseren Bildschirmen rieselt, ist eine beängstigende, monotone Revue obszöner Spots, wenn man „obszön" mit Herbert Marcuse definiert: „Diese Gesellschaft ist insofern obszön, als sie einen erstickenden Überfluß an Waren produziert und schamlos zur Schau stellt, während sie draußen ihre Opfer der Lebenschancen beraubt; obszön, weil sie sich und ihre Mülleimer vollstopft, während sie die kärglichen Nahrungsmittel in den Gebieten ihrer Aggression vergiftet und niederbrennt ..." Was das „Niveau" dieser Werbung anbelangt, so wird es durch nichts besser und deutlicher veranschaulicht als durch die Zwischenspot-Figuration des „Mainzelmännchens", dessen Gekicher noch etliche Grade hinter jenem Schwachsinn zurückbleibt, mit dem unsere Kinder von herzigen Omas und unbelehrbaren Kindergärtnerinnen in ihrer natürlichen Entwicklung gehemmt werden. Die Gartenzwerg-Ideologie setzt sich sodann fort in hundert Serien, von „Lassie" bis „Unser trautes Heim". Wenngleich die ARD-Programme im Schnitt weitaus qualifizierter sind — in Themenwahl wie Aussage — als die des ZDF, sind auch sie im allgemeinen Manifestationen der Ignoranz. Es bleibt uns aufgegeben, einmal all die Themen und Stoffe und ihre diversen Aspekte zu sammeln, die nie oder allenfalls einmal im Fünfminutenfilm eines aktuellen Magazins auftauchen und die doch zwingend zum Informationsrepertoire unserer Zeit gehören, vom Anspruch auf gründlichere Orientierung oder gar meinungsbildende Aufklärung ganz zu schweigen. Es ist einfach ungeheuerlich, was der Bildschirm n i c h t zeigt, was er wahrscheinlich auch nicht zeigen soll. Denn die ständig aufgeheizte Unzufriedenheit der Massen (und das Wort steht hier so direkt, wie die Medien es meinen), die der Aufrechterhaltung der Aggressions-Energie dient, kann nur „stabil" bleiben, wenn dem Einzelnen der Übergang in eine wissenschaftliche Zivilisation versagt wird.

E. H. Wahl

sich auch der permanente Zustand des begrenzten Krieges fortsetzen wird, denn der Pentagonismus braucht den Krieg, „so wie ein Fisch nicht ohne Wasser und der Mensch nicht ohne Luft existieren kann."

Arne Arnemann

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Danilo Dolci, Die Zukunft gewinnen. Gewaltlosigkeit und Entwicklungsplanung. Verlag Hinder + Deelmann, Bellnhausen, 128 S., Paperback 8,80 DM.

1980 ist morgen. Technik und Forschung der nächsten zehn Jahre. Herausgegeben von Ernst Schmacke. Droste Verlag, Düsseldorf, 362 S., Ln. 26,80 DM, Paperback 19,80 DM.

Gerd Hirschauer, Der Katholizismus vor dem Risiko der Freiheit. Nachruf auf ein Konzil. Rowohlt Verlag, Reinbek, 256 S., br. 3,80 DM (Rororo/Sachbuch/Bd. 6660/61).

Trautl Brandstaller, Die zugepflügte Furche. Geschichte und Schicksal eines katholischen Blattes. Mit einem Vorwort von Friedrich Heer. Europa Verlag, Wien, 480 S., Paperback 20,— DM.

Poola T. Raju, Das idealistische Denken Indiens. Verlag Anton Hain KG, Meisenheim, XII, 448 S., br. 52,— DM.

Lothar Georg Seeger, Die Demaskierung der Lebenslüge. Eine Untersuchung zur Krise der Gesellschaft in Robert Musils „Der Mann ohne Eigenschaften". Francke Verlag, Bern, 148 S., br. 18,80 DM.

Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer. Herausgegeben im Auftrag des Republikanischen Clubs Berlin von Peter Brokmeier. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 196 S., kart. 9,— DM (Reihe „res novae provokativ"). — In der gleichen Reihe erschien: Universität und Widerstand. Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt (198 S. kart. 5,— DM).

Michael Jenne/Marlis Krüger /Urs Müller-Plantenberg, Student im Studium. Untersuchungen über Germanistik, Klassische Philologie und Physik an drei Universitäten. Mit einer Einführung von Dietrich Goldschmidt. Klett Verlag, Stuttgart, 464 S. mit 133 Tabellen und Fragebogen, kart. 12,— DM, Linson 19,50 DM (Reihe „Texte und Dokumente zur Bildungsforschung").

Geschichte und Zeitgeschichte

Allan Nevins, Geschichte der USA. Mit Dokumenten, Zeittafel und Kartenskizzen. Aus dem Englischen von Ernst Betz. Schünemann Verlag, Bremen, 348 S., Großformat 22,— DM (Sammlung Dieterich, Bd. 320).

Walter Preuss, Die Arbeiterbewegung in Israel. Geschichte und Gegenwart. Bund-Verlag, Köln, 228 S., br. 25,50 DM.

Philippe Paul Graf von Segur, Napoleon und die Große Armee in Rußland. Aus dem Französischen von Joseph Appollinaris Honoratius von Theobald. Herausgegeben und eingeleitet von Peter Berglar. Schünemann Verlag, Bremen, XXXVII + 424 S., Ln. 19,80 DM.

Friedrich Kapp, Briefe (1843—1884). Herausgegeben und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler. Insel Verlag, Frankfurt, 160 S., Ln. 7,— DM (Sammlung Insel, Bd. 47). — Friedrich Kapp, dessen Sohn Wolfgang Kapp im Jahre 1920 den „Kapp-Putsch" befehligte, war mit seinen Zeitgenossen Karl Marx, Moses Hess und Ludwig Feuerbach befreundet. Die hier mitgeteilten 124 Briefe werden vom Herausgeber aus den Handschriften zum ersten Mal veröffentlicht und kommentiert. In der „Sammlung Insel" erscheint als Bd. 48: D. A. F. Marquis de Sade, Schriften aus der Revolutionszeit (1788 bis 1795). Herausgegeben von Rudolf G. Lind (220 S., Ln. 7,— DM).

C. P. Fitzgerald, Revolution in China. Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen von Joseph Kalmer. Zweite Auflage. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 288 S., kart. 9,— DM.

Bernt Engelmann, Krupp — Legenden und Wirklichkeit. Schneekluth Verlag, München, 535 S., 32 Abb. und 56 S. Dokumente, Quellen, Register. Ln. 28,— DM.

Marschall Schukow, Erinnerungen und Gedanken. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 720 S. mit Abb., Ln. 28,— DM.

Aktuelle Themen

Heinz Müller, Die Politik der deutschen Zentralbank 1948—1967. Eine Analyse der Ziele und Mittel. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, V, 99 S., 15 Tabellen, 8 Schaubilder, kart. 20,— DM (Kieler Studien, **Bd. 96).**

Geld- und Bankpolitik. Herausgegeben von Ernst Dürr. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 508 S., br. 26,— DM, Ln. 38,— DM (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 28).

Rolf E. Vente, Planung wozu? Begriff, Verwendungen und Probleme volkswirtschaftlicher Planung. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 239 S., kart. 24,— DM.

Ernest Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise. Lehren der Rezession 1966/67. Europäische Verlagsansalt, Frankfurt/M., 56 S., kart. 3,— DM (Reihe „res novae provokativ").

Günter Dürig/Hans-Ulrich Evers, Zur verfassungsändernden Beschränkung des Post-, Telefon- und Fernmeldegeheimnisses. Verfassungswidrigkeit des Art. 10, Abs. II, Satz 2 GG n.F. und der darauf gestützten Vorschriften des Ausführungsgesetzes zum Art. 10 GG. Verlag Gehlen, Bad Homburg, 120 S., kart. 13,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Auszug aus der Rede von Wladislaw Gomulka vom 17. Mai 1969, betreffend die Bereitschaft Polens, mit der Bundesrepublik Deutschland einen zwischenstaatlichen Vertrag über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abzuschließen

Ein Problem ersten Ranges bleibt es weiterhin, die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus den Entwicklungsperspektiven der Menschheit zu verbannen. In diesem Problem konzentrieren sich alle anderen. Auf dieser Ebene — Krieg oder Frieden — spielt sich der Kampf zwischen den Kräften des Sozialismus und der Freiheit der Völker und den Kräften des Imperialismus und der Reaktion ab. Dieser Kampf hat globalen Charakter, da er im Weltmaßstab geführt wird. Gleichzeitig hat er Klassencharakter, da er sich zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen System abspielt, zwischen der kommunistischen und Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung einerseits und den kapitalistischen Monopolen und dem Gewaltapparat der imperialistischen Staaten andererseits.

Die ständige Aktualität der Gefahr eines neuen Krieges wird durch das vom Imperialismus erzwungene Wettrüsten signalisiert.

Die Staaten, die dem aggressiven NATO-Pakt angehören, haben in den zwanzig Jahren seiner Existenz etwa 1300 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben. In den letzten Jahren werden für diesen Zweck ca. 100 Milliarden Dollar jährlich bestimmt. Noch mehr: es gibt eine Tendenz, im Rüstungswettlauf eine neue Etappe zu beginnen. Die Vereinigten Staaten haben Schritte in dieser Richtung unternommen. Präsident Nixon, der vor kurzer Zeit die These aufstellte, die Ära der Konfrontation müsse die Ära der Verhandlung ihren Platz abtreten, traf gleichzeitig die Entscheidung, den Bau eines Raketenabwehrsystems zu akzeptieren.

„Deutsche Nachrichten"

Friedrich J. Bröder, Deutsche Nachrichten — Ein Sprachrohr des Rechtsradikalismus. Studie zur Propagandatechnik und -methode. Verlag v. Hase & Koehler, Mainz, 156 S., kart., 9,80 DM.

Die Regierung der Großen Koalition hat es abgelehnt, beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die neofaschistische NPD zu stellen, und die von Adolf v. Thadden geführte Partei bereitet sich darauf vor, nach der diesjährigen Bundestagswahl im Parlament vertreten zu sein. In dieser Situation verdient die Studie von Friedrich J. Bröder über das NPD-Zentralorgan „Deutsche Nachrichten" besondere Beachtung.

Während allgemein über den Rechtsradikalismus und Neofaschismus in der Bundesrepublik und auch speziell über die NPD in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten veröffentlicht wurden, liegt hier zum erstenmal eine wissenschaftliche Studie über die „Deutschen Nachrichten" vor, die sich mit der Propagandatechnik und den Propagandamethoden des neofaschistischen Blattes beschäftigt.

Die „Deutschen Nachrichten" erschienen schon wenige Wochen nach Gründung der NPD, ab Januar 1965, als Nachfolgeorgan des „Reichsruf", der Parteizeitung der DRP. Verlagsleiter blieb, wie beim „Reichsruf", der ehemalige SS-Führer Waldemar Schütz, dem außerdem auch der National-Verlag in Hannover gehört (in dem die „Deutsche Wochen-Zeitung" — die einige Seiten mit den „Deutschen Nachrichten" gemeinsam hat — und der „Deutsche Studenten-Anzeiger" erscheinen), der in Göttingen noch einen Buchverlag unterhält, der als Plesse-Verlag und als Schütz-Verlag bekanntgeworden ist und Bücher über die Waffen-SS bevorzugt, und der als Leiter des Amtes Presse und Information in den Parteivorstand der NPD gewählt wurde. Hatte der „Reichsruf" vor Gründung der NPD etwa eine Auflage von 11 000 Exemplaren, so dürfte, nach verschiedenen Angaben, die heutige Auflage der „Deutschen Nachrichten" bei rund 50 000 Exemplaren liegen. In der Eigenwerbung spricht man von über 200 000 Lesern des NPD-Organs.

Bröders Studie, die sich auf die Jahrgänge 1965—1967 stützt, also auf die Zeit der ersten Erfolge der NPD in Landtags- und Kommunalwahlen, behandelt im ersten Teil „Die Deutschen Nachrichten als Parteizeitung der NPD und Propagandainstrument des Rechtsradikalismus" und beschäftigt sich im einzelnen u. a. mit den führenden Persönlichkeiten der NPD-Propaganda, der Redaktion der „Deutschen Nachrichten", dem Mitarbeitersystem und dem Gesellschafterkreis, der Leserschaft, den Sparten, den einzelnen Seiten und dem Inhalt des Blattes. Bröder stellt fest, daß sich die rechtsradikale Presse im Rahmen der gesamten Presse der Bundesrepublik zahlenmäßig noch bescheiden ausnimmt. Doch fügt er gleich illusionslos hinzu: „Die propagandistische Wirkung, die von ihr ausgeht, steht jedoch vermutlich im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Auflagenhöhe." Und die NPD-Wochenzeitung kann sich in ihrer Auflagenhöhe durchaus mit den Auflagen von parteigebundenen und Parteien nahestehenden Wochenzeitungen messen (genannt werden „Bayernkurier", „Rheinischer Merkur" und „Vorwärts"). Hinzu kommt, daß sich die NPD keineswegs in ihrer publizistischen Propaganda nur auf das Parteiorgan stützt. Bröder erinnert an den „immer noch andauernden Kampf der NPD um paritätische Erwähnung in den Massenkommunikationsmitteln und — in Wahlkämpfen — um Sendezeiten in Funk und Fernsehen" und führt auch Beispiele für NPD-Sympathien bei kleineren und mittleren Lokal- und Regionalblättern an, deren Redaktionen ihrer Struktur nach anfällig für den neuen Nationalismus sind.

Im zweiten Teil seiner Untersuchung analysiert Bröder die publizistische Propaganda, die Methode der Antihaltung, die Funktion der Begriffe „Volk" und „Geschichte" in der NPD-Propaganda und nennt als propagandistische Mittel der Neofaschisten: „Behauptung und Unterstellung; Vereinfachung und Verharmlosung; Absolutsetzung und Relativierung von Werten und Begriffen durch Hinweise auf ähnliche Erscheinungen bei anderen; Repräsentationsanspruch (im Namen des Volkes zu sprechen) und Projektion (negativer Einstellungen auf andere); die Institution, das System, die Organisation in der Person zu disqualifizieren; die Übertreibung und Verzeichnung der wahren Dimensionen; Extremisierung; Appell an Emotion, Affekt und Suggestibilität; die

Pauschalisierung im Positiven und im Negativen." Beispiele für diese Methoden einer perfekten Propaganda lassen sich in jeder Ausgabe der „Deutschen Nachrichten" finden, und Bröder führt auch besonders typische an.

So ist bekannt, daß die NPD im Sinne Hoggans gegen die „Kriegsschuldlüge" auftritt, d. h. die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch das verbrecherische Hitlerregime leugnet und gleichzeitig all die Verbrechen und Massenmorde, die im Namen Deutschlands geschahen, verharmlost, wenn nicht gar rechtfertigt. Wie man es unter dieser Voraussetzung schafft, die Judenausrottungspolitik der Nazis nicht nur als sozusagen notwendige Kriegsmaßnahme darzustellen, sondern dabei den Juden quasi selbst die Schuld an ihrer Vernichtung zu geben, das bewies Heinrich Härtle, einst Sekretär Alfred Rosenbergs, in einem Artikel, der 1965 unter dem Titel „In Auschwitz geschahen Kriegsverbrechen" in den „Deutschen Nachrichten" veröffentlicht wurde. Darin hieß es: „Weder deutsche noch jüdische Menschen könnten aber jemals als Opfer oder Täter in die Mordmaschinerie von Auschwitz geraten sein, wäre es nicht 1939 zum Krieg gekommen und wären nicht alle Friedensversuche bis 1941 gescheitert. Dieser Zusammenhang von jüdischen Kriegserklärungen und jüdischen Kriegstaten mit den Vorwänden zu Vernichtungsaktionen im Zuge der Barbarisierung und Ausweitung des Krieges kann hier nur angedeutet werden ... Fest steht zunächst die schlichte Tatsache, daß es ohne Krieg kein Auschwitz gegeben hätte, ebenso wie die Massenmorde an Ostdeutschen, die Bombenmorde an deutschen Frauen und Kindern, die Atommorde von Hiroschima und Nagasaki ... Ziel der deutschen Judenpolitik war die Rassentrennung und die Auswanderung. Beides geschah gegen den Willen der Mehrheit der Juden in Deutschland und führte zu einer heftigen antideutschen Propaganda des Judentums in Ost und West. Bei Kriegsbeginn wurden die Juden in Deutschland als potentielle Gegner behandelt und schließlich konzentriert und deportiert, ähnlich wie Deutsche im feindlichen Ausland oder Japaner in den USA. Das waren Kriegsmaßnahmen, jedoch Vernichtungsaktionen gegen Wehrlose waren Kriegsverbrechen, ob sie mit dem Zyklon B oder durch Phosphorbomben verübt wurden." Das ist ein Beispiel für den „modernen" Antisemitismus in der neofaschistischen Propaganda.

Wie Deutschtümelei und Nationalismus besonders auf kulturellem Gebiet gepflegt werden, zeigt ein anderes Beispiel: „Wir befinden uns in einem Abwehrkampf auf Leben und Tod gegen die geistig-erzieherische Seite des Morgenthau-Planes, gegen die Demontage des Charakters, gegen die Reeducation im weitesten Sinne, die planmäßige Unterminierung unseres Wesens. Es gibt ein UNESCO-Programm speziell für Deutschland, und es gibt entsprechende ‚Richtlinien' nicht nur für den Geschichts-, sondern auch für den Deutsch-, Religions- und Kunstunterricht. Im Rahmen dieses Programms ist Kafka kein Zufall, Brecht kein Zufall, Chagall kein Zufall, auch Walther Hofer, Eugen Kogon und Golo Mann natürlich nicht. Ambivalenz, Verfremdungsstil, Selbstbezichtigung und Verneinung der dem Volk wesensgemäßen Wertmaßstäbe auf allen Gebieten, das alles gehört zum Programm, und gegen alles hat man sich daher zu wehren, wenn man nicht von vornherein kapitulieren und innerlich absterben will."

Natürlich ist für viele die primitive Grundhaltung dieser Art der Propaganda durchschaubar. Doch sollte man daran auch nicht zu viele und große Hoffnungen knüpfen. Und Bröder weist darauf hin, daß man bei der Wirkung der NPD-Propaganda nicht nur von den bisherigen Wahlergebnissen ausgehen dürfe, da sich gewisse Erfolge bereits dort zeigen, wo sich eine Meinung zur NPD-Propaganda in dem Satz artikuliert: „Damit haben die eigentlich recht, aber ..."

Zahlreiche Anmerkungen und eine ausführliche Bibliographie der über die NPD und den Rechtsradikalismus veröffentlichten Literatur vervollständigen Bröders wichtige Studie.

Heinz Brüdigam

Pentagonismus

Juan Bosch, Der Pentagonismus oder Die Ablösung des Imperialismus? Mit einem Nachwort von Sven G. Papcke, rororo-aktuell Bd. 1151, Hamburg 1969, 140 S., 2,20 DM.

Der Autor ist lateinamerikanischer Politiker, zugleich Historiker und Soziologe. Juan Bosch wurde 1962 bei den ersten freien Wahlen in der Dominikanischen Republik nach jahrzehntelanger Diktatur zum Staatspräsidenten gewählt, jedoch ein Jahr später bereits wieder wegen der von ihm verfolgten Sozialreformen durch einen Putsch der Militärs gestürzt. Er ging erneut ins Exil, wo er bereits vor seiner Wahl zum Präsidenten 25 Jahre lang gelebt hatte. Seine von der Mehrheit des Volkes gewünschte Rückkehr wurde im April 1965 durch die militärische Intervention der USA in der Dominikanischen Republik verhindert. Die erbitterte Gegnerschaft Boschs gegenüber dem amerikanischen Herrschaftssystem läßt sich nicht allein aus diesen persönlichen Motiven als „politisches Opfer" der US-Außenpolitik erklären, sie erwächst vielmehr aus der von ihm geleisteten Analyse und der prinzipiellen Kritik des Systems, wobei er im Ansatz versucht, eine neue Theorie zu konstruieren und hierfür Beweise zu erbringen. Im Mittelpunkt seiner Erwägungen steht die Frage nach dem Einfluß und der Machtausübung des Pentagon auf Staat und Gesellschaft der USA, heute und in der jüngsten Geschichte.

Dem Buch lassen sich eine Reihe von interessanten Details über die Hintergründe und den Verlauf der US-Militärintervention vom April 1965 entnehmen, was für viele durch die westliche Manipulationspropaganda noch weitgehend unbekannt geblieben ist. Bosch deckt an diesem Fall die falschen Behauptungen und Informationen des damaligen Präsidenten Johnson und anderer führender Politiker sowie der US-Presse auf, er gibt Fakten und Details, belegt mit Dokumenten und Zitaten. Punktuell, am Beispiel gelingt es ihm, das amerikanische Herrschaftssystem zu demaskieren. Doch Bosch geht in seiner Analyse weiter und versucht, seine zentrale These zu beweisen: die USA seien heute keine imperialistische Macht mehr, sondern selber zu einer Kolonie ihres militärischen Machtzentrums, des Pentagons geworden und an die Stelle des Imperialismus sei der Pentagonismus getreten (S. 3 f).

Bosch argumentiert: unter dem „klassischen" Imperialismus müsse die Zeitepoche verstanden werden, in der überschüssige Kapitalien des Erobererlandes in den Kolonien angelegt wurden, um Rohstoffe zu gewinnen, die man für das Funktionieren der industriellen Einrichtungen benötigte. Zugleich waren die Kolonien notwendig als Absatzmärkte für die Fertigprodukte, im ökonomischen Leben also total den Metropolen unterworfen und politisch geknebelt durch ein Heer von Verwaltungsbeamten und die Kolonialarmeen. Heute sei der Kapitalismus ein überentwickelter Kapitalismus, und dieser „hat in sich selbst die nötige Kapazität gefunden, um die beiden Probleme des Kapitalismus, um die es in der imperialistischen Etappe ging, auf vielfältige Weise zu lösen" (S. 8). Durch eine enorme Steigerung der Wissenschaft und Forschung (Herstellung billiger, basischer Rohstoffe) habe der heutige Kapitalismus eine hohe Produktivität erreicht, die es ermöglicht, durch Zahlung von hohen Löhnen im eigenen Land eine genügend große Kaufkraft entstehen zu lassen. Diese Phänomene führten zu neuen Beziehungen zwischen den Metropolen und den ehemaligen Kolonien und in dem am höchsten überentwickelten, kapitalistischen Land der Erde zu einem Stadium, das Bosch nun als Epoche des Pentagonismus bezeichnet.

Unter Pentagonismus versteht Bosch eine fortgeschrittene Spielart des Imperialismus, von dem er zwar fast alle Eigenschaften übernommen habe, doch in einem wesentlichen Punkt sich von diesem unterscheiden soll: statt wirtschaftlicher Ausbeutung der Kolonialgebiete beutet er in erster Linie nun das eigene Land und das eigene Volk aus und macht es zu seiner besten Kolonie. „Man sucht den Profit dort, wo die Waffen produziert, nicht wo sie angewendet werden. Dieser Profit läßt sich in der pentagonistischen Metropole erzielen und nicht in dem angegriffenen Land" (S. 10). „Der Pentagonismus folgt nicht dem Prinzip von Kapitalinvestitionen in einem Kolonialgebiet ... Für den Pentagonismus ist das Gebiet, das angegriffen werden soll oder angegriffen wird, nur ein Bestimmungsort für zum Verbrauch vorgesehenes Material, technisches und menschliches ... Das angegriffene Land ist das Ziel für die in der Metropole nicht nur produzierten, sondern

auch bereits verkauften und bezahlten Waren" (S. 13 f). Sicher treffen diese Behauptungen am Beispiel Vietnam zu und sind im Kern richtig, doch berechtigen diese Feststellungen noch nicht dazu, wie Bosch es eingangs unternimmt, den Imperialismus für tot zu erklären. Einige Akzente haben sich in der von Bosch angeführten Weise verschoben, doch sind die Grundlagen geblieben. Die ehemaligen Kolonialgebiete werden nach wie vor im ökonomischen Bereich benachteiligt und unterdrückt, wenn auch die Methoden verfeinert wurden und fremde Herrschaftscliquen kaum noch bestehen, dafür allerdings in diesen Ländern eine Oberschicht zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung oder Militärregime unterstützt werden. Und Bosch übersieht, daß schon in der Zeit des klassischen Imperialismus das Proletariat des Koloniallandes von der Bourgeoisie ausgebeutet wurde, wenn es auch an der Ausbeutung der Kolonien in geringem Maße mitprofitierte.

Zwei Vorteile sieht Bosch nun gegenüber der klassischen Periode des Imperialismus. Der ökonomische Vorteil besteht in der raschesten und sichersten Methode der Kapitalakkumulation, da die Gesamtheit der Profite noch vor Anwendung der militärischen Ausrüstungen bereits erzielt wird, den moralischen Vorteil sieht er darin, daß man jetzt erklären könne, einen Krieg wie den Vietnamkrieg nicht zu kolonialen Zwecken führen zu müssen, sondern allein zur Verteidigung der „eigenen Freiheit". Möglich wird dies nur aufgrund einer perfektionierten Manipulationsmaschinerie. Die tatsächlichen Interessen an solchen Interventionskriegen, betrieben von den Teilhabern der pentagonistischen Macht, bleiben breiten Schichten der Bevölkerung verschleiert. Zu den Stützen dieser Macht gehören neben Militärs, Industriellen, Bankiers und Politikern auch Geistliche, und Bosch zählt noch dazu die Gruppe von Journalisten, Schriftstellern und Werbefachleuten. „Der Pentagonismus ist eine Machtkonzentration, deren Rückgrat die militärische Organisation ist, ... eine Summe privilegierter Gruppen, die Creme der wirtschaftlich-gesellschaftlich-politischen Macht in den Vereinigten Staaten" (S. 20).

Anhand von Aufschlüsselungen des US-Etats in Militär- und Zivilausgaben weist Bosch die Expansion der pentagonistischen Macht im Laufe der Jahre nach. Heute verfügt das Pentagon über mehr Geld und Macht als die nordamerikanische Bundesregierung. Für Bosch ist etwa um 1965 eine Verschiebung der realen Machtverhältnisse zwischen Bundesregierung und Pentagon, die sich in den fünfziger Jahren bereits zugunsten der Militärzentrale abzeichnete, eingetreten. Die Politiker, Regierung und Kongreß sind zu Vollstreckern der im Pentagon ausgearbeiteten Programme, Pläne und Entwicklungstendenzen geworden. Dieser Zeitraum fällt zusammen mit einem eskalierten Engagement in Vietnam, der Intervention in der Dominikanischen Republik, einem Erstarken der sozialen Unruhen der Afro-Amerikaner und der Studentenbewegung im eigenen Land und geht einher mit der Propagierung einer „Great Society" durch Johnson, einer Gesellschaft des ungehemmten Wachstums, des Überflusses und der „Freiheit" für alle. Bekannt ist die Kritik Marcuses an dieser Konzeption, die ohne radikalen Wandel in den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Oligarchiestrukturen der US-Gesellschaft, in den Beziehungen zur Dritten Welt und zu den sozialistischen Ländern in einem radikalen Umsturz der historischen Traditionen, Werten und um Erziehungswesen allein zu einem „Kriegsführungsstaat" führen kann. Dem entsprach damals in der Bundesrepublik die Propagierung einer „Formierten Gesellschaft" durch Erhard.

An diesem Punkt wird deutlich, daß die pentagonistische Macht einen inneren Frieden im eigenen Land braucht, „denn wenn dieser Friede zerbricht, müßte der Pentagonismus ihn auf die gleiche Weise wiederherstellen, wie es die alten Imperien in ihren Kolonien taten" (S. 79). Dieser „innere Kriegsführungszustand" zeichnet sich seit Jahren in seinen Formen bereits ab, wofür als jüngstes Beispiel nur das Vorgehen von Gruppen der Nationalgarde gegen Demonstranten in Berkeley erwähnt zu werden braucht. Zwar ist ein äußerer und innerer Feind für das Fortbestehen des Pentagonismus erforderlich, doch muß er unter Kontrolle gehalten werden. Ist erst einmal die US-Zivilregierung nicht mehr in der Lage, diese Kontrolle über den „inneren Feind" auszuüben, so müßte sie vom Pentagonismus direkt ersetzt werden, folgert Bosch. An die Stelle der Bundesregierung würde eine Militärjunta die direkte Macht ausüben müssen, womit dann jedoch die demokratisch-freiheitliche Fassade des Systems

die fachistoide Grundlage des Staates offenbaren würde.

Bosch bezeichnet diese Konzentration der Macht in den Händen weniger privilegierter Gruppen, die Dominanz des amerikanischen Denkens, das sich an Profitmaximierung und Unterdrückung orientiert, die Vorherrschaft militärischer Überlegungen, was er unter den neuen Begriff Pentagonismus subsumiert, als ein natürliches Produkt der nordamerikanischen Gesellschaft, ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstand entsprechend. Eine wesentlich fundiertere, historisch weiter zurückgreifende Analyse über die „Traditionen des imperialen Amerika" bildet in dieser Hinsicht das Nachwort von Papcke. Eine Gesellschaft, die den Mythos des sozialen Aufstiegs, den individuellen Kampf um Macht, Reichtum und Sozailprestige verinnerlicht hat, ein Volk von Bürokraten und Funktionären mit einer Mehrheit von manipulierten Lohnabhängigen und einigen hundert fetten Bonzen, den Superreichen, hat sich einen gewaltigen Militärapparat geschaffen, der nach Bosch ständig in Aktion bleiben muß, da es zum Wesen des Pentagonismus gehört, stets in irgendeinem Teil der Welt einen Kriegszustand aufrechtzuerhalten. Zur Rechtfertigung dieser Maschinerie und der Militäraktionen stellte man eine Doktrin auf, die solche Aggressionen einmal als zur Erhaltung der eigenen Freiheit notwendige Defensivmaßnahmen erklärt, zum andern der Welt glaubhaft machen will, die Interventionen erfolgten im Interesse der Bevölkerung dieser überfallenen Länder zur Aufrechterhaltung ihrer Freiheit und zu ihrem Schutz. Die amerikanische Politik investiert zur Sicherung ihrer Interessen und Herrschaftsordnung einen gewaltigen Apparat der Gewalt und setzt ihn je nach Bedarf als „politische ultima ratio" ein. Im Bewußtsein missionarischen Eifers und in der Verinnerlichung eines quasi-religiösen Sendungsbewußtseins wird die US-Militärmacht zu einem sich selbst als Weltpolizei begreifenden Instrument, das in seinem Wirkungsfeld Revolten und Befreiungsbewegungen im Namen der eigenen Kultur und Wertordnungen und im Interesse der herrschenden Clique gewaltsam zu unterdrükken trachtet.

Die Doktrin der pentagonistischen Macht ist die Doktrin der sogenannten subversiven Kriege, deren grundlegende Züge im vom Army-Headquater 1961 veröffentlich-

SPD - Großer Kompromiß ohne Ende?

Zur innerparteilichen Debatte in der SPD um den Koalitionsentscheid 1969

Herausgegeben von Rolf Seeliger, 130 Seiten, DM 5,80

80 Stellungnahmen gegen eine Fortdauer der Großen Koalition: Je näher die Bundestagswahl 1969 rückt, desto mehr wächst im Parteivolk die Befürchtung, daß die SPD als Gefangene der Mitverantwortung in der Regierung nicht mehr aus ihrem Koalitions-Dilemma herausfindet. Aus erklärbaren Gründen wird die Debatte, die solcher Befürchtung entspringt, nicht mit offenem Visier ausgetragen. Umso mehr kam es dem Herausgeber darauf an, sie als einen wichtigen Faktor innerparteilicher Meinungsbildung zu dokumentieren. Die Spannweite der veröffentlichten Beiträge, in denen die Entscheidung gegen eine Fortdauer der Großen Koalition begründet wird, reicht von persönlichen Stellungnahmen, die Mitglieder der SPD-Landesvorstände, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Stadträte und Bürgermeister, sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre und junge Sozialdemokraten geschrieben haben, über Anträge aus den Parteiorganisationen und Erklärungen innerparteilicher Gruppierungen, Studienkreise und sozialdemokratischer Arbeitsgemeinschaften bis zu den Forderungen der Jungsozialisten und des Sozialdemokratischen Hochschulbundes.

Beiträge u. a. von Heinrich Albertz, Wilhelm Dröscher, Horst Ehmke, Erhard Eppler, Stephan Freiger, Michael Fülgraff, Günter Grass, Wilhelm Hoegner, Heinz Kühn, Julius Lehlbach, Walter Möller, Paul Nevermann, Christian Richter, Joachim Steffen.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt:

VERLAG ROLF SEELIGER,

8 München 13, Gernotstraße 4

ten Dokument „Guerilla Warfare and Special Forces Operations", von dem im Buch einige Auszüge wiedergegeben werden, niedergelegt sind. Die Substanz dieser Doktrin beschreibt Bosch kurzerhand so: „Jeder Versuch revolutionärer Veränderungen an jedem Ort der Welt läuft den Interessen der Vereinigten Staaten zuwider; er kommt einem Subversionskrieg gegen die nordamerikanische Ordnung gleich und ist infolgedessen ein Aggressionskrieg gegen die Vereinigten Staaten, auf den mit dem Militärpotential geantwortet werden muß, genauso als handelte es sich um eine bewaffnete ausländische Invasion auf nationalem Territorium" (S. 58). So wurde in Vietnam verfahren, im Falle der Dominikanischen Republik, es wurde im Fall Kuba versucht, und Papcke führt in seiner Analyse eine ganze Liste von Interventionsfällen aus der Gegenwart und Vergangenheit auf, die mit militärischen, politischen und wirtschaftlichen Druckmitteln erfolgten. Beide Autoren weisen nach, welche Beteiligung hieran verschiedene Konzerne, Militärs, Politiker, Publizisten, der CIA und auch die AFI/CIO, die wichtigste Arbeiterzentrale der USA, hatten. Ein Heer von Wissenschaftlern führt Forschungen für das Pentagon durch, und Vietnam wird für sie und die Militärs zu einem natürlichen Testlabor und Experimentierfeld, wobei praktische Erfahrungen gesammelt werden, um sie zu gegebener Zeit an anderen Orten in perfektionierter Form anwenden zu können. Sieht Bosch verständlicherweise als zukünftiges Aktionsfeld derartiger Unternehmungen vor allem Lateinamerika an, so weitet Papcke dies auf einen bevorstehenden Kriegsschauplatz Dritte Welt allgemein hin aus. 80 Prozent des Weltreichtums befinden sich heute in den Händen von nur 10 Prozent der weißen Erdbevölkerung. 40 Millionen Menschen verhungern jährlich. Die Entwicklungsländer sind hoch verschuldet, der Abstand zu den Industrienationen wird ständig größer. Die Dritte Welt war 1966 mit ca. 40 Milliarden Dollar langfristig verschuldet, wobei allein die Zinsen aus dieser Verschuldung 4,5 Milliarden Dollar ausmachten, was einem Prozentsatz von 12,5 Prozent der aus ihrem Export erzielten Einnahmen gleichkommt (Zahlenangaben nach Papcke).

Boschs These vom Untergang des Imperialismus ist provokativ, die Behauptung falsch, daß an seine Stelle eine Epoche des Pentagonismus getreten sei. Seine Ausführungen bestätigen nur den imperialistischen Charakter des amerikanischen Herrschaftssystems. Imperialismus mit den Merkmalen der Monopolbildung, der Herausbildung von Finanzoligarchien und der Verstärkung von Kapitalexporten ist nicht zu trennen von dem Militarismus dieser Gesellschaften. Diesen Versuch unternimmt Bosch zwar nicht, doch unterläuft ihm der Fehler einer zu starken Betonung der militärischen Seite, und er will aufgrund seiner Fixiertheit auf die Machtballung im Pentagon dieses neue Phänomen mit dem Begriff des Pentagonismus erfassen und in der Terminologie als höhere Stufe des Imperialismus über diesen erheben. Eine neue Theorie läßt sich daraus nicht ableiten, wie Bosch es im Ansatz versucht, doch dienen seine Thesen dazu, den Charakter des Neo-Imperialismus in seiner zukünftigen Entwicklung besser zu verstehen. Dem Leser wird klar, welche Herrschaft und Mechanismen in dem „military-industrial-complex" und der US-Gesellschaft wirksam sind und daß eine zukünftige „Great Society" nur eine formierte und militarisierte Gesellschaft sein kann, basierend auf einem umfassenden System der Gewaltausübung.

Bosch reiht sich ein in die Gruppe kritischer westlicher Autoren, die das System in seinen reaktionären Grundlagen entlarven und die Symptome einer kranken Gesellschaft mit den zahlreichen darin enthaltenen Widersprüchen aufdecken. Die Irrationalität des Systems wird evident, doch bleiben die Perspektiven, wie sie beide Autoren sehen, wenig optimistisch. „Die verdinglichte arbeitende Bevölkerung, deren politische Rolle Konsum und Zustimmung heißt, vegetiert in den USA mit Komfort", schreibt Papcke. Die Schranken der Manipulation sind zu durchbrechen, damit die Massen ihre Situation erkennen können und danach handeln. Hierzu dient dieses Buch. Man hat den Hauptaktionsplatz der kommenden Jahrzehnte allseits erkannt: die Dritte Welt als Reservoir und Potential zukünftiger revolutionärer Veränderungen. Die Ausführungen Boschs sind eine Kampfansage mehr gegen den Imperialismus und die pentagonistische Macht aus den Reihen von Politikern der Dritten Welt, und so folgert er abschließend, daß, solange dieses System, welches die pentagonistische Macht hervorgebracht hat, bestehen bleibt,

sich auch der permanente Zustand des begrenzten Krieges fortsetzen wird, denn der Pentagonismus braucht den Krieg, „so wie ein Fisch nicht ohne Wasser und der Mensch nicht ohne Luft existieren kann."

Arne Arnemann

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Danilo Dolci, Die Zukunft gewinnen. Gewaltlosigkeit und Entwicklungsplanung. Verlag Hinder + Deelmann, Bellnhausen, 128 S., Paperback 8,80 DM.

1980 ist morgen. Technik und Forschung der nächsten zehn Jahre. Herausgegeben von Ernst Schmacke. Droste Verlag, Düsseldorf, 362 S., Ln. 26,80 DM, Paperback 19,80 DM.

Gerd Hirschauer, Der Katholizismus vor dem Risiko der Freiheit. Nachruf auf ein Konzil. Rowohlt Verlag, Reinbek, 256 S., br. 3,80 DM (Rororo/Sachbuch/Bd. 6660/61).

Trautl Brandstaller, Die zugepflügte Furche. Geschichte und Schicksal eines katholischen Blattes. Mit einem Vorwort von Friedrich Heer. Europa Verlag, Wien, 480 S., Paperback 20,— DM.

Poola T. Raju, Das idealistische Denken Indiens. Verlag Anton Hain KG, Meisenheim, XII, 448 S., br. 52,— DM.

Lothar Georg Seeger, Die Demaskierung der Lebenslüge. Eine Untersuchung zur Krise der Gesellschaft in Robert Musils „Der Mann ohne Eigenschaften". Francke Verlag, Bern, 148 S., br. 18,80 DM.

Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer. Herausgegeben im Auftrag des Republikanischen Clubs Berlin von Peter Brokmeier. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 196 S., kart. 9,— DM (Reihe „res novae provokativ"). — In der gleichen Reihe erschien: Universität und Widerstand. Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt (198 S. kart. 5,— DM).

Michael Jenne/Marlis Krüger /Urs Müller-Plantenberg, Student im Studium. Untersuchungen über Germanistik, Klassische Philologie und Physik an drei Universitäten. Mit einer Einführung von Dietrich Goldschmidt. Klett Verlag, Stuttgart, 464 S. mit 133 Tabellen und Fragebogen, kart. 12,— DM, Linson 19,50 DM (Reihe „Texte und Dokumente zur Bildungsforschung").

Geschichte und Zeitgeschichte

Allan Nevins, Geschichte der USA. Mit Dokumenten, Zeittafel und Kartenskizzen. Aus dem Englischen von Ernst Betz. Schünemann Verlag, Bremen, 348 S., Großformat 22,— DM (Sammlung Dieterich, Bd. 320).

Walter Preuss, Die Arbeiterbewegung in Israel. Geschichte und Gegenwart. Bund-Verlag, Köln, 228 S., br. 25,50 DM.

Philippe Paul Graf von Segur, Napoleon und die Große Armee in Rußland. Aus dem Französischen von Joseph Appollinaris Honoratius von Theobald. Herausgegeben und eingeleitet von Peter Berglar. Schünemann Verlag, Bremen, XXXVII + 424 S., Ln. 19,80 DM.

Friedrich Kapp, Briefe (1843—1884). Herausgegeben und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler. Insel Verlag, Frankfurt, 160 S., Ln. 7,— DM (Sammlung Insel, Bd. 47). — Friedrich Kapp, dessen Sohn Wolfgang Kapp im Jahre 1920 den „Kapp-Putsch" befehligte, war mit seinen Zeitgenossen Karl Marx, Moses Hess und Ludwig Feuerbach befreundet. Die hier mitgeteilten 124 Briefe werden vom Herausgeber aus den Handschriften zum ersten Mal veröffentlicht und kommentiert. In der „Sammlung Insel" erscheint als Bd. 48: D. A. F. Marquis de Sade, Schriften aus der Revolutionszeit (1788 bis 1795). Herausgegeben von Rudolf G. Lind (220 S., Ln. 7,— DM).

C. P. Fitzgerald, Revolution in China. Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen von Joseph Kalmer. Zweite Auflage. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 288 S., kart. 9,— DM.

Bernt Engelmann, Krupp — Legenden und Wirklichkeit. Schneekluth Verlag, München, 535 S., 32 Abb. und 56 S. Dokumente, Quellen, Register. Ln. 28,— DM.

Marschall Schukow, Erinnerungen und Gedanken. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 720 S. mit Abb., Ln. 28,— DM.

Aktuelle Themen

Heinz Müller, Die Politik der deutschen Zentralbank 1948—1967. Eine Analyse der Ziele und Mittel. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, V, 99 S., 15 Tabellen, 8 Schaubilder, kart. 20,— DM (Kieler Studien, **Bd. 96).**

Geld- und Bankpolitik. Herausgegeben von Ernst Dürr. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 508 S., br. 26,— DM, Ln. 38,— DM (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 28).

Rolf E. Vente, Planung wozu? Begriff, Verwendungen und Probleme volkswirtschaftlicher Planung. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 239 S., kart. 24,— DM.

Ernest Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise. Lehren der Rezession 1966/67. Europäische Verlagsansalt, Frankfurt/M., 56 S., kart. 3,— DM (Reihe „res novae provokativ").

Günter Dürig/Hans-Ulrich Evers, Zur verfassungsändernden Beschränkung des Post-, Telefon- und Fernmeldegeheimnisses. Verfassungswidrigkeit des Art. 10, Abs. II, Satz 2 GG n.F. und der darauf gestützten Vorschriften des Ausführungsgesetzes zum Art. 10 GG. Verlag Gehlen, Bad Homburg, 120 S., kart. 13,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Auszug aus der Rede von Wladislaw Gomulka vom 17. Mai 1969, betreffend die Bereitschaft Polens, mit der Bundesrepublik Deutschland einen zwischenstaatlichen Vertrag über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abzuschließen

Ein Problem ersten Ranges bleibt es weiterhin, die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus den Entwicklungsperspektiven der Menschheit zu verbannen. In diesem Problem konzentrieren sich alle anderen. Auf dieser Ebene — Krieg oder Frieden — spielt sich der Kampf zwischen den Kräften des Sozialismus und der Freiheit der Völker und den Kräften des Imperialismus und der Reaktion ab. Dieser Kampf hat globalen Charakter, da er im Weltmaßstab geführt wird. Gleichzeitig hat er Klassencharakter, da er sich zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen System abspielt, zwischen der kommunistischen und Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung einerseits und den kapitalistischen Monopolen und dem Gewaltapparat der imperialistischen Staaten andererseits.

Die ständige Aktualität der Gefahr eines neuen Krieges wird durch das vom Imperialismus erzwungene Wettrüsten signalisiert.

Die Staaten, die dem aggressiven NATO-Pakt angehören, haben in den zwanzig Jahren seiner Existenz etwa 1300 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben. In den letzten Jahren werden für diesen Zweck ca. 100 Milliarden Dollar jährlich bestimmt. Noch mehr: es gibt eine Tendenz, im Rüstungswettlauf eine neue Etappe zu beginnen. Die Vereinigten Staaten haben Schritte in dieser Richtung unternommen. Präsident Nixon, der vor kurzer Zeit die These aufstellte, die Ära der Konfrontation müsse die Ära der Verhandlung ihren Platz abtreten, traf gleichzeitig die Entscheidung, den Bau eines Raketenabwehrsystems zu akzeptieren.

Im Verlauf der 24 Jahre, die seit dem Zweiten Weltkrieg vergangen sind, hat unsere Erde nicht nur einmal erlebt, daß sich die Spannung erhöhte und daß vom Imperialismus ein lokaler Krieg gegen die um ihre Freiheit kämpfenden Völker entfacht wurde. In der ersten Periode des Kalten Krieges verkündeten die imperialistischen Staaten die Theorie von der „Befreiung" der sozialistischen Länder, d. h. von der Wiederherstellung der Herrschaft des Kapitalismus. Das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus hat diese Theorie zum Scheitern gebracht. Lange Zeit betrieben die Vereinigten Staaten gegenüber den sozialistischen Ländern eine Politik, die die Welt an den Rand eines nuklearen Krieges brachte. Das Kräfteverhältnis zwang sie zur Modifizierung dieser Politik des totalen Krieges. Sie haben diese Konzeption gegen die andere, gleichermaßen gefährliche von „lokalen", „begrenzten" Kriegen getauscht. Das heldenhafte, um seine Freiheit kämpfende Vietnam hat bewiesen, daß der Imperialismus auch auf diesem Wege seine Ziele nicht erreicht. Das zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus bestehende Kräfteverhältnis erlaubt das nicht.

Der Weltfrieden hängt also in erster Linie von der Festigung und Stärkung der Position, des Potentials und der politischen Einflüsse des sozialistischen Systems ab, vom weiteren Fortschritt der Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung auf der ganzen Welt. Hier aber hat die Einheit der sozialistischen Länder, die Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die Einheit der gesamten antiimperialistischen Front gewaltige Bedeutung. Deshalb ist die großangelegte politische, ideologische und auch wirtschaftliche Diversion des imperialistischen Lagers eben vor allem gegen diese Einheit gerichtet. Das ist das Hauptziel des „psychologischen Krieges", der verbissen mit allen möglichen Mitteln geführt wird. Diese Diversion unterstützt und verstärkt zentrifugale Tendenzen, die aus bestimmten objektiven Gründen — vor allem Unterschieden im Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung — und subjektiven Ursachen — hauptsächlich Dogmatismus und Revisionismus — im sozialistischen Lager und in der kommunistischen Bewegung aufgetreten sind. Diese beiden schädlichen Tendenzen vereinigen sich heute mit dem Nationalismus.

Diese Tendenzen haben der Sache des Sozialismus und des Friedens bedeutende Schäden zugefügt. Vor allem betrifft das die Politik der Führung Volkschinas, die den Weg des Nationalismus und Großmachtchauvinismus eingeschlagen hat. Der Abfall Mao Tse-tungs und seiner Gruppe von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus hat das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung geschwächt. Gewonnen hat dabei natürlich der Imperialismus. Wir glauben fest daran, daß Volkschina ein sozialistischer Staat bleiben und früher oder später die falsche und verderbliche Politik ihrer heutigen Führer überwinden wird. Dann wird die Spaltung im sozialistischen Lager beseitigt werden.

Trotz alledem hat sich der Imperialismus bei dem Nutzen verrechnet, den er aus dieser Spaltung ziehen wollte. Die letzte Zeit beweist, daß sich unter den meisten sozialistischen Ländern und unter den meisten Parteien der kommunistischen Bewegung ein Prozeß zur Stärkung der Einheit entwickelt. Davon zeugen die ihrem Ende zugehenden Vorbereitungen auf die neue internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die am 5. Juni in Moskau beginnt.

Der Prozeß der Konsolidierung zeichnete sich in der letzten Zeit besonders deutlich unter den im Warschauer Vertrag und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vereinigten europäischen sozialistischen Ländern ab. Große Bedeutung haben hier besonders die positiven Veränderungen, die in der brüderlichen CSSR vor sich gehen. Das letzte Plenum des ZK der KPC, die dort durchgeführten Veränderungen in der Führung der Partei und die von der neuen Leitung unternommenen Maßnahmen zur Festigung ihrer führenden Rolle schaffen die Voraussetzungen für die Normalisierung der Lage in diesem Land und für die Festigung des Bündnisses mit den sozialistischen Bruderländern. Nur auf diese Art und Weise kann das positive Programm der wirtschaftlichen Entwicklung und der Vertiefung der sozialistischen Demokratie in der CSSR mit Erfolg realisiert werden.

Die Festigung der Einheit der sozialistischen Länder ist nicht nach dem Geschmack der Vertreter der antikommunistischen Politik. Bürgerliche Propagandazentren lassen in

ihren Bemühungen, die Existenz ernster Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Ländern zu beweisen, nicht nach. Der allergeringste Meinungsunterschied sogar zum unbedeutendsten Thema wird in den westlichen Zeitungen und Rundfunksendungen zum „großen Streit" und zur „Spaltung".

Das Aufbauschen dieser Unterschiede, die sich doch ganz natürlich bei der Suche nach den besten Wegen einer gemeinsamen Lösung der Probleme ergeben, ist schon Tradition in der bürgerlichen Propagandainformation über unser Lager. Die bürgerlichen Publizisten sehen oft ihre Wünsche als Realität an. Vor der letzten RGW-Tagung in Moskau war die Westpresse voll von Äußerungen über eine „tiefe Krise" in dieser Organisation. Dagegen war die Moskauer Tagung gerade ein neuer Erfolg der Einheit und der Einmütigkeit der Mitgliedsstaaten bei der Vervollkommnung der Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unserer Länder. Ihre Bedeutung beruht eben darin, daß bei voller Übereinstimmung der Ansichten neue Richtungen des Zusammenwirkens festgelegt wurden, die den Bedürfnissen der modernen Wirtschaft der Länder der sozialistischen Gemeinschaft entsprechen. Die einmütige Haltung und die Entscheidungen aller Teilnehmer der Moskauer RGW-Tagung werden der Vertiefung und Entwicklung neuer Formen der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den RGW-Ländern dienen.

Die Einheit des Handelns in Politik und Wirtschaft entspringt auch dem Wesen der sozialistischen Ziele, die vor unseren Ländern stehen. Diese Einheit ist die Grundlage für die Stärke des Sozialismus und für seine Fähigkeit, die imperialistischen Anschläge auf den Weltfrieden zu vereiteln. Das Verhältnis zur antiimperialistischen Einheit der gesamten kommunistischen und fortschrittlichen Bewegung, das Verhältnis zum einheitlichen antiimperialistischen Zusammenwirken der sozialistischen Länder ist heute Gradmesser der Treue zu den Prinzipien des Internationalismus.

Ausdruck des einheitlichen Wirkens war auch die Beratung der Staaten des Warschauer Vertrags in Budapest, auf der wir an alle Staaten unseres Kontinents den gemeinsamen Appell gerichtet haben, eine gesamteuropäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit einzuberufen. Diese Idee stimmt völlig mit dem Vorschlag überein, der von Volkspolen seit 5 Jahren gemacht wird. Ziel der Konferenz soll es sein, ein kollektives Sicherheitssystem in Europa zu erörtern und vorzubereiten. Denn nur unter der Voraussetzung, daß das Gefühl völliger Sicherheit der europäischen Staaten gestärkt wird, wäre es möglich, die Teilung Europas in zwei entgegengesetzte militärische Gruppierungen zu beseitigen, eine Teilung, die als Folge der vor 20 Jahren erfolgten Gründung des aggressiven NATO-Pakts entstand. Eine solche Konferenz muß auch dazu beitragen, bessere Voraussetzungen für eine breite wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, kulturelle und andere Gebiete erfassende Zusammenarbeit aller Länder Europas zu schaffen.

Für die vorgeschlagene Konferenz stellen wir keinerlei Vorbedingungen. Die sozialistischen Länder sind bereit, den Dialog mit allen Staaten aufzunehmen, die für diese Initiative Interesse zeigen. Wir sind bereit, über jeden konstruktiven Vorschlag zu diskutieren, unabhängig davon, wer ihn unterbreitet. Aufmerksam verfolgen wir jeden positiven Widerhall des Budapester Appells.

Mit Befriedigung haben wir die wertvolle Initiative der Regierung Finnlands aufgenommen, die die Bereitschaft erklärt hat, die gesamteuropäische Konferenz in ihrem Lande durchzuführen und zu ihrer Organisation beizutragen.

Es ist klar, daß wir besonders aufmerksam die Reaktion der Deutschen Bundesrepublik verfolgen. Die einzelnen Regierungen dieses Landes blockierten seit Jahren hartnäckig alle Initiativen, die Abrüstung und Schaffung einer dauerhaften Sicherheit und des Friedens in Europa zum Ziele hatten. So war es mit allen Vorschlägen, die die sozialistischen Länder zum deutschen Problem machten. So war es mit dem polnischen Projekt der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und später mit dem Projekt des Einfrierens der nuklearen Waffen in diesem Gebiet. So war es mit dem sowjetischen Entwurf eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und dem Warschauer Vertrag sowie mit anderen Vorschlägen. Die Deutsche Bundesrepublik trat stets gegen komplexe oder teilweise Unternehmungen auf, die auf die Erhaltung der Sicherheit in Europa gerichtet waren.

Was sind die Ursachen dieser Politik der Bundesrepublik, die den Tendenzen der Abrüstung und Normalisierung der Beziehungen in Europa entgegengerichtet sind?

Diese Haltung entstammt dem Boden der beharrlichen Negation der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen, vor allem der Grenze an Oder und Neiße, der Negierung der Existenz eines souveränen sozialistischen deutschen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik, sowie der Negierung des besonderen Status Westberlins. Sie ergibt sich auch aus dem Streben nach dem Besitz von Kernwaffen militaristischer Kreise der Bundesrepublik.

Die Haltung der Bundesrepublik in all diesen Fragen ist eng verbunden mit dem in der ganzen bisherigen Politik dominierenden Kurs dieses Staates, die Ergebnisse der Niederlage des faschistischen Dritten Reiches zu beseitigen und ein imperialistisches großdeutsches Reich wiederaufzubauen. Eben dieser Kurs der offiziellen Bonner Politik schuf die Voraussetzungen für die Wiedergeburt äußerst revanchistischer, neofaschistischer Kräfte in Westdeutschland. Sie besitzen heute wieder eine legale Partei, die sich in diesem Jahr zu den allgemeinen Wahlen stellt. Diese Partei ist noch nicht allzu stark. Aber das Problem besteht darin, daß der Nationalismus und die revanchistischen Tendenzen zum Programm der bisher im Leben der Bundesrepublik dominierenden bürgerlich-demokratischen Partei, besonders der CSU, wurden. Ihr Führer, Strauß, propagiert das Programm der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus unter dem Deckmantel des „vereinten Europas" und der „Europäisierung der deutschen Politik". Er möchte ganz Westeuropa vor den Bonner Wagen spannen, um ihn stärker in die Fahrbahn des Revanchismus zu ziehen.

Die ganze bisherige Ostpolitik Bonns ignoriert die Realität und ist auf die Untergrabung der Realitäten der gegenwärtigen Situation in Europa gerichtet. Dieser Kurs steht also in tiefem Widerspruch zu den Interessen der Sicherheit und des Friedens aller Völker Europas. Diese Interessen sind unlösbar verbunden mit der aktuellen politischen Karte unseres Kontinents.

Seit einer gewissen Zeit machen sich in der Deutschen Bundesrepublik in bestimmten Kreisen Tendenzen bemerkbar, die auf Absichten einer etwas anderen Richtung der Ostpolitik hinzuweisen scheinen. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist es schwer, darüber zu urteilen, inwieweit diese Tendenzen Widerspiegelung von Taktik und politischem Manöver sind und inwieweit Ausdruck des Versuchs einer realistischen Einschätzung der Wirklichkeit Deutschlands und Europas. Ich denke hier vor allem an einige Äußerungen von Führern der westdeutschen sozialdemokratischen Partei auf ihren Parteitagen in Nürnberg und Bad Godesberg und auch an andere öffentliche Äußerungen, besonders des Vorsitzenden dieser Partei, des Vizekanzlers der Bundesrepublik, Brandt.

Hauptkriterium der Politik der Bundesrepublik war, ist und wird das Verhältnis der westdeutschen Regierung zur endgültigen Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa sein, darunter der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße sowie das Verhältnis zur Anerkennung der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik als eines souveränen und gleichberechtigten deutschen Staates.

Am 21. Oktober 1949 gab Bundeskanzler K. Adenauer im Bundestag folgende Erklärung zur Frage der Ostgrenze Deutschlands und ihrer Anerkennung durch die Deutsche Demokratische Republik ab: „... Nur die Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Sie erkennt die Erklärungen der sowjetischen Zone nicht als für das deutsche Volk bindend an. Das betrifft besonders die Erklärungen, die in der sowjetischen Zone zur Oder-Neiße-Linie gemacht wurden..."

Zu dieser Erklärung ist jeder Kommentar überflüssig. Im Memorandum vom 29. Mai 1953, das Kanzler Adenauer an den Präsidenten der USA D. Eisenhower richtete und das das Problem des Friedenvertrages und der Ostgrenze Deutschlands behandelt, lesen wir: „... In diesem Friedensvertrag wird das Recht aller Menschen auf Heimat berücksichtigt, entsprechend den christlichen Prinzipien und dem Recht der Natur. Keine deutsche Regierung wird jemals die Oder-Neiße-Linie anerkennen können."

Die revanchistische Erklärung ist wirklich äußerst gelungen. Jedes ihrer Worte atmet den Geist des Revanchismus. In dieser Hinsicht war die Lage während der gesamten Amtsperiode Adenauers klar.

Im Jahre 1963 übernahm L. Erhard das Kanzleramt. Am 18. Oktober, nach der Bildung seiner ersten Regierung, sagte er im Regierungsexposé folgendes: „... die Bundesregierung ist der Meinung, daß ... in einem durch eine gesamtdeutsche Regierung frei ausgehandelten und unterzeichneten Friedensvertrag ... — und nur in ihm — die endgültige Grenze Deutschlands, das in der verpflichtenden Rechtsinterpretation weiterhin in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 existiert, festgelegt werden kann und muß."

Der Ton dieser Äußerung Kanzler Erhards unterscheidet sich etwas von den harten Worten seines Vorgängers, jedoch ihr Inhalt, das Wesen der Sache wurde nicht verändert.

Am 13. Dezember 1966 gab der nächste Bundeskanzler, K. G. Kiesinger, im Bundestag eine Erklärung ab, in der er sagte: „... breite Kreise des deutschen Volkes haben den heißen Wunsch nach Aussöhnung mit Polen ... Die Grenzen des wiedervereinigten Deutschlands können einzig und allein in einer frei vereinbarten Regelung mit der gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden, in einer Regelung, durch die die Bedingungen für von beiden Völkern gebilligte, dauerhafte, friedliche gutnachbarliche Beziehungen geschaffen werden sollten ..."

Diese Erklärung deckt sich inhaltsmäßig mit dem Standpunkt, den die westdeutsche Regierung des Kanzlers Erhard einnahm. Die Veränderung besteht nur darin, daß Bundeskanzler Kiesinger es sich geschenkt hat, urbi et orbi den von den westdeutschen Revisionisten mit einer Rechtsfiktion verschleierten politischen Unsinn zu verkünden, Deutschland „existiere in den Grenzen vom 31. Dezember 1937", und für uns Polen dagegen ein paar billige und leere Worte übrig hatte.

Der Standpunkt Kanzler Kiesingers zur Frage der Grenzen in der erwähnten Erklärung hat sich bis heute nicht geändert.

Die Regierung des Kanzlers Kiesinger ist bekanntlich eine Koalitionsregierung. Außer den Vertretern der zwei christlichen Parteien gehören ihr Vertreter der Sozialdemokratischen Partei mit ihrem Vorsitzenden, Herrn Brandt, an, der in dieser Regierung die Funktion des Vizekanzlers und gleichzeitig des Außenministers bekleidet. Wie aus vielen Publikationen hervorgeht, nehmen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in dieser Regierung in manchen wichtigen Fragen der Bonner Politik einen eigenen Standpunkt ein, der nicht ganz dem Standpunkt ihrer Koalitionspartner entspricht. Das betrifft besonders die Haltung zum Budapester Appell und die Frage der Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen; es treten auch differenzierte Ansichten zur Frage des Verhältnisses der Bundesrepublik zur DDR und in der Frage der Bonner Ostpolitik auf.

Befassen wir uns mit dieser letzten Frage. In seiner Rede auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg erklärte Willy Brandt am 16. 3. 1968: „... Außerhalb der Diskussion wurde ich von vielen Genossen gefragt, was ich mit meiner Bemerkung über die Oder-Neiße-Linie gemeint habe. Ich wiederhole den entsprechenden Satz: ‚Daraus ergibt sich — so habe ich gesagt — die Notwendigkeit der Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur Regelung auf Grund eines Friedensvertrages'. Das heißt, wir wollen den Gewaltverzicht und die Aussöhnung mit Polen. Wir wollen das auch noch vor einem Friedensvertrag, wenn das möglich ist. Wir wollen und können nicht die bestehenden Grenzen in Europa mit Gewalt ändern. Das betrifft auch die innerdeutschen Grenzen. Das betrifft auch die Oder-Neiße-Linie, die übrigens keine Grenze der Bundesrepublik Deutschland darstellt."

Das Wesen des Standpunkts Brandts in Frage der Oder-Neiße-Grenze wurde auch in dem Dokument des Nürnberger Parteitages wiederholt. Dort lesen wir: „... Diese Politik wird einen um so größeren Nutzen bringen, je deutlicher wir unserer Bereitschaft Ausdruck verleihen, die bestehenden Grenzen in Europa zu respektieren und anzuerkennen, besonders aber die gegenwärtige Westgrenze Polens, solange die Grenzen Deutschlands

nicht endgültig durch eine Regelung im Rahmen eines Friedensvertrages festgelegt werden, die alle Interessierten als gerecht und dauerhaft werden anerkennen können."

Nach dem SPD-Parteitag in Nürnberg wurden im Inhalt ähnliche Erklärungen des Vizekanzlers Brandt und anderer SPD-Führer mehrfach wiederholt. Bundeskanzler Kiesinger bestätigte nicht die Formel des Außenministers und Vizekanzlers seiner Regierung in der Frage der Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa. Faktisch wiederholen diese Formel einzig und allein die der SPD angehörenden Mitglieder der Koalitionsregierung. Es darf nicht unterschätzt werden, daß politisch gesehen die Nürnberger Formel der SPD in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik im Vergleich zu dem Standpunkt, den in dieser Frage bisher alle Regierungen der Bundesrepublik vertreten haben, einen Schritt nach vorn darstellt. Gleichzeitig müssen wir voll und ganz erkennen, daß jeder zwischenstaatliche Vertrag zwischen Polen und der Bundesrepublik, der sich auf diese Formel stützt, selbst bei einer für uns günstigsten Auslegung nicht mehr beinhalten könnte als die de-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik und dazu nur eine vorübergehende Anerkennung, d. h. bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Also selbst wenn wir annehmen würden, daß sich die Bonner Regierung die Nürnberger Formel des Vizekanzlers Brandt zu eigen macht, würde dies faktisch nichts an der heutigen Sachlage ändern. Eine Veränderung kann nur dann eintreten, wenn die Bundesregierung die bestehende Grenze Polens an der Oder und Neiße vorbehaltlos als endgültig und unantastbar anerkennt.

In seinem Buch „Friedenspolitik in Europa" schreibt Herr Brandt: „... Die Westgrenze des Polnischen Staates ist in unser Angebot zum Gewaltverzicht gegenüber jedem einbezogen. Gute Beziehungen mit Polen sind für uns besonders wichtig. Das ist der Grundstein unserer nach Osten gerichteten Politik ... Die Aussöhnung mit Polen ist für uns eine moralische und politische Pflicht. Zu dieser Aussöhnung gehört nicht nur, daß wir jeden Gedanken an Gewalt aus unseren Bestrebungen verbannen, sondern auch das Bewußtsein, daß man keinen Keim für zukünftige Streitigkeiten zurücklassen darf." Eben darum geht es uns: die Anerkennung der Westgrenze Polens durch die Bundesrepublik muß eindeutig sein und, wie Herr Brandt schreibt, darf sie „keinen Keim für zukünftige Streitigkeiten" zurücklassen. Erst eine solche Formel der Anerkennung dieser Grenze kann die Versicherungen des Herrn Brandt und der Bundesregierung über die Bereitschaft zur Aussöhnung mit Polen und den anderen sozialistischen Ländern glaubwürdig machen.

Entgegen den Versicherungen des Herrn Brandt schließt die Nürnberger Formel der SPD bezüglich der Anerkennung der Grenzen in Europa selbst schon einen potentiellen Revisionismus ein, denn sie geht von vornherein davon aus, daß die endgültige Festlegung dieser Grenzen eine offene Frage ist, die bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt ist. Mit Hilfe der Nürnberger Formel möchte sich die Bundesrepublik in der öffentlichen Meinung vor dem Vorwurf schützen, sie stelle die Grenzen an der Oder und Neiße in Frage. Gleichzeitig will sie sich faktisch der Anerkennung dieser Grenze als endgültig entziehen, indem sie behauptet, sie könne dies auf Grund des Buchstaben des Potsdamer Abkommens nicht tun, in dem festgestellt wird, daß mit der endgültigen Markierung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zu warten ist.

Es gibt keine rechtlichen Hindernisse dafür, daß die Bundesrepublik die bestehende Westgrenze Polens als endgültig anerkennt. Wir sind jederzeit bereit, mit der Deutschen Bundesrepublik einen solchen zwischenstaatlichen Vertrag abzuschließen, ähnlich wie wir mit der DDR vor 19 Jahren in dieser Frage einen Vertrag geschlossen haben. Wenn jedoch die Regierung der Bundesrepublik der Meinung ist, daß der Abschluß eines solchen Vertrages mit Polen vor dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gegen das Potsdamer Abkommen verstoßen würde, dann müssen wir ihr vorschlagen, sich an die Regierungen der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten mit der Frage zu wenden: Hat die Deutsche Bundesrepublik das souveräne Recht, mit Polen einen Vertrag abzuschließen, in dem die bestehende Grenze Polens an

der Oder und Neiße als endgültig anerkannt wird? Jede Antwort wird für ganz Europa lehrreich sein.

Polen wird niemals mit der Bundesrepublik einen Vertrag in der Frage der Oder-Neiße-Grenze abschließen, der von dem mit der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossenen Vertrag von Zgorzelec abweicht. Denn das wäre ein Schritt zurück, ein Schlag gegen Polen selbst und gegen alle unsere Verbündeten und Freunde sowie gegen die Staaten und politischen Kräfte im Westen, die unseren Standpunkt teilen, daß diese Grenze endgültig ist.

Die SPD spricht in ihrem Beschluß in bezug auf Deutschland davon, daß „es ... der Wirklichkeit widersprechen würde, wenn wir dem zweiten Teil Deutschlands die staatliche Existenz absprechen oder ihn nicht zur Kenntnis nehmen wollten." Man kann dies als Bereitschaft zur de-facto-Anerkennung des anderen deutschen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik, deuten. Also auch von diesem Standpunkt aus betrachtet, kann Bonn nicht umhin, den Vertrag von Zgorzelec als existent und bindend zu akzeptieren.

Auf ein Grenz-Provisorium, wie es Bonn vorschlägt, wird Polen niemals eingehen. Ein solcher Vertrag mit der Bundesrepublik würde den Lebensinteressen des polnischen Volkes schaden. Wir werden niemals, weder heute noch morgen, die revanchistischen Gebietsansprüche, ob offen oder verborgen, legalisieren. Für uns, für Polen, gibt es kein Grenzproblem. Es gibt nur das Problem des Friedens, das ganz Europa betrifft. Es ist unser ehrlicher Wunsch und unser Bestreben, daß man diese Haltung in Bonn begreift.

Wenn Westdeutschland ein friedliches Zusammenleben mit anderen Ländern Europas, wenn es eine wirkliche Aussöhnung mit den Völkern Europas wünscht, so muß es von der einzigen realen Grundlage ausgehen, die die gegenwärtige politische Karte Europas darstellt. Das ist auch der einzig mögliche Weg zur echten Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern. Er fordert die Anerkennung der Grenzen, die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges festgelegt wurden, darunter vor allem der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße, den Verzicht der Bundesregierung auf den rechtswidrigen Alleinvertretungsanspruch, d. h. die Anerkennung des anderen deutschen Staates, der DDR, und die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen.

Wir möchten hoffen, daß sich in der westdeutschen Bevölkerung genügend Vernunft und Realismus finden werden, damit endlich die Politik dieses Staates auf Bahnen geleitet wird, die den Interessen der Sicherheit und des Friedens in Europa, darunter der Sicherheit und des Friedens für das deutsche Volk entspricht.

54 Jahre Gefängnis für fünf spanische Priester wegen Hungerstreiks

Es wurden verurteilt:

1) Jesús Narverán, Priester, zu 12 Jahren und 1 Tag Gefängnis; 2) Alberto Gabicagogeascoa Menchaca, Priester, zu 12 Jahren und 1 Tag Gefängnis; 3) Joaquín Amuriza Zarraonaindía, Priester, zu 10 Jahren Gefängnis; 4) Nicolás Telleria Mericaecheverría, Priester, zu 10 Jahren Gefängnis; 5) Julián Calzada Ugalde, Priester, zu 10 Jahren Gefängnis. Das Urteil trat in Kraft am 11. 6. 1969, 24 Uhr.

Der Staatsanwalt erhob Anklage beim Militärgericht der VI. Militärregion in Burgos wegen vollendeter militärischer Rebellion durch Betreibung illegaler Propaganda nach dem Dekret vom 21. 9. 1960 unter Bezugnahme auf Paragraph 5 des Militärgerichtsgesetzes.

Die Angeklagten hatten folgendes Flugblatt veröffentlicht:

„Baskische Priester im Hungerstreik

Eine Gruppe von Priestern beginnt einen Hungerstreik. Sie weiß, daß sie damit eine neue unangenehme Situation schafft, die nur angenommen und gelöst werden kann, wenn man den Schmerz und die Angst versteht, die unser Volk erleidet. Ihr Hungerstreik will ein Protestschrei sein und ist zugunsten der Unterdrückten unseres Volkes gemeint. Er will eine Ergänzung sein zu der derzeit noch sehr unzulänglichen Stellungnahme der Hierarchie:

1) Die elementaren Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Bürger werden verfolgt, verhaftet, gefoltert; sie sehen sich gezwungen zu flüchten, oder sie werden für unbestimmte Zeit gefangen gehalten und am Ende durch ein Tribunal verurteilt, das sich nach den Interessen des herrschenden Regimes richtet.

2) Im Gefolge der Arbeitskonflikte bei Altos Hornos de Vizcaya, Babcok Wilcox, Compañía de Construcción Naval u. a. sind mehr als 100 Arbeiter durch die Zellen der Polizeireviere gegangen. Viele von ihnen wurden von ihren Arbeitsplätzen entfernt, andere sind im Provinzialgefängnis von Basauri und warten auf ihr Urteil.

3) Wir sind Zeugen, wie alarmierend die Menschenjagd verschärft wurde: Festhalten durch Schießen, unvorstellbare Folterungen, Festhalten im Polizeirevier über die legale Zeit hinaus. Zudem werden die, welche für politische Optionen kämpfen, wie Straßenräuber und gemeine Verbrecher behandelt.

4) Das herrschende Regime übt neuen Frevel mit Hilfe der Militärtribunale, die aufgrund des Gesetzes gegen Terrorismus und Räuberei ohne weiteres hohe Strafen — Todesstrafe eingeschlossen — verhängen können.

5) Den Angeklagten wird oftmals die Möglichkeit verwehrt, mit ihren Verteidigern zu sprechen. Denen selbst werden nur vier Stunden zugestanden, um die Prozeßakten zu prüfen und die Verteidigung vorzubereiten.

6) Unsere Dörfer, Betriebe, Kirchen, Versammlungs- und Unterhaltungsstätten haben unter der Anwesenheit zahlloser Spitzel zu leiden. Diese werden von der Polizei bezahlt und zwingen die Leute, ihre Unterhaltungen bis zum äußersten einzuschränken.

7) Fernsehen, Radio, Presse und sonstige Informationsmedien verdrehen systematisch diese Tatsachen und geben falsche Informationen, deren Zweck die Unterstützung des herrschenden Regimes ist. Aber sie schweigen über alles, was die Folterungen, schlechte Behandlung und Amtsmißbräuche angeht. Das ist nicht erstaunlich, da alle Informationsmedien einer strengen Kontrolle durch die herrschenden Klassen unterliegen und die für die Information letztlich Verantwortlichen sich mit Freuden an diese verkauft haben.

Aus all diesen Gründen lebt unser Volk unter der Herrschaft eines wirklichen Terrorismus; denn neben der Beraubung um die elementaren Rechte leidet es unter der ständigen Drohung polizeilicher Folterungen. Deshalb hat dieses Volk ausreichende Gründe, das Gesetz gegen Terrorismus und Räuberei gegen den Staat anzuwenden.

In dieser Lage fortschreitender Repression haben viele Menschen guten Willens, Laien wie Kleriker, auf verschiedene Weise ihre Proteste und Einsprüche den (so intim zusammenarbeitenden) staatlichen und kirchlichen Behörden zur Kenntnis gebracht: durch Briefe, Manifestationen, Streiks usw. Alle diese Bemühungen haben ihr Ziel nicht erreicht, aber sie haben die Verschärfung der Repression erlebt.

Der Hungerstreik der Priester, die sich freiwillig eingeschlossen haben, will eine grundsätzliche Verurteilung der herrschenden Justiz-Situation und eine Bekräftigung folgender Forderungen sein:

1) an den Justizminister, daß er das Gesetz gegen Terrorismus und Räuberei wie auch die Sonder-Gerichtsbarkeit des Militärs abschafft;

2) an das Internationale Rote Kreuz, daß es eine Untersuchung der Gefolterten bei uns unternimmt;

3) an die UNO, daß sie die begangenen Gewalttaten feststellt und sie nach der Charta der Menschenrechte verurteilt;

4) an Msgr. Cirarda, den Apostolischen Administrator von Bilbao, daß er die Unterdrückung und die Gewalt, die unser Volk erleidet, deutlich zur Sprache bringt und durch einen Aufruf an das christliche Volk die derzeitigen Folterungen durch die Polizei aufdeckt.

Bilbao, Bischöfliches Ordinariat, den 30. Mai 1969, 14 Uhr"

Erklärung der Paulus-Gesellschaft zur Verurteilung von spanischen Priestern

Bestürzt nimmt die internationale Paulus-Gesellschaft Kenntnis von dem Urteil, das ein spanisches Gericht in Burgos über 5 katholische Priester verhängt hat: 10 bzw. 12 Jahre Gefängnis für einen Hungerstreik aus Protest gegen die Mißhandlung politischer Häftlinge. Wenige Monate zuvor: 300 katholische Priester in Barcelona erhoben bei Papst Paul VI. und bei der Menschenrechtskommission der UNO Protest gegen die „physischen und moralischen Vergewaltigungen jeder Art", denen politische Gefangene in Spanien ausgesetzt sind.

Wir aber erheben Protest gegen eine Kirche des Schweigens, die tatenlos zusieht, wie seit Jahren Menschen ihrer Rechte beraubt, erniedrigt, geschlagen, eingekerkert werden, nur weil sie Menschen anderer politischer Überzeugung, anderer sozialer Vorstellungen sind — in einem Land, in dem die Katholische Kirche nach der Verfassung weltanschaulich die Verantwortung trägt für den Staat.

Wir erheben Protest gegen ein Christentum, das seine universale Sendung, eine Sendung an alle Menschen, so den Interessen eines Staates, einer Nation, einer Partei ausliefert, daß die Politik dieses Staates, dieser Nation, dieser Partei gleichgesetzt werden kann mit Christentum.

Wir erheben Protest gegen Bischöfe und Kardinäle, die jene ihrer Priester im Stiche lassen und zu Ruhe und Ordnung auffordern, die es nicht mehr ertragen, daß Verbrechen an Menschen verübt werden im Namen Christi.

Wir richten an den Papst den Appell, die Glaubwürdigkeit des christlichen Namens in der Welt wiederherzustellen, seiner Enzyklika über den „Fortschritt der Völker" Taten folgen zu lassen, in Spanien und Südamerika offen hinter jene Bischöfe und Priester zu treten, die Freiheit und Leben einsetzen, daß alle Gruppen des Volkes mitarbeiten an einer neuen Gesellschaft, einer menschlicheren Gesellschaft, als das Bündnis von Staat und Kirche sie errichtet hat: 500 Jahre sind Zeit genug, um die Wirksamkeit einer Politik zu beurteilen, gleichgültig, wie großangelegt die Idee war.

Wir rufen die Christen in aller Welt auf, sich mit den 5 katholischen Priestern in Spanien zu solidarisieren, das Christentum zu erneuern als eine Religion universaler Menschlichkeit, nicht mehr zu dulden, daß irgendwo in der Welt, wo Christen leben, Menschen leiden, nur weil sie Menschen einer anderen Nation, Rasse, Religion, Klasse oder Partei sind.

Autoren dieses Heftes

Friedhelm Baukloh, geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig.

Wilhelm M. Breuer, Diplom-Volkswirt, geb. 1944 in Eschweiler, studierte in Tübingen und Köln, promoviert jetzt über Probleme Lateinamerikas; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Reinhard Opitz, geb. 1934 in Beuthen O/S, lebt als Publizist in Köln.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, geb. 1906 in Wuppertal, ist Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Wolf-Dieter Narr, geb. 1937, studierte zunächst Altphilologie und Sprachwissenschaft, dann Geschichte, politische Wissenschaft, Soziologie, Germanistik und Philosophie, lebt als wissenschaftlicher Assistent in Konstanz, Habilitationsstipendiat der DFG; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Wilko Wolfram Frhr. v. Wintzingerode, geb. 1941 in Unna/Westf., Fähnrich d. R., studiert Rechtswissenschaft in Hamburg.

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig; 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Publizist und Rundfunkkommentator in den USA.

Hans Branscheidt, geb. 1944 in Schwelm, studierte Philosophie und Soziologie in Frankfurt/M., jetzt Mitarbeiter am Seminar für Politik in Frankfurt/M.

Ulrich Sander, geb. 1941 in Hamburg, ist Chefredakteur des Jugendmagazins „elan" in Dortmund.

Kurt Schacht, geb. 1932 in Hamburg, lebt dort und ist seit 1952 journalistisch tätig.

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Heinz Brüdigam, geb. 1929 in Hamburg, lebt als Journalist in Wedel b. Hamburg.

Arne Arnemann, geb. 1945 in Helmarshausen/Bez. Kassel, studiert Politische Wissenschaften an der FU Berlin.

Bemerkungen

Reihe „Sammlung Junge Wissenschaft" im Pahl-Rugenstein Verlag
Mit der Buchreihe „Sammlung Junge Wissenschaft" erweitert der Pahl-Rugenstein Verlag ab Herbst 1969 sein Programm. In der neuen Reihe sollen vorwiegend Dissertationen über politische, zeitgeschichtliche, ökonomische, soziologische und kulturpolitische Themen publiziert werden.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,50 zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

PREISLISTE FÜR SONDERDRUCKE AUS DER ZEITSCHRIFT „BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK"

Von allen Beiträgen, die in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlicht worden sind, können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten und 5,5 % MWSt.

Sonderdruck-Seiten	100	250	500	750	1000	2000	3000	Exemplare
4	48,–	55,–	62,–	71,–	77,–	108,–	138,–	DM
8	79,–	89,–	102,–	115,–	124,–	170,–	216,–	DM
12	118,–	124,–	158,–	198,–	214,–	330,–	444,–	DM
16	152,–	168,–	196,–	222,–	250,–	366,–	474,–	DM
20	210,–	222,–	254,–	276,–	318,–	444,–	564,–	DM
24	218,–	234,–	276,–	300,–	324,–	468,–	612,–	DM
28	251,–	267,–	309,–	334,–	357,–	502,–	675,–	DM
32	284,–	300,–	330,–	356,–	398,–	570,–	798,–	DM
36	293,–	312,–	354,–	378,–	404,–	594,–	930,–	DM
40	301,–	324,–	378,–	400,–	410,–	618,–	978,–	DM

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

Autoren dieses Heftes

Friedhelm Baukloh, geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig.

Wilhelm M. Breuer, Diplom-Volkswirt, geb. 1944 in Eschweiler, studierte in Tübingen und Köln, promoviert jetzt über Probleme Lateinamerikas; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Reinhard Opitz, geb. 1934 in Beuthen O/S, lebt als Publizist in Köln.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, geb. 1906 in Wuppertal, ist Ordentlicher Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Wolf-Dieter Narr, geb. 1937, studierte zunächst Altphilologie und Sprachwissenschaft, dann Geschichte, politische Wissenschaft, Soziologie, Germanistik und Philosophie, lebt als wissenschaftlicher Assistent in Konstanz, Habilitationsstipendiat der DFG; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Wilko Wolfram Frhr. v. Wintzingerode, geb. 1941 in Unna/Westf., Fähnrich d. R., studiert Rechtswissenschaft in Hamburg.

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig; 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Publizist und Rundfunkkommentator in den USA.

Hans Branscheidt, geb. 1944 in Schwelm, studierte Philosophie und Soziologie in Frankfurt/M., jetzt Mitarbeiter am Seminar für Politik in Frankfurt/M.

Ulrich Sander, geb. 1941 in Hamburg, ist Chefredakteur des Jugendmagazins „elan" in Dortmund.

Kurt Schacht, geb. 1932 in Hamburg, lebt dort und ist seit 1952 journalistisch tätig.

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Heinz Brüdigam, geb. 1929 in Hamburg, lebt als Journalist in Wedel b. Hamburg.

Arne Arnemann, geb. 1945 in Helmarshausen/Bez. Kassel, studiert Politische Wissenschaften an der FU Berlin.

Bemerkungen

Reihe „Sammlung Junge Wissenschaft" im Pahl-Rugenstein Verlag
Mit der Buchreihe „Sammlung Junge Wissenschaft" erweitert der Pahl-Rugenstein Verlag ab Herbst 1969 sein Programm. In der neuen Reihe sollen vorwiegend Dissertationen über politische, zeitgeschichtliche, ökonomische, soziologische und kulturpolitische Themen publiziert werden.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,50 zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.